

Frank-Walter Steinmeier

„Alles stärken, was uns verbindet“

Reden und Interviews
Band 6: 13. Februar – 25. Dezember 2022

Der Bundespräsident

Frank-Walter Steinmeier

„Alles stärken, was uns verbindet“

Reden und Interviews
Band 6: 13. Februar – 25. Dezember 2022

Der Bundespräsident

Titelbild: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (r.) im Gespräch mit Engagierten während seiner „Ortszeit Quedlinburg“ vom 10. bis 12. Mai 2022

BAND 6

Inhalt

13. Februar – 25. Dezember 2022

Reden

15 **„Präsident Putin: Lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine! Suchen Sie mit uns einen Weg, der Frieden in Europa bewahrt!“**
Wiederwahl zum Bundespräsidenten durch die 17. Bundesversammlung
13. Februar 2022, Berlin

27 **„Ich appelliere an Präsident Putin: Stoppen Sie den Wahnsinn dieses Krieges – jetzt!“**
Statement zum russischen Angriff auf die Ukraine
25. Februar 2022, Schloss Bellevue

31 **„Frieden und Freiheit sind nicht selbstverständlich. Sie verlangen von uns einen Preis, sie verlangen persönlichen Einsatz.“**
Symposium zum Forum Bellevue: „Zur Zukunft der Demokratie – Wie stärken wir die Republik?“
11. März 2022, Schloss Bellevue

43 **„Ich werde dorthin gehen und den Menschen dort begegnen, wo sie leben und arbeiten“**
Gesprächsveranstaltung zum Auftakt der Reise „Ortszeit Deutschland“
18. März 2022, Schloss Bellevue

57 **„Jüdinnen und Juden haben unsere Geschichte mitgeschrieben und unsere Kultur geprägt“**
Eröffnung der Moses-Mendelssohn-Ausstellung „Wir träumten von nichts als Aufklärung“
13. April 2022, Berlin

71 **„Sie wissen, was Sie Ihrem Publikum zumuten können, was Sie ihm zumuten müssen“**
Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Ulrich Matthes
3. Mai 2022, Schloss Bellevue

81 **„Dieser Krieg ist ein Epochenbruch“**
Eröffnung des 22. Ordentlichen Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes
8. Mai 2022, Berlin

99 „Dann werden wir anders leben, anders wirtschaften und ja, auch auf manches verzichten müssen“
Eröffnung des 102. Deutschen Katholikentages
25. Mai 2022, Stuttgart

107 „Verantwortung lässt sich nicht outsourcen“
Eröffnung der Documenta Fifteen
18. Juni 2022, Kassel

117 „Ein Ort, an dem die versöhnte Verschiedenheit in Lettland als Teil unseres gemeinsamen Europas lebendig wird“
Ökumenischer Gottesdienst zur Wiedereinweihung der St. Petrikirche
21. Juni 2022, Riga / Lettland

123 „Gewalt will die Freiheit ersticken, Gewalt tötet die Demokratie!“
Gedenkveranstaltung zum 100. Jahrestag der Ermordung von Walther Rathenau
24. Juni 2022, Berlin

139 „Qualitätsjournalismus ist nicht umsonst zu haben“
Festveranstaltung „30 Jahre Mitteldeutscher Rundfunk“
29. Juni 2022, Leipzig

155 **„Vernetzung ausbauen, Verwundbarkeit abbauen – genau das muss die Maxime unseres Handelns sein“**
Festakt „100 Jahre Übersee-Club“
3. Juli 2022, Hamburg

177 **„Das ist es, was Sie uns aufgeben, was Sie den nächsten Generationen mit auf den Weg geben: Seid Menschen!“**
Verleihung des Walther-Rathenau-Preises
an Margot Friedländer
4. Juli 2022, Berlin

191 **„Wir stehen zusammen in dieser schwierigen Zeit!“**
Besuch der US-Streitkräfte
am Standort Grafenwöhr
13. Juli 2022, Grafenwöhr

197 **„Wir müssen jede, aber auch wirklich jede Anstrengung unternehmen, um die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen“**
Gedenkgottesdienst für die Opfer
am Jahrestag der Flutkatastrophe
14. Juli 2022, Euskirchen

203 „Wir dürfen uns nicht hinter der Behauptung von Unvorstellbarkeit verstecken“
Gedenkveranstaltung zum 30. Jahrestag der Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen
25. August 2022, Rostock

217 „Vor Widerspruch hatten Sie nie Angst“
Festakt zum 80. Geburtstag
von Bischof i. R. Wolfgang Huber
26. August 2022, Berlin

229 „Niemals dürfen wir zulassen, dass die Religion zu einem Instrument der Erniedrigung anderer, des Hasses und der Gewalt wird“
Eröffnung der 11. Vollversammlung
des Ökumenischen Rates der Kirchen
31. August 2022, Karlsruhe

243 „Ich bitte Sie als Staatsoberhaupt dieses Landes und im Namen der Bundesrepublik Deutschland um Vergebung“
Gedenkveranstaltung zum
50. Jahrestag des Attentats auf die
israelische Olympiamannschaft
5. September 2022, Fürstenfeldbruck

257 **„Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Menschen im Abseits unserer Gesellschaft, in Not und Elend leben“**
Gesprächsforum zum Tag der Wohnungslosen
11. September 2022, Schloss Bellevue

269 **„Sie machen vielen Menschen Mut, selber aufzustehen und ihre Stimme zu erheben gegen Unrecht, Gewalt und Unterdrückung!“**
Videobotschaft zur Verleihung des Sonderpreises des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen für besonderen Einsatz für die Zivilgesellschaft an Memorial International
29. September 2022, Leipzig

275 **„Wenn der Westen mehr sein soll als eine Himmelsrichtung, muss er prinzipienfest und gleichzeitig ein offenes Projekt sein“**
Festakt zum 70-jährigen Jubiläum der Atlantik-Brücke
13. Oktober 2022, Berlin

289 **„Ohne Bücher gibt es keine Aufklärung“**
Eröffnung der Frankfurter Buchmesse
18. Oktober 2022, Frankfurt am Main

299 „Wir müssen alles stärken, was uns verbindet“
Veranstaltung mit der Deutschen Nationalstiftung: „Alles stärken, was uns verbindet“
28. Oktober 2022, Schloss Bellevue

327 „Sie führen uns vor Augen, was alles in unserem Land steckt“
Verleihung des Deutschen Umweltpreises 2022
30. Oktober 2022, Magdeburg

341 „Sie sind ein Glück für unser Land!“
Festakt zum 90. Geburtstag von Charlotte Knobloch
30. Oktober 2022, München

355 „Demokratie geht nicht ohne Zusammenhalt“
Diskussionsveranstaltung „Wie stärken wir, was uns verbindet?“ zur Idee einer sozialen Pflichtzeit
8. November 2022, Schloss Bellevue

365 „Die Ambivalenz auszuhalten, das gehört dazu“
Tagung „Wie erinnern wir den 9. November? Ein Tag zwischen Pogrom und demokratischen Aufbrüchen“
9. November 2022, Schloss Bellevue

373 **„Wir müssen uns schützen. Wir müssen verhindern, politisch und wirtschaftlich verwundbar zu sein.“**
Verleihung des Henry-A.-Kissinger-Preises
16. November 2022, New York / USA

387 **„Bleiben Sie neugierig, bleiben Sie kritisch – und bleiben Sie dran!“**
Festakt „30 Jahre Nachrichtensender ntv“
23. November 2022, Berlin

401 **„Ich bleibe überzeugt, dass ein Mensch mehrere Heimaten haben kann“**
Verleihung des Schillerpreises der Stadt Mannheim an Emine Sevgi Özdamar
27. November 2022, Mannheim

417 **„Unsere Großherzigkeit im Umgang miteinander, die kann uns niemand nehmen“**
Weihnachtsansprache 2022
25. Dezember 2022, Schloss Bellevue

Interviews

425 **„Der Umgang von Demokratien und autokratischen Staaten wird auf Dauer ein Balanceakt zwischen Distanzierung und Kooperation bleiben“**
Interview mit dem Nachrichtenmagazin Der Spiegel
8. April 2022

441 **„Ich wünsche mir eine Debatte über eine soziale Pflichtzeit“**
Interview mit der Sonntagszeitung Bild am Sonntag
12. Juni 2022

451 **„Die Demokratie ist kein Supermarkt“**
Interview mit dem Fernsehmagazin „Bericht aus Berlin“ zum Auftakt der ARD-Themenwoche „Wir gesucht – was hält uns zusammen?“
6. November 2022

Anhang

473 **Reden und Interviews im Internet**
487 **Schlagwortverzeichnis**

Reden



Rede vor der 17. Bundesversammlung
im Paul-Löbe-Haus

„Präsident Putin: Lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine! Suchen Sie mit uns einen Weg, der Frieden in Europa bewahrt!“

Wiederwahl zum Bundespräsidenten durch die 17. Bundesversammlung

13. Februar 2022, Berlin

Ich danke Ihnen! Ich danke für das Vertrauen derer, die für mich gestimmt haben. Und ich bitte um das Vertrauen derer, die es heute nicht tun konnten. Das Amt des Bundespräsidenten ist ein überparteiliches, und ich verspreche Ihnen: So werde ich es weiterführen. Meine Verantwortung gilt allen Menschen, die in unserem Land leben. Überparteilich werde ich sein, ja – aber ich bin nicht neutral, wenn es um die Sache der Demokratie geht. Wer für die Demokratie streitet, hat mich auf seiner Seite. Wer sie angreift, wird mich als Gegner haben!

Dass Sie mir dieses Amt für weitere fünf Jahre anvertrauen, bewegt mich sehr. Es ist mir eine Ehre, eine Freude. Meine Freude aber wäre größer, wenn die Bundesversammlung unter anderen Bedingungen stattfinden könnte, ohne die Beschränkungen der Pandemie. Aber wichtiger noch: Meine Freude wäre größer, wenn unsere Bundesversammlung nicht in eine Zeit der Sorge fiele, der Sorge um den Frieden in Europa.

Die Abwesenheit von Krieg auf unserem Kontinent war uns zur Gewohnheit geworden – geschützt von Freunden, in Frieden mit den Nachbarn, seit über dreißig Jahren wiedervereint. Welch ein Glück für unser Land! Doch in diesen Tagen lernen wir neu, was wir hätten wissen können: Frieden ist nicht selbstverständlich. Er muss immer wieder erarbeitet werden; im Dialog, aber wo nötig auch mit Klarheit, mit Abschreckung, mit Entschlossenheit. All das braucht es jetzt.

Zur Klarheit gehört eines: Man mag viel diskutieren über die Gründe der wachsenden Entfremdung zwischen Russland und dem Westen. Nicht diskutieren kann man dies: Wir sind inmitten der Gefahr eines militärischen Konflikts, eines Krieges in Osteuropa. Und dafür trägt Russland die Verantwortung.

Russlands Truppenaufmarsch kann man nicht missverstehen. Er ist eine Bedrohung der Ukraine und soll es ja auch sein. Aber die Menschen dort haben ein Recht auf ein Leben ohne Angst und Bedrohung, auf Selbstbestimmung und Souveränität. Kein Land der Welt hat das Recht, das zu zerstören. Und wer es versucht, dem werden wir entschlossen antworten.

Nicht nur in der Ukraine, in vielen Ländern Osteuropas wächst die Angst. Deshalb stehen wir an der Seite der Esten, der Letten, der Litauer; wir stehen gemeinsam mit

Polen, Slowaken und Rumänen und allen Bündnispartnern. Sie können sich auf uns verlassen. Deutschland ist Teil der NATO und der Europäischen Union. Ohne sie würden wir Deutsche nicht in Einheit und Freiheit leben. Das vergessen wir nicht. Ohne jede Zweideutigkeit bekennen wir uns zu den Verpflichtungen in diesem Bündnis.

Unsere Gemeinschaft ist die Gemeinschaft liberaler Demokratien, die die Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren stellen. Ich weiß wohl: In den Augen von autoritären Herrschern gelten demokratische Institutionen als schwach. Dort, wo alle Macht in einer Hand konzentriert ist, verachtet man eine Versammlung wie diese als belangloses Ritual. Dort gelten demokratische Entscheidungsprozesse als Schwäche, das Recht als Bremsklotz, das Bemühen um Freiheit und Glück der Bürgerinnen und Bürger als naiv. Aber ich kann Präsident Putin nur warnen: Unterschätzen Sie nicht die Stärke der Demokratie!

Warum bin ich da so sicher? Unsere Demokratie ist stark, weil sie getragen wird von ihren Bürgerinnen und Bürgern. Weil sie ihre Kraft nicht mit Unterdrückung, nicht mit Drohung nach außen und Angst im Inneren erkauft. Weil sie den Menschen mehr zu bieten hat als Ideen von nationaler Größe und Herrschaft über andere.

Demokratien sind nicht alle gleich, nein. Aber sie sind einander im Inneren verwandt. Und auch dies verbindet uns: Wir suchen nicht die Konfrontation nach außen. Das ist die gleichlautende Botschaft aus Washington, Paris und Berlin in diesen Tagen: Wir wollen friedliche Nachbarschaft in gegenseitigem Respekt. Bald jährt sich zum fünfzigsten Mal die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki. Möge dieser Jahrestag nicht der Anlass sein, an dem wir uns in Ost und West das Scheitern der Bemühungen um dauerhaften Frieden in Europa eingestehen müssen. Arbeiten wir im Gegenteil für die Erneuerung dieses kostbaren Erbes. Ich appelliere an Präsident Putin: Lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine! Suchen Sie mit uns einen Weg, der Frieden in Europa bewahrt!

Unsere Demokratie ist stark – und auch die heutige Versammlung ist ein selbstbewusster Ausdruck dieser Stärke. Schauen Sie sich um in dieser großen Runde; dass Sie alle heute hier sind, aus allen Teilen unseres Landes, allen Widrigkeiten der Pandemie zum Trotz, das zeigt: Wir achten unsere demokratischen Institutionen. Wir wissen, dass diese Demokratie von der Vielfalt lebt, die Sie alle heute repräsentieren.

Und diese Versammlung zeigt noch etwas: Es gibt in diesem Land, jenseits der Logik von Regierung und Opposition, eine ganz breite Mehrheit für die Stärkung

unserer Demokratie. So verstehe ich Ihren Auftrag. Und dafür will ich mein Bestes geben!

Ich will an dieser Stelle aber auch meinen Respekt ausdrücken für meine Mitbewerberin und Mitbewerber in dieser Wahl. Gestatten Sie mir, sehr geehrter Professor Trabert, noch ein zusätzliches Wort. Sie haben mit Ihrer Kandidatur auf ein Thema aufmerksam gemacht, das mehr Aufmerksamkeit verdient: die Lage der Ärmsten und Verwundbarsten in unserem Land. Dafür gebührt Ihnen nicht nur Respekt, sondern ich hoffe, dass Ihr Impuls erhalten bleibt. Das Thema Obdachlosigkeit beschäftigt uns beide – Sie wissen es – seit langer Zeit. Warum schauen wir nicht, ob wir diesem drängenden Thema gemeinsam mehr Aufmerksamkeit verschaffen können? Ich würde mich freuen, wenn wir darüber ins Gespräch kämen.

Verehrte Delegierte, unterschätzen wir nicht die Stärke der Demokratie! Aber unterschätzen wir auch nicht die Herausforderungen, vor denen sie steht! Gegner der Demokratie, von außen und von innen, säen in der Pandemie Zweifel an unserer Handlungsfähigkeit, an unseren Institutionen, an der freien Wissenschaft und den freien Medien.

Ja, es stimmt: Unser Weg heraus aus der Pandemie ist kein geradliniger. Es gab Fehler und Fehleinschätzungen,

auch bei uns. Aber man zeige mir ein autoritäres System, das besser durch die Pandemie gekommen wäre! Oder haben sich die selbsternannten starken Männer aller Welt nicht in Wahrheit selbst entzaubert in dieser Krise? Standen die Kaiser mit ihren protzigen Kleidern, mit ihren Schuldzuweisungen und Verschwörungstheorien nicht am Ende ziemlich nackt da? Der entscheidende Durchbruch im Kampf gegen die Pandemie, die Impfstoffentwicklung in Rekordzeit, gelang hier, in der freien Wissenschaft, dank brillanter Forscherinnen und mutiger Unternehmer; hier in Mainz, in Deutschland, mit unseren Partnern in Europa und den USA. Wir sollten, bei aller notwendigen Selbstkritik, unser Licht nicht unter den Scheffel stellen!

Wenn ich auf unser Land blicke, dann sehe ich Menschen, die sich Monat für Monat durch diese Pandemie kämpfen – und zwar nicht, weil sie mit eiserner Hand dazu gezwungen werden. Sondern weil sie immer wieder selbst darum ringen, das Richtige zu tun, durchzuhalten, anzupacken. Die übergroße Mehrheit in unserem Land handelt verantwortungsvoll und solidarisch – seit zwei langen Jahren, die sich für viele anfühlen wie eine Ewigkeit. Als Ihr alter und Ihr neuer Bundespräsident möchte ich Ihnen von Herzen danken für diesen großen, gemeinsamen Kraftakt. Ganz herzlichen Dank dafür!

Aber wir spüren auch das andere. Wir spüren: Nach zwei Jahren Pandemie macht sich Frust breit, auch Enttäuschung, zunehmend Gereiztheit. Wir haben uns aufgerieben im Streit um den richtigen Weg, im Streit weit über die Politik hinaus in den Betrieben, an den Schulen, unter Freunden, Kollegen, bis hinein in jede Familie. Die Pandemie hat tiefe Wunden geschlagen in unserer Gesellschaft. Ich möchte dabei helfen, diese Wunden zu heilen.

Aber denen, die Wunden aufreißen, die in der Not der Pandemie Hass und Lügen verbreiten, die von „Corona-Diktatur" fabulieren und sogar vor Bedrohung und Gewalt nicht zurückschrecken gegen Polizistinnen, Pflegekräfte oder Bürgermeister, denen sage ich: Ich bin hier, ich bleibe. Ich werde als Bundespräsident keine Kontroverse scheuen. Demokratie braucht Kontroverse. Aber es gibt eine rote Linie, und die verläuft bei Hass und Gewalt. Und diese rote Linie müssen wir halten in diesem Land!

Ich fürchte, die Gegner der Demokratie werden nach der Pandemie nicht leiser werden, sie werden sich neue Themen suchen und vor allem neue Ängste, von denen es reichlich gibt in dieser Zeit: Werden unsere Kinder noch denselben Lebensstandard haben wie wir heute? Kann ich Schritt halten mit dem Lauf der digitalen Welt? Fällt unser Land hinten runter im globalen Wettbewerb? Solche Sorgen sind Nährboden für die, die mit der Angst

ihr politisches Geschäft betreiben. Und ich fürchte, sie tun es auch mit dem großen Thema unserer Zeit: dem Kampf gegen den Klimawandel. Diese große Aufgabe, die Transformation hin zu einer nachhaltigen Lebensweise auf unserem Planeten, die sucht kein Land, keine Regierung sich einfach aus. Sie ist nicht weniger als die Überlebensfrage der Menschheit.

Und diese Aufgabe bringt uns in eine Epoche des Aufbruchs und des Umbruchs. Mehr Aufbruch, hoffen manche; mehr Umbruch, fürchten andere. Ich bin überzeugt: Wenn wir aus den großen Umbrüchen einen gemeinsamen Aufbruch machen wollen, dann geht das nicht durch staatliche Verordnung allein. Dann müssen wir Brücken bauen! Brücken bauen zwischen den Generationen; zwischen den Alteingesessenen und denen, die neu hinzukommen; Brücken zwischen Start-up und Hochofen; zwischen Großstadt und plattem Land; zwischen den Gesprächen in der Kneipe und denen in Brüssel und Berlin. Kurzum: Wir brauchen Brücken in Richtung Zukunft, die breit und stark genug sind, dass wirklich alle darüber gehen können. Dafür will ich arbeiten!

Und ich will das Gespräch darüber mitnehmen ins ganze Land, in die Winkel unserer Gesellschaft, fernab vom Selbstgespräch der Hauptstadt, das viele nicht erreicht. Ich will Orte besuchen, an denen Menschen Verluste

erleben – und ja: Es gibt Verluste. Es gibt Orte, die sich völlig neu erfinden müssen. Keiner dieser Orte liegt am Rand der Gesellschaft. Sie alle braucht es für die Zukunft. Sie alle braucht es für einen neuen Zusammenhalt. Es bleibt unsere Erfahrung: Transformation wird nur gelingen, wenn auch die Schwächeren etwas zu gewinnen haben. Und es bleibt unsere Gewissheit: Jeder, den wir verlieren, fehlt der Demokratie!

Solche Gespräche brauchen vor allem eines: Zeit. Die müssen wir uns nehmen, wenn wir nicht dauerhaft aneinander vorbeireden, wenn wir uns nicht in falschen Konflikten verlieren wollen. Ich werde mir diese Zeit nehmen und auf Zeit-Reise gehen durch unser Land. Der Übergang meiner Amtszeit fällt auf den 18. März, den Tag der Märzrevolution und der ersten freien Wahlen in der DDR. An diesem stolzen Tag unserer Demokratiegeschichte beginne ich meine Reise durch die Regionen und verbringe – sehr bewusst – den ersten Tag der neuen Amtszeit in Ostdeutschland. Ich freue mich darauf.

Liebe Delegierte, das Vertrauen, das Sie diesem Amt und mir entgegenbringen, ist ein kostbares Geschenk. Ich verspreche Ihnen: Ich werde behutsam und respektvoll damit umgehen.

Ein Bundespräsident kann alte Gewissheiten nicht zurückholen. Natürlich nicht. Aber er kann helfen,

Zukunftsangst zu nehmen und Zuversicht zu geben. Er kann daran erinnern, wie viele Krisen wir in siebzig Jahren erfolgreich überwunden haben, wie die Ostdeutschen eine Diktatur zu Fall brachten, wie wir an einem vereinten Europa mitgebaut haben. Er kann Menschen Mut machen, Verantwortung zu übernehmen, ihnen den Rücken stärken, wo immer sie sich engagieren und Lösungen suchen für die Probleme unserer Zeit.

Vertrauen in Demokratie ist doch am Ende nichts anderes als Vertrauen in uns selbst. In unserem Grundgesetz steht schließlich nicht: „Alles Gute kommt von oben", sondern da steht: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." Das ist das Versprechen unserer Verfassung an uns Bürger. Aber darin liegt auch ein Versprechen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern: Zieh dich nicht zurück, sondern übernimm Verantwortung! Das ist die doppelte Natur der Demokratie: Sie ist Versprechen und Erwartung zugleich. Demokratie ist eine Zumutung. Und Mut zu machen zu dieser Zumutung, genau das ist meine Aufgabe.

Es gibt manche, die sagen, die liberale Demokratie sei auf dem Abstieg. Dieses Jahrhundert, sagen andere, werde das Zeitalter der Autoritären, der harten Hand. Sie merken es: Ich halte nichts von solchen Abgesängen. Nein, nur eines ist gewiss: Die Zukunft ist offen. Und auf

diese Offenheit hat niemand, kein Autokrat und keine Ideologie, bessere Antworten als die Demokratie.

Also: Machen wir uns nicht selbst klein! Seien wir nicht ängstlich! Packen wir die Zukunft bei den Hörnern! Mögen die Autoritären doch ihre Eispaläste und Golfresorts bauen. Nichts davon ist stärker, nichts leuchtet heller als die Idee der Freiheit und Demokratie in den Köpfen und Herzen der Menschen!

Jede und jeder von Ihnen, hier im Saal und im ganzen Land, der sich um mehr kümmert als nur um sich selbst, gewinnt ein Stück Zukunft für uns alle. Jeder und jede, die sich engagiert – im Beruf oder im Ehrenamt, im Gemeinderat oder im Verein – kämpft den Kampf um die Zukunft der Demokratie. Jede und jeder, der anpackt, im Großen und im Kleinen, bringt die Kraft der Demokratie zum Leuchten.

Liebe Landsleute, gehen wir's gemeinsam an! Ich freue mich auf das, was vor uns liegt!



In der Galerie von Schloss Bellevue

„Ich appelliere an Präsident Putin: Stoppen Sie den Wahnsinn dieses Krieges – jetzt!“

Statement zum russischen Angriff auf die Ukraine

25. Februar 2022, Schloss Bellevue

Liebe Landsleute, uns allen ist das Herz schwer in diesen Tagen. Russlands Präsident hat unter lügnerischen Vorwänden einen Angriffskrieg gegen die Ukraine entfesselt. Es ist furchtbar, was die Menschen dort jetzt durchleben müssen: Tod und Verwundung, Zerstörung, Vertreibung, vieltausendfaches Leid – ganz in unserer Nähe, die Nachbarn unserer Nachbarn. Präsident Putin vergießt das Blut jenes Volkes, das er eben noch Brudervolk nannte. Ich appelliere an Präsident Putin: Stoppen Sie den Wahnsinn dieses Krieges – jetzt!

Wir sind mit unseren Gefühlen und Gedanken bei den Menschen in der Ukraine, die Opfer dieses Krieges sind. Auch für die Menschen in Russland wird das Handeln ihres Präsidenten bittere Folgen haben. Ich sage ihnen allen: Wir wollen keine Feindschaft mit dem russischen Volk. Im Gegenteil. Aber dieses Unrecht kann nicht ohne deutliche Antwort bleiben. Dafür arbeitet die Bundesregierung entschlossen und gemeinsam mit unseren Partnern im Nordatlantischen Bündnis und in der Europäischen Union. Darauf können Sie vertrauen.

Und: Deutschland wird seinen Teil dazu beitragen, um Putin von Gewalt gegen unsere Partner im Bündnis abzuschrecken und abzuhalten. Uns Deutschen wird das manches abverlangen. Ja, dies ist eine Zäsur, eine tiefe Zäsur, und wir spüren das bis ins Mark – Sie, Ihre Familien und auch ich selbst.

Aber ich habe es vor diesem Angriff gesagt, und ich sage es noch einmal: Der russische Präsident sollte die Stärke der Demokratien nicht unterschätzen. Und bitte, liebe Landsleute: Unterschätzen wir nicht die Stärke unserer Demokratie!

Es ist gut, dass die Menschen auf die Straßen und Plätze in unserem Land gehen und genau dies zum Ausdruck bringen. Zeigen wir den Menschen in der Ukraine unsere Anteilnahme und Solidarität! Der russische Präsident soll nicht eine Sekunde lang glauben, dass die Menschen in Deutschland und Europa diese brutale Gewalt einfach hinnehmen.

Und zeigen wir auch den Menschen in Russland, die Frieden wollen, dass sie nicht alleine dastehen. Zeigen wir einander und unseren Partnern gerade jetzt, was uns wichtig ist: Wir wollen Frieden! Wir wollen Freiheit, Recht und Selbstbestimmung für die Völker Europas!



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier verlässt nach seinem Statement die Galerie von Schloss Bellevue



Der Bundespräsident (M.) im Gespräch mit Teilnehmenden des Symposiums im Großen Saal, unter anderen: Daniela Schwarzer, Executive Director, Europe and Eurasia der Open Society Foundations; Alexander Van der Bellen, Bundespräsident der Republik Österreich; Liz Mohn, Ehrenmitglied des Kuratoriums der Bertelsmann-Stiftung und Präsidentin des Liz Mohn Centers sowie Daniel Kehlmann, Schriftsteller (v. l. n. r.)

„Frieden und Freiheit sind nicht selbstverständlich. Sie verlangen von uns einen Preis, sie verlangen persönlichen Einsatz.“

Symposium zum Forum Bellevue:
„Zur Zukunft der Demokratie –
Wie stärken wir die Republik?“
11. März 2022, Schloss Bellevue

Wir alle stehen unter dem Eindruck der Bilder und Berichte aus Kiew, Charkiw, Odessa, Mariupol und vielen anderen Städten in der Ukraine. Der brutale Angriffskrieg, den der russische Präsident Putin seit mehr als zwei Wochen führt, die vielen Menschenleben, die dieser Überfall kostet, das Leid und die Zerstörung, die er mit sich bringt, all das erschüttert uns bis ins Mark.

Auch in diesen Stunden riskieren zahllose Ukrainerinnen und Ukrainer ihr Leben, um ihre Republik gegen russische Truppen zu verteidigen. Der Kampf, den die Menschen in der Ukraine gegen einen militärisch übermächtigen Angreifer bestreiten, dieser Kampf ist nicht nur mutig; er setzt ein Beispiel. Er führt der Welt dramatisch vor Augen, dass Freiheit und Demokratie nicht auf ewig garantiert sind, dass sie heute wieder bekämpft werden, auch weil Autokratien sich von der Offenheit der Demokratie bedroht fühlen.

Für viele Menschen in unserem Land, in Europa und in der Welt der liberalen Demokratien ist Putins Krieg ein Schock. Aber dieser Schock hat uns nicht auseinandergetrieben oder gelähmt, sondern er hat uns zusammenrücken und entschlossener handeln lassen.

Wir erleben in diesen Tagen, wie die liberalen Demokratien in der Europäischen Union und im nordatlantischen Bündnis Seite an Seite stehen, um die ukrainische Unabhängigkeit zu unterstützen und ein Regime in die Schranken zu weisen, das ein anderes Land mit dem Ziel der Unterwerfung seiner Bürgerinnen und Bürger überfällt.

Wir erleben, wie hunderttausende Menschen, Frauen und Kinder aus der Ukraine, in der Europäischen Union Zuflucht suchen und finden. Wir erleben, wie Millionen Menschen in ganz Europa auf die Straßen strömen, um ein Zeichen für den Frieden zu setzen. Wir erleben, wie viele sich auch mit den Russinnen und Russen solidarisieren, die diesen Krieg nicht wollen, die unter seinen Folgen leiden, die mutig in Opposition stehen gegen das diktatorische Regime in Moskau und die für das Aussprechen der Wahrheit mit Haft und Schlimmerem bedroht werden.

Dieser Angriffskrieg, der immer deutlicher auch die Zivilbevölkerung in der Ukraine trifft, fordert uns heraus.

Dieses Unrecht kann nicht ohne Antwort bleiben. Das fühlen die allermeisten Menschen auch in Deutschland mit großer Klarheit.

Die Zäsur, die der von Putin begonnene Angriffskrieg bedeutet, verlangt auch einen Preis. Nicht nur unsere humanitäre Solidarität bei der Aufnahme von fliehenden Menschen ist erneut gefordert. Auch die notwendigen, scharfen Sanktionen, die Russland isolieren, bringen unvermeidlich Lasten, Einbußen und Unsicherheiten auch für uns. Und damit noch nicht genug. Wir sind herausgefordert, unsere eigene Verteidigungsfähigkeit und die des Bündnisses zu stärken. Die Rückkehr des Krieges nach Europa lehrt uns, dass wir in der Lage sein müssen, uns gegen Angriffe zur Wehr zu setzen. Mit anderen Worten: Demokratien müssen wehrhaft sein, auch dann, wenn sich wieder diplomatische Möglichkeiten eröffnen. Denn erfolgreich verhandeln können wir nur aus einer Position der Stärke, nicht aus einer Position der Schwäche. Ich zitiere immer gerne den wunderbaren Satz aus der Amtsantrittsrede von John F. Kennedy: „Let us never negotiate out of fear. But let us never fear to negotiate.“

Unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine wollen wir eine Bilanz unseres Forums zur Zukunft der Demokratie ziehen und den Blick nach vorn richten: Wie stärken wir die Republik? Und was können, was müssen wir

jetzt tun, um die liberale Demokratie, die Europäische Union und das transatlantische Bündnis zukunftsfest zu machen?

Hier an diesem Tisch sind heute knapp dreißig Frauen und Männer aus Wissenschaft, Kultur, Medien und Politik zusammengekommen, die in den vergangenen Jahren an einer der insgesamt zwölf Ausgaben des Forum Bellevue teilgenommen haben. Sie leben oder arbeiten in Deutschland, Österreich, Bulgarien, Ungarn, den Niederlanden, Italien, Großbritannien oder den USA. Sie schauen aus unterschiedlichen Blickwinkeln auf die liberale Demokratie und natürlich auch auf ihre Gegner, und sie vertreten Standpunkte, die zum Nachdenken und sicherlich auch zum Widerspruch anregen. Sie alle stehen für eine Kultur der argumentativen Auseinandersetzung, von der unsere Demokratie lebt, aus der ihre Stärke erst erwächst.

Die meisten von Ihnen haben die Gedanken, die Sie hier in diesem Saal auf Podien vorgetragen haben, im vergangenen Jahr noch einmal neu formuliert, aktualisiert und weiterentwickelt. Auf diese Weise ist ein Buch entstanden, ein 432 Seiten starkes Plädoyer für die liberale Demokratie, das Wege in eine demokratische Zukunft weist.

Ich danke allen, die als Diskutanten und Autorinnen an diesem Forum und am Buch „Zur Zukunft der Demokratie“ mitgewirkt haben. Und ich danke der Bertelsmann-Stiftung und ganz besonders Ihnen, liebe Liz Mohn. Für Sie war diese Reihe ein Herzensanliegen! Wir danken für die Unterstützung, ohne die wir ein Forum dieser Größenordnung und ein solches Buchprojekt nicht hätten stemmen können. Ihnen allen meinen ganz, ganz herzlichen Dank! Und es ist großartig, dass wir Sie heute hier versammelt sehen.

In meiner Rede vor der Bundesversammlung am 13. Februar habe ich gesagt, Herr Putin, unterschätzen Sie nicht die Stärke der Demokratie! Ich hatte gute Gründe für diese Warnung. Und viele von diesen Gründen werden heute in der Debatte zwischen uns noch einmal aufscheinen.

Es ist mir, liebe Gäste, eine besondere Ehre, heute den Bundespräsidenten der Republik Österreich in unserer Runde begrüßen zu können. Lieber Alexander Van der Bellen, wir sind immer in Kontakt, wir haben uns gerade auch in den letzten Tagen telefonisch ausgetauscht; und ich weiß, wie sehr der Krieg in der Ukraine Dich und Deine Landsleute in Österreich besorgt und beunruhigt. Dass Du heute hier bist, um uns Deine Sicht auf die Lage und die Zukunft der Demokratie zu schildern, das ist nicht nur ein Zeichen von Freundschaft, sondern auch

ein Symbol des Zusammenhalts in unserer europäischen Familie.

Lieber Alexander, ich freue mich, dass Du Dich heute auf uns einlässt und uns teilhaben lässt an Deinen Gedanken zur Zukunft der Demokratie. Herzlich willkommen Dir hier in Bellevue in Berlin!

„Welche Zukunft hat der Westen?", das war die Frage, mit der wir das Forum Bellevue im September 2017 eröffnet haben. Damals – lange her, scheint es – hatte Donald Trump gerade das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten angetreten, die Regierung in London leitete den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ein, der Streit um die Aufnahme von Millionen Geflüchteten aus dem Krieg in Syrien erschütterte die europäische Gemeinschaft, und in vielen Demokratien gewannen Ressentiments und nationalistische Kräfte an Zulauf. Eine neue Faszination des Autoritären schien sich breitzumachen.

Die Corona-Pandemie, die im Frühjahr 2020 ausbrach, hat Gräben in unserer Gesellschaft vertieft, sie hat neue Risse entstehen lassen, hat gezeigt, wie zerbrechlich das Vertrauen in demokratische Institutionen ist. Zumindest bei einem Teil der Bürgerinnen und Bürger ist dieses Vertrauen geschwunden. Auch die große Aufgabe, in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft schnell und konsequent

umzusteuern, um die Erderwärmung zu stoppen, stellt die liberale Demokratie, stellt auch unseren Zusammenhalt auf eine neue Probe.

Die Erfahrung von Unübersichtlichkeit und Unsicherheit, von Komplexität und Kontingenz, die Erfahrung, dass in unserem Leben, in unserer Welt vieles möglich, aber nichts selbstverständlich ist, diese Erfahrung ist aus meiner Sicht eben kein Argument gegen, sondern sie ist ein starkes Argument für die liberale Demokratie!

Bei allen Herausforderungen, von denen ich gesprochen habe: Ich bleibe zuversichtlich. Denn die liberale Demokratie ist die einzige politische Ordnung, in der wir uns als politisch Freie und Gleiche den Tatsachen der Welt stellen; in der wir unser Schicksal nicht in fremde Hände legen, sondern Vertrauen in unsere eigenen Fähigkeiten entwickeln; in der wir aus Fehlern lernen, vor allen Dingen in der Lage sind, unseren eingeschlagenen Kurs auch wieder zu korrigieren und vielleicht gerade deshalb die Dinge immer wieder zum Besseren wenden zu können.

Das ist im Alltag der Politik mühsam und anstrengend. Nicht immer sind wir in den Strapazen demokratischer Tagesarbeit beseelt von den hohen Werten dieser Gesellschaftsordnung. Und doch erleben wir in diesen Tagen, was wir verlieren würden, wenn wir sie aufgäben.

In der Demokratie nehmen wir die Gesellschaft so, wie sie ist: in all ihrer Vielfalt, mit ihren Gegensätzen, mit ihren Widersprüchen. Wir erkennen uns in unserer individuellen Unterschiedlichkeit als Bürgerinnen und Bürger an, die in gleicher Freiheit an politischen Entscheidungen mitwirken sollen und können. Die Diktatur hingegen kennt nur Parteigänger oder Feinde, Hörige oder Ausgestoßene. Verschiedenheit ist ihr verdächtig, Widerspruch ist Verrat. An die Stelle lebendiger Debatte treten mehr und mehr die Kontrolle, die Strafe, die lähmende Angst und Gewalt.

In der Demokratie erkennen wir an, dass es das Volk immer nur im Plural gibt. Der Volkswille ist weder eindeutig noch einfach schon da; wir müssen ihn in offenen und unvollkommenen Verfahren immer wieder aufs Neue herstellen und zum Ausdruck bringen, indem wir mit Argumenten um die hoffentlich beste Lösung streiten, Wertkonflikte verhandeln, Interessen ausgleichen, Kompromisse schmieden. Vielleicht macht das gerade die innere und äußere Friedensfähigkeit der liberalen Gesellschaft aus. Jedenfalls: Der autoritäre Nationalismus spinnt ein völkisches Lügengewebe, in dem das Volk zu einem Geschichtsmythos mit angedichteten Kollektiveigenschaften und Besitzansprüchen wird. Gruppen, die davon abweichen, werden zum „Anti-Volk“ erklärt und mit Vernichtung bedroht. Das macht die innere und äußere Aggressivität des autoritären Nationalismus aus.

Wenn wir also die Demokratie aufgeben, weil sie uns zu mühsam ist, verlieren wir nicht nur unsere Freiheit, sondern letztlich auch die Chance, in dieser Welt der kulturellen Verschiedenheiten in Frieden miteinander zu leben.

Die Demokratie zu stärken, heißt aber auch, ihre Bedingungen zu erkennen und ihre Voraussetzungen zu verteidigen. Die Erosion dieser Bedingungen und Voraussetzungen beginnt nicht erst mit roher Gewalt. Sie setzt dort ein, wo Trägheit und Ungeduld, wo Reizbarkeit und Gleichgültigkeit die Oberhand gewinnen und wo die demokratische Mitte ihr Selbstbewusstsein verliert.

Damit die liberale Demokratie gelingen kann, braucht sie Institutionen der Willensbildung, in denen Entscheidungen getroffen und verantwortet werden können. Sie braucht starke Parlamente und kluge Köpfe, die den Weg in öffentliche Mandate und Ämter nicht scheuen. Sie braucht freie Kunst und unabhängige Medien, die zwischen Fakten und Falschnachrichten unterscheiden, Desinformation und Verschwörungstheorien aufdecken, viele Stimmen zu Wort kommen lassen und ein breites Publikum erreichen. Sie braucht Bildung, nicht zuletzt historische und politische Bildung, weil sie von aufgeklärten, kritischen, selbstbewussten Bürgerinnen und Bürgern lebt, die den Mut haben, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Die liberale Demokratie braucht

eine freie Wissenschaft, weil sie keine realen Probleme lösen kann, ohne sich an belegbaren Sachverhalten und begründeten normativen Urteilen zu orientieren. Sie braucht einen Rechtsstaat, in dem politische Macht dem Recht unterworfen ist und wir vor staatlicher Willkür geschützt sind.

Und nicht zuletzt, sondern eigentlich an erster Stelle braucht die liberale Demokratie das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger! Sie braucht Frauen und Männer, die sich nicht nur als „Staatskunden" verstehen, sondern als Staatsbürger, die sich einmischen und beteiligen, die sich um mehr kümmern als nur um sich selbst.

Wir müssen uns in dieser Zeit wieder auf die Werte und Stärken unserer Demokratie besinnen. Und wir müssen vor allem wieder lernen, für die liberale Demokratie zu streiten! Wir haben die besseren Argumente, bessere jedenfalls als die Feinde der offenen Gesellschaft. Gerade jetzt müssen wir Selbstbestimmung, Freiheit und Menschenrechte zu unserem gemeinsamen Anliegen machen, gerade jetzt müssen wir Partei ergreifen für die Sache der Demokratie!

Nach den friedlichen Revolutionen in Ost- und Mitteleuropa, dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges haben viele von uns gehofft, dass es so etwas wie einen historischen Fortschritt gibt,

dass wir uns auf dem Weg in eine Zukunft der Demokratie und der weltweiten Zusammenarbeit befinden. Und wir haben gehofft: Davon gibt es keinen Rückweg. Diese Hoffnung war trügerisch, wie wir heute wissen, aber vielleicht war sie als Leitstern unseres Handelns nicht ganz falsch. Im Gegenteil, den selbstbewussten Glauben an die Stärke von Freiheit und Demokratie, den brauchen wir heute umso mehr.

Spätestens in diesen Tagen haben wir verstanden: Frieden und Freiheit sind nicht selbstverständlich. Sie verlangen von uns einen Preis, sie verlangen persönlichen Einsatz. Es ist an uns, den Bürgerinnen und Bürgern, die liberale Demokratie zu verteidigen und zu stärken. Es ist an uns, dafür zu sorgen, dass auch kommende Generationen ein selbstbestimmtes, ein gutes Leben auf diesem Planeten führen können.

Was wir gemeinsam tun können, tun wollen, tun müssen, darüber wollen wir gleich sprechen. Aber erst einmal überlasse ich meinem Freund und Kollegen Alexander Van der Bellen das Wort. Herzlichen Dank.



Auftaktgespräch zur „Ortszeit Deutschland“ mit Martin Aßmuth, Bürgermeister Hofstettens; Claudia Alfons, Oberbürgermeisterin von Lindau am Bodensee; Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier; Anna Katharina Bölling, Landrätin des Kreises Minden-Lübbecke; Julia Samtleben, Bürgermeisterin von Stockelsdorf (v. l. n. r.)

„Ich werde dorthin gehen und den Menschen dort begegnen, wo sie leben und arbeiten“

Gesprächsveranstaltung zum Auftakt der Reise „Ortszeit Deutschland“

18. März 2022, Schloss Bellevue

Noch vor wenigen Wochen hätten wir uns nicht vorstellen können, in welch bedrückender, belastender Zeit unser heutiges Treffen stattfinden würde. Die Erschütterung, die der brutale, völkerrechtswidrige Krieg von Wladimir Putin gegen die Ukraine ausgelöst hat – wir alle spüren sie. Wir alle sind aufgewühlt von den Bildern des Leids und der Zerstörung, von der Grausamkeit und Brutalität der Angreifer, von der Verzweiflung der Menschen, die fliehen.

Vielleicht geht es Ihnen auch so: Diese Ereignisse haben bei mir das Bedürfnis nach Gesprächen, nach Begegnung noch größer werden lassen. Deshalb freue ich mich sehr, dass Sie alle heute hierhergekommen sind: Sie, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus allen Teilen Deutschlands; unter Ihnen sind viele Mitglieder des „Netzwerks Junge Bürgermeister*innen“, und das freut mich ganz besonders. Und ich freue mich auch, dass Sie – soweit es uns die Pandemie erlaubt – Bürgerinnen und Bürger aus

Ihren Kommunen mitgebracht haben; Menschen, die sich engagieren, die nicht lange fragen, was unser Land für sie tut, sondern die etwas tun für unser Land.

Seien Sie also alle ganz herzlich willkommen hier in Schloss Bellevue zu dieser Auftaktveranstaltung zu „Ortszeit Deutschland"!

Es ist eine Zeit einer tiefen Krisenerfahrung – einer dreifachen Krise. Bis vor wenigen Wochen war unser Leben geprägt von fast nur einem Thema: der Pandemie und ihren Folgen. Für Sie, die politisch Verantwortlichen in den Kommunen, gilt das sicher erst recht; wir werden gleich darüber sprechen. Aber über die Pandemie – und sie ist ja mitnichten überwunden, wie wir mit Blick auf die Inzidenzwerte feststellen – legt sich nun die Erfahrung einer dramatischen neuen Krise. Den Angriffskrieg einer großen Atommacht in Europa, diesen Krieg erleben wir alle als Zeitenwende, zumindest aber als eine tiefe Zäsur. Und als wäre das alles nicht genug, kommt dazu das Wissen, dass wir vor großen Umbrüchen und Veränderungen stehen, um die Folgen des Klimawandels einzudämmen und unseren Kindern und Enkeln einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen.

Der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen hat während der Pandemie einmal diagnostiziert, dass wir an einer „Überdosis Weltgeschehen" leiden. Ich glaube,

viele Menschen empfinden das Weltgeschehen gerade jetzt als tiefen Schock. Viele sind verunsichert, viele haben Angst, viele sind besorgt wegen der ökonomischen und sozialen Folgen, die dieser Krieg auch bei uns haben wird. Das erleben Sie sicher auch am Abendbrottisch in Ihren Familien, im Gespräch mit Freunden, in den Kommunen, in denen Sie Verantwortung tragen.

Und doch sind diese Tage und Wochen nicht nur geprägt von Angst und dem Gefühl der Hilflosigkeit. Wir erleben in diesen Tagen und Wochen auch, wozu wir als Gesellschaft im positiven Sinne fähig sind. In der Pandemie haben wir noch einmal ganz neu erfahren, wie sehr wir aufeinander angewiesen sind als Menschen, wie sehr wir einander brauchen, aber auch, wie sehr wir füreinander da sind – das ist für mich die wichtigste Lehre aus dieser Zeit. Jetzt erleben wir das noch einmal neu und auf andere Weise: Dem Kriegsherrn im Kreml gelingt es nicht, uns zu spalten. Im Gegenteil: Wir, die liberalen Demokratien des Westens, wir, die Europäer, stehen zusammen wie selten in den letzten Jahrzehnten. Wir erleben, dass Demokratien stark sein können. Und ich bin mir sicher: Unsere Demokratie ist stark!

Und warum ist sie stark? Weil uns die Freiheit der Bürger etwas wert ist. Weil wir eine Herrschaft auf Kommando ablehnen. Weil für uns Selbstbestimmung zählt, und das überall in unserer Gesellschaft, an jedem Ort in

unserem Land. Unsere Demokratie ist stark, weil sie auch – und ganz besonders – getragen wird von Ihnen, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Kommunalpolitikerinnen und -politikern, und von Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb ist es mir so wichtig, dass Sie heute hier sind, jetzt zu Beginn meiner zweiten Amtszeit.

Sie, die gewählten Verantwortlichen, sind es, die die Probleme in unserem Land lösen und lösen müssen, ganz konkret, vor Ort, Tag für Tag. Sie sind es, die ansprechbar sind und ansprechbar sein müssen. Und Sie sind es, die unmittelbar mit den Folgen der großen Krisen konfrontiert sind: Sie müssen sich etwas einfallen lassen, wenn das örtliche Krankenhaus unter der großen Zahl schwerkranker Coronapatienten zu kollabieren droht, wenn wichtige Betriebe und damit Arbeitsplätze in Gefahr geraten. Oder wenn erneut Menschen in großer Zahl untergebracht und versorgt werden müssen, die zu uns fliehen, so wie in diesen Tagen.

Die Hilfsbereitschaft, die Solidarität in unserem Land für die Menschen in der Ukraine ist überwältigend. Und genauso überwältigend ist auch die Welle der Hilfsbereitschaft für die, die jetzt zu uns kommen.

Ich weiß, dass Sie in Ihren Kommunen auch jetzt wieder das Unmögliche möglich machen und geradezu

Übermenschliches leisten. Ich weiß aber auch, dass Sie diese gewaltige Herausforderung nicht meistern können ohne die Unterstützung von Bund und Ländern. Eines ist sicher: Es werden noch mehr gewaltige Aufgaben auf uns zukommen. Was wir erleben, ist wahrscheinlich die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. Mich beeindrucken Ihr Engagement, Ihre Hilfsbereitschaft, Ihre Menschlichkeit zutiefst. Ihnen allen, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Kommunalpolitikerinnen und -politikern, die heute hier sind, danke ich aus ganzem Herzen dafür – stellvertretend für alle anderen in unserem Land. Ebenso danke ich auch den Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen der großen Hilfsorganisationen, die nach Pandemie und Flut schon wieder tage- und nächtelang im Einsatz sind.

Und nicht zuletzt beeindruckt mich die unglaubliche Hilfsbereitschaft der zahllosen Freiwilligen. Sie helfen: spontan, ohne Verpflichtung, ohne Auftrag, als Mitmenschen, die Anteil nehmen. Es sind so viele, die spenden, so viele, die an Bahnhöfen verzweifelte, erschöpfte Mütter, Kinder, Großmütter in Empfang nehmen, Essen und Kleidung verteilen, erste Hilfe leisten, beraten und trösten. Ich konnte mir selbst gestern am Berliner Hauptbahnhof ein Bild davon machen, und es hat mich zutiefst bewegt, was die Berlinerinnen und Berliner dort tun, einfach weil sie das tiefe Bedürfnis haben, wenigstens etwas zu tun. Und überall im Land nehmen Menschen

Geflüchtete bei sich zu Hause oder in leerstehenden Wohnungen auf. Ihnen allen, den Flüchtlingshelfern, die heute hier sind, und den vielen Freiwilligen in ganz Deutschland möchte ich ebenfalls aus tiefstem Herzen danken!

Und ja, lassen Sie mich das hinzufügen: Es ist eine Zeit, in der der Staat gefordert ist. Wir brauchen die Organisation und die Logistik, um die Geflüchteten im ganzen Bundesgebiet zu verteilen. Dieser Lastenausgleich ist ein Gebot der Stunde, damit freiwilliges Engagement nicht an seine Grenzen kommt, sondern diejenigen, die helfen wollen, das dauerhaft tun können. Wir wollen unter Beweis stellen, dass dies nicht nur eine kurzfristig aufflammende Willkommenskultur ist, sondern dass wir uns dauerhaft verantwortlich fühlen für diejenigen, die jetzt hier sind.

Wir spüren und erleben: In der Krise rücken wir zusammen. Wir spüren und erleben: Die Hilfsbereitschaft, die Solidarität, dieses gemeinschaftliche Handeln – bürgerschaftliches Handeln im besten Sinne – hält unser Land zusammen. Es macht unser Land stark. Ich glaube, aus dieser Erfahrung können wir alle auch etwas Mut schöpfen. Mut, den wir so dringend brauchen, um gemeinsam nach der Pandemie den Aufbruch anzupacken; Mut, um gemeinsam unsere Zukunft anzupacken!

Wir alle, Sie alle, liebe Gäste, haben in der Zeit der Pandemie erlebt, wie sich eine Gesellschaft unter Dauerstress verändert. Wir haben erlebt, dass das Maß an Gereiztheit Monat für Monat gestiegen ist. Wir haben erlebt, wie unversöhnlich die Meinungen aufeinanderprallen, wie tief manche Gräben in unserer Gesellschaft geworden sind. Aber: Wir wissen, dass die solidarische Mehrheit in unserem Land groß ist. Wir wissen, dass Hass und Gewalt von einer Minderheit geschürt werden. Wir alle wissen aber auch, und Sie haben es erlebt, wie erschreckend es ist, zur Zielscheibe zu werden – und das ist leider durchaus wörtlich zu nehmen. Viele von Ihnen, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, aber auch Polizistinnen, Journalisten werden beschimpft, diffamiert, bedroht; sogar Ihre Häuser werden belagert und angegriffen. Als Bundespräsident sorgt mich das zutiefst. Jeder in unserem Land muss sich darüber im Klaren sein: Das ist inakzeptabel! Das dürfen wir nicht dulden!

Ja, Demokratie ist wahrlich nicht immer nur Konsens. Demokratie braucht Kontroverse. Sie braucht auch Zweifel und kritische Selbstbefragung. Sie lebt davon. Das Gespräch, der Austausch, die Fähigkeit, verschiedene Meinungen auszuhalten – das gehört zur Essenz der Demokratie. Das unterscheidet sie von autokratischen Regimen und erst recht von einer Diktatur. Aber die rote Linie verläuft da, wo Hass und Gewalt um sich greifen; und diese rote Linie müssen wir halten!

Lassen Sie mich deshalb noch ein Thema ansprechen, das mir Sorge bereitet. Wir sind aufgewühlt von dem grausamen, menschenverachtenden Krieg. Aber vergessen wir bitte eines nicht: Das ist der Krieg der politischen Führung in Moskau gegen ein Volk, das eben noch ein Brudervolk war. Es ist nicht der Krieg des russischen Volkes gegen das der Ukraine. Und schon gar nicht ist es der Krieg der vielen Menschen russischer Herkunft, die bei uns leben. Dass sie verunglimpft, bedroht oder gar tätlich angegriffen werden, auch das dürfen wir nicht zulassen! Auch da ist eine rote Linie! Die Verzweiflung, das Entsetzen, die Wut über Putins Krieg – sie dürfen nicht in Hass umschlagen! Sie dürfen sich nicht gegen Menschen richten, von denen viele diesen Krieg genauso ablehnen, wie wir es tun!

Mir als Bundespräsident ist es wichtig, dass wir als Gesellschaft wieder mehr miteinander ins Gespräch kommen: um uns wieder näher zu kommen und manche Wunden aus der Zeit der Pandemie zu heilen. Um uns auseinanderzusetzen über den Umbau unseres Landes und den besten Weg dorthin. Jetzt kommt auch noch der Krieg hinzu. Und deshalb möchte ich zu Beginn meiner zweiten Amtszeit unterwegs sein, um den Puls zu messen am Zustand unserer Gesellschaft.

Natürlich gibt es für jede Frage Umfragen. Aber ich will mir einen eigenen, einen tieferen Eindruck verschaffen:

Wo steht unser Land nach zwei Jahren Pandemie und mitten im Ukraine-Krieg? Wie groß ist die Erschöpfung? Wie viel Angst ist da? Was erwarten die Menschen von der Politik? Wo fühlen sie sich unverstanden? Wo gleichen sich die Antworten im Osten und Westen, im Norden und Süden unseres Landes? Wo unterscheiden sie sich?

Und die Fragen werde ich nicht vom Schreibtisch in Berlin stellen, sondern ich werde dorthin gehen und den Menschen dort begegnen, wo sie leben und arbeiten. Dorthin, wo immer noch die meisten Menschen wohnen: nicht in den Metropolen, sondern eher in den kleineren Städten und auch im ländlichen Raum. Ich will auf diese Weise – für mich – unser Land noch einmal neu vermessen.

Ich werde in Orte gehen, die sich neu erfunden haben, und in Orte, die Verluste erleben. Ich will in Orte gehen, in denen Menschen große Sorgen haben, und in solche, in denen sie sich nicht entmutigen lassen und für eine Idee kämpfen oder sie schon umgesetzt haben: für einen Begegnungstreff mit Laden, für ein Theaterprojekt in einer alten Fabrik, für den schonenden Umgang mit unseren Ressourcen, für einen Coworking-Space mitten auf dem Land. Ich weiß, es gibt viele Beispiele, dass solche Projekte gelingen, wenn sich ganz unterschiedliche Menschen zusammentun. Es ist dieses bürgerschaftliche

Engagement, das unseren Zusammenhalt stärkt und etwas sehr Kostbares entstehen lässt: dass Menschen sich verwurzelt und zu Hause fühlen in ihrer Region. Und das ist ganz und gar nicht rückwärtsgewandt, sondern weist in die Zukunft.

Für dieses Vermessen unseres Landes möchte ich mir etwas nehmen, das ein bisschen aus der Mode gekommen ist: Zeit – deshalb „Ortszeit". Ich habe mir vorgenommen, an jedem dieser Orte mehrere Tage zu verbringen und meine Amtsgeschäfte von dort aus zu führen, von einem Hotel oder einem Gasthof aus. Ich werde dort manche Schreibtischarbeit erledigen und politische Gespräche führen. Aber das Wichtigste ist mir, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Ich möchte mir Zeit nehmen für Begegnungen: in der Kneipe und in einem Theater, in einem Unternehmen und mit Schülern, beim Pfarrer und mit Flüchtlingshelfern.

Wichtig ist mir dabei eines: Nähe und Vertrauen zu schaffen. Vertrauen in uns selbst und in unsere Demokratie – das brauchen wir, um die Umbrüche, vor denen wir stehen, nicht nur zu erleiden, sondern zu gestalten.

Das heißt nicht, Kontroversen zu vermeiden! Ich will auf diesen Reisen Menschen unterschiedlicher Meinung zusammenbringen, auch wieder an Kaffeetafeln. „Kaffeetafel kontrovers" wird das Format heißen, das wir bei

jeder „Ortszeit“ mitnehmen. Ich möchte reden über die Folgen der Pandemie und die Veränderungen, die der ökologische Umbau unserer Gesellschaft mit sich bringt. Ich möchte reden über Verlustängste und soziale Härten. Ich möchte werben für unsere Demokratie und für demokratische Politik – und ich möchte helfen, Brücken zu bauen zwischen den Bürgern und ihrer Demokratie, gerade da, wo Zweifel und Risse gewachsen sind.

Gleich heute Nachmittag soll es losgehen mit der „Ortszeit Deutschland“, und zwar mit der ersten Station in Altenburg in Thüringen. Ich freue mich sehr darauf, lieber André Neumann, und danke Ihnen, dass Sie mich als Bürgermeister begleiten. Und ich freue mich sehr auf die weiteren Stationen in ganz Deutschland!

Dieser Tag heute, dieser 18. März, ist nicht nur der Übergang zu meiner zweiten Amtszeit. Dieser 18. März ist ein ganz besonderer Tag, ein stolzes Datum, das auf gleich drei Ereignisse in drei verschiedenen Jahrhunderten verweist, ohne die unser schwieriger und wechselvoller Weg hin zu einer freiheitlichen Demokratie nicht denkbar ist. Der 18. März: Das war die Ausrufung der Mainzer Republik im Jahr 1793, das war die demokratische Revolution in Berlin 1848, und das waren die ersten freien Wahlen zur Volkskammer im Jahr 1990.

Ich glaube, dieser 18. März ist ein unterschätzter Tag in unserer Geschichte; und wenn ich das sage, geht es mir nicht um Geschichtsbetrachtung um ihrer selbst willen. Nein, die Erinnerung an unsere freiheitliche Tradition lehrt uns, wie wichtig es ist, für die Demokratie einzutreten – und dass wir sie immer wieder aufs Neue verteidigen müssen, nach innen und nach außen. Sie lehrt uns, dass unsere Demokratie nicht vom Himmel gefallen ist, dass sie eine lange Geschichte hat – und eine lange Zukunft, da bin ich sicher! Eine Zukunft, für die es vor allem zweierlei braucht: Vertrauen und Zusammenhalt – erst recht in einer Krisenzeit, wie wir sie jetzt erleben.

Vertrauen und Zusammenhalt, genau darum soll es gehen bei der „Ortszeit Deutschland“: Es geht um Sie, die sich tagtäglich dafür einsetzen. Und deshalb haben Sie jetzt das Wort. Ich möchte Sie ganz herzlich bitten: Melden Sie sich zu Wort, beteiligen Sie sich, teilen Sie Ihre Erfahrungen, Ihre Nöte und Sorgen, Ihre Ideen, Ihre Wünsche und Hoffnungen mit uns! Lassen Sie uns ins Gespräch kommen miteinander!



Rede vor Kommunalpolitikerinnen und -politikern zum Auftakt der „Ortszeit Deutschland“ im Großen Saal von Schloss Bellevue



Eröffnungsrede im Glashof des Jüdischen Museums Berlin

„Jüdinnen und Juden haben unsere Geschichte mitgeschrieben und unsere Kultur geprägt“

Eröffnung der Moses-Mendelssohn-Ausstellung „Wir träumten von nichts als Aufklärung“
13. April 2022, Berlin

„Nach so manchen barbarischen Jahrhunderten […], in welchen die menschliche Vernunft dem Aberglauben und der Tyrannei hat frönen müssen, hat die Weltweisheit endlich bessere Tage erlebt.“

Als Moses Mendelssohn diese Zeilen schrieb, war er eine europäische Berühmtheit. Der deutsche Spinoza, der Weltweise, der Jude zu Berlin, der Luther der Juden – dieser Moses Mendelssohn war einer der bekanntesten und am meisten gelesenen Denker seiner Zeit. Ein Bestsellerautor, würde man heute sagen. Ein umfassend gebildeter und vielseitiger dazu: Literaturkritiker und Philosoph, jüdischer Gelehrter und Aufklärer, gern gesehener, scharfsinniger Gast in den Berliner Salons und ebenso scharfsinniger Gastgeber, Familienvater und Fabrikant.

Wie dankbar war Mendelssohn, dass er in dieser Zeit der Aufklärung leben durfte – und ich zitiere ihn noch einmal: „Ich habe der Vorsehung zu danken, dass sie mich

in diesen glücklicheren Tagen hat geboren werden lassen." Wer diese Zeilen heute, in unserer Zeit, liest, den werden sie nicht unberührt lassen. Wie viel Hoffnung spricht daraus! Wie viel Hoffnung beflügelte ihn und seine Mitstreiter, diese jungen Wilden des europäischen 18. Jahrhunderts. „Wir träumten von nichts als Aufklärung" – ich werde nachher noch einmal auf diesen Satz Mendelssohns zurückkommen.

„Wir träumten von nichts als Aufklärung", das ist auch der Titel der wunderbaren Ausstellung, die ich gerade schon sehen konnte. Ich freue mich sehr, dass ich heute hier sein kann. Haben Sie, liebe Hetty Berg, lieber Thomas Lackmann, ganz herzlichen Dank für die Einladung! Ich danke Ihnen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jüdischen Museums, und Ihnen, der Mendelssohn-Gesellschaft, dass Sie dem großen Aufklärer und Wegbereiter der Emanzipation der Juden in Deutschland eine so umfassende Ausstellung widmen.

Mir persönlich ist dieser Moses Mendelssohn sehr nah, und das meine ich auch ganz wörtlich. Im vergangenen Jahr habe ich die Bildergalerie in meinem Amtssitz, im Schloss Bellevue, nachhaltig umgestaltet, weil es mir wichtig ist, nicht nur die Bildnisse der monarchischen Vorbesitzer zu zeigen, sondern unsere freiheitlichen demokratischen Traditionen stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Die Epoche der Aufklärung darf da natürlich

nicht fehlen. Seither hängt ein Porträt Mendelssohns, geschaffen von Maler Anton Graff, im Salon Voltaire – eine Dauerleihgabe des Landes Berlin, für die ich sehr danke. Jetzt ist dieser Platz an der Wand für ein paar Monate leer; und, auch wenn es etwas merkwürdig klingt, ich freue mich darüber! Ich freue mich, dass dieses Porträt nun Teil der Ausstellung hier ist. Und ich kann mir keinen besseren Ort vorstellen für diese große Hommage an Moses Mendelssohn als hier im Jüdischen Museum, im Herzen der Stadt Berlin, in der er den größten Teil seines Lebens verbracht hat.

Die Gedanken dieses „Herrn Moses in Berlin", so der Titel einer der schönsten Biographien über ihn, sind unerhört modern. Er scheint uns so nah: Das, wofür er kämpfte, sind die Werte, ohne die unsere liberalen Demokratien nicht entstanden wären und die in vielen modernen demokratischen Verfassungen heute festgeschrieben sind. Und zugleich ist er uns doch fern. Allenfalls als Freund Lessings und als Urbild von dessen Nathan lebe Mendelssohn noch im allgemeinen historischen Bewusstsein. So haben Sie, lieber, verehrter Julius Schoeps, vor einigen Jahren in einem herausragenden Buch über Ihren Vorfahren geschrieben. „Vergessen ist, dass er einer der geistreichsten Denker im Europa des 18. Jahrhunderts war", sagen Sie. Vor allem aber sind seine Verdienste um die Gleichstellung des deutschen Judentums verblasst.

So nah und so fern: Dieser Spannung spüren Sie ja auch in dieser Ausstellung nach. Ich bin sicher, dass sie dazu beitragen wird, den großen Aufklärer wieder stärker in unser Bewusstsein zu rücken, in seiner ganzen Komplexität.

Wer sich mit Moses Mendelssohn beschäftigt, den wird schon seine Biographie faszinieren. Der Weg zum Ruhm, zum bewunderten Mitglied der Berliner Gesellschaft war ihm wahrlich nicht vorgezeichnet. Es war vielmehr ein für seine Zeit ganz und gar ungewöhnlicher Aufstieg. Als Mausche mi-Dessau im Jahr 1743 als 14-Jähriger nach Berlin kam, war seine Lage verzweifelt: Er war ein bettelarmer, schutz- und rechtloser Talmudschüler.

Mendelssohns Antwort war: lernen und nochmals lernen, begierig, Tag und Nacht. Bildung, das war später auch ein Schlüsselbegriff in seinen Schriften. Sein Lehrmeister, der Rabbiner David Fraenkel, hatte ihn mit dem mittelalterlichen jüdischen Philosophen Maimonides in Berührung gebracht. Er sollte sein Denken prägen. In Berlin kamen die antiken und zeitgenössischen Philosophen dazu, Mathematik, Astronomie, klassische und moderne Sprachen. Besonders wichtig: Mendelssohn brachte sich Deutsch bei – heimlich, denn Deutsch zu sprechen war Jüdinnen und Juden damals noch verboten. Streng wachten die Rabbiner darüber.

Berlin in der Mitte des 18. Jahrhunderts: Das war für viele eine Verheißung. Die preußische Hauptstadt war auf dem Weg zur Metropole. Aber Berlin, das hieß für Mendelssohn auch, zur kleinen jüdischen Minderheit zu gehören, die wenige oder gar keine Rechte hatte und nur einige wenige Berufe ergreifen durfte. Das hieß, mit dem Stigma des Fremden versehen zu sein. Erst 1763 bekam er wenigstens den Status als außerordentlicher Schutzjude.

Dabei lebten Jüdinnen und Juden zur Zeit der Aufklärung schon seit Jahrhunderten in Deutschland. Jüdinnen und Juden haben unsere Geschichte mitgeschrieben und unsere Kultur geprägt – das gilt auch und gerade für die weitverzweigte Familie Mendelssohn. Jüdisches Leben ist in unserem Land wieder aufgeblüht, und ich bin zutiefst dankbar dafür. Wie lebendig, voller Schwung, wie vielfältig es ist, das hat auch das Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ gezeigt.

Diese Geschichte der Juden in Deutschland ist eine von Emanzipation und Blüte, ja. Es ist aber auch eine Geschichte von Demütigung, Ausgrenzung, Verfolgung, Vernichtung, bis hin zum Menschheitsverbrechen der Shoah. Demütigung, Ausgrenzung, Rechtlosigkeit – Moses Mendelssohn hat es selbst erlebt.

Die Wende in seinem Leben kam mit der Anstellung als Hauslehrer bei dem Seidenfabrikanten Isaak Bernhard. Später stieg Mendelssohn zum Buchhalter und sogar zum Teilhaber auf. Mindestens genauso wichtig aber war, dass ihn Aaron Salomon Gumpertz in die gebildete Berliner Gesellschaft einführte, wo er 1754 auch Gotthold Ephraim Lessing begegnete. Die Freundschaft zu Lessing und zu dem Verleger Friedrich Nicolai war ein weiterer Wendepunkt. Das Dreigestirn der Berliner Aufklärung war unerhört produktiv und kreativ. Mendelssohn konnte sich geistig und publizistisch entfalten, wie es kaum einem deutschen Juden zuvor möglich oder gelungen war: In einer Zeit, in der eine bürgerliche Öffentlichkeit überhaupt erst entstand in den Gesprächszirkeln und Salons der preußischen Hauptstadt, war er ein Brückenbauer, ein Vermittler zwischen den Kulturen und Religionen, ein Weltweiser und Menschenfreund, der das Gespräch suchte und um Ausgleich bemüht war.

Schon mit seiner ersten größeren philosophischen Schrift traf Mendelssohn einen Nerv. „Phädon oder über die Unsterblichkeit der Seele", eine moderne Übertragung der Platonischen Dialoge, erschien nicht nur in mehreren Auflagen, sondern wurde in zehn Sprachen übersetzt. Der Beweis, dass die Seele unsterblich ist und trotzdem die Gesetze der Vernunft gelten, beschäftigte seine Zeitgenossen weit über theologische Kreise hinaus. Die Aussöhnung von Religion und Vernunft,

das ist ein zentrales Motiv, ein Axiom in Mendelssohns Denken.

Nicht minder erfolgreich war sein zweites großes Werk „Jerusalem oder über religiöse Macht und Judentum". Es war eine Sensation, würden wir heute sagen. Wagte es da doch ein gläubiger Jude, über das Verhältnis von Staat und Kirche nachzudenken und für die vollständige Gleichstellung der Juden einzutreten. „Jerusalem", das ist ein glänzend geschriebenes Manifest für Religions- und Gewissensfreiheit, für die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, für Toleranz und ein friedliches Miteinander. „Weder Kirche noch Staat haben also ein Recht, Grundsätze und Gesinnungen der Menschen irgendeinem Zwang zu unterwerfen" – das ist es, was Mendelssohn so modern macht.

Man kann seine Bedeutung gar nicht hoch genug einschätzen: Moses Mendelssohn hat den Weg bereitet für die Gleichstellung der Juden in Deutschland. Er kämpfte dafür, dass sie aus Isolation und Entrechtung, wie sie seit dem Mittelalter bestanden, heraustreten konnten und Teil der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft wurden. Er war ein wichtiger Vordenker der Haskala.

Nur: Erlebt hat er diese Gleichstellung nicht. Immer wieder wurde auch er, der Verehrte, Geachtete, Ziel von Spott, Neid und Hass. „Ich ergehe mich zuweilen des

Abends mit meiner Frau und meinen Kindern", so schildert Mendelssohn das Leben seiner Familie im Berlin der Aufklärung einmal. Und ich zitiere weiter: „Papa! fragt die Unschuld, was ruft uns jener Bursche dort nach? Warum werfen sie mit Steinen hinter uns her? Was haben wir ihnen getan? – Ja, lieber Papa! spricht ein Anderes, sie verfolgen uns immer in den Straßen und schimpfen: Juden! Juden! Ist denn dieses so ein Schimpf bei den Leuten, ein Jude zu sein?" Der Hass auf die Juden traf anlasslos, er gehörte zum christlichen Kanon und wurde in den Zeiten des wachsenden Nationalismus Teil der deutschen Ideologie.

Mendelssohn litt unter den Beleidigungen, den Demütigungen, unter uralten antisemitischen Vorurteilen und Klischees. Und wie sollte er nicht! Er litt darunter, dass Friedrich II. verhinderte, ihn in die neugegründete Akademie der Wissenschaften aufzunehmen. Er litt unter der Unterscheidung von Juden und Deutschen. Sie hatte nur ein Ziel: Ausgrenzung. Und das hat er gespürt.

Aber das ist nicht nur ein Thema der Vergangenheit. Wir alle wissen: Diese Form der Ausgrenzung gibt es noch heute in unserem Land. Schlimmer noch: In den vergangenen Jahren äußert sich Antisemitismus wieder viel unverhohlener, auf der Straße, auf dem Schulhof, auf angeblichen Spaziergängen, aber vor allem im Netz. Wir

müssen wachsam sein. Wir müssen jeder Form von Antisemitismus entschieden entgegentreten. Wir dürfen nicht wegschauen, wenn Jüdinnen und Juden in Deutschland ausgegrenzt, diffamiert, bedroht, sogar tätlich angegriffen werden. Das ist die Lehre aus unserer Geschichte. Unsere Verantwortung kennt keinen Schlussstrich.

Jüdinnen und Juden sind keine Fremden, keine Anderen. Sie sind Teil von uns: Das ist es, wofür Moses Mendelssohn gekämpft hat. Das ist sein Vermächtnis. Das ist es, wofür wir auch heute eintreten müssen!

Mendelssohns Vermächtnis ist universal. Toleranz, Meinungsfreiheit und die Kraft der Vernunft und Wissenschaft, ein friedliches Miteinander der Religionen, Humanität und die Geltung der Menschenrechte – diese Werte verbinden sich mit ihm. Auf ihnen gründen unsere modernen liberalen Demokratien.

Wir wissen, dass wir diese Werte, dass wir unsere Demokratie nie für selbstverständlich halten dürfen. Sie sind nicht auf ewig garantiert. In diesen Wochen, in denen wir erleben, wie eine atomare Großmacht einen brutalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen ein souveränes, demokratisches Land in Europa führt, wird uns das aufs Neue schmerzlich bewusst. Die Grausamkeit der Angreifer, das unendliche Leid und die Zerstörung,

die sie über die Ukraine bringen, die furchtbaren Verbrechen an der Zivilbevölkerung erschüttern mich.

Dieser Krieg erschüttert uns alle. Er bedrückt und er bedrängt uns, er fordert uns heraus: Schutz und Hilfe für die, die fliehen müssen, das ist das eine. Über 400.000 Menschen dürften es inzwischen sein, die hier bei uns in Deutschland Zuflucht und Unterkunft finden. Aber es geht um mehr: auch um die Unterstützung derjenigen, die den tapferen Kampf gegen die russischen Angreifer führen, mit Schutzausrüstung und ja, auch mit Waffen! Und es geht um Sanktionen, die schärfsten, die Europa jemals beschlossen hat, um Putin dazu zu bewegen, der Gewalt ein Ende zu setzen und die Unabhängigkeit der Ukraine zu respektieren. Sanktionen, die spürbar Folgen und Härten auch für uns haben. Solidarität heißt auch die Bereitschaft, Lasten zu tragen. Viel spricht dafür, dass wir sie noch lange tragen müssen und sie auch unser Leben verändern werden.

Angesichts der schrecklichen Bilder grausamer Kriegsverbrechen, von in Schutt und Asche gelegten Städten, Berichten von Massengräbern – und das in einem Land, das vor achtzig Jahren zum Opfer furchtbarster deutscher Verbrechen wurde – können wir uns unserer Verantwortung nicht entziehen. Unser Land steht fest an der Seite der Ukraine!

Lassen wir zum Schluss noch einmal Moses Mendelssohn zu Wort kommen. „Wir träumten von nichts als Aufklärung und glaubten durch das Licht der Vernunft die Gegend so aufgehellt zu haben, dass die Schwärmerey sich gewiss nicht mehr zeigen würde“ – so lautet der ganze Satz in dem eingangs bereits erwähnten Brief aus dem Jahr 1784. Ein Jahr später starb Moses Mendelssohn mit nur 56 Jahren. Ein Traum, das sollte die Aufklärung nach dieser kurzen Zeit der Hoffnung vorerst bleiben. Das Licht der Vernunft strahlte nicht lange.

Diese Zeit des Aufbruchs, des Umbruchs, der himmelstürmenden Ideen und Ideale in Frankreich, Deutschland, Preußen, war auch eine Zeit des Übergangs. Die Aufklärer wussten bereits um die Grenzen der Aufklärung. Es war, als ob Mendelssohn ahnte, was Europa noch bevorstand. „Allein, wie wir sehen, steiget schon, von der andern Seite des Horizonts, die Nacht mit allen ihren Gespenstern wieder empor. Das Fürchterlichste dabey ist, dass das Uebel so thätig, so wirksam ist. Die Schwärmerey tut, und die Vernunft begnügt sich zu sprechen“, schrieb er im gleichen Brief – eine tiefe Resignation, die man daraus lesen kann.

Das Übel ist so tätig, so wirksam – Worte, die uns gerade jetzt in besonderer Weise berühren. Sie müssen uns eine

Mahnung sein, dass wir unsere Werte, die Werte der Aufklärung, unsere Freiheit und unsere Demokratie, dass wir Humanität und die Menschenwürde immer wieder aufs Neue schützen und verteidigen. Damit die Nacht mit ihren Gespenstern nicht wieder emporsteigt.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (r.) und Elke Büdenbender (M.) bei einem Rundgang durch die Moses-Mendelssohn-Ausstellung „Wir träumten von nichts als Aufklärung“ – mit der Kuratorin der Ausstellung, Inka Bertz, im Jüdischen Museum Berlin (l.). Im Hintergrund Porträts von Moses Mendelssohn.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der Schauspieler Ulrich Matthes im Großen Saal

„Sie wissen, was Sie Ihrem Publikum zumuten können, was Sie ihm zumuten müssen“

Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Ulrich Matthes
3. Mai 2022, Schloss Bellevue

„Sagen Sie / Ist jede Woche Blutwursttag“ / „Jeden Dienstag ist Blutwursttag“ / „Jeden Dienstag“ / „Jeden Dienstag“ / „Ist jeden Tag Wursttag“ / „Jeder zweite Tag ist Wursttag“ / „Aber der Dienstag / Ist immer der Blutwursttag“ / „Ja“

Lieber Uli, dieser herrlich absurde Dialog aus Thomas Bernhards „Theatermacher“ erinnert mich an unsere zurückliegenden Versuche, uns gemeinsam zum Essen zu verabreden. Immer, wenn uns das gelungen ist, war es – mit Ausnahmen – letzten Endes die allerdings hervorragende Bulette in der Kantine des Deutschen Theaters. Meistens hattest Du erst Minuten vorher die Bühne verlassen, und ich hatte gerade einmal wieder ein Beispiel Deiner großartigen Schauspielkunst genießen dürfen.

Heute ist alles ein bisschen anders. Sie, lieber Herr Matthes – ich werde jetzt dem Anlass entsprechend etwas förmlicher –, haben heute ausnahmsweise die

kleinere Sprechrolle, und die Bulette kommt heute auch nicht auf den Tisch. Das Publikum ist kleiner, als Sie es gewohnt sind, dafür ist es Ihnen ausnahmslos zugetan: Freunde, Wegbegleiter, Anhänger eines der ganz Großen unter den deutschen Schauspielern, den ich heute auszeichnen darf.

Was Ihr Freund Wolfram Koch als Bruscon in jeder Aufführung des „Theatermachers" von sich behauptet, das könnte man ebenfalls über Sie sagen:

„Ein gewisses Talent für das Theater / Schon als Kind / Geborener Theatermensch wissen Sie / Theatermacher / Fallensteller schon sehr früh"

Diese Leidenschaft fürs Theater, für das „Fallenstellen" der Schauspielkunst kennen auch Sie fast von Kindesbeinen an.

Bernhards „Theatermacher" handelt vom Glanz und von den Abgründen des Theaters, von den Größenfantasien eines Theatermannes, der ein alles umfassendes Stück mit dem Titel „Das Rad der Geschichte" aufführen will, in dem Caesar und Napoleon auftreten, Lady Churchill, Madame Curie und Metternich; und es handelt von der Demütigung, dieses Welttheater-Stück an diesem Abend in der tiefsten Provinz spielen zu müssen: „Absolute Kulturlosigkeit / trostlos / Utzbach …"

Das Anrührende an diesem größenwahnsinnigen Theatermacher ist, dass er trotz der riesigen Differenz zwischen künstlerischem Anspruch und oft trostloser Wirklichkeit immer weiterspielen will. Für jeden Abend wird neu geprobt; jeder Abend könnte ein unverwechselbares, unvergessliches Theaterereignis werden, auch in Utzbach, in Gaspoltshofen oder in Ried im Innkreis. Jeder Abend ist eine einmalige Möglichkeit des großen Gelingens.

Allgemeiner gesagt: Die Schauspielkunst ist die Kunst der Einmaligkeit und damit der Vergänglichkeit. Die Schauspielkunst eines jeden Abends lässt die Betrachter mitgehen, mitfiebern, sie erweckt Zuneigung oder Verachtung für ihre Figuren, Mitleid oder Begeisterung, Liebe oder Hass; sie lässt das Leben – lebendig sein.

Und darum ist die Schauspielkunst so flüchtig und so rätselhaft, in jedem Augenblick so faszinierend und so offen bis zum Ende – und manchmal noch über das Ende hinaus: wie das Leben selbst.

Die Leidenschaft des guten Schauspielers – ganz besonders Ihre Leidenschaft und Ihr Können, Herr Matthes – erkennt man an dieser Leidenschaft für jeden Abend: für das Einmalige und Unwiederholbare, indem Sie dieses Stück und diese Rolle an genau diesem Abend so und nicht anders spielen.

Nur so offenbart sich eine entscheidende Dimension des Theaters. Dort sind wir ja unmittelbar dabei, wenn sich das Suchende und Irrende des Lebens zeigt, das verdient Scheiternde und das unverdient Glückende – oder umgekehrt. Das Theater lässt immer neue Situationen lebendig werden, in denen Entscheidungen fällig sind, die zum Guten oder zum Bösen führen können. Jetzt, in diesem Augenblick.

Zwei große Stücke der deutschen Theatergeschichte reflektieren diese unaufhebbare Gegenwartsbezogenheit der Schauspielkunst. Im „Vorspiel auf dem Theater" in Goethes „Faust" sagt die Lustige Person, also der Schauspieler, über das Publikum:

„Noch sind sie gleich bereit zu weinen und zu lachen, / Sie ehren noch den Schwung, erfreuen sich am Schein; / Wer fertig ist, dem ist nichts recht zu machen; / Ein Werdender wird immer dankbar sein."

Schiller konnte da nicht nachstehen. Im Prolog zu „Wallenstein" finden sich die bekannten Zeilen:

„Denn schnell und spurlos geht des Mimen Kunst, / Die wunderbare, an dem Sinn vorüber, / Wenn das Gebild des Meißels, der Gesang / Des Dichters nach Jahrtausenden noch leben. / […] / Dem Mimen flicht die Nachwelt keine Kränze; […]."

Weil und wenn das so ist, dass die Nachwelt dem Mimen keine Kränze flicht, dann ist es umso wichtiger, dass wir Sie, lieber Herr Matthes, heute mit dem Bundesverdienstkreuz auszeichnen. Als Dank für das, was Sie an lebendiger Vergegenwärtigung uns bisher auf deutschen Bühnen geschenkt haben.

Ich kann und will nicht alle großen Rollen aufzählen, die Sie gespielt, oder die Stücke, in denen Sie mitgewirkt haben. Sie haben verdiente Preise bekommen: für Ihr Spiel in „Wer hat Angst vor Virginia Woolf?" zum Beispiel den Gertrud-Eysoldt-Ring und die Auszeichnung als Schauspieler des Jahres; für Ihren Onkel Wanja wurden Sie ebenfalls zum Schauspieler des Jahres gewählt und bekamen dafür auch den Faust-Theaterpreis. Der Berliner Theaterpreis, der Grimme-Preis, der Bayerische Filmpreis und viele andere kommen dazu.

Das Publikum schätzt und verehrt Sie – aber es ist wohl noch ein bisschen mehr. Sie hätten 2017 wohl nicht gleich dreimal den „Goldenen Vorhang" gewonnen, wenn das Publikum Sie nicht auch ins Herz geschlossen hätte.

Mir geht es ähnlich – und ich erinnere mich immer noch an einen Auftritt, der aus Ihrer Sicht vielleicht keiner der großen war, der mir aber ganz besonders nahegegangen ist.

Bei der Veranstaltung „Violins of Hope“ erklangen in der Berliner Philharmonie in einem einzigartigen und in Deutschland einzigen Konzert die Geigen von europäischen Juden, die Opfer des Holocaust geworden sind. Der israelische Geigenbauer Amnon Weinstein aus Tel Aviv hat sie gesucht, gesammelt und restauriert: Geigen, die entrissen, geraubt, aus Transportwaggons geworfen oder in Verstecken zurückgelassen wurden. Bei diesem Konzert am 27. Januar 2015, zum siebzigsten Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, haben Sie, lieber Herr Matthes, Texte gelesen, darunter Briefe von Verfolgten, Gefangenen und Gequälten an Angehörige und Freunde, Briefe voller Verzweiflung und doch auch voller Ermutigung an Kinder oder Eltern. Briefe, die die Adressaten nur selten erreichten, Briefe von Todgeweihten an Todgeweihte.

Sie haben ein so unnachahmliches Gespür für die Situation, Sie wissen, was Sie Ihrem Publikum zumuten können, was Sie ihm zumuten müssen. Weit über jedes Handwerk hinaus wissen Sie, was Sie tun – was Sie sprechen, spielen, darstellen.

Deswegen, lieber Herr Matthes, gilt sicher auch für Sie, was Thomas Bernhard im Textbuch zu seinem Stück „Ritter, Dene, Voss“ am Ende in einer Notiz festgehalten hat: „Ritter, Dene, Voss, intelligente Schauspieler“.

Sie sind ein ungemein belesener – und damit ist nicht nur der bekennende Zeitungsverschlinger gemeint –, ein am aktuellen Weltgeschehen interessierter, ein engagierter, nachdenklicher, selbstkritischer Zeitgenosse. Sie melden sich staatsbürgerlich zu Wort, wenn Sie sich nach reiflicher Überlegung zu diesem oder jenem ein verantwortliches Urteil gebildet haben. Sie lassen sich in die Pflicht nehmen, wenn man Sie braucht und wenn Sie den Eindruck haben, etwas bewirken zu können: ob als Präsident der Deutschen Filmakademie, als Mitglied der Akademie der Künste in Berlin und dort einige Zeit als Direktor der Sektion Darstellende Kunst oder als Kuratoriumsmitglied der Akademie für gesprochenes Wort.

Sie sind nicht nur ein überzeugter Demokrat, Sie lehnen auch billige Besserwisserei ab. Sie haben mehr als einmal deutlich gemacht, dass Künstler eine politische und gesellschaftliche Verantwortung haben, und zwar eine, die von Einsicht, Sachkenntnis und vom Bewusstsein gemeinsamer Herausforderung geprägt sein muss. Deswegen hört man auch genau zu, wenn Sie Ihr, wie Sie es selber nennen, „kleines, bescheidenes, prominentes Stimmchen erheben" – weil das eben nie leichtfertig und kenntnislos geschieht. Ihre Beteiligung bei der Initiative ActOut, dem gemeinsamen Coming-out von fast zweihundert Schauspielerinnen und Schauspielern, hatte darum besonderes Gewicht.

Und es sind nicht nur die großen Dinge, die Ihnen wichtig sind. Sie engagieren sich bei sozialen Projekten, etwa – wie ich erst jüngst erfahren habe – bei den „Berliner Schwimmpaten", wo Kinder aus armen Familien einen Ferienschwimmkurs fürs Seepferdchen machen können. Auch solche ganz praktischen Dinge haben Sie im Blick.

Noch mehr Menschen, als ins Theater gehen, kennen Sie aus Film und Fernsehen. Dort welkt ja auch der Kranz des Mimen nicht so schnell. Einer der besten „Tatorte", der film- und theatergeschichtlich anspielungsreiche, auch ironisch-verspielte „Im Schmerz geboren" konnte auf Sie als, nun ja: extremen Bösewicht zählen. Und Bösewicht ist ein viel zu harmloses Wort, um die Rolle zu bezeichnen, die Sie als Propagandaminister Goebbels in „Der Untergang" gespielt haben. Sie haben dort nicht nur einem abgrundtief bösen Menschen Gesicht und Stimme gegeben – Sie haben den Abgrund des Bösen selbst sichtbar gemacht.

Auch das ist, wie ich glaube, mehr als Handwerk. Denn es bedeutet, den Mut zu haben, sich sehr genau anzuschauen und dann auch sehr genau darzustellen, was als furchtbare Möglichkeit im Menschen angelegt ist. Wovon also Stückeschreiber wie Shakespeare immer eine konkrete Ahnung hatten und was wir selber in unserer Gegenwart als furchtbare Realität erleben müssen. Ihre

schauspielerische Leistung im „Untergang“ erschien mir, wenn Sie mir diese Bemerkung erlauben, wie eine weltliche Darstellung der letzten Bitte aus dem Vaterunser: „Und erlöse uns von dem Bösen“.

Ich freue mich, heute mit dem Bundesverdienstkreuz einen engagierten Staatsbürger ehren zu können und einen wunderbaren, uns alle immer wieder bewegenden und überraschenden Schauspieler.

Thomas Bernhard hat manchen seiner Texte Untertitel gegeben wie etwa: „Holzfällen. Eine Erregung“ oder: „Auslöschung. Ein Zerfall“. Würde Bernhard noch leben, säße er mit Sicherheit schon an einem neuen Stück: „Matthes. Eine Ermutigung“.

Gerade gestern Abend durfte ich Sie, lieber Herr Matthes, noch einmal in Molières „Menschenfeind“ sehen. In der Rolle des Alceste sagen Sie ins Publikum: „Ich habe nie etwas vollbracht, von dem ich wüsste, dass mich der Staat dafür belohnen müsste.“ Wir alle, lieber Herr Matthes, sind da ganz anderer Meinung. Herzlichen Glückwunsch zum Bundesverdienstkreuz!



Im Estrel Congress Center

„Dieser Krieg ist ein Epochenbruch“

Eröffnung des 22. Ordentlichen Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes

8. Mai 2022, Berlin

Heute vor 77 Jahren ging der Zweite Weltkrieg zu Ende und mit ihm die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, die Zerstörung, Tod und millionenfaches Leid über ganz Europa gebracht hatte.

Der 8. Mai ist für uns Deutsche ein Tag der Dankbarkeit. Es waren Alliierte aus dem Westen und dem Osten, die Hitler vor 77 Jahren niedergerungen haben; und wir Deutsche bekennen uns heute zu diesem Datum als Tag der Befreiung. Es war eine Befreiung von außen. Bis zu unserer inneren Befreiung sollte es noch ein weiter Weg werden. Wir haben vorhin gehört, wie Esther Bejarano, die den Holocaust überlebt hatte, in einem offenen Brief das – so wörtlich – „große Schweigen nach 1945“ beklagte. Bejarano schrieb: „Plötzlich gab es keine Nazis mehr […]. Uns aber hat Auschwitz nicht verlassen.“

Der 8. Mai ist auch ein Tag des Erinnerns. Wir erinnern an den Schrecken der NS-Herrschaft und an den erbarmungslosen Vernichtungskrieg, den die Deutschen im Osten Europas geführt haben. Wir erinnern an das Leid

unter den Völkern der damaligen Sowjetunion, an die Opfer von Gewalt, Rassenhass und Verfolgung. Wir erinnern an den millionenfachen Mord an den europäischen Juden, an den Zivilisationsbruch der Shoah.

Der 8. Mai ist ein Tag der Mahnung. Ohne die Erinnerung an diese Verbrechen, die von Deutschland ausgingen, die Deutsche verübt haben, ist die deutsche Geschichte – und Gegenwart – nicht zu begreifen. Unsere Verantwortung vor der Geschichte kennt keinen Schlussstrich; das ist es, was uns dieser Tag aufgibt.

Sehr lange war der 8. Mai aber auch ein Tag der Hoffnung. Wer den Zweiten Weltkrieg überlebt hatte, durfte die Hoffnung haben, dass der europäische Kontinent aus der Geschichte lernt, dass niemand mehr auf Krieg als Mittel der Politik setzt. Wer die Zeit des Kalten Krieges erlebte, weiß um die Hoffnung, die mit der Schlussakte von Helsinki verbunden war, damals, 1975, als sich alle europäischen Staaten und auch die Sowjetunion zur Unverletzlichkeit der Grenzen bekannten und zum Verzicht auf Gewalt.

Generationen von Politikern haben dafür gearbeitet, dass „Nie wieder“ auch „Nie wieder Krieg in Europa“ heißt. Michail Gorbatschow hat uns eine Vision mit auf den Weg gegeben: das gemeinsame europäische Haus.

Aber heute, an diesem 8. Mai, ist der Traum des gemeinsamen europäischen Hauses gescheitert; ein Albtraum ist an seine Stelle getreten. Dieser 8. Mai ist ein Tag des Krieges.

Wir alle sind erschüttert und aufgewühlt von dem brutalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, den eine atomare Großmacht nun seit mehr als zwei Monaten gegen ein souveränes, demokratisches Land in Europa führt. Die Ukrainer leiden unermesslich unter der Grausamkeit der Angreifer, unter den Zerstörungen, die die russischen Truppen über ihr Land bringen. Die Bilder von zerbombten Städten und hungernden Menschen, von verzweifelten Müttern, Großmüttern, Kindern auf der Flucht, die Bilder von Massengräbern und Zeugnissen schwerster Kriegsverbrechen, diese Bilder zerreißen uns das Herz.

Dieser Krieg überschattet und prägt auch Ihren Bundeskongress – wie sollte es anders sein? Lieber Reiner Hoffmann, ich bin dankbar für die Einladung, heute bei Ihnen sein und zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Meine Damen und Herren, dieser Krieg ist ein Bruch mit vielem, was uns als selbstverständlich galt. Er ist ein Epochenbruch.

Dieser Krieg bedroht die Ukraine in ihrer Existenz. Wladimir Putin will die Ukraine als freies, demokratisches Land auslöschen. Er verletzt nicht nur ihre Grenzen, er bestreitet ihr das Recht, ein Staat zu sein. Putin zerstört damit endgültig die Grundlage der europäischen Friedensordnung, wie wir sie nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg gebaut haben: Territoriale Souveränität, freie Bündniswahl und Gewaltverzicht, unterschrieben von Moskau im Pariser Vertrag – das alles gilt ihm nichts mehr. Der Angriff auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf die Idee der liberalen Demokratie und auf die Werte, auf denen sie gründet: Freiheit, Gleichheit, die Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde.

Unsere Antwort ist eindeutig und klar: Wir stehen an der Seite der Ukraine, aus voller Überzeugung und mit ganzem Herzen, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn! Denn auch das ist eine Lehre des 8. Mai 1945: dass wir Europäer uns nicht noch einmal auseinandertreiben lassen durch aggressiven Nationalismus und Völkerhass! Nationalismus, Völkerhass und imperialer Wahn dürfen nicht die Zukunft Europas beherrschen. Das müssen wir verhindern!

Und wie verlogen, wie geschichtsklitternd klingen Putins Behauptungen, gerade am 8. Mai und gerade in deutschen Ohren? Wenn er von Faschismus spricht, von „Entnazifizierung“, dann lügt er. Das ist eine so perfide

wie zynische Verdrehung der Geschichte! Wenn Putin am morgigen 9. Mai seinen brutalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine gleichsetzt mit dem Kampf gegen den Nationalsozialismus, dann ist auch das ein perfider und zynischer Missbrauch der Geschichte! Unter dem Vorwand der Entnazifizierung lässt er sogar Menschen töten, die schon einmal durch die Hölle gegangen sind: auch viele Überlebende des Holocaust. Welche Barbarei!

Ich denke dabei an Boris Romantschenko, den Vizepräsidenten des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora. Vier deutsche Konzentrationslager hat Boris Romantschenko überlebt – und sich später unermüdlich für Versöhnung eingesetzt. Er kämpfte für eine bessere Welt in Frieden und Freiheit. Jetzt, in diesem Krieg, starb der 96-Jährige im russischen Bombenhagel in seiner Wohnung in Charkiw. Sein Tod erschüttert mich zutiefst. Ich verbeuge mich in tiefer Trauer vor Boris Romantschenko.

Ich denke dabei auch an Vanda Semjonowna Obiedkowa. Als Kind erlebte sie Unvorstellbares, versteckte sich in einem Keller in ihrer Heimatstadt Mariupol vor den NS-Schergen. Jetzt, in diesem Krieg, musste sie erneut in einem Keller Schutz suchen, 91 Jahre alt, schwer krank, ohne Wasser, ohne Strom, bei Eiseskälte, so hat es ihre Tochter berichtet. Auch Vanda Semjonowna Obiedkowa

hat als Überlebende immer wieder ihre Geschichte erzählt, als Mahnung und Warnung für die Nachgeborenen. Sie starb in ihrem geliebten, belagerten, zerbombten Mariupol.

Zutiefst bewegt hat mich auch das Schicksal einer Gruppe von Überlebenden, die ich erst vor wenigen Tagen getroffen habe, nicht weit von hier in einem Pflegeheim in Berlin. Hochbetagte, die dem deutschen Völkermord an den Juden in der damaligen Sowjetunion entkommen konnten. „Es ist der zweite Krieg für mich", das hat mir Svetlana Sabudkina erzählt, die als Kind vor den Deutschen aus Kiew nach Osten geflohen ist. Jetzt müssen diese hochbetagten Überlebenden vor den russischen Angreifern nach Westen flüchten: ausgerechnet nach Deutschland, ausgerechnet nach Berlin, wo einst der Holocaust erdacht und organisiert wurde, wo wir heute aber eine rettende und sichere Zuflucht geben können – und geben müssen!

Ich danke der Jewish Claims Conference und all jenen, die diese Menschen gerettet haben. Wir sind es ihnen und uns selbst schuldig, unsere Tür offen zu halten für die Überlebenden einer geschundenen Generation.

Dieser Krieg ist ein Epochenbruch. Er hat viele unserer Gewissheiten der letzten Jahrzehnte in Frage gestellt oder schon hinweggefegt. 77 Jahre nach dem Ende des

Zweiten Weltkrieges sind wieder Millionen Menschen auf der Flucht quer durch Europa. Die meisten in ihrem überfallenen Land, der Ukraine. Aber Millionen sind auch außer Landes geflohen. Ich bin dankbar für die überwältigende Hilfsbereitschaft in den Nachbarländern. Und ich bin dankbar für die überwältigende Hilfsbereitschaft in unserem eigenen Land. Mein Dank geht heute auch an Sie, den DGB und seine Einzelgewerkschaften; an Sie, die Gewerkschaftsmitglieder, die den Menschen aus der Ukraine helfen, ohne lange zu fragen. Ich bin bewegt von Ihrem Engagement und Ihrer Solidarität; und ich weiß, es ist diese gelebte Solidarität, die unser Land zusammenhält.

Aber Schutz und Hilfe für die, die alles verloren haben, die zu uns gekommen sind und noch kommen werden, das ist nur das eine. Es geht um viel mehr.

Solidarität, das heißt humanitäre und finanzielle Hilfe für die Menschen in der Ukraine. Solidarität, das heißt, wirtschaftlich Druck auf Russland auszuüben, mit einschneidenden Sanktionen, wie wir sie in der Geschichte der EU noch nicht verhängt haben. Solidarität, das bedeutet auch, dass wir Lasten zu tragen haben, und das für lange Zeit. Und Solidarität heißt auch, diejenigen zu unterstützen, die ihr Land, ihre Freiheit, ihre Demokratie so tapfer verteidigen – ja, auch ihnen so zu helfen, dass sie sich verteidigen können.

Dieser Krieg zwingt uns zu schmerzhaften Einsichten: Wir waren uns zu sicher, dass Frieden, Freiheit, Wohlstand selbstverständlich sind. Und ja, auch ich habe nicht für möglich gehalten, dass der russische Präsident am Ende in seinem imperialen Wahn den totalen politischen, wirtschaftlichen und moralischen Ruin seines eigenen Landes in Kauf nehmen könnte. Dieser Krieg macht uns auf eine brutale Weise klar, dass wir unsere Demokratie schützen und verteidigen müssen – nach innen und nach außen!

Wir brauchen die Wehrhaftigkeit der Demokratie nicht nur in Sonntagsreden und auch nicht nur als politische Kultur, als demokratisches Selbstbewusstsein, als Engagement. Wir brauchen auch moderne Streitkräfte und eine besser ausgerüstete Bundeswehr. Außenpolitik und Diplomatie werden auch in Zukunft gebraucht werden, natürlich. Aber wer zur Vermeidung künftiger Konflikte auf Diplomatie und Verhandlungen setzt, muss wissen: Verhandlungen lassen sich nicht aus einer Position der Schwäche führen. Erfolgreich verhandeln lässt sich nur aus einer Position der Stärke. Diesen Willen zur Stärke müssen wir haben, und den müssen wir zeigen.

Es sind gewaltige Veränderungen, vor denen wir stehen, absehbar noch sehr viel tiefgreifender, als wir sie heute diskutieren. Auch deshalb spreche ich von Epochenbruch. Wie wird die politische Landkarte in Europa aussehen

nach diesem Krieg? In welcher Welt werden wir leben? Die Debatte über den Systemkonflikt zwischen Demokratien und autoritären Regimen, über die Zukunft der Globalisierung und unsere Verantwortung in der Welt steht mit höchster Dringlichkeit auf der Tagesordnung. Ich als Bundespräsident will diese Debatte führen. Und ich werde alle Möglichkeiten meines Amtes nutzen, dass wir sie führen.

Auch und gerade an diesem Tag, an diesem 8. Mai ist mir wichtig, dass wir die Herausforderungen der Gegenwart annehmen. Dass wir als Gesellschaft nicht auseinanderlaufen, die veränderten Realitäten nicht ignorieren und im Gespräch miteinander bleiben. Epochenbruch bedeutet: Nicht alles geht weiter wie gehabt! Wir finden uns in einer neuen und bedrohlichen Situation wieder. Viele Deutsche sind verunsichert und besorgt, und viele haben widerstreitende Empfindungen: Empathie mit dem Leid der Ukrainer, den Wunsch zu helfen, mehr zu tun zur Unterstützung der Ukrainer in ihrem tapferen Kampf gegen die Aggressoren. Aber auch Angst vor einer Ausweitung des Krieges, Angst, dass wir selbst zur Kriegspartei werden könnten – all das bewegt die Menschen in unserem Land. Und es bewegt sicher auch Sie alle hier im Saal.

Für all diese Aspekte, auch für widerstreitende Empfindungen, muss Raum sein in unserer Debatte: für Klarheit

und Entschiedenheit ebenso wie für Fragen, Sorgen, Zweifel. Eine wichtige Fähigkeit darf uns nicht verloren gehen: einander zuzuhören und andere Meinungen überhaupt noch gelten zu lassen. Wir müssen es aushalten, wenn Standpunkte aufeinanderprallen, gerade wenn es um eine so existenzielle Frage wie Krieg und Frieden geht. Eine so existenzielle Frage verlangt nach Kontroverse. Das macht unsere Demokratie aus. Zur Demokratie gehört aber auch, dass wir Kontroversen mit Respekt und gegenseitiger Achtung führen, andere nicht niedermachen oder verächtlich machen, weil wir ihre Meinung nicht teilen. Auch dafür werde ich als Bundespräsident weiter hartnäckig werben.

Wenn ich von einem Epochenbruch spreche, dann meine ich auch eine sehr konkrete Frage: Wie bewältigen wir die Lasten, die wir schon jetzt zu tragen haben, und wie verteilen wir sie gerecht? Dabei geht es um nicht weniger als unser Zusammenleben, um den Zusammenhalt in unserem Land. Unterbrochene Lieferketten, steigende Preise für Lebensmittel, explodierende Energie- und Treibstoffkosten – schon jetzt bekommen viele Menschen die Folgen des Krieges ganz unmittelbar und hart zu spüren.

Die große Mehrheit in unserem Land hält den wirtschaftlichen Druck auf Russland über Sanktionen für richtig und trägt diese Politik mit. Aber ich nehme wahr, dass

viele Menschen auch Ängste haben. Vor der Inflation. Vor einer Rezession. Und vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes; wer wüsste das besser als Sie in den Gewerkschaften. Wie wir unsere Abhängigkeit von russischen Energieimporten beenden können, ohne dass ganze Branchen bedroht und Hunderttausende von Arbeitsplätzen gefährdet werden, das treibt Sie alle um. Ich weiß das!

Und doch, so lautet meine Lehre aus der doppelten Erfahrung von Pandemie und Ukraine-Krieg, geht die Zäsur in der Weltwirtschaft tiefer. Sie bedeutet nicht das Ende, aber ganz sicher einen Umbruch der bisherigen globalen Arbeitsteilung. Schon während der Pandemie mussten wir lernen: Achtzig Prozent der Wirkstoffe für Arzneimittel werden aus Fernost importiert. Und auch jenseits der Pharmaindustrie haben ganze Branchen praktisch keine Vorratshaltung – im Vertrauen darauf, dass alles jederzeit verfügbar ist. Und so war es ja auch. Aber jetzt sehen wir, wie sich in Shanghai seit Wochen die Containerschiffe stauen. Die weltweiten Lieferketten sind schwer gestört, und wir spüren die Folgen.

Die Lehre kann doch nur sein: Nicht allein der günstigste Preis auf den Weltmärkten darf darüber entscheiden, mit wem man Geschäfte macht. Das gilt nicht nur für Energielieferungen, sondern auch für andere Rohstoffe, Vorprodukte und Fertigungsprozesse. Jede Entscheidung muss

neben den wirtschaftlichen auch politische Risiken berücksichtigen. Wir müssen klüger diversifizieren und auch Europa als Produktionsstandort neu entdecken, attraktiv machen. Die Demokratie ist für uns von größtem Wert, aber ihre Verteidigung hat einen Preis. Sie hat auch einen Preis für unsere Volkswirtschaft. Und darüber werden wir sprechen, wenn es um die Zukunft der Globalisierung geht.

Pandemie, Flut, Krieg, Klimawandel: Diese mehrfache Krisenerfahrung erleben viele Menschen als enorme Belastung. Aber es ist auch diese mehrfache Krisenerfahrung, diese Erfahrung eines Epochenbruchs, die uns noch einmal ganz deutlich zeigt, wie dringlich es ist, dass wir gemeinsam handeln, um unser Land in die Zukunft zu führen.

Ja, es sind gewaltige Herausforderungen, vor denen wir stehen, um nachhaltiger zu wirtschaften und mit unseren Ressourcen sparsamer umzugehen – und gleichzeitig unsere Demokratie zu stärken und zu schützen. Dieser Umbau wird uns viel abverlangen. Er wird unsere ganze Kraft, unsere ganze Kreativität, unseren ganzen Mut und auch manchen Verzicht erfordern. Entscheidend ist, dass wir um die besten Lösungen ringen – und Mehrheiten dafür finden. Das ist der Kern einer Demokratie. Eines dürfen wir dabei nie aus den Augen verlieren: dass jene nicht auf der Strecke bleiben, die mit dem

Wandel nicht so leicht Schritt halten können. Der Umbau wird nur gelingen, wenn auch die Schwächeren etwas zu gewinnen haben. Sonst laufen wir Gefahr, sie zu verlieren an die, die mit scheinbar einfachen Heilsversprechen locken: an die Populisten jeglicher Couleur. Die letzten Jahre haben uns gezeigt, welche Gefahr dies auch in unseren liberalen Demokratien ist, nicht nur bei uns, sondern überall in Europa.

Ihnen, dem DGB mit seinen Einzelgewerkschaften, kommt bei diesem Umbau eine ganz zentrale Rolle und viel Verantwortung zu. Ich habe großes Vertrauen in Sie. Sie stehen auf gegen diejenigen, die die Demokratie und ihre Institutionen verachten. Auch da brauchen wir Sie!

„Zukunft gestalten wir", unter dieser Überschrift werden Sie die nächsten Tage auf Ihrem Bundeskongress diskutieren. Es geht um die Zukunft der Arbeit, die Zukunft der Wirtschaft, die Zukunft für die nachwachsenden Generationen auf diesem Planeten. Aber Ihnen wie mir geht es auch um die Zukunft der Demokratie: dass sie besteht gegen die Faszination des Autoritären, aber auch gegen Gleichgültigkeit und Ignoranz. Meine Bitte ist: Mischen Sie sich ein! Und – wo immer es geht – suchen Sie das Gespräch mit der Politik!

Starke Gewerkschaften, Betriebsverfassung, Mitbestimmung, Verantwortung in der Sozialpartnerschaft, all das

hat unsere Demokratie über viele Jahrzehnte gestärkt und stabil gehalten. Schauen Sie selbstbewusst auf Ihren Beitrag zum Gelingen der Demokratie in unserem Land! Und diese starke Säule muss weiter tragen in einer Zukunft, die unübersichtlich ist. Ich danke Ihnen von Herzen für Ihr Engagement!

Vieles, was Sie, die Gewerkschaften, geleistet haben, ist in der Öffentlichkeit gar nicht bekannt. Ich erinnere mich, wie Sie geholfen haben, die Folgen der großen Krise auf den internationalen Finanzmärkten 2008/2009 zu überwinden. Ich erinnere mich an Besuche von Vorständen in Begleitung ihrer Betriebsräte, um mit der Politik nach Brücken über die Krise hinweg zu suchen. Auch bei den großen europäischen Krisen nach 2011 standen die Gewerkschaften auf der Seite derjenigen, die Europa zusammengehalten haben.

Sie haben erfolgreich gestritten, nicht nur für bessere Löhne, für Mindestlöhne, sondern auch für die Erhaltung sozialer Standards in einer globalen Wirtschaft. Und Sie stellen sich den Herausforderungen beim Umbau unseres Landes hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft: Ich denke an den Ausbau der erneuerbaren Energien, an den Einstieg in die CO_2-Bepreisung und in die Elektromobilität. Auch in den Betrieben und Unternehmen gibt es viele Beispiele für den Umbau hin zur

Klimaneutralität. Das ist ermutigend. Wir alle wissen aber: Das ist nur der Anfang.

Umso schwerer wiegt es, einen zu verabschieden, der sich mit aller Kraft dafür eingesetzt hat, dass dieser Umbau beginnt.

Lieber Reiner Hoffmann, nach acht Jahren an der Spitze des DGB gehen Sie jetzt in den wohlverdienten Ruhestand. Dass der DGB und seine durchaus selbstbewussten Einzelgewerkschaften heute geschlossener dastehen als zu manch anderen Zeiten, das ist Ihnen zu verdanken. In einer Zeit, in der sich der Ton in vielen Debatten in unserer Gesellschaft verschärft hat, in der die Reizbarkeit und die Gereiztheit gewachsen sind, waren Sie ein Brückenbauer im besten Sinne. Und das nicht nur innerhalb der Gewerkschaften, sondern auch zur Politik.

Angetrieben hat Sie Ihr Leben lang die Überzeugung, dass diejenigen Menschen eine starke Vertretung und die Möglichkeit zur Mitbestimmung brauchen, die das Rückgrat unserer Gesellschaft bilden: die Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserem Land. Die Erfolge, die Sie erzielt haben, sprechen für sich. In Ihrer Antrittsrede vor acht Jahren haben Sie bessere Löhne für Gesundheits- und Pflegekräfte gefordert, einen Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und

eine internationale Mindestbesteuerung: All das ist auf dem Weg.

Lieber Reiner, unsere Wege kreuzen sich seit mehr als zwanzig Jahren. Wir haben in ganz unterschiedlichen Verantwortungen gestanden und gearbeitet. Aber unsere Gespräche und Begegnungen waren immer von gegenseitigem Respekt und Freundschaft geprägt. Die Zukunft der jungen Generation ist ein Herzensthema, das uns immer verbunden hat, genauso wie die Überzeugung, dass wir ein starkes, geeintes Europa brauchen. Da wirst Du Dich auch weiter engagieren und im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss die Interessen von Arbeitnehmern vertreten. Ich möchte Dir heute aus ganzem Herzen danken und wünsche Dir viel Glück und gute Gesundheit in Deinem Ruhestand, der sicher eines nicht werden wird: ruhig. Lieber Reiner, im Namen unseres ganzen Landes, herzlichen Dank!

Liebe Delegierte und Gäste, vor Ihnen allen liegen jetzt Tage der intensiven Arbeit und Diskussion, und ich wünsche Ihnen dabei gutes Gelingen. Ich bin mir sicher, es wird nicht einfach ein Bundeskongress werden wie in manchen Jahren zuvor. Zu drängend, zu aufwühlend sind die Fragen, die der Krieg gegen die Ukraine uns allen aufgibt. Zu sehr bedrängen sie uns gerade heute, an diesem 8. Mai. Diesem 8. Mai, der ein Tag des Krieges ist.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (M.) im Gespräch mit Franziska Giffey, Regierende Bürgermeisterin von Berlin (r.), und Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB, am Rande der Eröffnung des DGB-Bundeskongresses in Berlin



Auf dem Schlossplatz in Stuttgart

„Dann werden wir anders leben, anders wirtschaften und ja, auch auf manches verzichten müssen“

Eröffnung des 102. Deutschen Katholikentages

25. Mai 2022, Stuttgart

„Voll ist die Luft von Fröhlichen jetzt und die Stadt […] ist / Rings von zufriedenen Kindern des Himmels erfüllt.“

Liebe Christinnen und Christen, als Hölderlin diese Zeilen schrieb, hatte er ziemlich sicher keinen Katholikentag vor Augen, aber immerhin stammen diese Zeilen aus seinem Gedicht „Stuttgart“. Und sie passen zu den kommenden Tagen hier, da es über die „Kinder des Himmels“ weiter heißt: „Gerne begegnen sie sich.“

Ich bin jedenfalls gerne hier, bei Ihnen in Stuttgart, wenn Christinnen und Christen über ihren Ort und ihre Aufgabe in der Gesellschaft sprechen. Über die Verantwortung von Christen in dieser Zeit. Und über Herausforderungen, die die Gegenwart – diese konkrete Gegenwart im Mai 2022 – für die Kirche und für jeden einzelnen Christen bedeutet.

Zwei Jahre Corona-Pandemie haben tiefe Spuren hinterlassen: in den Familien, in den Schulen, in der Arbeitswelt,

in der Kultur, im Sport – überall in der Gesellschaft. Jeder von uns ist sich seiner Verletzlichkeit, ja seiner Endlichkeit bewusst geworden. Und gleichzeitig haben wir erlebt, wie wichtig es ist, auf andere Rücksicht zu nehmen. Die Schwächeren zu schützen und als Gesellschaft füreinander einzustehen. Corona hat uns gezeigt, dass Solidarität kein Fremdwort sein und nie werden darf!

Seit drei Monaten herrscht wieder Krieg in Europa, sterben Menschen, werden Dörfer und Städte bombardiert und zerstört, sind Millionen auf der Flucht. Der brutale, völkerrechtswidrige und verbrecherische Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine entsetzt, erschüttert und verstört uns.

Wir fühlen mit den Ukrainerinnen und Ukrainern, denen der Krieg so schweres Leid zufügt, der sie zur Flucht zwingt, auch nach Deutschland, zu uns. Diese Menschen haben alles verloren – und ich bin sehr dankbar für die Hilfe und den Schutz, den sie hier bei uns erfahren.

Und ich bin sicher: Auch auf diesem Katholikentag wird inständig für den Frieden gebetet werden. Ich bete mit Euch! Aber ich fordere Russland auch auf: Respektieren Sie die Souveränität der Ukraine, stellen Sie die Kampfhandlungen ein! Herr Putin, beenden Sie das Leid und die Zerstörung in der Ukraine! Ziehen Sie Ihre Truppen zurück! Und auch das: Verweigern Sie nicht das direkte

und ernsthafte Gespräch mit Präsident Selensky, wie er es gerade gestern noch einmal in Davos erneut gefordert hat! Das Sterben in der Ukraine muss ein Ende haben!

Liebe Christinnen und Christen, Putins Angriffskrieg trifft nicht allein die Menschen in der Ukraine. Weil Millionen Tonnen von Getreide in den ukrainischen Seehäfen blockiert sind, sind die weltweiten Getreidepreise dramatisch gestiegen, horten jetzt schon einzelne Staaten gigantische Mengen an Weizen.

Viele Gegenden der Welt sind in den kommenden Monaten von Hunger und Tod bedroht, vor allem im Osten und Süden Afrikas. Denn die Folgen von Putins Krieg treffen auf Staaten, die sich noch immer nicht von Corona erholt haben. Und sie treffen auf Regionen, in denen wegen der Klimakrise die Böden austrocknen und unfruchtbar werden.

Viele von Ihnen werden sich jetzt fragen, ob unsere Kräfte ausreichen, um überall dort zu helfen, wo es nötig ist, und so viel zu helfen, wie es nötig ist. Aber wenn wir solidarisch sein wollen mit den Schwächsten der Welt, wenn wir wirklich etwas tun wollen gegen die Hungerkatastrophe und das Leid, dann müssen wir eben auch über uns nachdenken: über unseren Anteil an der weltweiten Klimakrise, über unseren Lebensstil und unsere Verantwortung für die Welt. Dann werden wir anders

leben, anders wirtschaften und ja, auch auf manches verzichten müssen.

Wir alle verspüren in diesen Tagen das Bedürfnis nach Orientierung, nach Hoffnung, nach Mut. Und obwohl gerade die Kirchen hier ein großes Reservoir, ja, einen großen, in jahrhundertelanger Erfahrung gewachsenen Schatz an Worten, Gesten und Überzeugungen haben, fragen sich manche: Sind sie nicht etwa in der Pandemie etwas zu leise gewesen? Ich habe diese Frage öfter gehört. Meist kam sie von denen, die mit der Kirche nicht viel am Hut haben und nicht sehen können oder wollen, wie viel Gutes und Tröstendes im Stillen tatsächlich geschehen ist, gerade für Kranke und Sterbende und in der Begleitung Trauernder – soweit das bei all den Einschränkungen der Gottesdienste und der Seelsorge überhaupt möglich war.

Die Frage „Sind die Kirchen in der Pandemie etwas zu leise gewesen?“ wurde aber auch innerhalb der großen Kirchen mit großer Dringlichkeit gestellt. Wenn es so war, dann sind die Gründe nicht allein in der Pandemie und ihren lähmenden Auswirkungen auf das Gespräch in der Gesellschaft zu suchen. Entscheidender ist, glaube ich, dass Missbrauch und Vertuschung und deren schleppende Aufklärung viel Vertrauen beschädigt und bei manchen zerstört haben. Und zugleich auch ganz viel Selbstvertrauen der Kirchen. Viele haben sich aus Enttäuschung abgewendet. Ich weiß das.

Umso mehr möchte ich all jene ermutigen, die sich tatkräftig für die Erneuerung der katholischen Kirche in Deutschland einsetzen. Ich darf Ihnen sagen, dass nicht nur ich, sondern viele Menschen mit Neugier und mit Erwartung auf die Arbeit des Synodalen Weges schauen. Und auch außerhalb unseres Landes wird dieser Weg sehr aufmerksam begleitet, wie Sie wissen. Natürlich: Was dort gedacht, gesagt und beschlossen wird, das geht zuallererst die katholische Kirche selbst an. Und doch wird es auch von den Ergebnissen dort abhängen, welche Rolle die Kirche und die Christen in Zukunft in unserer Gesellschaft spielen. Ob es sich lohnt, wieder neu auf sie zu hören, oder ob manche, die enttäuscht sind, enttäuscht bleiben.

Das Wort und das Zeugnis der Kirchen soll aus meiner Sicht dabei nicht das wiederholen, was in der Gesellschaft ohnehin schon gesagt wird. Orientierung können Christinnen und Christen nur gewinnen und geben, wenn sie sich auf ihr Eigenes besinnen, auf das, was nicht aus den Plausibilitäten abgeleitet werden kann, die gerade aktuell sind.

Die Würzburger Synode hat 1975 formuliert: „Die Welt braucht keine Verdoppelung ihrer Hoffnungslosigkeit durch Religion." Sie braucht, füge ich hinzu, auch keine Verdoppelung ihrer säkularen Glücksversprechen. Sie braucht Orientierung über das Heute hinaus. Sie braucht

Verantwortung für die Schwachen. Sie braucht das praktische Beispiel der Nächstenliebe – auch wenn sie etwas kostet; der Heilige Martin hat uns Beispiel gegeben. Und sie braucht das Zeugnis eines Glaubens, dessen Zuversicht immer noch ein Stück größer ist als Verzagtheit, dessen Hoffnung immer ein Stück größer ist als Verzweiflung. Dietrich Bonhoeffer hat es in dunkler Zeit mit den Worten ausgedrückt, die Sie alle kennen:

„Von guten Mächten wunderbar geborgen, / erwarten wir getrost, was kommen mag. / Gott ist mit uns am Abend und am Morgen / und ganz gewiss an jedem neuen Tag."

Liebe Brüder und Schwestern: In dieser Zuversicht kann man „Leben teilen" – ohne Angst zu haben, etwas zu verlieren. In dieser Zuversicht wünsche ich Ihnen und uns allen einen guten, einen gelingenden, einen in jeder Hinsicht geistreichen und geistvollen Katholikentag.



Eröffnung des 102. Deutschen Katholikentages
unter dem Motto „Leben teilen“ auf dem Schlossplatz
in Stuttgart



Vor dem Fridericianum

„Verantwortung lässt sich nicht outsourcen“

Eröffnung der Documenta Fifteen
18. Juni 2022, Kassel

Ich will offen sein: Ich war mir in den vergangenen Wochen nicht sicher, ob ich heute hier bei Ihnen sein würde.

Dabei ist es seit der ersten Documenta, seit dem Jahr 1955, guter Brauch, dass der Bundespräsident am Eröffnungstag in Kassel zugegen ist. Denn die Documenta ist nicht nur die bedeutendste Ausstellungsreihe zeitgenössischer Kunst: Alle fünf Jahre wirkt sie gleichsam in die Gesellschaft hinein, indem sie den Zustand der Gesellschaft selbst zum Thema macht. Die Documenta war nie nur national, die internationale Kunst war immer präsent. Und in diesem Jahr verantwortet erstmals ein Kuratorenkollektiv aus dem globalen Süden dieses Weltkunstereignis. Damit holt die Documenta Fifteen auch die Debatte über die globale Gegenwart hierher nach Kassel.

Dazu passt, dass ich gerade aus Indonesien komme; ein Land, das in den vergangenen Jahrzehnten einen wirklich tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Wandel vollzogen hat. Ein Land, das sich nach einer langen Geschichte von Fremdherrschaft und Kolonialisierung

die eigene Identität und Unabhängigkeit erkämpft hat. Die größte muslimisch geprägte Demokratie der Welt.

Aber es ist eben auch ein Land, das heute die Folgen des Klimawandels, die Folgen der Umweltverschmutzung, und ja: auch die Folgen des westlichen Lebensstils ganz unmittelbar zu spüren bekommt. Ich habe in Indonesien gesehen, wie und unter welchen Bedingungen Menschen auf scheinbar endlosen Müllhalden leben. Ich habe gesehen, wie Plastikmüll von einer Deponie in einem Kunstprojekt unter Mitwirkung der lokalen Bevölkerung zu Ziegelsteinen verarbeitet wird. Aus diesen Steinen soll für die Anwohnerinnen und Anwohner der Mülldeponie ein Haus gebaut werden – als Ort für die Kunst, aber auch als Ort für eine Stiftung, von der die Menschen finanziell profitieren.

Aus Müll entsteht Kunst. Aus Abfall wird Zukunft. Und dennoch ist es immer noch Müll, zum großen Teil westlicher Müll. Es hat mich beschämt, das zu sehen – und mich gleichzeitig beeindruckt.

Umso mehr freue ich mich, dass bei der Documenta Fifteen ein indonesisches Kuratorenkollektiv ausgewählt worden ist. Einen ersten Blick auf die Exponate konnte ich gerade schon werfen, und ich bin sicher, dass ich bei meinem Rundgang gleich im Anschluss noch mehr

Überraschendes, Spannendes, vielleicht auch Verstörendes oder Anstößiges zu sehen bekomme.

Warum also mein Zögern, heute hierherzukommen?

Selten hat eine Documenta im Vorfeld eine so heftige, so kritische Debatte hervorgerufen wie diese. Eine Debatte, in der wenig über Kunst, aber sehr viel über politische Botschaften gestritten wurde. Und ich gebe zu: Die Schärfe der Kontroverse, die Unversöhnlichkeit im Ton haben mich irritiert.

Wir alle wissen: Kunst ist nicht streitfrei zu haben. Eine demokratische Gesellschaft darf Künstler nicht bevormunden, erst recht nicht instrumentalisieren. Kunst hat keinen politischen Auftrag. Und Politik richtet nicht über die Qualität von Kunst.

Kunst kann dagegen eine Gesellschaft mit sich selbst ins Gespräch bringen – ein Gespräch, das wir alle bitter nötig haben. Ein nach Aufklärung strebendes Gespräch, das in der Empörungslogik sozialer Medien und unter dem täglichen Bekenntnisdrang vieler Nutzer weniger gefördert als vielmehr unterdrückt wird.

Streitfrei ist Kunst also nicht zu haben, aber: Ist deshalb alles Kunst? Joseph Beuys würde sagen: „Ja!“ Aber das kann nicht bedeuten, dass all jene, die sich für ihre

politischen Botschaften der Kunst bedienen, außerhalb der Kritik bleiben. Zumal dann nicht, wenn sie den politischen Aktivismus zur Kunstform machen. Wer als Künstlerin oder Künstler in das Forum der Politik eintritt, muss sich nicht nur der ästhetischen, sondern auch der politischen Debatte und Kritik stellen. Und dort gibt es Grenzen!

Um das klarzustellen, spreche ich heute hier.

Ich habe im Vorfeld der jetzigen Documenta sehr genau die Diskussionen verfolgt: über das, was wir an Kunst zu erwarten haben, aber auch über manchen gedankenlosen, leichtfertigen Umgang mit dem Staat Israel. Doch so nachvollziehbar einzelne Kritik an der israelischen Politik, etwa dem Siedlungsbau, ist: Die Anerkennung der israelischen Staatlichkeit bedeutet die Anerkennung der Würde und Sicherheit der modernen jüdischen Gemeinschaft. Die Anerkennung ihrer Existenzgewissheit. Als deutscher Bundespräsident halte ich für mein Land fest: Die Anerkennung Israels ist bei uns Grundlage und Voraussetzung der Debatte!

Ich sage gern noch mal: Kunst darf anstößig sein, sie soll Debatten auslösen. Mehr noch: Die Freiheit der Meinung und die Freiheit der Kunst sind Wesenskern unserer Verfassung. Kritik an israelischer Politik ist erlaubt. Doch

wo Kritik an Israel umschlägt in die Infragestellung seiner Existenz, ist die Grenze überschritten.

Es fällt auf, wenn auf dieser bedeutenden Ausstellung zeitgenössischer Kunst wohl keine jüdischen Künstlerinnen oder Künstler aus Israel vertreten sind. Und es verstört mich, wenn weltweit neuerdings häufiger Vertreter des globalen Südens sich weigern, an Veranstaltungen, an Konferenzen oder Festivals teilzunehmen, zu denen auch jüdische Israelis eingeladen sind.

Ein Boykott Israels kommt einer Existenzverweigerung gleich. Wenn unabhängige Köpfe aus Israel unter ein Kontaktverbot gestellt werden, wenn sie verbannt werden aus der Begegnung und dem Diskurs einer kulturellen Weltgemeinschaft, die sich ansonsten Offenheit und Vorurteilsfreiheit zugutehält, dann ist das mehr als bloße Ignoranz. Wo das systematisch geschieht, ist es eine Strategie der Ausgrenzung und Stigmatisierung, die dann auch von Judenfeindschaft nicht zu trennen ist.

Trotz alledem müssen wir stärker hinschauen, auch hinhören bei den Fragen, die im globalen Süden die Menschen bewegen: die lange Kolonialgeschichte mit Gewaltherrschaft und Ausbeutung und die zahllosen blinden Flecken ihrer Aufarbeitung. Die Erfahrung von Unterdrückung und Entrechtung. Der Umgang mit geraubtem Kulturgut. Aber auch die heute schon spürbaren,

dramatischen Folgen des Klimawandels mit Extremwetter, Dürren, Nahrungsmittelknappheit und Hunger.

Sich mit den berechtigten Interessen des globalen Südens auseinanderzusetzen, erfordert vieles: historisches Wissen, politische Vernunft, Sensibilität, Ernsthaftigkeit, Neugier und gegenseitigen Respekt. Es erfordert, in einem Wort, den Diskurs.

Ich hätte mir gewünscht, dass vor der Eröffnung dieser Documenta über all das diskutiert worden wäre. Und ich bedauere, dass es nicht möglich war, eine direkte Diskussion zwischen den Vertretern des globalen Südens, der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und in Israel zu organisieren. Eine Diskussion, die vielleicht auch die Leerstellen des postkolonialen Diskurses bei uns beleuchtet hätte. Wir diskutieren die drängenden Fragen der Gegenwart – und der Vergangenheit – eben nicht exterrestrisch. Sondern in der realen Welt, mit ihrer Geschichte von Konflikten, Kriegen und Gewalterfahrungen. Mit all den Ablagerungen, die sie in der Wahrnehmung von Menschen und Völkern hinterlassen haben.

Eine globale Erinnerung ist erst im Werden. Und überzeugend kann sie nur entstehen, wenn sie alle Erinnerungen berücksichtigt. Eben auch jüdische und israelische Erinnerungen.

Das gilt erst recht für einen Ausstellungsort in Deutschland. Niemand, der in Deutschland als Debattenteilnehmer ernst genommen werden will, kann zu Israel sprechen, aber zu sechs Millionen ermordeten Juden schweigen. Die Wunde der Shoah bleibt offen; wir wollen, dass sie sichtbar bleibt. Das Leid, das Deutsche Juden zugefügt haben; die Lehren, die die Nachfahren der Täter gezogen haben; das Wunder der Versöhnung zwischen Deutschland und Israel: All das sind Erfahrungen, die wir Deutsche in eine globale Erinnerung nicht nur einbringen, sondern, ich finde, auch einbringen müssen.

Daher wende ich mich heute auch an die Geschäftsführung und an die Gesellschafter der Documenta. Es gehört zum Prinzip dieser Weltkunstschau, dass jede Ausstellung unabhängig kuratiert wird. Das weiß ich. Und die enorme Bedeutung der Documenta als das Forum der globalen Kunstgemeinde hat ganz sicher auch mit der großen künstlerischen Freiheit zu tun, die jede Kuratorin, jeder Kurator – oder wie in diesem Jahr das kuratierende Kollektiv – genießen. Aber: Die Verantwortung bleibt ja. Verantwortung lässt sich nicht outsourcen.

Deswegen würde ich es sehr begrüßen, wenn die Verantwortlichen der Documenta sich dieser anspruchsvollen Vermittleraufgabe intensiv annehmen würden und hierfür auch geeignete Strukturen schaffen. Ich bin ganz

sicher: Es wird nicht an Unterstützung mangeln. Auch die Staatsministerin für Kultur hat ihre Hilfe dazu angeboten.

Viel zu viele Menschen machen es sich bei komplizierten Zusammenhängen inzwischen sehr einfach. Es gibt nur noch Schwarz oder Weiß, nur noch „Dafür" oder „Dagegen", keine Differenzierung, auch kein gegenseitiges Verstehenwollen. Boykottieren statt diskutieren. Aber hilft dieser neue Rigorismus wirklich weiter?

Der Video- und Installationskünstler Leon Kahane hat darauf, wie ich finde, in einem Gastbeitrag für die *Süddeutsche Zeitung* eine gute Antwort gegeben. Kahane schrieb: „Es gibt Widersprüche zwischen den Argumenten und Schlüssen, die sich aus der Aufarbeitung des Kolonialismus und der Shoah ergeben. Diese Widersprüche lassen sich nicht auflösen. Sie lassen sich nur aushalten, besprechen und anerkennen."

Und trotzdem, schreibt Kahane, gebe es Grenzen: „Antisemitismus und Rassismus sind solche Grenzen."

Die Documenta ist nicht nur der wichtigste, sondern auch der beste Ort für die Aushandlungsprozesse der zeitgenössischen Kunst. Ich will diesen Ort stärken. Und ich will die Documenta stärken. Wir brauchen sie! Dringender noch als die aktuelle Debatte es nahelegt!

Sie hat sich in Jahrzehnten das Vertrauen verschafft, der Zukunftsort einer wirklichen Weltgemeinschaft der Kunst zu sein – ohne Boykott und ohne Vorverurteilung. Ein Ort der offenen Begegnung im Bewusstsein einer ungeteilten Menschlichkeit.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Egils Levits, Präsident der Republik Lettlands (1. Reihe, 3. v. l.), beim Dank-Gottesdienst zur Wiedereinweihung der St. Petrikirche in Riga

„Ein Ort, an dem die versöhnte Verschiedenheit in Lettland als Teil unseres gemeinsamen Europas lebendig wird“

Ökumenischer Gottesdienst zur Wiedereinweihung der St. Petrikirche

21. Juni 2022, Riga / Lettland

Es bewegt mich sehr, am heutigen Tag an der Seite meines lettischen Amtskollegen und Freundes Egils Levits in diesem altehrwürdigen Gotteshaus stehen zu können. Die Petrikirche ist ein Wahrzeichen Rigas, tief in der Geschichte dieser einzigartigen Stadt verwurzelt. Die Steine könnten von der wechselhaften Geschichte dieses Ortes sprechen, von Aufbruch und Niedergang, von Leid und Hoffnung. Ein Schicksal, das Riga und das ganze Land geteilt haben.

1939 endete die jahrhundertealte Geschichte der hiesigen deutschsprachigen Gemeinde – eine Folge des verbrecherischen Pakts, mit dem die Sowjetunion und Nazideutschland das Ende von Freiheit und Eigenständigkeit der zwischen ihnen liegenden Länder und Völker besiegelten. Was Molotow und Ribbentrop festhielten, erfüllt uns Deutsche bis heute mit Scham und Trauer. Wir tragen Verantwortung für Dunkelheit und Leid, die über diesen Teil Europas hereinbrachen.

Der Pakt bedeutete auch das Ende der jahrhundertealten Präsenz der Deutschbalten. Dass nun heute mit dem geschwisterlichen Verbund der Petrikirchenstiftung die lettische Landeskirche und ihre deutschsprachige autonome Abteilung diesen Ort zu neuem Leben erwecken, dafür dürfen wir zutiefst dankbar sein.

Die Petrikirche soll wieder Ort der Begegnung sein, ein Ort, an dem die versöhnte Verschiedenheit in Lettland als Teil unseres gemeinsamen Europas lebendig wird. Das besondere Geflecht unserer gemeinsamen kulturellen und spirituellen Wurzeln zeigt sich hier offenkundig. Ich bin dem lettischen Parlament, der Saeima, dankbar, dass sie in dem jüngst verabschiedeten Eigentumsgesetz die Vielfalt der Funktionen festgehalten hat, die diese einzigartige Kirche erfüllen soll. Die Kirche ist nun wieder ein sakraler Raum und zugleich bleibt deutlich: Kirche ist auch Miteinander. Kirche ist Reflexion. Kirche ist Erinnerung und Zukunft. Kirche ist die Lebendigkeit der Kultur.

Von dieser Kirche ging 1522 die Reformation im östlichen Teil Europas aus. Riga war damals eine der ersten Städte jenseits von Wittenberg und dem Kerngebiet von Luthers Reformation in mitteldeutschen Landen, in denen sich die Bewegung ausbreitete. Auf dem Weg hierher sind wir über den Reformationsplatz gegangen, den mein Vorgänger Joachim Gauck und sein lettischer

Amtskollege Raimonds Vējonis 2017 eingeweiht haben. Heute, gerade fünf Jahre später, dürfen wir nun diesen besonderen Festgottesdienst in der Petrikirche feiern.

Die Reformation hat überall, wohin sie kam, Neues angestoßen – auch hier in Riga. Der Begriff der individuellen Freiheit, der Freiheit eines Christenmenschen, die Besinnung auf das Wort, all dies änderte auch den Blick von Deutschbalten und Letten auf ihr Verhältnis zueinander und auf ihre gemeinsame wechselhafte Geschichte.

An dieser Entwicklung waren namhafte Geistliche beteiligt, die als Pastoren nicht nur in Riga wirkten. So war die Lutherbibel auch Ausgangspunkt für den berühmten aus Sachsen-Anhalt stammenden Pastor Johann Ernst Glück, der im damaligen Marienburg – dem heutigen Alūksne – die Bibel aus den Ursprachen ins Lettische übersetzte und so die Entwicklung der lettischen Schriftsprache maßgeblich prägte. Die Besinnung auf lettische Sprache und Traditionen beschäftigte viele protestantische Geistliche; ich nenne hier nur Pastor August Bielenstein, der sich als Ethnograph der lettischen Kultur bleibende Verdienste um dieses Land erworben hat.

Ich wünsche mir, dass Deutsche und Balten dieses Kapitel ihrer gemeinsamen Geschichte heute wiederentdecken, dass wir die Lehren aus unserer Geschichte beherzigen,

wenn es darum geht, die Zukunft in unserem vereinten Europa zu gestalten.

Und ich wünsche der Gemeinde der Petrikirche, dem Herzen des nun wieder aufblühenden kirchlichen Lebens, viel Kraft und Segen für dieses großartige Unterfangen. Vielen Dank, paldies.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (l.) und der lettische Präsident Egils Levits blicken vom Kirchturm der St. Petrikirche über die Altstadt von Riga



Podiumsdiskussion im Zeughaus des
Deutschen Historischen Museums

„Gewalt will die Freiheit ersticken, Gewalt tötet die Demokratie!“

Gedenkveranstaltung zum 100. Jahrestag der Ermordung von Walther Rathenau

24. Juni 2022, Berlin

Am 27. Juni 1922, drei Tage nach dem Mord an Walther Rathenau, kamen die Mitglieder von Regierung und Parlament zu einer Trauerfeier im Reichstag zusammen, während hunderttausende Bürgerinnen und Bürger hier in Berlin und in vielen anderen deutschen Städten gegen die Gewalt der Republikfeinde demonstrierten.

Es war Reichspräsident Friedrich Ebert, der damals im Plenarsaal die Totenrede hielt. Ebert würdigte den Industriellen, Publizisten, Politiker und Außenminister Walther Rathenau als einen Menschen „seltener Eigenart“, er pries seine geistigen Gaben, seine grenzüberschreitenden Erfahrungen, aber auch die „Lauterkeit seines Charakters“, seine „Güte des Herzens“.

Und dann sprach Ebert aus, was damals so viele Menschen bewegte: „Die verruchte Tat“, sagte er, „traf nicht den Menschen Rathenau allein, sie trifft Deutschland in seiner Gesamtheit. Gerichtet war die Bluttat gegen die deutsche Republik und gegen den Gedanken der Demokratie,

deren überzeugter Vorkämpfer und Verfechter Dr. Walther Rathenau war."

Ich danke Ihnen sehr, dass Sie heute, einhundert Jahre später, zusammengekommen sind, um an Walther Rathenau zu erinnern; an einen klugen Kopf, einen großen Deutschen und einen Märtyrer der deutschen Demokratie!

Walther Rathenau war ein vielseitiger, ja mitunter ein widersprüchlicher Mensch. Es gehört zur Tragik seiner Person, dass er vielen Deutschen auch als literarische Karikatur bekannt ist. Robert Musil lässt Rathenau in seinem „Mann ohne Eigenschaften" kaum verhüllt auftreten und schmäht ihn als „die Verbindung von Kohlenpreis und Seele", als jemanden, der außerhalb seiner engeren Profession nur oberflächlich dilettiert. Ein Industriekapitän, der sich nicht aufs bloße Geldverdienen beschränkte, der zugleich ein Intellektueller war und Verantwortung für das Gemeinwohl übernahm; das überstieg das Vorstellungsvermögen mancher.

Als Sohn des AEG-Gründers Emil Rathenau war Walther Rathenau ein Großindustrieller und Teil der wirtschaftlichen Elite. Und doch war er sozial oft ausgegrenzt. Im wilhelminischen Preußen war für ihn als Jude eine führende Stellung in Staat, Militär oder Justiz unerreichbar; nicht einmal Reserveoffizier durfte er werden. Bitter

schrieb er später: „In den Jugendjahren eines jeden deutschen Juden gibt es einen schmerzlichen Augenblick, an den er sich zeitlebens erinnert: wenn ihm zum ersten Male voll bewusst wird, dass er als Bürger zweiter Klasse in die Welt getreten ist und keine Tüchtigkeit und kein Verdienst ihn aus dieser Lage befreien kann."

Es ist gut, sich an solche Zeugnisse zu erinnern. Der Antisemitismus, dem Rathenau letztlich zum Opfer fiel, war eben kein historischer Betriebsunfall, sondern er hatte, nicht nur in Preußen, eine böse, lange Tradition.

Als Schriftsteller und Intellektueller machte sich Rathenau gleichwohl einen Namen und lag mit seinen Ideen im Deutschen Kaiserreich oft quer zum politischen Mainstream: Er ging mit Deutschlands Kolonialminister auf Afrikatour – und geißelte später den Völkermord an den Herero als „die größte Atrozität", also Grausamkeit, „die jemals durch deutsche Waffenpolitik hervorgerufen wurde". Er plädierte für eine radikale Beschränkung des Erbrechts und wurde der sozialistischen Gleichmacherei geziehen, obwohl er doch dem Leistungsprinzip das Feld bereiten wollte. Er wurde ein Vordenker der ökonomischen Globalisierung und erkannte früh deren politisches Potenzial gerade für Europa. 1913 schrieb Rathenau: „Verschmilzt die Wirtschaft Europas zu einer Gemeinschaft, und das wird früher geschehen als wir denken, so verschmilzt auch die Politik. Das ist nicht der Weltfriede,

nicht die Abrüstung, nicht die Erschlaffung, aber es ist die Milderung der Konflikte, Kräfteersparnis und solidarische Zivilisation."

Aber während des Ersten Weltkrieges brachte er sich auch in Verruf: durch Annexionspläne, durch Überlegungen zur Zwangsarbeit und durch einen Aufruf, mit dem er noch im Herbst 1918 für eine Verlängerung des Krieges eintrat.

Dass er sich nach der Revolution dennoch entschlossen auf den Boden der Republik stellte und Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei wurde, damit konnten nicht alle Schritt halten und nahmen es ihm übel. Dabei war doch dies gerade das Manko der Weimarer Republik: dass viel zu viele Angehörige der alten Eliten sich der Demokratie verweigerten und die Vergangenheit verklärten, statt an der Zukunft mitzubauen. Walther Rathenau dagegen hat in schwerster Zeit Verantwortung für Deutschland übernommen und sich in den Dienst der Republik gestellt: als Reichsminister für den Wiederaufbau, ab 1922 als Außenminister. Für die Feinde der Demokratie aber war Rathenau die ideale Verkörperung der angeblichen jüdisch-kapitalistischen Weltverschwörung.

Zum Hass auf Rathenau trug auch der Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion bei, der im Frühjahr

1922 im italienischen Rapallo geschlossen wurde. Über die Motive und die Bedeutung von Rapallo hat die Geschichtswissenschaft viel debattiert. Rathenau hatte lange gezögert, denn seinen eigentlichen Intentionen einer friedlichen wirtschaftlichen Verständigung mit dem Westen lief dieser Vertrag zuwider. Erst als er glaubte, einer russisch-französischen Verständigung zuvorkommen zu müssen, gab er seine Zustimmung. Tatsächlich waren es nicht zuletzt nationalistische Militärs, die den Pakt mit Sowjetrussland suchten und von einer gewaltsamen Revision der Grenzen in Osteuropa träumten. Das hielt die Rechtsextremisten freilich nicht davon ab, Rathenau nun als „Prototyp eines Börsen- und Sowjetjuden" zu schmähen.

Heute wissen wir: Rathenaus ursprüngliche Intentionen waren richtig, aber Rapallo hat aus heutiger Sicht die Weichen anders und falsch gestellt. Das demokratische Deutschland hätte auch damals das enge Bündnis mit den Demokratien des Westens gebraucht. Das war nach 1945 auch eine der Lehren aus Weimar. Die Westbindung war die richtige Weichenstellung, die die zweite deutsche Demokratie vornahm. Und spätestens seit 1989 ist dieser „Westen" nicht mehr geographisch, sondern politisch zu verstehen, als ein Bündnis von Ländern, die sich gemeinsam zu Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und friedlicher, regelbasierter Zusammenarbeit bekennen.

Rathenau war nicht das erste Opfer rechtsradikaler Mörder. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Kurt Eisner und Gustav Landauer, Hugo Haase und Matthias Erzberger – das sind nur die prominentesten Opfer, die von rechtsradikalen Freikorps oder den Verschwörern der Organisation Consul erschlagen, ertränkt oder erschossen worden sind.

„Das Blut des Ermordeten, es fällt auf mehr als auf die Täter", sagte Reichstagspräsident Paul Löbe nach der Tat mit Blick auf den geistigen Anstifter des Mordes. Erst traf Rathenau der Hass der Extremisten, dann trafen ihn ihre Kugeln. Am Vortag erst hatte Karl Helfferich, ehemals Vizekanzler und Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Rathenau im Parlament wieder attackiert, genauso wie er Matthias Erzberger attackiert hatte, der im August 1921 erschossen worden war. Helfferich und seinesgleichen schufen ein – im wahrsten Sinne des Wortes – mörderisches politisches Klima. Was bei den geistigen Anstiftern noch verbrämt wurde, sprachen die Terroristen in ihren Hassgesängen ganz deutlich aus: „Auch Rathenau, der Walther, erreicht kein hohes Alter", hieß es da; und das war nicht die schlimmste Strophe jenes berüchtigten Textes, den viele von Ihnen kennen und der zu widerlich ist, um ihn hier zu zitieren.

Karl Helfferich hatte Rathenau unter anderem angegriffen für seine Bemühungen um die Wiedergutmachung

gegenüber Frankreich, dessen Norden deutsche Truppen verwüstet hatten. Helfferich schwadronierte von Deutschland als Opfer ausländischer Drohungen, Diktate und Demütigungen; von einer Politik, die das Vaterland in die sichere Katastrophe führe, und von einer Regierung, die die Heimat verraten und verkauft habe und die man deshalb vor Gericht stellen müsse.

In unseren Ohren klingt diese Hetze heute merkwürdig vertraut. Seit Jahren spüren wir eine Verrohung der politischen Debatte in unserem Land. Nicht zuletzt die sozialen Medien und die Anonymität im Internet haben diesen Trend verstärkt. Und Krisen befeuern das Geschäft der Apokalyptiker: Finanzkrise, Flucht und Migration, Corona-Pandemie, jetzt der Krieg in der Ukraine. Wie vor einhundert Jahren gehören auch heute Untergangsszenarien, Verschwörungstheorien und ein deutscher Opfermythos zum Repertoire von Extremisten. Der Hass auf Demokraten und die Sehnsucht, den politischen Gegner hinter Gitter zu bringen – das kennen wir auch von Pegida und Corona-Leugnern. Manche horten sogar Waffen und fantasieren vom Umsturz.

All dies zeigt uns: Auch heute wird Demokratie angefochten und bedroht. Auch heute sind nicht wenige Gegner der Demokratie bereit, Gewalt einzusetzen. Die Zahl der politisch motivierten Straftaten hat im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht, allein die

Gewalttaten haben um sechzehn Prozent zugenommen. Die größte Bedrohung für unsere freiheitliche Demokratie geht dabei weiterhin vom Rechtsextremismus aus.

Wenn wir an Walther Rathenau erinnern, dann denken wir daher zugleich an die Opfer politischer Morde heute. Wir denken an die Morde des NSU. Wir denken an den Regierungspräsidenten Walter Lübcke aus Kassel, der vor drei Jahren erschossen wurde, weil er die Werte unserer Republik – die Achtung der Menschenwürde und das Asylrecht – auch gegen jene verteidigt hatte, die in ihrem Ort keine Geflohenen aufnehmen wollten. Und wir denken an den zwanzigjährigen Mann, der im vergangenen Jahr in einer Tankstelle in Idar-Oberstein starb. Er wurde getötet, weil er seinen Mörder gebeten hatte, sich an demokratisch beschlossene Corona-Regeln zu halten.

Keine Frage: Jede Demokratie braucht die Debatte, braucht Streit und Konflikt – aber der politische Meinungsstreit endet da, wo Gewalt ins Spiel kommt: körperliche Gewalt, aber auch Hassrede und Hasskriminalität. Gewalt will die Freiheit ersticken, Gewalt tötet die Demokratie!

Freiheit und Demokratie sind aber nicht nur bedroht durch politische Gewalt aus dem Innern; die Gewalt kann auch von außen kommen. Der russische Überfall

auf die Ukraine zeigt dies nun seit vier Monaten tagtäglich in furchtbarer Weise.

So wie der politische Mord zielt auch der völkerrechtswidrige Angriffskrieg darauf ab, mit grausamer Gewalt eigene Machtinteressen brutal durchzusetzen. Der Krieg gegen die Ukraine ist ein Krieg gegen das Recht der Menschen, selbst zu bestimmen, wie sie leben wollen; es ist ein Krieg gegen ihre Freiheit und damit gegen unsere gemeinsamen Werte.

Unterdrückung im Innern und Angriffskrieg nach außen sind zwei Seiten einer schäbigen Medaille. Vor einhundert Jahren opferte Walther Rathenau sein Leben für die Demokratie; heute tun dies die tapferen Verteidiger der Demokratie in der Ukraine.

Wehrhafte Demokratie bedeutet deshalb auch, dass wir uns stärker als bisher gegen äußere Angriffe auf unsere Freiheit wappnen müssen, nicht zuletzt militärisch. Vor allem aber bedeutet sie: umfassende Solidarität mit der Ukraine, damit die Gewalt nicht über die Freiheit triumphiert.

Vor einhundert Jahren wollten die Rechtsradikalen mit dem Mord an Rathenau einen linken Volksaufstand provozieren, um den Vorwand für einen Militärputsch zu schaffen. Aber ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger

reagierte anders als die Extremisten kalkuliert hatten: entschlossen, aber besonnen. Der geplante „Auftakt zur deutschen Gegenrevolution" – wie Martin Sabrow den Rathenau-Mord einmal bezeichnet hat – scheiterte. Trotzdem gelang es der ersten deutschen Demokratie nicht, sich dauerhaft zu behaupten. Elf Jahre später erlag sie dem Ansturm ihrer Feinde.

„Walther Rathenau ist für die Republik ermordet worden, die ihn niemals geschützt hat", klagte Kurt Tucholsky nach dem Attentat. Auch heute müssen wir uns fragen, wie wir all jene schützen, die sich für unsere Demokratie engagieren, beruflich, aber vor allem in großer Zahl ehrenamtlich.

Mehr als zwei Drittel aller Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben schon einmal Beleidigungen, Bedrohungen oder Gewalt erlitten; viele sind schon einmal geschlagen oder bespuckt worden. Im vergangenen Jahr haben die Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger um 66 Prozent zugenommen. Diese Entwicklung darf uns nicht gleichgültig sein!

Wenn heute Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihre Ämter aufgeben, weil sie sich und ihre Familien nicht länger dem Hass und den Anfeindungen aussetzen wollen; wenn wir aus dem gleichen Grund bei vielen kommunalen Wahlen nicht mehr genug Kandidatinnen und

Kandidaten für Ämter und Volksvertretungen finden, dann ist das ein Alarmsignal für unsere Demokratie.

Das ist doch eine der großen Lehren aus dem Tod von Rathenau und seiner viel zu vielen Schicksalsgenossen: Unsere Demokratie muss wehrhaft sein gegenüber ihren Feinden, nach außen, aber auch nach innen. Eine Demokratie, die jene nicht schützt, die sich demokratisch engagieren, verrät sich selbst!

Staat und Gesellschaft müssen deshalb frühzeitig gegen Hass und Hetze vorgehen, damit aus Worten eben keine Taten werden. Das Internet darf kein rechtsfreier Raum für Beleidigungen und Bedrohungen sein. Deshalb muss unsere Justiz auch Straftaten, die im Netz begangen werden, aufklären und ahnden können.

Wir dürfen auch diejenigen nicht alleinlassen, die von Hass und Gewalt besonders betroffen sind. Ich habe daher die Schirmherrschaft über die Initiative der kommunalen Spitzenverbände „Stark im Amt“ übernommen. Sie leistet den vielen Ehrenamtlichen in der Kommunalpolitik Beistand; denn gerade sie sind das Rückgrat unserer Demokratie.

Der stärkste Republikschutz aber sind selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger; Menschen, die wissen, dass jede Schmähung der Demokratie, ihrer Institutionen

und Köpfe auch ein Angriff auf ihre eigene Freiheit ist, und die sich deshalb einmischen und ihre Stimme erheben gegen Populisten und Extremisten jeder Art. In Weimar hat es gerade daran leider viel zu oft gefehlt.

Ich habe gehört, dass heute in vielen Städten unseres Landes Menschen zusammenkommen, um an den Straßen und Plätzen, die nach Walther Rathenau benannt sind, ein Zeichen zu setzen: ein Zeichen für die Demokratie und gegen Hass und Gewalt. Mein Dank gilt allen, die sich daran beteiligen! Sie stehen für Bürgersinn und demokratischen Patriotismus: für Tugenden, die unser Land gerade jetzt gut gebrauchen kann!

Wenige Wochen nach dem Mord an Walther Rathenau, am 11. August 1922, proklamierte Friedrich Ebert das „Lied der Deutschen" zur Nationalhymne. Nach dem Attentat machte die Republik auch bei den Formen und Symbolen einen scharfen Schnitt mit dem vordemokratischen Regime und wollte der republikanischen Identität neuen Ausdruck verleihen. Die Insignien des Patriotismus sollten nicht länger den Gegnern der Republik vorbehalten sein. Friedrich Ebert tat dies, indem er die dritte Strophe des Deutschlandliedes hervorhob und zugleich erklärte, das Lied solle „nicht der Kampfgesang derer werden, gegen die es gerichtet war".

Wir wissen heute, dass sich diese Hoffnung damals nicht erfüllt hat. Statt „Einigkeit und Recht und Freiheit" wurde viel zu oft die erste Strophe gegrölt. Aber das bedeutet nicht, dass Eberts Anliegen falsch war. Im Gegenteil. Ich bin davon überzeugt, dass sich eine freiheitliche Demokratie nicht nur ex negativo begründen lässt. Sie braucht auch das, was Ebert im Sinn hatte: einen demokratischen Patriotismus.

Die Symbole unserer Republik sind heute die gleichen wie jene der Weimarer Republik. Schwarz-Rot-Gold, „Einigkeit und Recht und Freiheit". Sie wurzeln tief in der deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte. Ich meine, wir sollten die Symbole unserer Republik, unserer Demokratie nicht denen überlassen, die sie für neuen Nationalismus und autoritäre Ideen missbrauchen. Im Gegenteil, gerade Demokratinnen und Demokraten sollten sich zu ihnen bekennen: zu unseren Farben, unserer Hymne und auch zu den historischen Köpfen unserer Demokratie.

Gewiss, eine Demokratie kennt keine Helden, die unantastbar sind. Menschen sind nicht frei von Irrtümern und Fehlern. Auch Walther Rathenau war das nicht. Aber wir sollten die Erinnerung an jene Frauen und Männer bewahren, die zur richtigen Zeit das Richtige getan haben. Für die Demokratie und für unser Land. Walther Rathenau ist einer von ihnen. Er hat, allen Anfeindungen

und Ausgrenzungen zum Trotz, in schweren Zeiten große Verantwortung für unsere Demokratie übernommen; und er hat dafür das höchste, das letzte Opfer gebracht. Walther Rathenau verdient unsere dankbare Erinnerung.



Rede im Zeughaus des
Deutschen Historischen Museums



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (M.) bei der Jubiläumsfeier des Mitteldeutschen Rundfunks mit Karola Wille, Intendantin des MDR, und Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, in der Media City Leipzig

„Qualitätsjournalismus ist nicht umsonst zu haben“

Festveranstaltung „30 Jahre Mitteldeutscher Rundfunk“

29. Juni 2022, Leipzig

„Der ideale Untertan der totalitären Herrschaft“ sei der Mensch, für den „die Unterscheidung zwischen Fakt und Fiktion, wahr und falsch, nicht mehr existiert“, so hat es Hannah Ahrendt gesagt.

Was Hannah Arendt schrieb, wenige Jahre nachdem die Alliierten die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten bezwungen hatten, ist mehr als ein halbes Jahrhundert später von beklemmender Aktualität. Wir sehen und erleben, wie autoritäre Regime gezielt falsche Nachrichten als Mittel der Propaganda einsetzen und wie sie versuchen, mit Cyberangriffen und Fake-News-Kampagnen liberale Demokratien zu destabilisieren. In Russland haben wir es mit einem Regime zu tun, das es nicht zulässt, dass die Menschen im eigenen Land die Wahrheit erfahren über den brutalen Angriffskrieg gegen das Nachbarland Ukraine, über das unendliche Leid, das dieser Krieg für die Menschen in der Ukraine bringt, über die Kriegsverbrechen, die dort von der russischen Armee begangen werden. Sogar der Gebrauch des Wortes Krieg

ist verboten. Wer es trotzdem sagt, bekommt die Härte des Regimes im Kreml zu spüren.

Aber die Trennung von Fakten und Fälschung wird durch radikalisierten Populismus und Nationalismus auch in liberalen Demokratien immer stärker in Frage gestellt – auch in unserem Land. In der Zeit der Pandemie haben Gegner der Corona-Politik gezielt Fake News und Verschwörungsmythen verbreitet; und sie tun es weiterhin. Sie beim *MDR* sind damit in Ihrer Arbeit ständig konfrontiert – ich werde gerade darauf noch zurückkommen.

Eine offene Gesellschaft, die auf Vernunft und Wahrhaftigkeit gründet, auf Recht und auf demokratischen Regeln, eine solche Gesellschaft kann nur bestehen, wenn wir Manipulation, Angstmache und politisch motivierte Lüge erkennen. Und die Gesellschaft kann das Geschäft der Manipulatoren nur erkennen, wenn freie und verantwortungsvolle Medien ihre Arbeit tun.

Wir sind heute zusammengekommen, um Sie, um den *Mitteldeutschen Rundfunk* zu feiern; und es ist mir ein großes Anliegen, hier bei Ihnen in Leipzig zu sein und die Gelegenheit zu nutzen, um Danke zu sagen. Liebe Karola Wille, danke zunächst für die Einladung zu diesem Geburtstagsfest.

Dreißig Jahre! Das ist Anlass, einen kleinen Blick zurückzuwerfen in die Zeit des Umbruchs vor mehr als dreißig Jahren. „Jetzt oder nie, Demokratie", „Keine Gewalt", „Freie Wahlen", „Freiheit, Freiheit" und natürlich „Wir sind das Volk", das skandierten die Demonstranten, die am Abend des 9. Oktober 1989 durch die Leipziger Innenstadt zogen. In einem Bericht der Staatssicherheit las sich das so: „Am 9.10.1989 fand ausgehend vom Vorplatz der Nikolaikirche Leipzig von 18.35 Uhr bis 20.30 Uhr eine nicht genehmigte Demonstration von ca. 50.000 bis 60.000 […] Personen statt, die von Tausenden Zuschauern verfolgt und begleitet wurde."

Selbst diese dürren, bürokratischen Formulierungen lassen ahnen: Damit hatten die Sicherheitsorgane der DDR nicht gerechnet. Tatsächlich waren es mehr als 70.000 Menschen. Sie stellten sich dem SED-Regime friedlich entgegen; einem Regime, das keine demokratischen Freiheiten zuließ; von dem niemand wusste, ob es die Proteste nicht gewaltsam niederschlagen würde. Ein „Wunder biblischen Ausmaßes", so nannte es Christian Führer, der damalige Pfarrer der Nikolaikirche, dass es dazu nicht kam. Und es war die Sehnsucht nach Freiheit und Demokratie, die die Menschen auf die Straße trieb, hier in Leipzig und in vielen anderen Städten der einstigen DDR. Sie überwanden ihre Angst, und mehr noch: Die Angst wechselte die Seiten. Die Friedliche Revolution war nicht mehr aufzuhalten. Vier Wochen später

brachten die mutigen Bürgerinnen und Bürger der DDR die Mauer zu Fall. Dass unser Land nun schon seit mehr als dreißig Jahren wieder vereint ist, das ist ein großes Glück, das wir ganz besonders ihnen und den Mutigen in den anderen Ländern Osteuropas zu verdanken haben.

Und noch etwas forderten die Demonstranten damals: Pressefreiheit, essenziell für eine Demokratie. Niemand von ihnen konnte ahnen, dass nur zwei Jahre später hier ein neuer Sender entstehen sollte, der heute eine Bastion der Pressefreiheit ist. Zwei Telefonate waren notwendig, so hat es der mittlerweile verstorbene Kurt Biedenkopf erzählt, um seine Kollegen in Magdeburg und Erfurt von seiner Idee zu überzeugen. Der damalige sächsische Ministerpräsident wollte einen gemeinsamen Sender für ganz Mitteldeutschland und fand darin offensichtlich Unterstützung bei seinen Amtskollegen.

Nur zwölf Monate lagen zwischen dem Beschluss und dem Sendestart. Ich war damals selbst als junger Jurist und Rundfunkreferent in der Staatskanzlei in Hannover und habe die Entwicklungen hier im mitteldeutschen Raum mit großer Neugier verfolgt, weil auch wir in Norddeutschland damals ein ähnlich ehrgeiziges Projekt verfolgten: Der *NDR* sollte zur ersten Landesrundfunkanstalt werden, deren Sendegebiet die alten innerdeutschen Grenzen überwinden und sowohl in West- wie in Ostdeutschland präsent sein würde. Und ich kann mich

gut erinnern: Auch das war damals alles andere als ein Selbstläufer. Deshalb kann ich mir vorstellen, dass es auch bei der Gründung des *MDR* an Kritikern und Widerständen vermutlich nicht gemangelt hat.

Dem wollen wir heute nicht nachspüren, sondern ich möchte Ihnen sagen: Sie können stolz sein auf Ihre Geschichte und das, was Sie aufgebaut haben. Sie haben nicht nur Rundfunkgeschichte geschrieben. Sie haben deutsche Geschichte mitgeschrieben. Der *MDR* ist heute, als größter Sender im Osten des Landes, innerhalb der *ARD* eine eigene, unverwechselbare Stimme mit einem ganz eigenen Profil. Der *MDR* ist eine wichtige Stimme in unserer Demokratie und für unsere Demokratie. Sie machen heute Programme – längst auch digital und im digitalen Raum – für Menschen in drei Bundesländern. Für Menschen in ländlichen Regionen und Menschen in den größeren Städten wie Leipzig, Dresden, Erfurt und Halle. Ihnen gelingt dabei, wie ich finde, etwas ganz Entscheidendes: Sie schaffen Verbindungen und Verbundenheit, und das über die Ländergrenzen hinweg.

Wie Sie wissen, verlege ich seit Beginn meiner zweiten Amtszeit den Amtssitz des Bundespräsidenten gelegentlich für mehrere Tage hinaus ins Land. Als erste Ziele dieser „Ortszeit Deutschland" habe ich bewusst Altenburg in Thüringen und Quedlinburg in Sachsen-Anhalt gewählt; und der *MDR* war immer dabei. Auf diesen Reisen

höre ich immer wieder, dass die Menschen eine wachsende Distanz, eine wachsende Entfremdung zwischen Stadt und Land wahrnehmen. Das sage ich deshalb, weil es zur DNA des *MDR* gehört, genau diese Distanz zu überwinden. Das gelingt Ihnen auf beeindruckende Weise: mit vielfältigen Programmen und Formaten, mit einer ganz eigenen Mischung aus Unterhaltung und Information – linear und digital. Sie suchen das Gespräch mit Ihren Zuhörerinnen, Zuschauern und Usern; und Sie stellen sich mutig der Kritik. Sie schaffen einen öffentlichen Raum, in dem sich Menschen unterschiedlicher Auffassungen begegnen können. Das ist in einer Demokratie unverzichtbar. Und erst recht ist es unverzichtbar in einer Gesellschaft, in der die große Öffentlichkeit immer mehr in Teilöffentlichkeiten zerfällt. Deshalb: Wir brauchen einen solchen öffentlichen Raum, wir brauchen eine gemeinsame demokratische Öffentlichkeit, um als Gesellschaft miteinander im Gespräch zu bleiben und auch miteinander zivilisiert zu streiten.

Sie schaffen aber noch etwas ganz Wichtiges: Nähe und Heimat. Das ist ein kostbares Gut. Gerade in einer Zeit, die viele Menschen als mehrfache tiefe Krise erleben, wächst auch das Bedürfnis nach regionaler und lokaler Verortung und Verankerung, nach Aufklärung, nach Orientierung. Und dieses Bedürfnis erfüllen Sie.

Und deshalb an dieser Stelle Ihnen allen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beim *MDR*, mein ganz herzlicher Dank. Ohne Sie alle wäre der *MDR* nicht das, was er heute ist. Und er ist gut.

Mein ganz besonderer Dank geht an Sie, liebe Karola Wille. Als Ostdeutsche, die weiß, was die Menschen hier bewegt, steuern Sie den *MDR* nun schon seit mehr als zehn Jahren durch nicht einfache Zeiten mit der Klarheit und Entschiedenheit, die Sie auszeichnet. Und Sie arbeiten mit aller Kraft daran, die notwendigen Reformen auf den Weg zu bringen, um den Sender in die Zukunft zu führen: eine Zukunft, die, so viel ist sicher, noch digitaler und noch vielfältiger sein wird. Dabei leitet Sie immer die Überzeugung, dass Presse- und Rundfunkfreiheit nicht schon deshalb garantiert sind, weil sie im Grundgesetz stehen. Ich darf Sie zitieren: „Die Rundfunkfreiheit ist ein Grundrecht, das immer wieder aufs Neue verteidigt werden muss." Das ist der Leitstern Ihres Handelns, liebe Karola Wille; und dafür danke ich Ihnen heute von ganzem Herzen!

Meine Damen und Herren, Sie beim *MDR* arbeiten auch mehr als dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung in Regionen, in denen die Erfahrungen des Umbruchs von damals auch heute noch in vielen Familien fortwirken. Ja, es sind die Erfahrungen des Aufbruchs und der enormen Kraft, die entstehen kann, wenn Menschen etwas

verändern wollen. Aber es sind eben auch die Erfahrungen eines Umbruchs, der die Menschen hier im Osten sehr hart getroffen hat. Und auch wenn heute viele Teile Ostdeutschlands boomen und der Trend zur Abwanderung sich in vielen Regionen schon umgekehrt hat; und auch wenn es heute zunehmend schwieriger wird zu definieren, wer eine Ostdeutsche und wer ein Westdeutscher ist: Prägungen und Erfahrungen leben fort und werden von Generation zu Generation weitergegeben. Und diese Prägungen und Erfahrungen unterscheiden sich eben auch heute noch, dreißig Jahre später, im Osten und im Westen unseres Landes. Ich bin überzeugt, viele Geschichten der Ostdeutschen sind immer noch nicht ausreichend erzählt. Sie gehören aber zur Geschichte unseres wiedervereinigten Landes!

Das Erfolgsrezept des *MDR*, Ihr Erfolgsrezept, ist eines, das selbstverständlicher klingt, als es ist: Sie erzählen Geschichten aus und über Ostdeutschland, selbstbewusst und mit dem Wissen und der Erfahrung, was die Menschen hier in der Region bewegt. Und genau damit gelingt es Ihnen, eine enge Bindung herzustellen, Heimat zu schaffen. Und Sie erzählen diese Geschichten im Verbund der *ARD* auch für Menschen überall in Deutschland. Sie leisten damit, mit Ihrem Programm, einen ganz wichtigen Beitrag für unser geeintes Land und für unsere innere Einheit. Ich denke dabei an erfolgsgekrönte Serien wie „Weissensee“; ich denke an so hervorragende

Dokumentationen wie „Wem gehört der Osten?“. Ich glaube, dass sehr viele Menschen im Westen dabei sehr viel gelernt haben über unser Land.

Zu diesen Prägungen gehört auch, dass viele Menschen im Osten Medien anders nutzen. Die wenigsten haben eine enge Bindung an eine der großen überregionalen – westdeutschen – Tageszeitungen. Die Gründe dafür reichen ebenfalls in die Zeit der Umbrüche zurück. Umso wichtiger ist die Rolle der regionalen Medien, umso wichtiger ist auch Ihre Rolle und Bedeutung als regionaler öffentlich-rechtlicher Sender.

Aber auch das gehört zur Wahrheit: Medien arbeiten hier in einem Umfeld, das leider allzu oft von Misstrauen, auch von Ablehnung und Hass ihnen gegenüber geprägt ist. „Lügenpresse“, „Staatsfunk“, welch unsägliche Beschimpfungen, die Sie alle viel besser kennen als ich. Immer öfter werden Journalistinnen und Journalisten nicht nur diffamiert und verhöhnt; manche werden auch bespuckt, bedroht, sogar tätlich angegriffen. Und ich weiß, Frau Wille, dass gerade Ihre Journalistinnen und Journalisten solchen Angriffen ausgesetzt sind und manchmal sogar Personenschutz brauchen. Mich schockiert es, dass die Zahl der Übergriffe auf Medienschaffende nicht nur hier im Sendegebiet, sondern in ganz Deutschland im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht hat. Besonders gefährlich war es während der Pandemie, über

die Proteste gegen die Corona-Politik zu berichten. Einen Protestzug zu begleiten, aus dem heraus man angefeindet wird, Menschen zu befragen, die auf jede Begegnung aggressiv reagieren, das ist schwer, das kostet Überwindung, das kostet Mut; und ich möchte Sie darin bestärken, nicht nachzulassen und Ihre Unabhängigkeit immer wieder zu behaupten.

Ich sehe mit Sorge, wie sich in der Zeit der Pandemie der Ton in unseren Debatten weiter verschärft hat, unversöhnlicher geworden ist. Und ich sehe mit Sorge, dass sich unter die Gegner der Corona-Politik auch Gegner der Demokratie mischen. Als Bundespräsident ist es mir sehr, sehr wichtig, auch mit Kritikern der Corona-Politik das Gespräch zu suchen – und ich tue das in verschiedenen Formaten, digital und von Angesicht zu Angesicht. Bei Hass oder Gewalt aber ist die entscheidende Grenze überschritten. Wir müssen diese Grenze ziehen, und wir müssen diese Grenze verteidigen, auch mit der vollen Härte unseres Rechtsstaates. Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten, auf Kameraleute und Fotografen sind keine Meinungsäußerung, sondern Straftaten. Wir müssen alles tun, damit Medienschaffende ihren Auftrag erfüllen und ihrer Arbeit ungehindert nachgehen können. Diese Angriffe gefährden die Pressefreiheit in unserem Land. Mehr noch: Sie höhlen unsere Demokratie aus; das können, das dürfen und das werden wir nicht zulassen!

Einem öffentlich-rechtlichen Sender wie dem *MDR* kommt eine enorme Verantwortung in unserer Demokratie zu. Frei in der Berichterstattung und fest in der Verantwortung für die Werteordnung der Demokratie, genau das wollten damals die Westalliierten, die dieses Modell eines beitragsfinanzierten, staatlich unabhängigen Rundfunks erdachten: als Antwort auf die menschenverachtende staatlich gelenkte Propaganda der NS-Zeit, aber auch noch im Bewusstsein der zerstörerischen Macht nationalistischer Pressezaren in der Weimarer Republik.

Die Verantwortung für die Werteordnung der Demokratie steht immer wieder vor neuen Herausforderungen, so wie sich auch unsere Gesellschaft ständig wandelt. Unverändert aber bleibt das Fundament Ihres Auftrages: die verfassungsrechtlich verbürgte Presse- und Rundfunkfreiheit. Sie ist das Gegenmodell zur totalen Kontrolle und zur Unterdrückung von Wahrheit in autoritären Regimen. Autoritäre Regime hassen die Wahrheit. Verhasst ist ihnen, was sich ihrer Informationskontrolle entzieht. Vielleicht fürchten sie die Wahrheit auch. Pressefreiheit zu ersticken ist jedenfalls kein Zeichen der Stärke, sondern der Schwäche. Demokratie setzt mündige, aufgeklärte Nutzerinnen und Nutzer von Medien und Medienschaffende voraus, die in der Lage und willens sind, zwischen Fakten und Fake News zu unterscheiden. Und damit bin ich wieder bei Hannah Ahrendt.

Verschwindet die Trennlinie zwischen Wahrheit und Lüge, wird der Sinn der Pressefreiheit radikal in Frage gestellt oder Stück für Stück eingeschränkt, ist das der Anfang vom Ende der Demokratie.

Dieser Gefahr stellen wir uns entgegen. Gemeinsam. Und wir sollten es nicht in gedrückter Stimmung tun. Wir sollten uns bewusst sein, dass wir – damals im Herbst 1989, aber genauso auch heute – die höchsten Güter menschlicher Würde und Freiheit, dass wir Václav Havels Vermächtnis vom „Versuch, in der Wahrheit zu leben", mit Leben erfüllen. Das zu tun – und Sie tun es –, ist gut und richtig. Das ist alle Anstrengungen wert.

Ich bin überzeugt: Wir brauchen auch in Zukunft starke öffentlich-rechtliche Sender, die ihrem Auftrag konsequent und auf hohem Niveau nachkommen können. Sie werden in einer Zeit der Krise sogar noch wichtiger. Wir alle wissen: Unser Land steht vor gewaltigen Umbrüchen. Schon jetzt sind durch den Krieg in der Ukraine viele unserer jahrzehntelangen Gewissheiten hinweggefegt worden: politische, militärische, auch ökonomische.

Ihr Auftrag als Sender ist es, diese Entwicklungen unabhängig und kritisch zu begleiten. Ich weiß, dass das nicht einfach ist, wenn eine gewaltige geopolitische Dynamik Spuren in nahezu allen Politikbereichen hinterlässt.

Umso größer ist mein Respekt, wenn Sie sich dem vorschnellen Urteil versagen und Handeln, Entscheidungen und Geschehnisse sorgfältig bewerten und Perspektiven ausleuchten. Das ist Verantwortung für die Demokratie, die Sie übernehmen. Diese großen Erwartungen an Sie, die habe ja nicht nur ich als Bundespräsident, sondern die haben die Bürgerinnen und Bürger. Und wenn das so ist, dann muss uns Ihre Arbeit auch etwas wert sein!

Eines ist für mich klar: Qualitätsjournalismus, der den Auftrag zur Grundversorgung ernst nimmt, ist nicht umsonst zu haben. Guter Journalismus braucht gute Rahmenbedingungen. Und zu den Rahmenbedingungen gehören auch auskömmliche Finanzen. Und er braucht Journalistinnen und Journalisten, die ihren Beruf mit Leidenschaft und Überzeugung ausüben, die um ihre Verantwortung für unsere Demokratie wissen; und wenn ich von Journalisten spreche, gilt das natürlich auch für die Programmmacher und -verantwortlichen und viele andere.

Guter Journalismus braucht Journalisten und Programmmacher, die nicht auf jede Empörungswelle in den sozialen Medien aufspringen, die dem Shitstorm nicht noch zusätzliche Wucht verleihen, sondern die genau hinschauen, gewichten, die ihren Auftrag darin sehen, die Geschehnisse zu ordnen und auch einzuordnen; die Orientierung geben und zugleich unbequem und kritisch

sind. Das ist es, was ich unter journalistischer Haltung verstehe. Und es ist zugleich die Voraussetzung für eine mündige, aufgeklärte, für eine demokratische Nutzung von Medien, denen die Nutzer vertrauen. Von Medien, die auch in Zukunft Verbindung und Verbindungen schaffen – so wie es der *MDR* seit dreißig Jahren tut.

Meinen Glückwunsch zu Ihrem dreißigjährigen Bestehen! Seien Sie weiterhin informativ und unterhaltsam, kritisch und unbequem – und mutig. Seien Sie die Stimme aus dem Osten für den Osten und für unser ganzes geeintes Land!



Rede in der Media City Leipzig



In der Laeiszhalle

„Vernetzung ausbauen, Verwundbarkeit abbauen – genau das muss die Maxime unseres Handelns sein“

Festakt „100 Jahre Übersee-Club“

3. Juli 2022, Hamburg

Vor einhundert Jahren, als der Übersee-Club hier in Hamburg gegründet wurde, befand sich die Welt in einer Phase des Umbruchs. „Zeitenwende“, würden manche heute sagen. Die Katastrophe des Ersten Weltkrieges und der Friedensvertrag von Versailles hatten die politischen Machtgewichte verschoben; der weltweite Handel, der zuvor jahrzehntelang floriert hatte, war zusammengebrochen; die erste Ära der Globalisierung war vorbei.

Damals diskutierten Politiker, Ökonomen und Unternehmer, wie der Welthandel unter den neuen politischen Bedingungen wiederbelebt, wie Frieden und Wohlstand dauerhaft gesichert werden könnten. Und sie taten das nicht zuletzt im Übersee-Club, der 1922 als „Gesellschaft für wirtschaftlichen Wiederaufbau“ ins Leben gerufen wurde.

Gerade heute lohnt es sich, einen Blick in die programmatische Gründungsrede zu werfen, die Max Warburg damals hielt. Er forderte darin einen „neuen Freihandel“, um „die Arbeit der Menschen, die Schätze der Erde, die

Fruchtbarkeit des Bodens, die Vorteile des Klimas überall zum höchsten Wirkungsgrad zu bringen."

Und an die Regierungen der Welt gerichtet fügte er hinzu: „Wer heute die wirtschaftliche Autarkie erstrebt, dient ebenso wenig dem Besten der Nation, wie die Neu-Merkantilisten, die für einseitig egoistische Handelspolitik eintreten. Es ist eine Verkennung der wahren nationalen Werte, wenn ein Volk sich nur für einen Verein auf Gegenseitigkeit zur Bereicherung am Ausland hält." Ein Zitat, das man einhundert Jahre später einfach so stehen lassen kann.

Der erste auswärtige Redner, der einige Wochen nach der Gründungsversammlung im Übersee-Club auftrat, war, wie Sie alle hier wissen, kein Geringerer als John Maynard Keynes. Er knüpfte hier in Hamburg an seine Streitschrift über die ökonomischen Folgen des Friedensvertrags an, in der er das Ende einer Epoche skizziert hatte.

„Was für eine außergewöhnliche Episode in der wirtschaftlichen Entwicklung der Menschheit", schrieb Keynes, „war doch jenes Zeitalter, das im August 1914 an sein Ende kam!" In den Jahrzehnten vor dem Krieg sei die „Internationalisierung" des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens „de facto nahezu vollständig" gewesen. Und vor allen Dingen, fuhr Keynes fort, habe man „diesen Zustand für normal, sicher und dauerhaft"

gehalten, „veränderlich höchstens im Sinne noch weiterer Verbesserungen".

Dieses Gefühl, das Keynes vor mehr als einhundert Jahren beschrieb, dass weltweiter Austausch und freier Handel „normal, sicher und dauerhaft" seien: Ich glaube, das ist den meisten von uns hier im Saal höchst vertraut.

Viele von uns sind geprägt von der zweiten Phase der Globalisierung, die mit der Öffnung Chinas in den 1980er Jahren begann und nach dem Ende des Eisernen Vorhangs ein geradezu beispielloses Wirtschaftswachstum in Gang gesetzt hatte: ganz besonders in unserem Land, aber auch in den ärmeren Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Zugleich haben wir in den vergangenen Jahren auch die Schattenseiten der Globalisierung gesehen. Nicht alle Menschen profitieren gleichermaßen von Freihandel und weltweiter Arbeitsteilung. Manche haben im Strukturwandel nicht nur ihre Arbeit, sondern auch ihren Platz in der Gesellschaft verloren. Vor allem im globalen Süden leiden viele unter Ausbeutung und menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen; Umweltzerstörung und Raubbau an der Natur gefährden die Lebensgrundlagen von Mensch und Tier.

Für die große Mehrheit der Menschen in Deutschland ist klar: Freiheit und Regeln gehören auch in der Weltwirtschaft zusammen. Ohne nationales und internationales Recht sind wirtschaftliche Stabilität, Fairness, sozialer Ausgleich, Umwelt- und Klimaschutz nicht zu haben. Deshalb setzen wir uns in Deutschland und Europa seit Jahrzehnten für eine regelgebundene globale Ordnung ein, für Völkerrecht und Vertragstreue, für Vernetzung und Freihandel, für ökologische und soziale Standards, für internationale Zusammenarbeit, für Streitschlichtung und die friedliche Lösung von Konflikten.

Diese Ordnung der Welt und der Weltwirtschaft war die Grundlage für Deutschlands Aufstieg als Industrie- und Exportnation. Es war eine immer verbesserungsbedürftige, aber doch eine gute Ordnung, die unserem Land nicht nur Wohlstand und Arbeitsplätze beschert hat, sondern auch eine stabile Demokratie und einen leistungsstarken Sozialstaat.

Schon seit einiger Zeit aber können wir beobachten, wie diese Ordnung brüchig wird. Finanzmarktkrise und Eurokrise, Flüchtlingskrise und wachsende Spannungen in der Europäischen Union, Brexit und schwere globale Handelskonflikte, Naturkatastrophen und Pandemie, all das zerrt an den Grundfesten der gewachsenen Weltwirtschaftsordnung.

Wir erleben seit Jahren, wie der freie Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital an Schwung verliert; wie protektionistische und merkantilistische Ideen an Zustimmung gewinnen; wie ganz unterschiedliche Länder sich abschotten, sich vom weltweiten Handel zurückziehen und internationale Organisationen schwächen; wie autoritäre Regime zunehmend die Konfrontation mit den liberalen Demokratien suchen – und das gerade in einer Zeit, in der wir doch eigentlich dringend mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit bräuchten, um Klimakrise, Artensterben, Hunger und Krankheiten zu bekämpfen. Und jetzt der brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Dieser völkerrechtswidrige Krieg bringt Tod, Leid und Zerstörung über viele Millionen Menschen in der Ukraine, er löst Energiekrisen und Nahrungsmittelknappheit aus; vor allem ist er Grund für eine gewaltige Dynamik geopolitischer und geoökonomischer Veränderung. Eine Dynamik, deren Ende und Folgen nicht annähernd absehbar sind, der wir uns aber nicht entziehen können.

Spätestens seit dem 24. Februar, spätestens jetzt ist uns allen bitter bewusst: Wir können unseren Weg nicht einfach weitergehen, als wäre nichts passiert. Und das gilt für die Politik ebenso wie für die Wirtschaft.

Die ungeordnete, unsichere, unberechenbare Welt, in der wir seit vier Monaten leben, ist für niemanden eine bessere Welt. Aber gerade weil wir die neue Wirklichkeit nicht als gegeben hinnehmen wollen, müssen wir jetzt umsteuern. Wir müssen uns politisch, militärisch und ökonomisch neu ausrichten. Wir müssen unsere Demokratien wehrhaft und unsere Volkswirtschaft widerstandsfähig machen, ohne dabei das Ziel einer regelbasierten Weltordnung und einer liberalen, fairen und klimaverträglichen Weltwirtschaft aus dem Blick zu verlieren.

Und ja, wir erfahren jeden Tag aufs Neue, wie kompliziert und wie schwierig es ist, unseren Kurs in voller Fahrt neu zu justieren. Aber ich bin überzeugt: Nur wenn es uns jetzt gelingt, gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und der Welt umzusteuern, nur dann werden wir einen vorderen Platz in der Weltwirtschaft halten, nur dann werden wir die Chancen der Globalisierung auch in Zukunft nutzen können.

Wie Warburg und Keynes vor einhundert Jahren stehen wir heute an der Schwelle zu einer neuen Epoche. Vielleicht könnte man sogar sagen: Der Übersee-Club, der damals gegründet wurde, erlebt heute unter dem Druck der aktuellen Ereignisse so etwas wie seine zweite Gründung. Denn gerade jetzt brauchen wir Foren wie dieses, in denen wir uns zuhören, in denen wir uns orientieren

können, wie und mit wem wir die Globalisierung der Zukunft eigentlich gestalten wollen. Auch deshalb bin ich heute gerne bei Ihnen.

Pandemie und Krieg haben auch denen, die sich sonst weniger mit Wirtschaft beschäftigen, eindringlich vor Augen geführt, wie abhängig wir in der zweiten Phase der Globalisierung von Rohstoffen und Vorprodukten aus Ländern rund um den Erdball geworden sind – und wie sehr Unternehmen, Kaufleute und Verbraucher deshalb darauf angewiesen sind, dass weltumspannende Produktions- und Lieferketten störungsfrei funktionieren.

In einer Zeit, in der die Pandemie noch nicht vorbei ist, hat der russische Überfall auf die Ukraine die Weltwirtschaft in die schwersten Turbulenzen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gestürzt. Wir erleben, wie Putin versucht, Staaten zu erpressen, die von russischen Gas-, Öl- und Kohlelieferungen abhängig sind; wir erleben, wie die Europäische Union gegen den Aggressor die schärfsten Wirtschaftssanktionen ihrer Geschichte verhängt hat; und wir erleben, wie China, Indien und andere Staaten jetzt sogar mehr Öl und Kohle aus Russland kaufen, und wie sie dadurch die Wirkung unserer Sanktionen schwächen und sich gleichzeitig selbst weiter stärken.

Wir alle erfahren in diesen Wochen, wie hoch die ökonomischen Kosten sind, die der russische Angriffskrieg unmittelbar und mittelbar verursacht. Die Gasknappheit ist ein schwerer Schock für Wirtschaft und Verbraucher: Die Preise für Energie, Rohstoffe und Lebensmittel steigen, die Inflation hatte in der vergangenen Woche eine Rekordmarke erreicht, Wachstumsprognosen werden nach unten korrigiert, Millionen Menschen vor allem in Afrika droht eine Hungersnot, weil Weizen als Waffe missbraucht wird. Auch bei uns müssen die Bürgerinnen und Bürger Wohlstandsverluste hinnehmen – was viele in Deutschland weitaus härter trifft als die meisten von uns hier im Saal.

Wir erfahren in diesen Wochen, welch dramatische Folgen es für die verflochtene Welt hat, wenn ein autoritäres Regime gegen alle Vernunft und sogar wider die eigenen Interessen handelt. Dass die russische Führung ihrem imperialen Größenwahn ganz und gar verfallen würde, dass sie dafür auch den politischen, moralischen und wirtschaftlichen Ruin ihres eigenen Landes in Kauf nehmen würde, das habe ich vor dem 24. Februar nicht für möglich gehalten. Aber der mörderische Überfall Russlands hat uns bitter bewusst gemacht, dass wir uns heute vor irrationalen und unberechenbaren Akteuren schützen müssen – in der Politik ebenso wie in der Wirtschaft.

Es ist und bleibt richtig, dass wir Russland politisch und ökonomisch unter Druck setzen und uns selbst unabhängiger machen von russischer Energie.

Aber Russland ist eben nur das eine: Wir müssen jetzt unsere Lektion lernen und entschlossen handeln, um generell unabhängiger von autoritären Staaten zu werden und vor allen Dingen Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen und sie zu erhalten.

Das ist, ich weiß das, leichter gesagt als getan. Und es ist sogar gefährlich, wenn wir jetzt die falschen Schlüsse ziehen. In einer Zeit, in der einige schon das Ende der Globalisierung prophezeien, andere das Ende der Globalisierung herbeisehnen, will ich eines ganz klar sagen: Wir dürfen uns jetzt nicht in den eigenen Hafen zurückziehen, das Tor zur Welt zumauern und von Autarkie träumen!

Denn auch in Zukunft gilt: Wir können unseren Wohlstand nur erwirtschaften, unsere Arbeitsplätze nur erhalten, unseren Sozialstaat nur finanzieren, wenn wir ein Industrie- und Exportland bleiben! Dass ein rohstoffarmes Land wie Deutschland, mit einer Bevölkerung von nur 83 Millionen Menschen, zur viertgrößten Wirtschaft der Welt aufsteigen konnte, das ist wahrhaftig keine Selbstverständlichkeit; und es ist nur durch die Internationalisierung zu erklären.

Wir leben von Abhängigkeiten, habe ich an anderer Stelle schon einmal sehr verkürzend gesagt. Mit anderen Worten: Der Erfolg unseres Wirtschaftsmodells beruht auf globaler Verflechtung. Das müssen wir uns eingestehen. Unsere Industrie ist abhängig von Rohstoffen und Vorleistungen aus anderen Ländern, und sie wird es auch bleiben. Als Exportnation sind wir auf offene Märkte und auf Kundschaft aus aller Welt angewiesen. Und nicht zuletzt können wir unserer Verantwortung für die Zukunft unseres Planeten nur gerecht werden, wenn wir in Politik und Wirtschaft weiterhin eng mit internationalen Partnern zusammenarbeiten.

Deshalb müssen wir möglichst viele neue Partner gewinnen – und damit gleichzeitig auch unsere Verwundbarkeit verringern. Wir dürfen nicht nur darüber diskutieren, wie wir von etwas wegkommen, wir müssen auch klären, wo wir stattdessen hinwollen und wo wir wieder andocken können! Wenn wir uns auf den Weltmärkten neu ausrichten und breiter aufstellen, wenn wir unsere Abhängigkeiten klug austarieren und uns aus schädlichen Beziehungen lösen, dann können wir unsere politische und ökonomische Widerstandskraft stärken.

Wenn Politikerinnen und Politiker, Unternehmerinnen und Unternehmer vor der Entscheidung stehen, mit wem sie zukünftig Energie- oder Infrastrukturpartnerschaften eingehen wollen; von wem sie ihre Rohstoffe

beziehen und an welchen Standorten sie produzieren wollen; welche Standards für ihre Lieferketten gelten sollen – dann müssen sie mit Weitblick kalkulieren und die politischen Risiken, auch die Kosten klimaschädlichen oder unethischen Handelns mit einpreisen.

Denn auf lange Sicht ist es in dieser neuen Welt der Gefahren auch ökonomisch klüger, Vorratshaltung wiederzubeleben, Lieferantenstrukturen zu diversifizieren, Produktion zu dislozieren, Teile davon näher heranzuholen, statt Versorgungsengpässe, Lieferausfälle oder Umsatzeinbrüche mit schweren und schwersten Konsequenzen zu riskieren.

Fast zwei Jahrzehnte schien alles reibungslos zu laufen. Deutsche Unternehmen waren auf den Märkten der Welt zu Hause. Deutsche Produkte und deutsches Engineering genossen Weltruhm. Energie, Rohstoffe, Vorprodukte kamen zum jeweils günstigsten Preis von allen Kontinenten und hielten uns wettbewerbsfähig.

Aber heute ist uns in der Politik und auch in der Wirtschaft bitter bewusst: Der kurzfristig günstigste Preis einer Ware oder eines Rohstoffes spiegelt eben nicht immer alle politischen, ökologischen oder moralischen Risiken wider. Märkte wissen nicht immer alles. Und in einer Welt, in der alles zur Waffe werden kann, wie der britische Historiker Mark Galeotti es formuliert hat; in

einer Welt, in der Rohstoffe und Technologie strategisch eingesetzt werden können, ist auch die Wirtschaft in besonderer Verantwortung und muss ihren Blick auf die Welt und die Märkte neu ausrichten.

Ich weiß, viele Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land haben längst reagiert und ihre Lieferketten robuster gemacht, oder sie sind dabei. Gerade der deutsche Mittelstand ist da wie immer vorausblickend und beweglich, innovativ und kreativ. Ich weiß auch: Managerinnen und Manager großer Kapitalgesellschaften müssen Kennzahlen und Börsenkurse im Blick haben. Sie können ihre Unternehmen nicht von heute auf morgen von den internationalen Märkten und russischer Energie abkoppeln, klimaneutral machen und sich zugleich aus autoritären Ländern zurückziehen.

Aber in dieser Zeit, in der die Welt in Unordnung geraten ist, müssen Unternehmerinnen und Unternehmer ihre Verantwortung breiter fassen. Sie können sich nicht allein danach richten, was rechtens ist. Sie müssen sich auch daran orientieren, was richtig ist: moralisch richtig, gesellschaftlich richtig und ökologisch verantwortbar.

Wenn wir die Zukunft der Globalisierung mitgestalten und unsere strategischen Abhängigkeiten klug ausbalancieren wollen, dann müssen wir natürlich China im Blick behalten. China steht nach außen in Loyalität zum

russischen Angriffskrieg und seinen Zielen; es setzt im Innern immer mehr auf eine autoritäre Politik der Unterdrückung jeglicher Abweichung, und es tritt nach außen immer mehr wie ein globaler Hegemon auf. Es ist das erklärte Ziel von Präsident Xi Jinping, China unabhängig von der Welt und die Welt abhängig von China zu machen.

Wir wissen: Deutsche Schlüsselbranchen sind aufs Engste mit China verflochten und auf chinesische Absatzmärkte angewiesen. Fast jedes zweite deutsche Industrieunternehmen bezieht wichtige Teile oder Rohstoffe aus China; mancher Autohersteller verkauft jedes dritte produzierte Fahrzeug in die Volksrepublik. Zugleich hat auch China großes Interesse an europäischen Kunden, Fähigkeiten, Technologien und Investitionen. Wir können deshalb in Politik und Wirtschaft selbstbewusst gegenüber China auftreten; und wir müssen Verhandlungsspielräume nutzen, um uns für Klimaschutz, Menschenrechte und unsere existenziellen wirtschaftlichen Interessen einzusetzen!

Wir wissen aber auch: Auf manchen strategisch wichtigen Feldern ist unsere Abhängigkeit von chinesischen Rohstoffen deutlich größer als unsere Abhängigkeit von russischem Gas in den vergangenen Jahren. Das betrifft pharmazeutische Produkte: Bis zu achtzig Prozent aller Wirkstoffe für Medikamente kommen aus China. Und es betrifft insbesondere Technologien, die

für die Energiewende ebenso unverzichtbar sind wie für die Mobilitätswende. Für den Bau von Solaranlagen, Motoren für Elektroautos und Windgeneratoren brauchen wir Metalle der Seltenen Erden – Neodym und viele andere –, die wir in der Europäischen Union zu fast einhundert Prozent importieren und die fast ausschließlich aus China kommen.

Wenn wir uns von Gas, Öl und Kohle aus Russland unabhängig machen und Klimaneutralität erreichen wollen, dann müssen wir die Produktion von Elektrofahrzeugen, von Wind- und Sonnenenergie jetzt noch schneller und entschiedener ausbauen. Aber wir müssen dabei zugleich unsere Abhängigkeit von China im Blick behalten und nach Möglichkeiten suchen, Metalle der Seltenen Erden auch und ergänzend aus anderen Quellen zu beziehen, sie zu recyceln oder zu ersetzen.

Ja, China ist ein riesiger Absatzmarkt, ein strategischer Lieferant, ein wichtiger Partner – und das wird auf absehbare Zeit auch so bleiben. Aber, das ist mein Plädoyer, weder China noch ein anderes Land darf auf Dauer der jeweils einzige Partner bei Energie, Vorprodukten und Rohstoffen sein! Wir müssen dafür sorgen, dass wir in Zukunft von keinem Land der Welt erpresst werden können. Deshalb müssen wir jetzt neue Partner finden und unsere politischen und wirtschaftlichen

Beziehungen neu justieren – und zwar mit Weitsicht, Mut und Verantwortungsbewusstsein!

Ich war vor einigen Tagen in Singapur und Indonesien. Es war meine erste lange Überseereise nach zweijähriger Corona-Pause. Beide Länder streben nach fairem, regelgebundenem Welthandel, sind an grenzüberschreitender Zusammenarbeit interessiert, engagieren sich in internationalen Gremien, so wie wir. Beide Länder haben den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verurteilt – auch weil sie selbst, wie auch andere Länder im indopazifischen Raum, den Druck einer zunehmend aggressiven Großmacht spüren. Und beide, Singapur und Indonesien, kämpfen – wie ganz Südostasien – gegen ihren gefährlichsten Feind, die Klimakrise.

Ländern wie diesen müssen wir uns entschlossener zuwenden! Wir müssen in Asien, Afrika und Lateinamerika neue Märkte und neue Rohstoffquellen erschließen und politische Beziehungen entweder neu einrichten oder da, wo sie bestehen, erheblich intensivieren. Wir haben hier das Potenzial zur Zusammenarbeit bei Weitem nicht ausgeschöpft. Was wir dabei anstreben sollten, ist eine pragmatische Kooperation. Gerade auf afrikanische Länder sollten wir mit einer neuen Haltung zugehen. Statt diese Länder als hilfsbedürftige Mündel anzusehen, sollten wir sie endlich als das anerkennen, was sie sind:

wichtige Partner, die uns in der Zukunft helfen können, in dieser neuen Welt zu bestehen.

Und wenn wir unsere Beziehungen neu ausrichten, dann sollten wir besonders um jene Länder werben, die sich keinem Lager zugehörig fühlen, die in der sich verschärfenden Konfrontation zwischen den liberalen Demokratien und den autoritären Regimen keine Partei ergreifen, sondern neutral bleiben wollen, so wie es viele afrikanische, aber auch asiatische Staaten tun. Länder, die sich nicht als Teil des Westens verstehen, die aber wie wir ein Interesse daran haben, dass Weltwirtschaft und Welthandel auf festen Regeln beruhen – und dass alle Akteure bereit sind, sich an diese Regeln auch zu halten.

Vernetzung ausbauen, Verwundbarkeit abbauen – genau das muss die Maxime unseres Handelns sein und werden! Deshalb brauchen wir auch ein Comeback der Freihandelsabkommen; aber wir brauchen ihr Comeback in anderer Gestalt. Freihandelsabkommen neuen Typs müssen Handels- und Nachhaltigkeitspolitik miteinander verschränken.

Die Rechtsordnung der Welthandelsorganisation bleibt weiterhin die beste Lösung. Aber solange diese Ordnung brüchig ist oder nicht akzeptiert wird, können Freihandelsabkommen in einem Meer der Unsicherheit Inseln der Rechtssicherheit schaffen.

Deshalb würde ich mir wünschen, dass Deutschland und die Europäische Union die jetzt laufenden Verhandlungen abschließen, neue Verhandlungen starten, bestehende Abkommen modernisieren und miteinander verknüpfen. Wir brauchen starke und gut geregelte Handelsbeziehungen zu Ländern wie Kanada – Ceta ist jetzt auf dem Weg –, den USA, Australien, Neuseeland, Mexiko, Chile und vielen anderen mehr. Denn wenn wir es nicht sind, die die Globalisierung mit ehrgeizigen Handelsabkommen gestalten, dann werden es andere tun – mit ihren eigenen, niedrigeren Standards!

Zum Schluss: Ja, die geopolitischen Veränderungen setzen auch das Modell der deutschen Volkswirtschaft erkennbar unter Druck. Wir werden uns in der Weltwirtschaft neu verorten müssen; und auch das wird zu Kosten und zu Belastungen führen. Im Moment deutet alles darauf hin, dass harte Jahre vor uns liegen, bis sich die Energiemärkte neu sortiert haben und die gestärkten Lieferketten wieder laufen.

Auf den Umbau unserer Volkswirtschaft hin zur Klimaneutralität waren wir mehr oder weniger vorbereitet. In der neuen Wirklichkeit seit dem 24. Februar hat der Kampf gegen den Klimawandel natürlich nichts an Dringlichkeit verloren, aber die Herausforderung, mit der Politik umzugehen hat, ist um ein Vielfaches größer geworden. Wir müssen die Energieversorgung für alle

sicherstellen, wir müssen die Inflation bekämpfen, und wir müssen uns um die kümmern, die von der Wirtschaftskrise besonders hart getroffen werden.

Langfristig müssen wir uns in Deutschland und Europa neu aufstellen; kurzfristig ist mutiger Pragmatismus gefragt. Das Gute ist: Wir können beides! Das haben wir uns schon mehr als einmal bewiesen. Wir haben schwere Krisen überwunden; wir haben die Kraft zu großen Erneuerungen und Veränderungen gehabt!

Vor zwanzig Jahren galt Deutschland als „kranker Mann Europas". Viele hatten unsere Industrie schon abgeschrieben. Das Wachstum war schwach, die Arbeitslosigkeit hoch. Damals ist es uns in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam gelungen, das vermeintliche Auslaufmodell Deutschland zurück an die Weltspitze zu führen – auch und gerade dank vieler tatkräftiger Modernisierer in den Unternehmen!

Heute, gerade in dieser Zeit, in der sich Unsicherheiten und Gefahren wie dunkle Wolken vor uns auftürmen, sollten wir uns darauf besinnen, was uns in Deutschland stark macht und worauf wir bauen können.

Demokratie und Rechtsstaat, soziale Marktwirtschaft, freie Wissenschaft, Meinungsfreiheit und eine vielfältige Gesellschaft, Erfindergeist, technologische Exzellenz,

Verlässlichkeit und Beweglichkeit; nicht zuletzt – das sage ich gerne hier in Hamburg – Weltoffenheit und der Wille zur Kooperation: All das macht unser Land stark, all das macht uns attraktiv für die Welt. Und all das sollte uns in Deutschland Mut machen, gemeinsam für eine bessere und friedlichere Zukunft einzutreten, in der Politik ebenso wie in der Wirtschaft!

Gerade in der internationalen Politik und im Welthandel sollten wir wieder mehr auf die Anziehungskraft unseres eigenen Erfolgs vertrauen. Es spricht sich doch herum, dass unser Modell des demokratischen Rechtsstaats und der sozialen Marktwirtschaft eben nicht nur Wohlstand schafft, sondern Wohlstand in Freiheit, Würde und Selbstbestimmung ermöglicht. Genau danach, nach Demokratie und Prosperität, sehnen sich Millionen Menschen rund um den Globus. Und ich bin mir sicher: Danach sehnen sich auch Millionen von Menschen in Russland und in China!

Warum sonst zieht es kluge und kreative Köpfe aus der ganzen Welt hin zu den liberalen Demokratien? Ich bin überzeugt und bleibe überzeugt: Im Wettbewerb der Regierungsformen wird sich das Modell durchsetzen, das Menschen aller Nationen und Weltregionen etwas zu bieten hat. Der autoritäre Nationalismus, der nur den Systemtreuen und Regierungsfreunden nützt, dem Rest der Menschheit aber einen Schrecken einjagt, dieser

autoritäre Nationalismus wird scheitern! Das darf unsere selbstbewusste Überzeugung sein.

Vor einhundert Jahren, als der Übersee-Club gegründet wurde, warben die Mitglieder hier in Hamburg für den Aufbruch in ein neues Zeitalter – ein Zeitalter der Weltoffenheit, des Friedens, des Rechts, der Freiheit und des Wohlstands. Wir wissen, ihre Ideen für eine liberale Neuordnung der Welt setzten sich damals nicht dauerhaft durch; ihre Hoffnung sollte sich erst viele Jahrzehnte später erfüllen. Aber die Geschichte hat ihren Überzeugungen recht gegeben, und sie tut es bis heute!

Gerade jetzt, wo Krieg und Krisen die Welt ins Chaos zu stürzen drohen, brauchen wir Vernetzung und Austausch über die Grenzen hinweg. Gerade jetzt brauchen wir den Übersee-Club. Ihnen und Ihrem Verein alles Gute zum Hundertsten. Herzlichen Glückwunsch und vielen Dank!



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (M.) vor der Laeiszhalle mit Peter Tschentscher, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (l.), und Michael Behrendt, Präsident des Übersee-Clubs e. V. (r.)



Preisträgerin Margot Friedländer

„Das ist es, was Sie uns aufgeben, was Sie den nächsten Generationen mit auf den Weg geben: Seid Menschen!“

Verleihung des Walther-Rathenau-Preises an Margot Friedländer

4. Juli 2022, Berlin

„Es ist für Euch. Es ist für die Menschen.“

Was für ein Satz, liebe Margot Friedländer!

Liebe, verehrte Frau Friedländer, Sie bekommen heute den Preis verliehen, der der Erinnerung an einen großen deutschen Demokraten gewidmet ist: Walther Rathenau, den Feinde der Demokratie brutal ermordeten. Sehr geehrter Herr Jung, vielen Dank für die Einladung, die Laudatio auf die Preisträgerin zu halten. Ich freue mich und bin tief bewegt, heute hier sprechen zu dürfen.

Erst vor wenigen Tagen, am 24. Juni, jährte sich die Ermordung von Walther Rathenau zum einhundertsten Mal, und wir haben gar nicht weit von hier, im Deutschen Historischen Museum, dieses großen Politikers, Publizisten und Industriellen gedacht. Walther Rathenau war nicht nur ein ungemein kluger, er war ein unendlich vielseitig begabter Mann, künstlerisch, publizistisch, als

Unternehmer. Und er war noch etwas: ein deutscher Jude, ein jüdischer Deutscher.

Ein Leben lang, so schreibt die israelische Historikerin Shulamit Volkov in einer klugen Biographie über Walther Rathenau, versuchte er, die deutsche und die jüdische Identität miteinander in Einklang zu bringen. Ganz zu Hause fühlte er sich weder in der einen noch in der anderen Identität. „Sein Leben", schreibt Volkow, „kann auch [...] so gesehen werden, dass es die Quintessenz der deutsch-jüdischen Geschichte enthält." Diese Zerrissenheit prägte Rathenaus Leben und das vieler anderer jüdischer Deutscher. Viele von ihnen waren erfolgreich in Wirtschaft, Kultur, Medien. Aber das kommende Unheil warf bereits seine Schatten voraus, der Antisemitismus vergiftete das gesellschaftliche Klima zunehmend.

Auch im Preußen der Kaiserzeit blieben Juden noch immer viele Berufswege und Karrieren verwehrt. Rathenau, der selbst nicht einmal Reserveoffizier werden konnte, litt unter der Zurücksetzung, haderte damit, dass Juden immer noch Bürger zweiter Klasse waren. In der ersten deutschen Demokratie bekannte sich Rathenau als Mitglied der neuen Deutschen Demokratischen Partei entschieden zu dieser Demokratie und diente ihr als Minister. Für seine Gegner, für seine Feinde aber war er die Inkarnation der angeblichen jüdisch-kapitalistischen Weltverschwörung. Rathenau wurde auf das

Schlimmste verhöhnt, diffamiert, karikiert und bedroht, auch mit dem Tod. Er wusste, in welcher Gefahr er war. Nur zwei Monate vor seinem Tod flehte ihn Albert Einstein geradezu an, von seinem Amt als Außenminister zurückzutreten, um sich selbst, aber auch andere Juden nicht zu gefährden. In den Jahren zuvor waren schon mehrere prominente jüdische Politiker ermordet worden: Gustav Landauer, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner. Überzeugen konnte Einstein ihn nicht.

Zu seinen Feinden, das muss hier leider auch gesagt werden, gehörte ein hochrangiger Vertreter der Deutschen Bank, der einstige Vizekanzler des Kaiserreiches, der Deutschnationale und glühende Antisemit Karl Helfferich, der eine hasserfüllte Hetzkampagne gegen die sogenannten „Erfüllungspolitiker“ und „Novemberverbrecher“ entfachte. Er griff Rathenau noch am Vortag von dessen Ermordung im Reichstag auf das Übelste an. Er gehörte zu denen, die den Boden bereiteten für das politische Klima des Hasses und der Gewalt, dem auch Walther Rathenau zum Opfer fiel.

Der Mord an Walther Rathenau war ein Angriff auf die Weimarer Demokratie. Er erschütterte die Republik. Im Reichstag hielt Reichskanzler Joseph Wirth eine hoch emotionale, eine aufrüttelnde Rede. Er endete mit den Worten, und sie richteten sich insbesondere an Karl Helfferich und die Deutschnationalen: „Da steht der

Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!“ Walther Rathenau war ein Märtyrer der deutschen Demokratie.

Sie, liebe Margot Friedländer, Sie haben selbst erlebt, was aus dem Hass der frühen 1920er Jahre erwachsen ist: Verfolgung, Terror, der millionenfache Mord an den europäischen Juden. Sie haben das Menschheitsverbrechen der Shoah erlebt. Sie haben überlebt. Sie wissen, welche Mahnung uns das Schicksal Walther Rathenaus aufgibt – ich werde darauf noch zurückkommen.

Liebe Frau Friedländer, heute die Laudatio auf Sie zu halten, ist mir eine große Freude und eine Ehre. Vor allem aber verspüre ich Dankbarkeit. Ich bin als Bundespräsident dankbar für das Wunder der Versöhnung, das Sie unserem Land geschenkt haben und jeden Tag aufs Neue schenken. Und ich bin persönlich zutiefst dankbar für die Freundschaft, die Sie mir geschenkt haben. Ich habe es bei der Verleihung der Leo-Baeck-Medaille im vergangenen November in New York gesagt und sage es heute noch einmal: Ohne Menschen wie Sie, liebe Margot Friedländer, wäre auch ich heute ein anderer.

Wir sind uns in den vergangenen Jahren immer wieder begegnet, zuletzt waren Sie bei einer Gedenkstunde zum 9. November mein Gast in Schloss Bellevue. Ihre

Anwesenheit, Ihre Worte damals haben uns alle zutiefst bewegt. Sie sprechen zu hören, Sie zu erleben, das ist Ihr Geschenk an uns alle, die das Glück haben, Ihnen zu begegnen.

Vor allem ist es ein Geschenk an die, die Ihnen so sehr am Herzen liegen: die jungen Menschen in unserem Land. Nichts ist Ihnen wichtiger als sie, und Sie sagen ihnen: Es ist für Euch. Es ist nicht für mich. Ihnen erzählen Sie von dem Furchtbaren, das Sie selbst als junge Frau erlebt haben. Ihnen erzählen Sie von den ungeheuerlichen Verbrechen, die die Nationalsozialisten in ihrem Rassenwahn Ihnen und Ihrer Familie angetan haben. Nie erzählen Sie mit Bitterkeit, mit Wut, gar mit Anklagen. Mit Traurigkeit, das ja. Sie ist zu spüren. Aber die Menschen spüren vor allem Ihre Wärme, Ihre Zugewandtheit, Ihre ungeheure Kraft: Ihre Menschlichkeit. Sie berührt uns im Innersten.

Als Walther Rathenau, der erste jüdische Außenminister Deutschlands, im Juni 1922 ermordet wurde, waren Sie erst wenige Monate alt. Sie wurden hineingeboren in eine große jüdische Familie im Berlin der 1920er Jahre, in eine europäische Metropole, die geprägt war vom Aufbruch in die Moderne und deren kulturelles und geistiges Leben flirrte – das war Ihr erstes Leben. Sie wurden aber auch hineingeboren in eine Stadt, in der die Feinde der

Demokratie diese immer mehr schwächten, eine Stadt, in der politische Gewalt erschreckend zunahm.

Ihre Kindheit beschreiben Sie als eine glückliche, in einer großen Familie, mit einem Sommerhaus am Scharmützelsee. Nach 1933 beginnt die Ehe Ihrer Eltern zu kriseln. Die Missstimmungen nahmen im selben Maße zu, wie die politische Lage bedrohlicher wurde, so schreiben Sie es in Ihrer Autobiographie. Der erste große Schmerz in Ihrem Leben ist die Trennung Ihrer Eltern.

Der Tag aber, an dem Ihr Leben zerfiel, dieser Tag ist der 20. Januar 1943. Es ist der Tag, an dem Sie mit Ihrer Mutter und Ihrem jüngeren Bruder fliehen wollten aus Deutschland. Es war zu spät. Ihr Bruder wird von der Gestapo verhaftet, und Ihre Mutter stellt sich der Polizei, um ihn nicht allein zu lassen. Sie sollten sie nie wiedersehen. Alles, was Ihnen Ihre Mutter hinterlässt, ist ihre Handtasche, eine Bernsteinkette – die ich Sie häufig tragen sehe – und eine Nachricht: „Versuche, dein Leben zu machen." Dieser Satz ist das Vermächtnis Ihrer Mutter. Sie haben ihn als Auftrag verstanden. Er wurde zu Ihrer Mission. Was mit Ihrer Mutter, mit Ihrem Bruder und Ihrem Vater geschah, das haben Sie erst viele Jahre später erfahren. Alle wurden in Auschwitz ermordet.

Im Kriegsjanuar 1943 sind Sie 21 Jahre jung – und tauchen unter. Es ist der Beginn Ihres zweiten Lebens. Wer

liest, wer hört, welches Martyrium Sie in den folgenden Jahren durchleiden mussten, ist zutiefst erschüttert. Fünfzehn Monate lang versteckten Sie sich in Berlin; und ja, es gab Menschen, die anständig waren, die Ihnen halfen. Mehrmals entgingen Sie nur knapp einer Verhaftung, bis Sie im Frühjahr 1944 verraten wurden. „Ich bin jüdisch", das sagten Sie noch auf dem Weg zur Wache. Sie wurden deportiert, nach Theresienstadt, ein „Zwischenreich, nicht Leben, nicht Tod". Dort trafen Sie Adolf Friedländer wieder, den Sie aus Berlin kannten und noch im Lager heirateten. Sie beide überlebten wie durch ein Wunder: Sie wollten leben.

Mit Adolf Friedländer teilten Sie nach der Emigration in die USA Ihr drittes Leben, ein erfülltes Leben. Nach Deutschland zurückzukehren, das kam nie in Frage. Nach Adolf Friedländers Tod begannen Sie zu schreiben, nachts, da sind die Gedanken tiefer, wie Sie sagen; und ich zitiere Sie: „Erst nach dem Tod meines Mannes konnte ich anfangen, meine Geschichte zu erzählen." Die Erinnerungen kamen zurück, im und beim Schreiben. Es war dieser Prozess des Erinnerns, der schließlich dazu führte, dass das Undenkbare denkbar wurde: noch einmal Berlin zu besuchen und schließlich zurückzukehren. In jenes Berlin, in dem Sie gedemütigt, verfolgt, bedroht worden waren. Aber Berlin, das war eben auch Ihre geliebte Heimatstadt, die Stadt, in der Ihnen die Menschen – und gerade die jungen – zuhörten. Die Stadt,

in der Sie Ihre Mission zu erfüllen hatten. Und das mit 88 Jahren!

Welches Glück ist es für unser Land, dass Sie sich dazu entschieden haben zurückzukehren. Unermüdlich berichten Sie seither von Ihrem Schicksal, treten Sie ein für Demokratie und Menschenrechte, gegen Hass und jede Form von Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit. Sie teilen Ihre Erinnerung mit uns, damit das, was geschehen ist, nicht wieder geschehen kann.

„Die Zukunft beginnt mit erinnern", so hat es Aleida Assmann einmal formuliert. Wir Deutsche wissen heute um die Bedeutung dieses Satzes: Ohne die Erinnerung an die Verbrechen, die von Deutschland ausgingen, an die Verbrechen, die Deutsche verübt haben, ist die deutsche Geschichte nicht zu begreifen. Die Erinnerung daran darf kein Ende haben, denn ohne sie haben wir keine Zukunft. Und: Erinnern braucht Erzählen, wie Aleida Assmann in ihrer wunderbaren Laudatio bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Freien Universität Berlin an Sie sagte. Und genau das ist es, was Sie uns schenken, liebe Frau Friedländer: Erinnerung, indem Sie erzählen. Zukunft, indem Sie erinnern.

Wie aber erinnern wir uns, wenn es keine Zeitzeugen mehr gibt wie Sie? Das ist eine Frage, die Sie als eine der letzten Zeitzeuginnen umtreibt. Und deshalb sind Sie

auch beim Verein Zweitzeugen aktiv. Eine großartige Initiative von jungen Menschen, die die Erinnerung von Überlebenden der Shoah bewahren und weitergeben wollen – an Zweitzeugen. Natürlich wird nichts die Zeitzeugen ersetzen können. Aber ich bin sicher, dass das ein Modell für die Zukunft, für eine neue Form der Erinnerung und der Erinnerungspolitik ist. Wir tragen die Erinnerung weiter, damit wir eine Zukunft haben: Das ist es, was diese jungen Menschen als ihre Aufgabe und ihre Verantwortung ansehen.

Wie wichtig das für unser Land, für unsere Demokratie ist, das erleben wir leider in den letzten Jahren. Auch darüber muss ich heute sprechen. Ja, jüdisches Leben ist in den vergangenen Jahrzehnten wieder aufgeblüht in unserem Land; und dafür bin ich zutiefst dankbar. Sie, liebe Frau Friedländer, sind Teil dieses vielfältigen jüdischen Lebens.

Aber es macht mich zornig, wie unverhohlen sich Antisemitismus in unserem Land wieder zeigt, auf der Straße, auf Schulhöfen, im Netz – ausgerechnet in unserem Land. Zutiefst erschüttert hat es mich, dass es in unserem Land möglich ist, dass ein Rechtsextremer am höchsten jüdischen Feiertag einen Anschlag auf eine vollbesetzte Synagoge verübt – ausgerechnet in unserem Land. Wie sehr wünschte ich, dass dieser Anschlag in Halle zu einer Wende geführt hätte. Aber Jüdinnen und

Juden in Deutschland werden auch seither verhöhnt, herabgewürdigt, gewaltsam angegriffen. Das ist unerträglich! Unerträglich ist es auch, wenn Gegner der Corona-Politik sich als Verfolgte mit gelbem Stern inszenieren. Das ist eine Verhöhnung der Opfer der Shoah und eine Verharmlosung des Antisemitismus.

Wir erleben leider auch, wie in den letzten Jahren – gerade in der Zeit der Pandemie – der Ton in vielen unserer Debatten unversöhnlicher geworden ist, wie Hass und Verschwörungsmythen verbreitet werden, wie unsere Demokratie auch heute wieder angefochten wird. Ich sehe mit Sorge, dass sich bei den Protesten gegen die Corona-Politik auch Gegner der Demokratie sammeln, die nur ein Ziel haben: die Demokratie zu schwächen und auszuhöhlen. Und auch heute gibt es Gegner der Demokratie, die zur Gewalt greifen – ausgerechnet in unserem Land. Ich denke dabei an Kommunalpolitiker und Bürgermeisterinnen, die mir berichten, dass sie angegriffen werden und um ihr Leben fürchten. Ich denke dabei an den Mord an Walter Lübcke, an die Morde des NSU, an die grauenvollen Anschläge im Münchner Olympiazentrum und in Hanau. Wir wissen: Auch heute geht die größte Gefahr für unsere liberale Demokratie vom Rechtsextremismus aus – und damit sind wir wieder bei Walther Rathenau.

Ja, eine liberale Demokratie braucht die Debatte, sie braucht die Kontroverse, sie braucht den Streit. Aber die Grenze ist überschritten, wo Hass und Hetze verbreitet werden oder gar Gewalt angewandt wird. Das dürfen und das werden wir nicht hinnehmen! Solche Taten müssen mit aller Härte des Rechtsstaats geahndet werden. Der Rechtsstaat muss diejenigen schützen, die bedroht werden. Aber der Staat, das ist nur die eine Seite. Eine Demokratie braucht auch Bürgerinnen und Bürger, die für sie eintreten, die aufstehen und nicht gleichgültig wegschauen, wenn Menschen verhöhnt, diffamiert, bedroht werden. Die Demokratie braucht selbstbewusste mündige Bürgerinnen und Bürger, die wissen, welch kostbares Gut die Demokratie ist, und die bereit sind, sie zu schützen und zu verteidigen. Vielleicht ist das die entscheidende Lehre aus dem Mord an Walther Rathenau.

Unsere Demokratie braucht Menschen wie Sie, liebe Margot Friedländer. Sie wissen, was geschehen kann, wenn sich zu wenige Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie bekennen. Sie wissen, was Menschen einander antun können; was geschieht, wenn Menschen andere Menschen entmenschlichen. Sie geben dieses Wissen weiter. Wir müssen wissen, was geschehen ist, damit es nicht wieder geschieht, so hat es der große Primo Levi formuliert, und das ist auch Ihre Maxime.

Für dieses Wissen, das Sie uns schenken, für die Versöhnung, die Sie uns schenken, kann unser Land nicht dankbar genug sein. Beides ist eine Mahnung und eine Verpflichtung für uns alle. Nie wieder dürfen wir die jüdische Gemeinschaft im Stich lassen. Das ist unsere Verantwortung, die bleibt, in der Gegenwart und in der Zukunft. Nicht nur Juden sind gefordert, die Stimme gegen den Judenhass zu erheben. Auch alle anderen, die keine Juden sind, müssen diesen Kampf führen.

Was war, können wir nicht ändern, sagen Sie, liebe Margot Friedländer. Es ist für die Zukunft. Es ist für die Demokratie: Es ist für Euch. Seid Menschen! Das ist es, was Sie uns aufgeben, was Sie den nächsten Generationen mit auf den Weg geben: Seid Menschen!

Liebe Margot Friedländer, ich danke Ihnen heute von ganzem Herzen für Ihre Menschlichkeit, für Ihren Einsatz für die Demokratie und für unser Land. Und ich weiß, dass ich für viele Menschen in unserem Land spreche. Ich danke Ihnen für das Geschenk der Versöhnung!

Herzlichen Glückwunsch zum Walther-Rathenau-Preis!



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier verleiht den Walther-Rathenau-Preis an die Holocaust-Überlebende Margot Friedländer



Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
vor Soldatinnen und Soldaten der US-Armee

„Wir stehen zusammen in dieser schwierigen Zeit!“

Besuch der US-Streitkräfte am Standort Grafenwöhr

13. Juli 2022, Grafenwöhr

Exzellenz, Frau Botschafterin Gutmann, sehr geehrter General Williams, liebe Soldatinnen und Soldaten des 1st Armored Brigade Combat Team, als Präsident dieses Landes stehe ich heute vor Ihnen mit einer einfachen und klaren Botschaft: Danke!

Danke für den Dienst, den Sie leisten, und die Opfer, die Sie bringen. Was Sie, was jede und jeder Einzelne von Ihnen hier leistet, ist von existenzieller Bedeutung für die Sicherheit meines Landes, meiner Landsleute, unseres Kontinents und unseres Bündnisses.

Frieden und Sicherheit – vielleicht haben wir das allzu lange als selbstverständlich angesehen. Dieses Land, Deutschland, ist nun seit mehr als dreißig Jahren wiedervereinigt, wirtschaftlich erfolgreich, umgeben von Freunden, vernetzt mit Partnern auf der ganzen Welt und eingebunden in starke Bündnisse, in NATO und Europäische Union.

Doch jetzt ist der Krieg auf den europäischen Kontinent zurückgekehrt. Russlands brutale und rechtswidrige Invasion in die Ukraine hat die europäische Sicherheitsordnung zertrümmert. Sie hat furchtbares Leid über die Ukraine und die ukrainische Bevölkerung gebracht. Tausende sind ums Leben gekommen, Millionen mussten ihre Heimat verlassen. Deshalb unterstützen wir die Ukraine – und deshalb wissen wir: Es hat einen Grund, warum die NATO hier ist. Es hat einen Grund, warum Sie hier sind!

Und das ist nicht erst jetzt, nicht erst seit Februar der Fall. Nein, seit Jahrzehnten sind US-Truppen hier in Europa im Einsatz. Ihre Großväter und Urgroßväter haben dafür gekämpft, unseren Kontinent vom nationalsozialistischen Terrorregime zu befreien. Ihre Eltern und Großeltern haben, nach dem Zweiten Weltkrieg, unseren Weg hin zu einem demokratischen Neuanfang gesichert. Generationen mutiger Amerikanerinnen und Amerikaner waren in Deutschland stationiert. Sie haben uns als ihr Gastland kennen und schätzen gelernt. Und wer weiß, vielleicht sind einige von ihnen auch auf den Geschmack von Bier und Bratwurst gekommen.

Wir als Deutsche schulden all diesen Menschen unseren Dank – allen, die gemeinsam mit Ihnen hier in Deutschland und überall in Europa ihren Dienst tun, und allen, die vor Ihnen hier waren. Ich möchte den hunderttausenden

Veteraninnen und Veteranen, die in meinem Land gedient haben, und ihren Familien in Amerika meine herzlichen Grüße und meinen Dank aussprechen.

Meine zweite Botschaft an Sie: Wir stehen zusammen in dieser schwierigen Zeit! Unser transatlantisches Bündnis ist stark! Wir sind geeint und entschlossen, Freiheit, Demokratie und Völkerrecht zu verteidigen. Wir sind geeint in unserer Unterstützung für die Ukraine – politisch und finanziell, durch humanitäre und militärische Unterstützung. Unsere Geschlossenheit und unsere Entschlossenheit waren nie so wichtig wie im Angesicht der russischen Aggression. Und Geschlossenheit und Entschlossenheit sind es, die wir in diesen Wochen nach der Invasion unter Beweis stellen: in der NATO, in der Europäischen Union und in den G7.

Meine dritte Botschaft lautet: Deutschland wird alles daransetzen, diese Geschlossenheit zu erhalten. So, wie wir uns auf Sie verlassen, ist auch auf uns Verlass! Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen; und wir wissen, dass wir mehr tun müssen! Wir werden mehr investieren, mehr Truppen an der NATO-Ostflanke bereitstellen und die deutsche Bundeswehr umfassend modernisieren. Gemeinsam mit Ihnen und allen unseren Partnern sind wir bereit, jeden Quadratzentimeter des NATO-Territoriums zu verteidigen.

Liebe Soldatinnen und Soldaten, ich möchte Ihnen erneut danken für alles, was Sie mit uns und für uns leisten! Und bitte richten Sie meine herzlichsten Grüße auch Ihren Lieben in der Heimat aus, Ihren Männern und Frauen, Ihren Kindern und Eltern. Ich weiß, dass nicht nur Sie, sondern auch Ihre Angehörigen Opfer bringen – auch ihnen gilt unser inniger Dank.



Mittagessen mit Soldatinnen und Soldaten
der US-Armee in der Truppenküche



Ökumenischer Gedenkgottesdienst
in der Kirche Herz Jesu

„Wir müssen jede, aber auch wirklich jede Anstrengung unternehmen, um die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen“

Gedenkgottesdienst für die Opfer am Jahrestag der Flutkatastrophe

14. Juli 2022, Euskirchen

Heute ist ein Tag des Innehaltens und der Trauer. Es ist ein Tag, an dem für Sie alle die Angst und das Grauen zurückkommen. Es ist ein Tag, an dem der Schmerz wieder kaum zu ertragen ist. Mehr als 180 Menschen verloren in der Nacht des 14. Juli 2021 hier in Nordrhein-Westfalen und drüben in Rheinland-Pfalz ihr Leben. Sie, die Sie heute hier zu diesem Gedenkgottesdienst zusammengekommen sind, haben Ihre Liebsten, Nachbarn, Freunde verloren. Nichts ist in Ihrem Leben wie zuvor. Heute, an diesem Tag, gedenken wir der Toten. Die Opfer bleiben unvergessen. Wir trauern gemeinsam und vereint. Als Bundespräsident möchte ich Ihnen sagen: Sie sind nicht allein!

Nie werden Sie vergessen können, was in jener Nacht des 14. Juli, jener Nacht des Grauens geschah, als kleine Bäche zu Ungeheuern anschwollen, die alles mit sich rissen. In Ihrem Leben war das ein furchtbarer Schlag, eine zutiefst traumatische Erfahrung. Viele von Ihnen haben alles verloren, Ihre Häuser, Ihren Besitz, Ihre Erinnerungen, Ihre

Lebensträume, Ihre Existenz. Wie groß Ihr Schmerz, Ihre Verzweiflung war und vielleicht immer noch ist, was Sie in jener Nacht und in den Monaten seither durchlitten haben, das kann ich nur erahnen. Und nichts kann Ihnen Ihren Schmerz nehmen.

Ich bin heute aber auch hier, um Ihnen zu sagen: Ich bin beeindruckt, dass Sie trotz der Zerstörung, trotz Ihrer Verzweiflung nicht aufgegeben haben. Hier ist Ihre Heimat, so empfinden es die meisten von Ihnen. Hier ist mein Leben, und hier soll es bleiben – so sagen viele. Und deshalb haben Sie angepackt, sich gegenseitig geholfen, die schlimmsten Verwüstungen beseitigt, mit dem Wiederaufbau begonnen.

Die furchtbare Zerstörung, die das Wasser zurückließ, sie ist bis heute sichtbar; und es wird vermutlich noch Jahre dauern, bis sie ganz beseitigt ist. Sichtbar ist aber auch, was Sie geleistet haben im vergangenen Jahr. Davor habe ich enormen Respekt. Ich möchte Ihnen allen hier in dieser Kirche – und allen Menschen, die von dieser schlimmsten Hochwasserkatastrophe seit Jahrzehnten heimgesucht wurden – heute danken. Ich danke Ihnen für Ihre Kraft, Ihren Einsatz, Ihre Solidarität. Ich danke auch allen professionellen und freiwilligen Helferinnen und Helfern, die in der Stunde der Not sofort aus allen Teilen Deutschlands angereist sind und den Menschen hier beigestanden haben – und es bis heute noch tun.

Und mein Dank geht an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, an die Landrätinnen und Landräte, an diejenigen, die in den Verwaltungen arbeiten. Sie alle haben in diesen vergangenen zwölf Monaten schier Unglaubliches geschultert. Sicher wussten viele oft nicht, wo anfangen und wo aufhören, wenn tausend Dinge zur gleichen Zeit getan werden mussten: den Verzweifelten helfen, Gutachten einholen, Baugenehmigungen erteilen, Orte teilweise ganz neu planen.

Und ich kann mir auch vorstellen, dass manche von Ihnen ungeduldig sind, dass sie das Gefühl haben, dass vieles zu lange dauert, zu langsam vorangeht – das habe ich heute Morgen auch im Ahrtal gehört. Ja, vieles ist getan, aber noch mehr bleibt zu tun.

Die Bundesregierung und die Länder haben sehr schnell sehr umfangreiche Hilfsfonds aufgelegt, um den Menschen in den Katastrophengebieten zu helfen, Hilfe dort zu leisten, wo sie so bitter nötig ist und weiter bleibt – bei den Betroffenen. Meine dringende Bitte an alle, die Verantwortung tragen, ist: Lassen Sie nicht nach in Ihren Anstrengungen, damit den Menschen effektiv und unbürokratisch geholfen wird!

Ich kann mir auch vorstellen, dass Sie eine Frage immer noch quält: Wie war das möglich? Wie konnte das passieren? Warum wurde nicht schnell und umfassend

genug gewarnt? Ich glaube, diese Frage müssen wir uns als ganzes Land stellen: Was kann, was muss besser werden beim Katastrophenschutz? Und wie können wir uns in Zukunft besser schützen? Eine Antwort auf diese Fragen müssen Sie hier in Euskirchen und in den benachbarten Landkreisen jetzt ganz konkret beim Wiederaufbau finden. Aber wir müssen auch als ganzes Land eine Antwort darauf finden, was zu tun ist – und das möglichst rasch.

Aber besserer Schutz und bessere Vorsorge werden nicht ausreichen. Wir wissen: Die Folgen des Klimawandels haben uns in Europa und hier in Deutschland längst erreicht. Auch in diesem Sommer sehen wir dramatische Bilder: aus Italien, wo der Norden wortwörtlich austrocknet. Aus Portugal, das landesweit den Notstand ausgerufen hat. Aus den Alpen, wo riesige Gletscherteile abbrechen und alles unter sich begraben. Und auch bei uns herrscht den vierten Sommer in Folge vor allem in Regionen im Osten Deutschlands besorgniserregende Trockenheit, brennen die Wälder, sinken die Grundwasserpegel, während andere Landesteile von schweren Unwettern heimgesucht werden.

Solche extremen Wetterlagen, auch das wissen wir, werden in Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit immer wieder eintreten – und das ist eine Folge des globalen Klimawandels. Wir müssen jede, aber auch wirklich jede

Anstrengung unternehmen, um die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen; und wir müssen viel umfassender Vorsorge treffen, um unseren Kindern und Enkeln einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen!

Als Bundespräsident weiß ich aber auch: In der Stunde der Not sind wir ein starkes, ein solidarisches Land! Während und nach der Flut haben wir es uns erneut bewiesen: Wir stehen zusammen. Das schafft Zuversicht für Zeiten, die uns weiter fordern werden und die nicht einfacher werden.

Heute bin ich hier, um mit Ihnen gemeinsam zu gedenken und zu trauern. Auch im Namen so vieler unserer Landsleute versichere ich Ihnen: Sie sind nicht allein.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Gespräch mit einer Angehörigen und einem Zeitzeugen der Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen vor dem Sonnenblumenhaus, gemeinsam mit Regine Lück, Präsidentin der Bürgerschaft (l.); Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern (2. v. l.), und Steffen Bockhahn, Zweiter Stellvertreter des Oberbürgermeisters (r.)

„Wir dürfen uns nicht hinter der Behauptung von Unvorstellbarkeit verstecken“

Gedenkveranstaltung zum 30. Jahrestag der Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen

25. August 2022, Rostock

Ich bin sehr dankbar, dass wir zu dieser gemeinsamen Gedenkveranstaltung zusammenkommen können. Und ich freue mich ganz besonders, dass heute Menschen wie Sie, Herr Thinh, und Sie, Herr Richter, hier mit uns zu diesem Gedenken zusammenkommen: Menschen, die in jener Nacht vom 24. auf den 25. August 1992 im Sonnenblumenhaus eingeschlossen waren. Wir alle erinnern uns an die Bilder der Flammen, die aus den Fenstern schlugen, auf grausame Art bejubelt von tausenden johlenden Menschen davor. Wir wissen darum. Aber Ihre Todesangst, Ihr Gefühl des Verlassenseins in jenen Stunden können wir alle nur erahnen.

Hinter Ihnen lagen zu diesem Zeitpunkt bereits zwei Nächte der Furcht. Nächte, in denen Steine in die Wohnungen geflogen waren. Geworfen von zumeist jungen Männern aus der hasserfüllten Menge vor dem Haus. Polizisten, viel zu wenige, viel zu schlecht ausgerüstet, hatten die Menschen im Haus, hatten Sie nicht beschützen können. Dutzende Beamte wurden im Einsatz selbst verletzt.

Ich versuche mir vorzustellen, wie es gewesen sein muss. Jahrelang hatten die ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter hier in Lichtenhagen ganz friedlich mit ihren Nachbarn gewohnt. Und wie alle Lichtenhäger konnten auch Sie seit Monaten die Menschen sehen, die auf der Suche nach Asyl zur völlig überfüllten Zentralen Aufnahmestelle nebenan kamen. Im selben Haus, nur einen Aufgang weiter. Sie sahen die Menschen vor dem Haus campieren, viele von ihnen Sinti und Roma. Menschen, die nichts hatten und hier auf alles hofften. Die Lage war desolat. Viel zu wenig geschah, um sie zu verbessern. Und wie jeder in Lichtenhagen, so spürten auch Sie die Spannung, die dann in jenen Nächten in rohe Gewalt und Hass mündete. Am 24. August brachten Busse die Asylbewerber aus dem Wohngebiet.

Dann, am Nachmittag, sammelten sich erneut Menschen vor dem Sonnenblumenhaus – junge Leute, Schüler, Nachbarn, dazu Rechtsextremisten, die die Situation für sich nutzten. Fernsehteams waren da. Wie auf einem Sportfest habe es ausgesehen, so beschrieben Sie es, Herr Thinh, als die Scheinwerfer sich auf das Haus richteten. Die Ausschreitungen gingen weiter. „Und wir waren drinnen in der Falle“ – so haben Sie es später erzählt.

Mehr als 120 Menschen waren eingeschlossen im Haus. Männer, Frauen, Kinder, ein Journalistenteam, der Ausländerbeauftragte der Stadt, Helferinnen. Von draußen

wurden Molotowcocktails geworfen. Und immer, wenn wieder ein Feuer loderte, jubelten die Versammelten. Es waren Tausende, die zuschauten, grölten und klatschten. Die Polizei war zu schwach aufgestellt, konnte dem, was da geschah, nichts Entscheidendes entgegensetzen. Die Feuerwehr konnte nicht löschen. Angreifer drangen in das Haus ein, mit Stöcken bewaffnet. Der menschenfeindliche Hass war mitten in der Gesellschaft angekommen.

Es müssen unendlich furchtbare Stunden gewesen sein; Stunden, in denen Sie alle in diesem Haus Todesangst verspüren mussten. Nur durch eigene Kraft, durch Mut und am Ende Glück sind Sie der Katastrophe entgangen, konnten sich die eingeschlossenen Menschen selbst retten – erst aufs Dach, am Ende über einen anderen Aufgang in Busse, in eine Turnhalle. Aber die Todesangst, die nahmen sie mit. Und die Angreifer? Sie haben angegriffen, weil sie sich ausgeredet hatten, es mit Menschen zu tun zu haben.

Warum erzähle ich das heute hier so detailreich? Viele von Ihnen waren dabei. Sie haben diese Nacht erlebt. Sie haben sie überlebt. Die Erinnerungen daran haben Sie seither in Ihrem Leben begleitet. Viele andere, die nicht dabei waren – auch ich –, erinnern sich mit einem dumpfen Schrecken an die Bilder jener Tage. Das Bild vom Sonnenblumenhaus hat sich als Symbol in die Erinnerung unseres Landes eingebrannt. Rostock-Lichtenhagen 1992:

Das waren die schlimmsten rassistischen Übergriffe in Deutschland bis dahin. Es folgten weitere hasserfüllte, menschenfeindliche Verbrechen. Es waren finstere Stunden für unser Land.

Wenn wir über diese Nächte sprechen, kommen wir schnell an den Punkt, an dem jemand sagt: Was hier passiert ist, war unvorstellbar. Das sagt sich leicht; und es ist als Gefühl höchst nachvollziehbar. Aber es ist falsch.

Wir haben aus den dunkelsten Kapiteln unserer deutschen Geschichte gelernt: Die Idee von der Unvorstellbarkeit ist ein verhängnisvoller Denkfehler. Unvorstellbarkeit ist eine Schutzformulierung, um sich nicht weiter damit befassen zu müssen, was gerade geschieht – oder wie geschehen konnte, was geschehen ist. Wir dürfen uns nicht hinter der Behauptung von Unvorstellbarkeit verstecken.

Die entscheidende Frage ist doch: Wie konnte es passieren? Diese Frage darf nicht in der Luft hängenbleiben. Sie zu beantworten bedeutet, präzise zu benennen, was war. Es bedeutet, Ursachen zu finden und Verantwortung zu übernehmen.

Ich weiß, es gibt in Rostock-Lichtenhagen nicht wenige, die sich wünschen, dass man die Dinge ruhen lasse. Umso froher, nein, umso dankbarer bin ich den vielen,

die sich mittlerweile seit Jahrzehnten – und in den ersten Jahren gegen einige Widerstände – für die Aufarbeitung und Erinnerung engagieren. Ich konnte mir heute bei meinem Besuch in Lichtenhagen einen Eindruck davon verschaffen.

Mit jedem Jahrestag in Lichtenhagen steigt bei einigen auch die Sorge, dass die Stadt, ja dass der ganze Osten immer aufs Neue stigmatisiert werde. Sie alle haben Ihre Erfahrung damit gemacht.

Ich sage es ganz deutlich: Der Kern dieser Frage ist nicht der Unterschied zwischen Ost und West. Der Kern ist die Erkenntnis, wozu eine Gesellschaft im schlimmsten Fall in der Lage ist – und wie sie sich im besten Fall dagegen wappnen kann, dass es nicht wieder geschieht.

Die Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen waren eine Katastrophe mit Ansage. Diese Katastrophe passierte auch mit Blick auf die gesamte Bundesrepublik nicht aus dem Nichts. Die Ausschreitungen dieser Tage gediehen auf dem Boden einer bis dahin teilweise hasserfüllt geführten Debatte. Der Staat hätte gewarnt sein müssen: Schon am 25. November 1990 hetzten und schlugen Neonazis in Eberswalde den jungen angolanischen Vertragsarbeiter Amadeu Antonio zu Tode. Und ein Jahr vor Rostock, im September 1991, hatte ein Mob vietnamesische Vertragsarbeiter in Hoyerswerda attackiert.

Flüchtlingswohnheime wurden angegriffen. Anwohner applaudierten. Die Angegriffenen mussten auch dort mit Bussen evakuiert werden. 32 Menschen wurden verletzt.

Die Ausschreitungen von Rostock waren also vorstellbar; und sie waren vielleicht vermeidbar. Der Staat hatte die Menschen an verschiedenen Stellen alleingelassen. Alleingelassen waren schon Wochen zuvor die Asylsuchenden, die mit Kind und Kegel vor dem Haus campiert hatten. Alleingelassen waren in jenen Wochen auch die Anwohner. Ihre Klagen über die unübersehbaren und unhaltbaren Zustände vor der Zentralen Aufnahmestelle für Asylsuchende wurden nicht gehört. Ihre Frage, wie man die Situation verbessern werde, wurde nicht beantwortet.

All das ist umso unverzeihlicher, weil zeitgleich alle auf die Situation schauten. Man konnte sehen, was passierte: Die Zeitungen berichteten schon Tage vorher von anonymen Drohungen, von Gesprächen mit Anwohnern. Von einer „heißen Nacht", in der „für Ordnung gesorgt" werden solle. „Die Roma werden aufgeklatscht", hieß es da. Und noch etwas wurde angekündigt: „Die Leute werden aus den Fenstern schauen und Beifall klatschen." Und dann passierte, was passierte.

Alleingelassen waren in jener Nacht aber vor allem die rund 120 Menschen im Haus Nummer 19. Es entsetzt

mich, wenn ich höre, dass diese Menschen den Rat bekamen, die Vorhänge zuzuziehen, damit man sie nicht entdeckt. Es war also klar, dass zu diesem Zeitpunkt niemand den Schutz der verbliebenen Menschen als wirklich oberste Priorität begriff. Der Rechtsstaat, der die Pflicht hatte, sie zu beschützen, hat sie alleingelassen. Und so waren sie einer entfesselten Menge von Menschen ausgesetzt, von denen viele in den Jahren zuvor ihre Nachbarn waren.

Was in Rostock geschah, ist eine Schande für unser Land. Und für diese Schande trägt die Politik große Mitverantwortung.

Man darf die Ereignisse von Rostock nicht singulär und auch nicht losgelöst von der damals aktuellen politischen Diskussion betrachten. Die Nächte von Lichtenhagen waren ein furchtbarer Auswuchs in einer ganzen Welle von menschenfeindlichen Ausschreitungen und von Anschlägen auf Migrantinnen und Migranten, bei denen viele Menschen getötet wurden. Das Sonnenblumenhaus hat sich auch deshalb in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt, weil es von dort die Fernsehbilder gab. Weil man über Tage praktisch in Echtzeit dem Schrecken beiwohnte. Viele der bundesweit 2.277 Angriffe auf Migranten, welche die Sicherheitsbehörden allein 1992 zählten, sind unter einer Schicht des Vergessens begraben. Aber auch die sind passiert. In

Lichtenhagen gab es wie durch ein Wunder keine Toten. Nach Lichtenhagen geschahen die Mordanschläge von Mölln, von Hünxe, von Solingen, von Lübeck. In Mölln gab es drei Mordopfer, in Solingen wurden fünf Angehörige der Familie Genç ermordet, in Lübeck kamen bei einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim zehn Menschen zu Tode. Eine Spur rechter Gewalt zog sich durch Deutschland.

Den Boden für diese Welle der von Rechtsextremisten befeuerten Gewalt bereitete auch die politisch aufgeheizte Debatte. Rechtsradikale Parteien lagen im Aufwind. Die Rhetorik auch der Parteien im demokratischen Spektrum war Anfang der 1990er Jahre ressentimentgeladen. Auf klare Verurteilungen der Ausschreitungen wartete man dagegen vergeblich.

Im Land selbst waren es dann glücklicherweise die Bürgerinnen und Bürger, die eine Antwort auf die Ausschreitungen fanden. Sie kamen danach zu Zehntausenden nach Rostock, um ihr Erschrecken, ihre Erschütterung und ihre Solidarität zu zeigen. Zu Hunderttausenden versammelten sie sich im Winter 1992 überall im Land zu Lichterketten. Diese Bürgerinnen und Bürger zeigten, was wichtig ist: Zusammenhalt, Friedfertigkeit, Gemeinschaft.

Auch viele Rostocker haben sich gefragt, was die Antwort auf jene Nächte sein kann. Sie, Herr Thinh, haben später davon berichtet, wie Sie sich gemeinsam Gedanken darüber machten, wie Sie nach diesen Tagen weiter in Rostock leben können. In diesen Tagen, so sagten Sie, entstand die Idee, den Verein Diên Hông zu gründen. Ihre Antwort auf den Hass war das Miteinander. Für Ihre Beharrlichkeit und Ihre Zuversicht bin ich voller Bewunderung und Respekt.

Ihnen allen, die Sie in diesem Haus überlebt haben, ist es zuallererst zu verdanken, dass ein Zusammenleben weiter möglich ist. Wir sind Ihnen dankbar für diese Kraft.

Heute konnte ich mir auch den buddhistischen Tempel der vietnamesischen Gemeinde ansehen. Welch einen wunderschönen, friedlichen Ort der interkulturellen Begegnung haben Sie inzwischen hier in Lichtenhagen geschaffen!

Auch die Stadt Rostock und die Bürgerschaft haben enorme Anstrengungen unternommen, um die Ereignisse aufzuklären, an sie zu erinnern – und sich gegen eine Wiederholung des Schreckens zu wappnen. Es ist auch an einem Tag wie heute wichtig, deutlich zu machen: Der Nächte von Lichtenhagen zu gedenken bedeutet nicht, die wunderbare, vielfältige Hansestadt Rostock auf diese Ereignisse reduzieren zu wollen. Im

Gegenteil: Es bedeutet, die eigene Geschichte ernst zu nehmen, aus ihr zu lernen und an gemeinsamer Zukunft zu arbeiten.

Das Stadtteil- und Begegnungszentrum, das schon 1993 errichtet wurde, um Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Anlaufpunkt zu bieten, ist zu einem wichtigen Zentrum für alle Lichtenhäger geworden. Inzwischen hat der Stadtteil eine Quartiersmanagerin und ist zum Fördergebiet des Bundes- und Landesprogramms „Soziale Stadt" geworden. Bei meinem Besuch vorhin im SBZ haben mir Schülerinnen und Schüler der benachbarten Hundertwasser-Gesamtschule von ihrem Alltag hier, aber auch von ihren Erwartungen an die Politik berichtet.

Sie sind in dem Alter, in dem einige jener Jugendlichen vor dem Sonnenblumenhaus damals waren. Aber heute haben sie einen gemeinsamen Ort. Und Zusammenhalt, Gemeinsamkeit, Respekt, all das braucht immer einen Ort.

Die Nächte von Rostock-Lichtenhagen sind nicht vergessen. Auch die Gewalt von damals, jene Spur rechten Terrors ist leider immer noch da. Sie zieht sich, in Wellen, durchs Land. Wir sahen sie in der furchtbaren Terrorserie des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrundes. Wir sahen sie 2015 in Heidenau und Freital. Sie zieht sich durch Kassel, Halle und Hanau. Viel zu lange

haben wir diese Spur nicht ernst genug genommen. Dabei hätten wir schon aus Rostock-Lichtenhagen die richtigen Lehren ziehen müssen. Sie sind bis heute aktuell. Drei von ihnen will ich hier festhalten.

Wir wissen eigentlich alle: Worte können Waffen sein. Mit Worten kann man das Gewaltpotenzial einer Gesellschaft aktivieren – und man kann es instrumentalisieren. Damals war die politische Debatte so, dass sie die Gewalt befeuerte. Wir haben auch in jüngerer Zeit schmerzlich erlebt, wie aus Worten Taten werden: Der tödliche Terroranschlag gegen den Kommunalpolitiker Walter Lübcke erinnert uns an die mörderische Radikalisierungskraft der Worte. Die Häme, die sich nach seinem Tod in die sozialen Netzwerke ergoss, erinnert uns daran, wie kurz der Weg zur Entmenschlichung des Gegenübers gerade im digitalen Raum sein kann.

Es gilt also, verbal abzurüsten. Ich beobachte mit Sorge, wie sich die Grenze zwischen dem Sagbaren und dem Unsäglichen verschiebt. Dies zu verhindern muss, bei aller Notwendigkeit der Kontroverse, die oberste Pflicht derer sein, die sich zu Wort melden. Politiker, Medien, Publizisten sind hier allesamt in einer ganz besonderen Verantwortung. Und für uns alle gilt es, den Mechanismen der sozialen Medien zu widerstehen, welche ausgerechnet das widerlichste verbale Schwert mit größter Reichweite belohnen.

Die zweite Lehre betrifft jeden von uns ganz direkt; und sie betrifft auch diejenigen in politischer Verantwortung: Der Staat muss jederzeit alles ihm Mögliche tun, jeden einzelnen Bürger in der offenen Gesellschaft gegen Angriffe zu schützen. Ein Staat, der zu lange zuschaut oder unterreagiert, schützt die Gefährdeten nicht ausreichend vor den Gefährdern. Ein Staat, der im entscheidenden Moment abwesend ist, nimmt furchtbare Folgen in Kauf. Die Notwendigkeit, unsere Demokratie wehrhaft zu machen, ist eine zentrale Erkenntnis aus unserer Geschichte, auch unserer jüngeren und jüngsten Geschichte. Das dürfen wir nicht vergessen.

Fürs friedliche Zusammenleben allerdings kommt es auch auf jeden Einzelnen an. In Rostock-Lichtenhagen, in Heidenau und bei den jüngsten Ausschreitungen während der Proteste in der Pandemie galt: Es war jederzeit möglich, Nein zu sagen. Es war möglich, nicht zu applaudieren, als ein Brandsatz durchs Fenster flog. Es war möglich, nicht in den Sprechchor einzufallen, der drei Nächte lang ertönte. Es war nicht nur möglich: Der Verzicht auf Hetze und Gewalt ist in einer offenen Gesellschaft erste Bürgerpflicht.

Und die dritte Lehre aus Lichtenhagen ist für uns heute besonders wichtig. Wenn eine Gesellschaft unter Veränderungsdruck steht, dann ist der Weg der Radikalisierung noch kürzer, weil er vermeintlich einfache Lösun-

gen anbietet, ich würde sagen: vorgaukelt. Die einfachste aller Lösungen ist die Suche nach einem vermeintlich Schuldigen. Die Konfrontation mit einer ungewissen Zukunft scheint diesen Reflex zu bestärken: die Suche nach dem Glied in der Gesellschaft, das zum Sündenbock gemacht wird. Oft reicht dafür Verschiedenheit aus. Aus ihr wird dann Feindschaft konstruiert. Das ist der zerstörerischste Reflex für eine offene Gesellschaft.

Für uns heißt das: Das Risiko, dass die Spur der Gewalt nicht endet, ist hoch. Gerade jetzt, in einer Zeit, die uns herausfordert wie keines der letzten Jahrzehnte, einer Zeit, die uns viel abverlangt, in der Gewohntes in Frage steht und Einschränkungen drohen.

Das Risiko, Opfer zu werden von kollektiver Wut, Hetze und Gewalt, tragen aber nicht alle in gleicher Weise. Das gilt für Lichtenhagen, für Mölln, für Halle, für Hanau. Aus dieser Erkenntnis folgt eine gesellschaftliche Pflicht. Es gilt für uns alle, denjenigen Schutz zu bieten, die potenziell Opfer sind. Es gilt für uns alle, wachsam zu sein für haarfeine Risse im Zusammenleben, wehrhaft gegen die Feinde dieser Gesellschaft und friedfertig im Umgang miteinander, vor allem aber solidarisch mit den Bedrohten. Wir dürfen sie niemals im Stich lassen.

Das ist die Lehre aus Lichtenhagen.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gratuliert
Wolfgang Huber, Bischof i. R. (r.), zum 80. Geburtstag
im Französischen Dom

„Vor Widerspruch hatten Sie nie Angst“

Festakt zum 80. Geburtstag von Bischof i. R. Wolfgang Huber

26. August 2022, Berlin

Eines vorweg, liebe Gäste: Wolfgang Huber und ich sind befreundet – und für diese lange Freundschaft bin ich sehr dankbar. Ich persönlich fühle mich dadurch immer wieder beschenkt: intellektuell, geistlich, menschlich. Und das Schöne ist: Obwohl du ein unendlich kluger Ratgeber bist, sind unsere Begegnungen keine spröden Kleinseminare mit ernsten Mienen und gesenkten Stimmen, sondern meist fröhliche und von menschlicher Wärme geprägte Abende; häufig sind auch Kara und Elke dabei. Was Du nicht weißt: Ich kenne dich sogar schon etwas länger als du mich, wenn man so will. Denn als Student des Staatsrechts kam man an der Verfassungsgeschichte Ernst Rudolf Hubers gar nicht vorbei – und ich stieß dabei schon früh auf ein Vorwort, in dem der Vater den Söhnen, Wolfgang inklusive, für die Mitarbeit dankt.

Aber, liebe Gäste, auch wenn ich hier einen persönlichen Freund anspreche, so ist dies nicht eine private Feier, sondern eine öffentliche Würdigung durch das Staatsoberhaupt. Darum muss und will ich im Verlauf dieser Rede eine öffentliche Anrede wählen.

Die Frage ist: welche? Korrekt und einfach wäre natürlich: Herr Huber. Oder: Herr Professor Huber – den akademischen Titel behält man ja auch als Emeritus. Aber am passendsten scheint mir, auch wenn Sie es schon lange nicht mehr sind und wenn im evangelischen Verständnis der Titel nach Ende der Amtszeit nicht mehr geführt wird: lieber Bischof Huber! Denn das sind Sie im Gedächtnis der allermeisten Menschen geblieben und bleiben es. Titel und Name sind im Laufe der Jahre eine Einheit geworden.

Das bleibt eben hängen, wenn man das Amt des Bischofs von Berlin-Brandenburg, später auch Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, fünfzehn Jahre lang mit solcher Präsenz, mit solcher Autorität, ja auch mit solcher Authentizität ausgefüllt hat. Wenn sich in diesen fünfzehn Jahren für und in Berlin als neuer Hauptstadt des wiedervereinigten Landes so viel getan hat. Und wenn unter all den Ämtern und Funktionen, die Sie im Lauf Ihres wahrhaftig abwechslungsreichen Lebens wahrgenommen haben, das Bischofsamt Ihnen wohl am meisten entsprochen hat: Ihrem eigentlichen Streben, auch Ihren großen Fähigkeiten und den vielen Möglichkeiten, den Menschen, dem Land und der Stadt etwas zu geben.

Also sage ich: liebe Gäste – und, mit Ihrem Einverständnis, lieber Bischof Huber.

Einer der altehrwürdigsten Orte des evangelischen Berlin ist der Dorotheenstädtische Friedhof. Wer ihn heute besucht, will dort wohl vor allem über die vielen großen Namen des zwanzigsten Jahrhunderts staunen. Namen der kulturellen Elite Deutschlands, von Brecht bis Hanns Eisler, von Anna Seghers bis Heiner Müller.

Man kommt auf diesem Friedhof dann vielleicht auch am Grab von Johannes Rau vorbei. Nur der Name steht auf dem Stein, kein Amt, kein Titel – und ganz unten ein Satz: „Dieser war auch mit dem Jesus von Nazareth." In dieser Umgebung wirkt dieser Satz seltsam fremd, wie aus einer anderen Welt. Kaum ein neuerer Grabstein sonst auf diesem Friedhof zeigt ein Kreuz oder auch nur eine Andeutung christlicher Symbolik. Und ganz plötzlich liest man diesen Namen: Jesus von Nazareth. Keine Quellenangabe steht auf dem Stein.

Wer nicht weiß, dass dieser Satz ein Zitat aus der neutestamentlichen Passionsgeschichte ist, dem bleibt nur ein überraschtes Staunen: Hier ist jemand bestattet, dem offenbar kein Amt, kein Titel, keine Lebensstation wichtig war, sondern nur das eine: dass sein Name mit dem eines Jesus von Nazareth in Verbindung gebracht wird – solange dieser Stein an ihn erinnert.

Sie selber, lieber Bischof Huber, haben in Ihrer Predigt zum Abschied von Johannes Rau auf dieses biblische

Zitat hingewiesen, und auch auf seine Befremdlichkeit. Denn ursprünglich ist es ja eine Denunziation: Eine Magd am Feuer verrät damit, dass Petrus, der es dreimal geleugnet hat, zu den Anhängern des gerade verhafteten und verhörten Jesus gehört: „Dieser war auch mit dem Jesus von Nazareth."

Wer sich diesen Satz zu eigen macht, bringt zweierlei zum Ausdruck: Er lässt sich nachsagen, dass er zu diesem Jesus gehört; und er ist sich bewusst, dass er dies, bei allen Versuchungen dazu – weil es unbequem, weil es nicht zeitgemäß, weil es anstrengend ist –, letzten Endes auch nicht verleugnen kann.

Ich glaube, nicht falsch zu liegen, wenn ich darin, lieber Bischof Huber, auch das erkenne, was im Zentrum Ihres eigenen Lebens und Ihres eigenen Wirkens steht. Sie sind in vielen verantwortlichen, in vielen öffentlichen Ämtern tätig gewesen und sind es zum Teil noch. Sie haben sich in viele gesellschaftliche Diskussionen eingemischt und tun dies Gott sei Dank weiterhin – mit der Kraft des Arguments, mit der intellektuellen Schärfe, die Ihnen geschenkt ist, mit dem umfassenden historischen, politischen, theologischen Wissen, über das Sie verfügen.

Aber vor allem sind Sie ein Christenmensch. In Luthers Sinne müsste ich präziser sagen: ein freier Christenmensch.

Zutiefst geprägt von der Botschaft der Menschenfreundlichkeit, von der Freiheitsliebe und von der Dankbarkeit für das Dasein – wie es sich beim biblischen Jesus zeigt; vor allem der verantworteten Freiheit, wie sie im zwanzigsten Jahrhundert vielleicht am deutlichsten ausbuchstabiert wurde im Leben und im Werk Dietrich Bonhoeffers. Ihn kennen Sie wie wohl kaum ein anderer Zeitgenosse.

Sein Werk haben Sie mitherausgegeben, eine großartige Biographie haben Sie über ihn geschrieben, und sein Wirken haben Sie für die Gegenwart immer wieder fruchtbar zu machen versucht. Er war ein großer evangelischer Widerständler des zwanzigsten Jahrhunderts, der das, was er getan hat, aus verantwortlicher theologischer Reflexion entschieden hat. Bonhoeffers Spuren und ein Echo aus dem Denken Max Webers finden sich immer wieder im Denken und im Werk des Ethikers Wolfgang Huber. Den schwierigen, aber unaufgebbaren Zusammenhang von Verantwortung und Freiheit nie aus den Augen zu verlieren: darum geht es bei Ihnen, lieber Bischof Huber, immer wieder.

Christliche Überzeugungen sind das eine; die denkerische Durchdringung, die intellektuelle Redlichkeit und die argumentative Verheutigung alter Einsichten und Denkfiguren – *Aggiornamento* sagen unsere römisch-katholischen Freunde dazu – sind das andere. Sie haben

sich immer dafür stark gemacht, dass Kirche und Theologie in einer Sprache sprechen, die heute verstanden wird, die keine Binnensprache von Eingeweihten ist. Nur wenn sie verständlich ist, kann kirchliche Sprache heute wirkliche Zustimmung erfahren oder auch begründeten Widerspruch.

Vor begründetem Widerspruch hatten Sie nie Angst. Ob Sie – ich nenne nur Stichworte, alle hier werden wissen, worum es geht – von der „Kirche der Freiheit" sprachen, ob Sie eine „Ökumene der Profile" stark machen wollten, ob Sie dafür sorgen wollten, dass akademische Lehrer der Theologie eine glaubwürdige kirchliche Anbindung bekommen sollten – immer gingen Sie ein Stück voran, ein Stück weiter, als andere zu gehen bereit waren.

Auch schwierigsten Projekten gehen Sie nicht aus dem Weg. Damit stecken Sie andere an. Ich hätte die Schirmherrschaft für den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche vermutlich nicht übernommen ohne Ihr beharrliches Werben – und nicht ohne den von Ihnen geforderten kritischen Umgang mit der Geschichte dieses Ortes als zentrales Thema.

Ihre öffentlichen Einsprüche und Wortmeldungen ließen immer aufhorchen; Sie haben Theologie immer als öffentliche Wissenschaft begriffen. Auch bei gesellschaftlich umstrittenen Themen, wenn es zum Beispiel

um Sterbehilfe oder assistierten Suizid ging, war und ist Ihre Stimme deutlich und profiliert vernehmbar – nicht nur, wenn und weil Sie von Amts wegen, als Bischof oder Ratsvorsitzender sprachen. Immer sprechen Sie vor allem mit der Autorität des guten Arguments – und immer haben Sie versucht, das zu präsentieren, was Sie „gute Theologie" nannten und nennen: biblisch begründet, in der Tradition verankert und für heutige Ohren verständlich erläutert. Das hat Sie zu einer moralischen Instanz in unserem Lande werden lassen.

Aber wer Sie, Bischof Huber, im Wesentlichen als wissenschaftlichen Theologen, Buchautor und Intellektuellen sieht, vergisst: Sie sind auch ein großer Prediger, ein Redner, der gerade an entscheidenden Zäsuren der Gegenwart tröstliche und wegweisende Worte zu finden wusste. Häufig sind es die weniger glücklichen Momente, Stunden des Todes und der Trauer, in denen die Menschen, ja, auch die in der Politik, Tröstung suchen. Als Zeitgenosse habe ich viele solcher Situationen in Erinnerung, in denen Sie die Verzweiflung und Angst der Menschen in Ihrer Predigt aufgegriffen und Kraft zu ihrer Überwindung gegeben haben. Mir unvergessen: Ihre Predigt nach den Ereignissen des 11. September, damals in der Berliner St.-Hedwigs-Kathedrale.

Das zu können, gerade in Situationen größter Not, das ist eine besondere Gabe!

Vielleicht geht das auch nicht ohne spirituelle Grundhaltung, aus der Sie kein Geheimnis machen. Sie erzählen freimütig, ohne dass es je indiskret wäre, dass Sie nach Möglichkeit mit Ihrer Frau jeden Morgen die Herrnhuter Losungen lesen und sie für sich auslegen auf den kommenden Tag hin. Dass Sie jeden Morgen dankbar sind dafür, dass Sie erwacht sind und ein neues Stück Leben vor sich haben.

Schon das weist darauf hin, dass Ihr Wirken nicht denkbar wäre ohne Kara, Ihre Frau. Sie steht Ihnen nicht nur als glaubende und liebende Partnerin zur Seite. Ich bewundere sie auch für das Engagement, mit dem sie ihre eigenen Projekte betreibt, so wie wir uns zum Beispiel bei Entdeckungen der alten Dorfkirchen in Berlin und Brandenburg mehrfach begegnet sind.

Kirchliches Engagement ist nach Wolfgang Huber ohne klare theologische Haltung und, wie wir gehört haben, ohne Spiritualität nicht denkbar. Aber eben auch nicht ohne den realistischen Blick für die Welt, in der eine konkrete Kirche zu einer konkreten Zeit existiert. Sie, lieber Bischof Huber, haben sich immer wieder dafür eingesetzt, dass kirchliche Reform, dass kirchliche Erneuerung beides im Auge behalten muss: die schlichte, auch ökonomisch begründete Einsicht, dass neue Strukturen neuen, realen Möglichkeiten angepasst werden müssen. Ebenfalls aber muss immer im Blick sein, wie

die Kirche am besten ihrer ursprünglichen Botschaft treu bleiben und die Menschen erreichen kann, wo und wie sie heute zu erreichen sind.

Auch Sie haben nicht alles erreicht, was Sie sich in dieser Hinsicht vorgenommen haben. Und auch Sie, der so reflektiert in und aus den geistlichen Traditionen der Kirche lebt, wird es sehr schmerzen, wenn heute immer mehr Menschen von der Kirche Abschied nehmen, und das nicht nur als Folge allgemeiner Säkularisierungstendenzen. Es schmerzt, weil dadurch für lange Zeit, vielleicht für immer, verloren geht, was man morgen nicht einfach neu erfinden kann. Jene lernbereite Grundspiritualität etwa, jene „unaufgeregte Religiosität der alten Volkskirchen", wie es der Theologe Martin Dürnberger kürzlich formuliert hat.

Was in einer solchen Situation wirklich hilft, bleibt schwer zu beantworten. Eine gründliche, rückhaltlose Aufarbeitung von Fehlern und Fehlverhalten, wo sie zu beklagen sind, gehört sicher dazu. Aber ganz jenseits der aktuellen Gründe für Kirchenskepsis müssen wir vielleicht auch erkennen, dass Kirche nicht in allen Fragen präsent sein kann, bei den wichtigen aber präsent sein muss: da, wo die Schwachen Beistand brauchen oder wo Orientierung gefordert ist.

Aber Erkenntnis und Veränderungsbereitschaft allein werden nicht genügen. Es braucht unverändert überzeugende Frauen und Männer, Menschen wie Sie, Bischof Huber! Menschen, die durch ihr glaubwürdiges, souveränes, reflektiertes Leben darauf hindeuten, warum es sich lohnt, „auch mit diesem Jesus von Nazareth" zu sein. Die wissen, dass sie ihr Leben nicht sich selber verdanken. Die aus diesem tiefen Wissen heraus für sich selber und für andere da sind. Solche glaubenden Männer und Frauen kann man nicht machen und nicht bestellen. Aber hoffen kann man auf sie – und glücklich sein über die, lieber Wolfgang Huber, die es gibt.

Einer der bedeutendsten religiösen Autoren der Gegenwart, Tomáš Halík, 1978 für die Untergrundkirche der Tschechoslowakei heimlich zum Priester geweiht, enger Mitarbeiter von Václav Havel, Soziologieprofessor und Seelsorger in Prag, hat sein neuestes Buch „Der Nachmittag des Christentums" genannt. Eine schonungslose Analyse gerade des europäischen Christentums, das an diesem „Nachmittag" Abschied zu nehmen hat von vielen Gewissheiten und Selbstverständlichkeiten seiner tausendjährigen prägenden Präsenz in Europa. Und dass dieser Abschied nicht anders als schmerzlich sein kann, stellt er eindrücklich dar.

Aber am Ende fragt er, ob wir nicht größer denken, größer glauben, größer hoffen sollten. Und er verweist auf

die jüdische und christliche Tradition, den neuen Tag jeweils am Vorabend zu beginnen, wenn die ersten Sterne zu leuchten beginnen: „Übersehen wir nicht den Augenblick, wenn am Abendhimmel der erste Stern erscheint."

Liebe Gäste, Bischof Huber gehört zu den öffentlich wirksamen, öffentlich erkennbaren, öffentlich auch streitbaren und profiliert Glaubenden, die in unserer Gesellschaft Theologie präsentiert haben und präsentieren – als eine Rede von Gott, die unserer Gesellschaft und die den Einzelnen hilfreich und förderlich sein will. Von ganzem Herzen danken wir ihm dafür an diesem besonderen Tag.

Der Glückwunsch zu deinem Geburtstag, lieber Wolfgang, ist in unserem Gesangbuch so wunderbar enthalten:

„All Morgen ist ganz frisch und neu / des Herren Gnad und große Treu; / sie hat kein End den langen Tag, / drauf jeder sich verlassen mag."

Ad multos annos, lieber Wolfgang, dir einen herzlichen Glückwunsch und einen fröhlichen Achtzigsten; Ihnen allen herzlichen Dank!



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (M.) im Kongresszentrum Karlsruhe mit Agnes Abuom, Vorsitzende des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen (l.), Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg (2. v. l.) und Ioan Sauca, Geschäftsführender Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (r.)

„Niemals dürfen wir zulassen, dass die Religion zu einem Instrument der Erniedrigung anderer, des Hasses und der Gewalt wird“

Eröffnung der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen

31. August 2022, Karlsruhe

Zum ersten Mal seit über fünfzig Jahren tagt die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen wieder in Europa. Da ist es mir als Bundespräsident eine Ehre und eine Freude zugleich, Sie alle, die Sie aus der ganzen Welt nach Deutschland gekommen sind, im Namen unseres Landes zu begrüßen.

In Deutschland tagt der Ökumenische Rat überhaupt zum ersten Mal. Wir sind herzlich dankbar dafür, dass Sie die Einladung hierher angenommen haben; und wir hoffen, dass wir gute Gastgeber sein werden. Es soll ein Fest des Glaubens, der Begegnung, des Austausches werden. Selten haben wir Gäste, die so unterschiedlich sind und die doch eine tiefe Einheit verbindet. Ein herzliches Willkommen Ihnen allen!

Wir erinnern uns hier in Deutschland dankbar daran, dass die deutschen Kirchen schon 1948 bei der ersten Versammlung in Amsterdam dabei sein konnten und

als gleichberechtigte Mitglieder begrüßt wurden. Nach dem Schrecken, den das Deutsche Reich über die Welt gebracht hatte, nach dem Krieg, nach der planmäßigen Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden – nach all diesen unfassbaren Verbrechen war das keine Selbstverständlichkeit.

Indem der Ökumenische Rat schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, noch bevor es die Bundesrepublik und die DDR gab, die deutschen Kirchen als Mitglieder aufnahm, hat er vor dieser Schuld nicht die Augen verschlossen. Aber er hat dadurch mitgeholfen, einen neuen Anfang möglich zu machen. Dafür sind wir bis heute dankbar!

Das Logo dieser 11. Vollversammlung besteht aus vier Symbolen: dem Kreis, dem Weg, dem Kreuz und der Taube. Der Kreis steht klassisch für die ganze Erde, eben den Erdkreis. Und es ist beeindruckend: Aus mehr als einhundertzwanzig Ländern sind Teilnehmerinnen und Teilnehmer hierher nach Karlsruhe angereist; sie repräsentieren 352 Kirchen aus allen Orten der Welt, „aus jedem Volk unter dem Himmel", wie es zu Pfingsten in der Apostelgeschichte heißt.

Presbyterianer vom Hudson River in New York und Presbyterianer vom Amazonas in Brasilien, anglikanische Maori aus dem „Land der großen weißen Wolke" und anglikanische Hochkirchler von den grünen Hügeln

Englands, Orthodoxe aus dem äthiopischen Hochland und Zwinglianer vom Fuß der Schweizer Berge, Reformierte, Lutheraner und Anglikaner aus ein und demselben Johannesburg, protestantische Christen ohne konfessionelle Spezifikation aus den kleinen Gemeinden Chinas, Lutheraner von den Usambara-Bergen und Reformierte aus dem Bergischen Land, Methodisten, Quäker und Mennoniten aus allen Himmelsrichtungen, Männer und Frauen aus der gesamten Orthodoxie. Es ist also fast wie damals in Jerusalem, wo aus allen Teilen der damals bekannten Welt Menschen die christliche Botschaft hörten und vom Geist erfasst wurden.

Diese bunte Vielfalt gehört von Anfang an zu den Wesensmerkmalen des Christentums. Von Anfang an war es nicht uniform; regionale, ja auch nationale Besonderheiten treten, neben den konfessionellen Unterschiedenen, immer wieder auf. Und so gehen sie auch unterschiedliche Wege, die in theologischer Reflexion, aber auch in praktischer Geschwisterlichkeit immer wieder ausgehalten werden und ausgehalten werden müssen.

Das zweite Symbol des Vollversammlungslogos ist deswegen der Weg. Wir alle haben als Einzelne unseren Weg zu gehen, aber auch unsere Gemeinschaften, unsere Kirchen sind immer unterwegs. Wir sind nie fertig, nie endgültig angekommen. Im Laufe der Zeiten sind unsere

Kirchen sehr unterschiedliche Wege gegangen. Das hängt einmal von den äußeren Umständen ab, von den geschichtlichen, den politischen, den ökonomischen Bedingungen. Zum anderen aber auch von der immer eigenen Weise, wie in einer bestimmten Gemeinschaft die eine christliche Botschaft verstanden, ausgelegt und praktisch ins Leben gesetzt wird.

Dabei sind einige gelegentlich auch auf Irrwege geraten. Bisweilen auf schlimme und gefährliche Irrwege. Ich habe zu Anfang von den Erfahrungen unserer deutschen Kirche gesprochen.

Ich erinnere an den unter Christen und durch Christen über Jahrhunderte angestifteten mörderischen Judenhass, in Deutschland, aber nicht nur hier. Es zählt zu den großen aktuellen Aufgaben der christlichen Kirchen in aller Welt, dem Antisemitismus zu wehren. Wir müssen uns bewusst sein: Antisemitismus kann viele Formen annehmen. Doch immer bleibt er eine Hassideologie mit einer Vernichtungsgeschichte.

Die Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft, in Deutschland, in Israel, in den Ländern der Welt, gehört zum Gebot aller Religionen! Niemals dürfen wir zulassen, dass die Religion, die den Menschen aufrichten, ermutigen und erhöhen soll, zu einem Instrument der Erniedrigung anderer, des Hasses und der Gewalt wird.

Auf einen schlimmen, ja geradezu glaubensfeindlichen, blasphemischen Irrweg führen zurzeit die Führer der Russisch-Orthodoxen Kirche ihre Gläubigen und ihre ganze Kirche.

Sie rechtfertigen einen Angriffskrieg gegen die Ukraine – gegen ihre eigenen, gegen unsere eigenen Brüder und Schwestern im Glauben. Diese Propaganda gegen die freien Rechte der Bürgerinnen und Bürger eines anderen Landes, dieser Nationalismus, der willkürlich Gottes Willen für die imperialen Herrschaftsträume einer Diktatur in Anspruch nimmt, diese Haltung muss unseren Widerspruch finden, auch hier in diesem Saal, in dieser Versammlung. Wie viele Frauen, Männer und auch Kinder in der Ukraine sind dieser Hetze, diesem Hass und dieser verbrecherischen Gewalt zum Opfer gefallen: hunderte, tausende, zehntausende, viel zu viele!

Flächenbombardements und gezielte Angriffe auf zivile Gebäude, auf Wohnungen, auf Krankenhäuser, auf Einkaufszentren, auf Bahnhöfe und öffentliche Plätze; Kriegsverbrechen, die vor den Augen der Welt offen zutage liegen: Darüber darf es auch hier und heute kein Schweigen geben. Wir müssen es aussprechen, ja wir müssen es anklagen, wir müssen nicht zuletzt als Christengemeinschaft uns bekennen zur Würde, zur Freiheit und zur Sicherheit der Ukrainerinnen und Ukrainer. Die

Delegationen der Kirchen aus der Ukraine begrüße ich an dieser Stelle noch einmal ganz besonders und besonders herzlich – und ich hoffe, dass sie von diesem Treffen Stärkung und Unterstützung mitnehmen können in ihre leidgeprüften Kirchen und Gemeinden zu Hause.

Es sind heute auch Vertreter der Russisch-Orthodoxen Kirche hier. Dass sie hier sind, ist in diesen Zeiten keine Selbstverständlichkeit. Dass ihnen die Wahrheit über diesen brutalen Krieg und Kritik an der Rolle ihrer Kirchenführung nicht erspart bleiben wird, das erwarte ich von dieser Versammlung. Ja, es geht unter Christen immer wieder ums Brückenbauen. Das ist und bleibt eine der wichtigsten Aufgaben. Aber Brückenbauen braucht Bereitschaft auf beiden Seiten des Flusses; es kann keine Brücke entstehen, wenn eine Seite die Stützpfeiler einreißt. Aber wenigstens Dialog müsse doch sein, hieß es im Vorfeld der Vollversammlung. Ja, aber Dialog ist kein Selbstzweck. Dialog muss ans Licht bringen, was ist. Dialog muss Unrecht zur Sprache bringen, muss Opfer benennen ebenso wie Täter – und deren Erfüllungsgehilfen. Ein Dialog dagegen, der sich auf fromme Wünsche beschränkt und im Ungefähren bleibt, wird schlimmstenfalls zur Bühne für Rechtfertigung und Propaganda. Um welchen Dialog geht es hier? Das ist die Wahl, vor der diese Versammlung steht; und unsere deutsche Haltung – ich spreche auch im Namen der Bundesregierung – ist klar.

Ich will heute auch daran erinnern, dass hunderte russisch-orthodoxe Priester trotz Bedrohung durch Putins Regime öffentlich widerstanden und sich gegen den Krieg gestellt haben. Ich möchte mich heute auch an diese Mutigen wenden, deren Beispiel die Friedensverantwortung der Religionen in Erinnerung ruft: Auch wenn Ihr heute nicht an dieser Versammlung teilnehmen und nicht zu ihr sprechen könnt – wir hören Euch! Möge Eure Stimme auch in dieser Versammlung ein Echo finden!

Die Russisch-Orthodoxe Kirchenführung hat sich mit den Verbrechen des Krieges gegen die Ukraine gemein gemacht. Diese als Theologie verbrämte totalitäre Ideologie hat dazu geführt, dass auf dem Gebiet der Ukraine bis jetzt auch so viele religiöse Stätten völlig oder teilweise zerstört worden sind: Kirchen, Moscheen, Synagogen, Bildungs- und Verwaltungsgebäude der Religionsgemeinschaften. Kein Christ, der seinen Glauben, seine Vernunft und seine Sinne noch beisammenhat, wird darin Gottes Willen erkennen können. Das alles widerspricht zutiefst dem dritten Symbol des Versammlungslogos, dem Kreuz.

Das Kreuz ist die alle Christen verbindende Verpflichtung auf den unschuldig Leidenden, den unschuldig Verurteilten, der daran gestorben ist. Es kann, auch

wenn es oft in der Geschichte so pervertiert worden ist, niemals ein weltliches Herrschaftszeichen sein.

Das Kreuz bleibt das entscheidende Kennzeichen christlicher Identität in der ganzen Ökumene: Es steht für Nächstenliebe und Barmherzigkeit, für den Vorrang der Armen, der Notleidenden, der Bedürftigen jeder Art. Nächstenliebe ist dabei nicht nur karitativ; sie kann und muss auch politische Konsequenzen haben, sie kann und muss auch im Kampf für Gerechtigkeit bestehen, im Einsatz für Teilhabe auch der Marginalisierten – einzelner oder ganzer Gruppen.

Wer im Vaterunser für sich selber um das tägliche Brot bittet, ist auch in der Pflicht und hat das Recht, dafür zu sorgen oder zu kämpfen, dass alle satt zu essen und ein menschenwürdiges Auskommen haben. „Das Reich Gottes", so haben unsere katholischen Schwestern und Brüder hier in Deutschland einmal erklärt, „ist nicht indifferent gegenüber den Welthandelspreisen."

Ich weiß, dass bei den so unterschiedlichen Kirchen, die hier versammelt sind, sehr unterschiedliche soziale und ökologische Fragen drängend sind:

Hier sind arme Kirchen und reiche Kirchen, hier sind staatlich verfolgte, politisch geduldete, öffentlich und frei wirkende. Hier sind Minderheitenkirchen und Kirchen,

die Politik und Kultur eines Landes zutiefst mitprägen. Es sind Kirchen aus Kriegs- oder Bürgerkriegsgebieten dabei.

Bei manchen sind die Folgen des Klimawandels bereits unmittelbar spürbar, bei anderen ist der schreiende Gegensatz zwischen Arm und Reich die wesentliche Sorge.

Anderswo ist sexueller Missbrauch ein großes gesellschaftliches und auch kirchliches Problem, das allzu lange verharmlost, verschwiegen oder vertuscht wurde.

Wieder anderswo bedrohen Landraub und mafiöse Strukturen die nackten Lebensgrundlagen. Die Folgen oft: Kinderhandel, Zwangsprostitution, Sklavenarbeit; und immer sind es gerade die Armen, die von all dem am schlimmsten betroffen sind.

Manche Kirchen stehen in der Auseinandersetzung um schwierigste ethische Fragen, etwa über den Beginn und das Ende des Lebens, über Geburtenkontrolle oder Sterbehilfe. Bei anderen stehen elementare medizinische Fragen besonders im Vordergrund: Wie können die Menschen vor Aids, vor anderen Seuchen geschützt werden, wie können alle an einem gerechten Gesundheitssystem teilhaben?

Ich weiß, dass überall in den Kirchen Großartiges geleistet wird, um sich den unterschiedlichen Aufgaben zu stellen. Oft sind sie die einzigen Stützen und Anlaufstationen, wo staatliche Strukturen entweder gar nicht existieren oder nicht ausreichen.

Diese Zusammenkunft von gläubigen Christen aus der ganzen Welt bietet eine einmalige Chance für alle. Ich hoffe, Sie alle können die Begegnungen hier nutzen, um von den Nöten der anderen zu hören, um selber um Hilfe bitten zu können, um voneinander zu lernen, um Unterstützung und Solidarität erfahren oder geben zu können.

Wir wissen: Lang andauernde Ungerechtigkeit ist selber Gewalt – und sie führt immer neu und wieder zu Gewalt, Terror und Krieg. Nur Gerechtigkeit, ökologische, ökonomische und politische Gerechtigkeit führt zum Frieden. „Das Werk der Gerechtigkeit wird Friede sein." Diese alte Botschaft des Propheten Jesaja gilt noch immer; und sie muss unser Handeln bestimmen.

Das vierte Symbol dieser 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates schließlich ist die Taube. Sie ist einmal Symbol des Friedens, der so vielen Menschen fehlt und auf den wir so sehnsüchtig hoffen. In vielen Traditionen ist sie auch das Symbol des Heiligen Geistes. Sie ist aber vor allem die Botin, die im Alten Testament von Noah ausgeschickt wird, um zu sehen, ob die Sintflut

zurückgegangen ist, ob die totale Katastrophe sich dem Ende neigt.

Uns sollte diese Taube heute ein Zeichen der Warnung und ein Zeichen der Hoffnung sein. Die Warnung: alles zu tun, damit es nicht zu der von uns Menschen gemachten Katastrophe kommt, die der nicht gebremste Klimawandel bringen wird. Viele Menschen sind bereits Opfer untrüglicher Vorboten; und von ihnen sind Repräsentanten auch hier in Karlsruhe und können als Augenzeugen davon berichten. Hier sind wir Christen auf eine ganz besondere Weise gefragt, denn die Schöpfung ist zur Bewahrung auch in unsere Hände, auch in unsere Verantwortung gelegt. Unsere Freiheit, mit der Erde, mit ihren Schätzen und Gaben umzugehen, darf und kann nicht grenzenlos sein. Hier stehen die reichen und die industrialisierten Länder und die dortigen Kirchen natürlich in besonderer Verantwortung.

Die Taube kann und soll aber auch Zeichen der Hoffnung sein. Wenn wir tun, was wir können – ja was wir müssen! –, wird wieder Land in Sicht kommen: das gemeinsame Land, die bewohnbare Erde, auf der wir alle einen gerechten Platz zum Leben haben können.

Liebe Gäste, liebe Brüder und Schwestern – das darf ich als Christ unter Christen heute Nachmittag hier in Karlsruhe sagen –, ich wünsche Ihnen allen eine gute, eine

gelingende 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates, geprägt von Gespräch, aber auch von Gebet, von Dialog, von Klarheit und Entschiedenheit, von kluger Analyse, von Bereitschaft zum Handeln, von Einsicht in das Notwendige, und auch von Hoffnung.

Alles Gute Ihnen, noch einmal herzlich willkommen und Gottes Segen!



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
im Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern
der ukrainischen Kirchen



Kranzniederlegung zu Ehren der Opfer des Attentats auf dem Flugfeld von Fürstenfeldbruck vor dem alten Towergebäude, gemeinsam mit dem israelischen Präsidenten Isaac Herzog (2. v. r., verdeckt)

„Ich bitte Sie als Staatsoberhaupt dieses Landes und im Namen der Bundesrepublik Deutschland um Vergebung“

Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des Attentats auf die israelische Olympiamannschaft

5. September 2022, Fürstenfeldbruck

David Berger
Anton Fliegerbauer
Ze’ev Friedman
Yossef Gutfreund
Eliezer Halfin
Yossef Romano
Amitzur Shapira
Kehat Shor
Mark Slavin
Andrei Spitzer
Yakov Springer
Moshe Weinberg

Wir kommen zusammen, um zu gedenken und zu trauern. Wir trauern um zwölf Menschen, die vor fünfzig Jahren beim schlimmsten Terroranschlag in der Geschichte der damals noch jungen Bundesrepublik auf grauenvolle Weise ihr Leben verloren. Wir trauern um elf Sportler und einen Polizisten. Elf jüdische Sportler, Trainer und

Kampfrichter, die als Teil der israelischen Mannschaft nach München gereist waren, mit großen Ambitionen und großen Hoffnungen.

Alle Hoffnung endete in einem Albtraum. Acht schwer bewaffnete Mitglieder des palästinensischen Terrorkommandos „Schwarzer September" drangen am frühen Morgen des 5. September 1972 vollkommen ungehindert in das Olympische Dorf ein und nahmen die elf israelischen Sportler als Geiseln. Zwei von ihnen ermordeten sie schon im Quartier in der Connollystraße 31 grausam, die neun anderen hier an diesem Ort, an dem die Befreiungsaktion der deutschen Einsatzkräfte katastrophal scheiterte. Sie endete in einem Blutbad.

Elf jüdische Sportler waren tot, ermordet in Deutschland. Ausgerechnet in Deutschland.

Sehr geehrte Gäste, heute ist ein Tag der Trauer, des Gedenkens und des Innehaltens. Ich bin zutiefst dankbar, dass Sie, die Familien der Opfer, heute hier sind; auch, dass Sie, sehr verehrter Herr Präsident Herzog, heute hier und an meiner Seite sind. Ohne Sie alle, ohne die Angehörigen und ohne die Präsenz des Staates Israel war mir würdiges Gedenken nicht vorstellbar. Ich bedanke mich bei allen, die in den letzten Wochen dazu beigetragen haben, dass ein gemeinsames Gedenken heute möglich wurde.

Verehrte Angehörige, wir können nicht ermessen, welches Leid, welchen Schmerz Sie durchlitten haben. Wir können nur erahnen, was der Verlust Ihrer Söhne, Ehemänner, Väter für Sie bedeutet hat und immer noch bedeutet.

Wie lebt man weiter als junge Frau, die gerade ihr erstes Kind bekommen hat, dessen Vater nicht zurückkehren wird? Wie lebt man weiter mit den Bildern des von den Spuren der Mordtat gezeichneten Raumes, wie mit dem Wissen, dass der Ehemann oder Vater dort in diesem Raum noch Stunden der Todesangst erleiden musste?

Wie lebt man weiter mit der Erinnerung, dass der Ehemann, nachdem er angeschossen wurde, vor seinen Kollegen unter unbeschreiblichen Qualen verbluten musste?

Wie lebt man weiter, wenn man zwei Postkarten aus München erhält, in denen der inzwischen schon ermordete Sohn noch geschrieben hat, dass alles ganz wunderbar sei und er sich auf das Nachhausekommen freut?

Ich weiß: Das Leid, der Schmerz, das Trauma leben in Ihren Familien fort, bis heute. Nichts mehr ist in Ihrem Leben, wie es vor 1972 war. Nichts mehr ist so, wie es hätte sein können und sein sollen. Fünf Jahrzehnte dauert dieser bohrende Schmerz.

Die Spiele von München, sie sollten ganz anders werden als die letzten Spiele in Deutschland, die von 1936, die die Nazis als bombastische Propagandaschau inszenierten und dabei die olympische Idee scham- und skrupellos zu ihren Zwecken missbrauchten. München 1972 sollte ein Gegenprogramm zu Berlin 1936 sein. Die junge Bundesrepublik wollte sich präsentieren als weltoffene, liberale Gesellschaft, die geachtet war und respektiert im Kreis der Demokratien – und sie wollte zeigen, dass sie sich ihrer Verantwortung vor der Geschichte bewusst war und sich zu dieser Geschichte bekannte.

Ja, da war der Ehrgeiz, „heitere Spiele" zu präsentieren in einem Deutschland, das Pickelhaube und Stechschritt hinter sich gelassen hat. Aber da war eben auch die Verantwortung des Gastgebers für Sportlerinnen und Sportler aus aller Welt, auch und besonders für die aus Israel. Jenem Israel, das vom ersten Tag seiner Existenz an bedroht war, umgeben von Hass und Feindschaft.

In Israel wusste und weiß man, dass der jüdische Staat stark und wehrhaft sein muss. In Deutschland waren die Sportler aus Israel unsere Gäste. Ihre Sicherheit war uns anvertraut. Welch riesiger Vertrauensbeweis war es, nach dem Menschheitsverbrechen der Shoah im Land der Täter an den olympischen Spielen teilzunehmen. Unter den Athleten und ihren Trainern waren auch Überlebende der Shoah.

Zur traurigen und schmerzhaften Wahrheit dieses Gedenkens gehört: Wir wollten gute Gastgeber sein, aber wir sind dem Vertrauen, das die israelischen Athleten und ihre Familien in Deutschland gesetzt hatten, nicht gerecht geworden. Sie waren nicht sicher. Sie waren nicht geschützt. Sie wurden in unserem Land von Terroristen gequält und getötet.

Wir in Deutschland waren nicht vorbereitet auf einen solchen Anschlag und hätten es doch sein müssen – auch das gehört zur bitteren Wahrheit. Wir waren nicht vorbereitet darauf, dass dieses Mal ausländische Terroristen die olympische Idee missbrauchen würden, kaltblütig und zu jeder Form von Gewalt bereit. Wir waren nicht vorbereitet auf einen Terroranschlag, bewusst inszeniert vor einem internationalen Fernsehpublikum.

Das Bemühen von 1972, Deutschland als friedfertige, freundliche Demokratie zu zeigen, dieses Bemühen scheiterte in München tragisch. Das Olympische Dorf wurde zur internationalen Bühne für die Attentäter, zur internationalen Bühne für Judenhass und Gewalt. Und genau das hätte niemals geschehen dürfen.

„Fassungslos stehen wir vor einem wahrhaft ruchlosen Verbrechen", sagte der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann, bei den Worten selbst um Fassung ringend. Ja, es war ein wahrhaft ruchloses Verbrechen. Aber das

reicht zur Erklärung der Katastrophe von München nicht aus.

Viele sagten später, diese Katastrophe sei „unvorstellbar" gewesen. Für die, die damals dabei waren, war das womöglich das alles beherrschende Gefühl. Aber: Hätten wir nicht – gerade wir Deutsche – wissen müssen, dass die Idee der Unvorstellbarkeit ein Denkfehler ist, der furchtbare Folgen haben kann? „Unvorstellbarkeit" soll vor Nachfragen schützen. Sie lenkt von der eigentlichen Frage ab: Warum konnte das geschehen, was niemals hätte geschehen dürfen?

Wenn wir heute gedenken, dann müssen wir uns aufrichtig und wahrhaftig erinnern. Diese Erinnerung ist schmerzhaft. Sie ist es vor allem für Sie, liebe Angehörige. Aber sie muss es auch für uns in Deutschland sein.

Die Ereignisse in München 1972 haben tiefe, dunkle Spuren hinterlassen im Leben der Angehörigen. Das Trauma von München hat sich eingegraben ins kollektive Gedächtnis der Menschen in Israel. Tiefe, dunkle Spuren hat der Anschlag aber auch bei uns hinterlassen, in der Stadt München, in der Bundesrepublik Deutschland.

Dieses heutige Gedenken kann deshalb nur dann aufrichtig sein, wenn wir zu schmerzhaften Einsichten bereit sind. Wenn wir uns dazu bekennen, dass die

Geschichte des Olympia-Attentats auch eine Geschichte von Fehleinschätzungen, von furchtbaren, von tödlichen Fehlern, ja, eines Versagens war. Und dieses Bekenntnis ist überfällig.

Nein, die Täter kamen nicht aus Deutschland. Die Tatverantwortung für diese Morde lag bei den palästinensischen Tätern und ihren libyschen Helfern. Es ist sehr bitter, dass von heutigen politischen Vertretern dieser Länder kein Wort der Anteilnahme, kein Wort des Bedauerns kommt. Sie, die Täter und ihre Helfer, waren es, acht palästinensische Attentäter und deren Drahtzieher, die ihren Hass und den Terror nach München brachten. Sie tragen Verantwortung für die Tat. Aber damit sind wir nicht frei. Auch wir tragen Verantwortung: die Verantwortung des Gastgebers, nicht verhindert zu haben, was wir hätten verhindern müssen; die Verantwortung, das Leben der Geiseln zu schützen, die sich in der Gewalt von Terroristen befanden.

Heute, fünfzig Jahre später, sind noch immer viele, viel zu viele Fragen offen. Die Spiele gingen damals noch am Tag der Trauerfeier weiter: „The games must go on." Und auch die Politik tat alles, um so schnell wie möglich zur Tagesordnung überzugehen. Dem Anschlag folgten Jahre und Jahrzehnte des Schweigens, des Verdrängens, Jahre der wachsenden Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal

der Hinterbliebenen. Jahre der Hartherzigkeit. Auch das ist ein Versagen.

Wie konnte das alles geschehen? Dieser Frage müssen wir uns stellen und nach Antworten suchen. Wir müssen diese Antworten endlich finden wollen.

Warum wurden die überlebenden Täter so schnell abgeschoben und nie juristisch belangt? Es ist schwer erträglich, dass sich einer der damaligen Täter noch heute dieses Verbrechens rühmt und vor der Kamera versichert, dass er wieder genauso handeln würde.

Was waren die genauen Verbindungen der Täter zu deutschen Rechtsextremisten und zur RAF? Warum waren die deutschen Sicherheitskräfte derart schlecht ausgerüstet und überfordert? Hat Deutschland Warnungen aus Israel ignoriert – und warum wurde israelische Hilfe bei der Befreiung abgelehnt? Weshalb wurden Akten jahrzehntelang unter Verschluss gehalten oder gar noch ihre Existenz geleugnet? Warum gab es nicht einmal einen Untersuchungsausschuss?

Wir reden über eine große Tragödie und ein dreifaches Versagen. Das erste Versagen betrifft die Vorbereitung der Spiele und das Sicherheitskonzept. Das zweite umfasst die Ereignisse am 5. und 6. September 1972. Das

dritte Versagen beginnt am Tag nach dem Attentat: das Schweigen, das Verdrängen, das Vergessen!

Ich begrüße es ausdrücklich, dass die Bundesregierung nun die Einsetzung einer israelisch-deutschen Historikerkommission vorschlägt. Ich hoffe, dass es der Kommission gelingen wird, mehr Licht in dieses dunkle Kapitel zu bringen. Voraussetzung ist, dass sie möglichst umfassenden Zugang zu Dokumenten erhält und dass sie nach Kräften in ihrer Arbeit unterstützt wird.

Den Experten aus beiden Ländern kommt eine große Verantwortung zu: Ihre Arbeit wird vielleicht schmerzhafte, unbequeme Wahrheiten zutage fördern, auch zutage fördern müssen. Aber wir müssen die Geschichte von München 1972 aufarbeiten – und im Übrigen auch die Geschichte der Nichtaufarbeitung.

Eine wichtige Lehre von München 1972 ist: Wir müssen jede Form von Antisemitismus in unserem Land, von antisemitischem Hass und erst recht von antisemitischer Gewalt entschieden bekämpfen. Das ist und bleibt unsere Verantwortung vor der Geschichte.

Eine weitere wichtige Lehre: Wir müssen als Demokratie wehrhaft sein. Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze. Sie bedingen sich gegenseitig. Eine freiheitliche Gesellschaft kann sich niemals vollständig schützen vor

Terrorangriffen, die auf eines zielen: die Freiheit. Aber wir müssen wachsam sein gegenüber den Feinden der Demokratie, den inneren wie den äußeren. Denn wir leben in einer Zeit, in der die liberalen Demokratien immer stärker angefochten werden, von innen wie von außen.

Und noch eine Lehre gibt uns München 1972 auf: Nur wenn wir die Wahrheit wissen, wenn wir uns zu unseren Fehlern und Versäumnissen bekennen, kann die Wunde, die auch unser Rechtsstaat 1972 davongetragen hat, heilen.

Liebe Gäste, es geht natürlich nicht um uns, und erst recht nicht nur um uns. Es geht vor allem um die, die damals ihr Leben verloren haben. Es geht um Sie, die Angehörigen. Sie haben ein Recht darauf, endlich die Wahrheit zu erfahren. Endlich Antworten auf die Fragen zu erhalten, die Sie seit Jahrzehnten quälen. Und dazu gehört auch die Frage, warum Sie mit Ihrem Leid, Ihrem Schmerz so lange alleingelassen wurden.

45 Jahre sollte es dauern, bis ein würdiger Ort der Erinnerung auf dem Olympiagelände eingerichtet wurde. Bei der Eröffnung vor fünf Jahren waren der damalige israelische Präsident Reuven Rivlin und auch einige der Hinterbliebenen dabei. Wir haben gemeinsam getrauert, uns gemeinsam erinnert. Aber es sollten noch einmal

fünf Jahre vergehen bis zu einer Einigung über eine angemessene Entschädigung.

Liebe Gäste, liebe Angehörige, lieber Präsident Herzog, wir sind vereint im stillen Andenken an die zwölf Menschen, die damals ihr Leben verloren haben. Wir sind vereint im Schmerz. Aber wir sollten nicht vergessen: Es ist Ihr Schmerz, der Schmerz der Angehörigen. Es ist Ihr Schmerz, den wir viel zu lange nicht ausreichend gewürdigt haben. Und ich weiß auch: Selbst die jetzt gefundene Verständigung wird nicht alle Wunden heilen können.

Ich richte die folgenden Worte deshalb ausdrücklich an Sie, deren Leben seit fünfzig Jahren von Verlust, Trauer und Schmerz beherrscht ist: Wir können nicht wiedergutmachen, was geschehen ist, auch nicht, was Sie an Abwehr, Ignoranz und Unrecht erfahren und erlitten haben. Das beschämt mich. Ich bitte Sie als Staatsoberhaupt dieses Landes und im Namen der Bundesrepublik Deutschland um Vergebung für den mangelnden Schutz der israelischen Athleten damals bei den Olympischen Spielen in München und für die mangelnde Aufklärung danach; dafür, dass geschehen konnte, was geschehen ist.

Es ist meine Pflicht und mein Bedürfnis, unsere deutsche Verantwortung zu bekennen – hier und heute und für die Zukunft. Möge der heutige Tag dazu führen, dass

Sie, die Angehörigen, sich wahrgenommen fühlen in Ihrem Schmerz, dass Sie spüren, dass es uns ernst ist mit unserer Verantwortung.

Die Freundschaft, die Versöhnung, die Israel uns geschenkt hat, ist nicht weniger als ein Wunder. Möge der heutige Tag auch dazu führen, dass wir Deutsche uns des kostbarsten Guts würdig erweisen, das die Grundlage dieser Freundschaft ist – jenes Guts, das vor fünfzig Jahren an diesem Ort so beschädigt wurde: Vertrauen.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Gespräch mit Anke Spitzer, der Ehefrau eines Opfers (2. v. r.), bei der Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des Attentats auf die israelische Olympiamannschaft in München, in einem Zelt auf dem Fliegerhorst in Fürstenfeldbruck. Dahinter steht Isaac Herzog, Präsident des Staates Israel.



Fachaustausch im Großen Saal

„Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Menschen im Abseits unserer Gesellschaft, in Not und Elend leben“

Gesprächsforum zum Tag der Wohnungslosen

11. September 2022, Schloss Bellevue

Wir sind heute hier, um auf Menschen aufmerksam zu machen, die mehr Aufmerksamkeit brauchen – jetzt, im kommenden krisenhaften Winter, aber auch in der Zeit danach. Es geht um die Ärmsten und Verwundbarsten in unserem Land, um Männer, Frauen und Kinder, die keine eigene Wohnung haben oder auf der Straße leben.

Wir wollen darüber sprechen, was wir in unserer Gesellschaft tun müssen, um die Not obdachloser Menschen so gut es geht zu lindern, gerade jetzt, vor dem Beginn der kalten Jahreszeit. Wir wollen fragen, wie wir verhindern können, dass Menschen ihre Wohnung verlieren – gerade jetzt, wo Lebensmittel, Strom und Heizung spürbar teurer werden. Und wir wollen diskutieren, wie wir es schaffen können, dass bis zum Jahr 2030 möglichst jede und jeder in Deutschland ein eigenes Dach über dem Kopf hat.

Nicht nur wir: Am heutigen Tag der Wohnungslosen informieren Initiativen, Vereine und Verbände an vielen Orten unseres Landes darüber, was Wohnungslosigkeit

bedeutet. Auch wir wollen informieren, aber auch ein bisschen mehr tun: Wir fragen gleich an den Tischen, wie wir vor allen Dingen besser werden können.

Die Botschaft ist klar: Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit sind zuallermeist kein selbstverschuldetes und unvermeidbares Schicksal. Sie zeigen einen unerträglichen gesellschaftlichen Missstand an, den wir in unserem Land beheben können und beheben müssen. Gerade in dieser Zeit des Krieges, der Krisen und Veränderungen darf das Thema auf der politischen Agenda nicht schnell wieder nach unten rutschen!

Ich freue mich sehr, dass Sie heute hier sind: Verantwortliche aus Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft; Sozialwissenschaftler und Ärztinnen; Vertreter von Organisationen und Einrichtungen, die sich für Wohnungslose einsetzen, nicht zuletzt engagierte Menschen, die selbst eine Zeit ihres Lebens wohnungs- oder obdachlos waren. Seien Sie uns alle ganz herzlich willkommen heute Morgen hier in Bellevue.

Die Frage, wie wir Wohnungs- und Obdachlosigkeit überwinden können, beschäftigt hier im Raum nicht nur mich schon lange Zeit, schon Jahre. Das Problem ist nicht neu, es ist nicht unbekannt; es ist ein für viele, auch in den Fußgängerzonen, sichtbares und erlebbares Problem. Und wie viele andere frage auch ich mich

immer wieder: Warum kriegen wir das eigentlich in einer reichen Gesellschaft nicht in den Griff? Eine Frage, die ich zuletzt bei einem Besuch in Mainz mit Gerhard Trabert öffentlich diskutiert habe. Die Frage stellte sich aber in den letzten Jahren immer wieder an unterschiedlichen Orten in deutschen Großstädten, anhand von guten Beispielen – eines davon habe ich heute Morgen hier in Berlin erlebt: ein Projekt der Berliner Stadtmission. Aber natürlich habe ich das Thema an manchen Orten auch anhand katastrophaler Zustände diskutiert und diskutieren müssen, auf die ich auch gestoßen bin.

Es darf uns als Bürgerinnen und Bürger nicht gleichgültig sein, dass Menschen in Deutschland keine eigene Wohnung haben oder obdachlos sind. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Menschen im Abseits unserer Gesellschaft, in Not und Elend leben, ohne Chance auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde.

Wie viele Menschen in unserem Land kein eigenes Dach über dem Kopf haben, man staunt: Wir wissen es nicht genau. Es ist gut, dass der Bund und auch einzelne Länder jetzt neue Daten erheben und dass sie das in Zukunft regelmäßig tun wollen. Wir müssen das große Dunkelfeld so gut wie möglich ausleuchten, um bedürftigen Menschen besser helfen zu können, als wir es bisher tun.

Schätzungen zufolge leben in Deutschland jedenfalls mehr als 300.000 Menschen ohne eigenes Zuhause. Das entspricht ungefähr der Einwohnerzahl einer Großstadt wie Münster oder Karlsruhe. Knapp 180.000 Frauen und Männer übernachten in Unterkünften für Wohnungslose, etwa 45.000 Obdachlose schlafen dauerhaft auf der Straße. Hinzu kommen anerkannte Geflüchtete, die weiterhin in Wohnheimen leben, und Menschen, die ohne eigenen Mietvertrag bei Verwandten oder Bekannten unterkommen und oft von einem Sofa zum nächsten wandern.

Mehr als 300.000, das ist eine viel zu große Zahl! Und wir müssen ganz klar sagen: In den kommenden Monaten droht diese Zahl sogar noch zu wachsen. Krieg und Krisen könnten dazu führen, dass im Herbst und im Winter weitere Menschen in unserem Land in Wohnungsnot geraten. Arme Menschen, gerade auch Familien, die wegen der steigenden Preise ihre Miete oder ihre Nebenkosten nicht mehr bezahlen können, befürchten, ihre Wohnung zu verlieren. Und Menschen, die eine Wohnung suchen, könnten es unter Umständen noch schwerer haben, ein bezahlbares Zuhause zu finden.

Wir müssen jetzt mit unseren Möglichkeiten dafür sorgen, dass niemand, der wegen steigender Wohnkosten in Zahlungsschwierigkeiten gerät, sein Zuhause verliert oder gar auf der Straße landet. Wir müssen diejenigen,

die nicht weiträumig, weitsichtig handeln und sparen können, rechtzeitig beraten und unterstützen, damit sie gut durch die nächsten Monate kommen. Wir dürfen niemanden in unserem Land im Stich lassen, der nicht mehr weiß, wie er seine Miete und seine Nebenkosten bezahlen soll.

Es sind ganz unterschiedliche Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensgeschichten, die in unserem Land kein eigenes Zuhause haben. Die meisten haben wegen finanzieller Notlagen und Mietschulden ihre Wohnung verloren – andere sind aus Kliniken und Gefängnissen in die Wohnungslosigkeit entlassen worden oder haben keine Wohnung, weil sie geflüchtet oder aus einem anderen Land der Europäischen Union eingewandert sind. Manche sind suchtkrank, traumatisiert oder körperlich beeinträchtigt. Andere sind zu Beginn ihrer Wohnungslosigkeit noch gesund und werden erst durch das Leben auf der Straße krank. Manche stammen aus belasteten oder sozial benachteiligten Familien, sind schon in Armut aufgewachsen oder Opfer von Gewalt und Missbrauch geworden. Andere kommen aus sogenannten geordneten Verhältnissen.

Es gibt Menschen, die besonders gefährdet sind, wohnungslos oder obdachlos zu werden. Aber es kann auch Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft treffen: Ein plötzlicher Tod der Eltern oder des Kindes, Trennung

oder Scheidung, Verlust der Arbeit, Schulden, eine seelische Krise, ergänzend ein Sucht- oder Alkoholproblem. Oft sind es mehrere Schicksalsschläge, Unglücke, Ungerechtigkeiten und Fehler, auch eigene, die zusammenkommen und dazu führen, dass jemand den Halt verliert und immer tiefer abrutscht.

Wenn wir verstehen wollen, was es bedeutet, keine eigene Wohnung zu haben oder obdachlos zu sein, dann müssen wir denen zuhören, die es selbst erlebt haben. Es sind Menschen, die kein Zuhause haben, keinen Ort, an dem sie sich sicher, geborgen und beheimatet fühlen. Menschen ohne eigene Adresse, nicht selten auch ohne Krankenversicherung: In der Einrichtung heute Morgen mit achtzig Bewohnern waren nur ungefähr zwanzig Prozent krankenversichert, achtzig Prozent nicht.

Und es sind Menschen, für die das „Bleib zu Hause", die Aufforderung in der Corona-Krise, gelegentlich wie Hohn geklungen hat.

Es sind Menschen, die morgens nicht wissen, wo sie am Abend schlafen sollen. Die oft nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen und ihren Alltag zu bewältigen, weil sie Schmerzen haben, kein Deutsch sprechen. Die manchmal auch deshalb keine Hilfe suchen, weil sie eine Scheu vor Ämtern haben oder tiefe Scham empfinden.

Es sind Menschen, die im Sommer der Hitze und im Winter der Kälte ausgesetzt sind, die oft krank oder Opfer von Gewalt werden. Besonders wohnungslose Frauen sind immer wieder Opfer von sexuellen Übergriffen, von sexualisierter Gewalt, auch deshalb, weil es für sie zu wenig Wohn- und Schutzmöglichkeiten gibt. Es sind Menschen, die im Alltag Ausgrenzung und Stigmatisierung erfahren, die immer wieder respektlos behandelt oder einfach übersehen werden. Es sind Menschen, die „kein Dach über dem Leben" haben, wie es Richard Brox in seiner Biographie eines Obdachlosen beschrieben hat.

Dass es in unserem reichen Land dieses Leid und diese Not gibt, das ist erschütternd! Denn Wohnungslosigkeit ist – das sagen auch viele von Ihnen, wie ich weiß –, ein lösbares Problem. Aber gerade deshalb ist unsere Verantwortung, es zu lösen, auch umso größer! Trotz aller Krisen, die wir gerade erleben: Wir haben in Deutschland eigentlich gute Voraussetzungen, um bedürftigen Menschen zu helfen und dafür zu sorgen, dass alle, die eine eigene Wohnung brauchen, auch eine bekommen können.

Wir haben einen leistungsfähigen und unterstützenden Staat, wir haben sozialwissenschaftliche und medizinische Expertise, wir haben Hilfestrukturen der Kommunen, der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände, Vereine und Initiativen. Und nicht zuletzt haben wir viele Menschen,

die sich in Politik und Gesellschaft im Kampf gegen Wohnungslosigkeit engagieren und ihre Ideen einbringen.

Mein Dank gilt heute all jenen, die sich Tag für Tag einsetzen, um die schlimmste Not zu lindern – in ihrem Beruf, viele, Zehntausende im Ehrenamt, in Behörden, Anlaufstellen und Unterkünften, Arztmobilen, Kältebussen, Suppenküchen und Teestuben.

Mein Dank gilt auch denen, die nicht wegschauen, sondern fragen, ob jemand Hilfe braucht, die spontan etwas zu essen, einen heißen Tee, eine wärmende Decke oder ein Paar Winterstiefel spenden, die einfache Gesten des Respekts zeigen, indem sie grüßen oder ein kurzes Gespräch beginnen – und so Obdachlosen das Gefühl nehmen, gänzlich unsichtbar zu sein. Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank!

Respektvoller Umgang miteinander, Verantwortung der Stärkeren für die Schwächeren, denen auf die Beine helfen, die am Boden liegen – überall sind Mitmenschlichkeit und Nothilfe im Alltag unverzichtbar. Deshalb müssen wir das Hilfesystem noch besser zugänglich machen und zu bedürftigen Menschen hingehen, damit wirklich alle, die Unterstützung brauchen, auch passende Angebote finden und nutzen können. Überall da, wo es sie noch nicht gibt, brauchen wir sichere und saubere Unterkünfte, die möglichst nicht nur für ein paar Stunden in

der Nacht geöffnet haben. Wir brauchen sie besonders für Frauen. Und wir brauchen noch mehr verlässliche Ansprechpartner, zu denen Wohnungslose Vertrauen aufbauen können.

Aber wir wissen auch: Hilfe im Alltag ist notwendig, reicht aber allein nicht aus, um wohnungslosen Menschen den Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben in der Mitte der Gesellschaft zu ebnen. Um Wohnungslosigkeit zu überwinden, brauchen wir mehr bezahlbaren Wohnraum. Gerade in den Städten brauchen wir mehr Wohnungen für Alleinstehende und Familien. Und wir müssen den Zugang zu Wohnraum erleichtern, zum Beispiel auch dadurch, dass wir einen bestimmten Anteil von Wohnungen für Wohnungslose bevorraten.

Bund, Länder, Kommunen, Genossenschaften und private Bauträger müssen jetzt gemeinsam Wege finden, um die Wohnungsnot schneller zu beheben, trotz steigender Kosten und fehlender Fachkräfte auch in der Baubranche. Ich weiß, alle wissen hier: Es ist nicht einfacher geworden.

Ein Dach über dem Kopf, die eigenen vier Wände, das hat absolute Priorität. Wer erst einmal eine eigene Adresse, einen eigenen Briefkasten, einen eigenen Schlüssel hat, kann ein bisschen zur Ruhe kommen, seine Dinge ordnen,

gesund werden, häufig sogar einen Job finden, wenn er dabei begleitet und unterstützt wird.

Ich freue mich, dass heute Frauen und Männer unter uns sind, die selbst eine Zeit lang kein eigenes Zuhause hatten oder auf der Straße gelebt haben; die Schicksalsschläge, Sucht oder seelische Leiden, Angst und Scham überwinden mussten – und die heute zumeist wieder eine eigene Wohnung haben, eine Arbeit oder eine Aufgabe und damit einen Platz in der Gesellschaft.

Ich habe einen Riesenrespekt vor Ihrer Kraft und Ihrem Mut. Und ich finde es großartig, dass Sie, die selbst auf Hilfe angewiesen waren, nun anderen helfen oder sich engagieren und Ihre Erfahrungen einbringen, so wie heute hier! Menschen, die wohnungs- oder obdachlos sind oder waren, wissen, wo Hilfsangebote fehlen, wo sie am Bedarf vorbeigehen und deshalb die Hilfsbedürftigen nicht erreichen.

Und nicht selten zeigen die Lebensgeschichten von Wohnungslosen auch, dass sie nicht so tief hätten abstürzen müssen, wenn rechtzeitig jemand da gewesen wäre, um sie aufzufangen. Auch daraus müssen wir lernen. Wir müssen jetzt Vorsorge treffen, damit Menschen ihre Wohnung erst gar nicht verlieren oder obdachlos werden.

Dazu gehört, den Austausch zwischen Behörden, Jobcentern, Krankenkassen weiter zu verbessern, damit die zuständigen Stellen möglichst früh erfahren, wenn jemand in Wohnungsnot gerät oder zu geraten droht. Dazu gehört aber auch, dass wir hinschauen und notfalls Hilfe holen, wenn Nachbarn oder Bekannte sich verändern, wenn offenbar Schwierigkeiten bestehen, den Alltag zu bewältigen.

Es gibt einen Satz, den Sie schon als Kind oft gehört haben, etwa derart: „In unserem Land muss niemand auf der Straße leben." Meistens sollte das heißen: „Wer bei uns auf der Straße lebt, ist selbst schuld daran." Oder: „Wer bei uns auf der Straße lebt, will sich nicht helfen lassen!"

Sie alle wissen: In solchen Sätzen stecken viel Selbsttäuschung und Ignoranz. Denn wenn so viele Menschen in diesem Land kein eigenes Dach über dem Kopf haben, dann spricht doch viel dafür, dass wir als demokratische Gesellschaft nicht genügend getan haben.

„In unserem Land muss niemand auf der Straße leben" – das ist nicht Anlass für selbstzufriedene Feststellungen, sondern es ist Aufgabe von Politik und Gesellschaft, diesen Satz endlich wahr werden zu lassen.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gemeinsam mit Irina Scherbakowa (verdeckt) im Archiv der Menschenrechtsorganisation Memorial International am 25. Oktober 2017 in Moskau

„Sie machen vielen Menschen Mut, selber aufzustehen und ihre Stimme zu erheben gegen Unrecht, Gewalt und Unterdrückung!“

Videobotschaft zur Verleihung des Sonderpreises des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen für besonderen Einsatz für die Zivilgesellschaft an Memorial International

29. September 2022, Leipzig

Einen schönen guten Abend nach Leipzig! Ich grüße Sie aus Schloss Bellevue und gratuliere Memorial International sehr herzlich zum Sonderpreis des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen.

Diese Zeit ist wahrlich keine Zeit zum Feste feiern. Und wir wissen auch: Ein Preis und einige freundliche Worte machen diese dunkle Zeit kaum heller und lindern schon gar nicht das Unrecht, das von Russland ausgeht. Dennoch: Diese Auszeichnung ist gut und richtig. Sie ist Anerkennung für Ihre schwierige und mutige Arbeit, die Sie seit vielen Jahren leisten. Und es passt sehr gut, dass Sie diesen Preis heute in Leipzig entgegennehmen, in der Stadt, die in der Friedlichen Revolution in Ostdeutschland eine so wichtige Rolle gespielt hat.

Seit 1989 kämpft Memorial für aufrichtige Erinnerung und gegen das Vergessen. Ihre Vereinigung fördert die

Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte, sie klärt über staatliche Gewalt und politische Unterdrückung auf; und sie setzt sich unermüdlich für Demokratie und Menschenrechte ein.

Wie unendlich wichtig dieses Engagement ist und wie zerbrechlich gleichzeitig, das zeigt sich mehr denn je seit dem russischen Überfall auf die Ukraine. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands bringt Tod, Zerstörung und entsetzliches Leid über die Menschen in der Ukraine. Wir erleben einen brutalen Feldzug gegen Menschenrechte, Freiheit und Demokratie. Und wir erleben, wie die Machthaber in Moskau die Geschichte zur Waffe schmieden, wie Putin falsche Mythen verbreitet, um seinen imperialen Wahn zu begründen und Krieg und Gewalt zu rechtfertigen.

Mir waren Gespräche mit Repräsentanten von Memorial, die wir zu unterschiedlichen Gelegenheiten hatten, sehr wichtig. Und ich erinnere mich noch gut, liebe Frau Scherbakowa, an meinen Besuch bei Memorial in Ihrem Büro in Moskau. Nicht erst seit dieser Zeit sind Sie immer wieder Angriffen und Unterdrückung ausgesetzt, die Ihre Stimme zum Schweigen bringen sollen. Denn Sie prangern nicht nur Unrecht und Gewalt der sowjetischen Vergangenheit an, sondern Sie halten auch all jenen einen Spiegel vor, die heute darin ihren verräterischen Spuren der Vergangenheit begegnen und diese

verwischen wollen. Ihr Spiegel der Wahrheit ist ein Spiegel, in dem sich Putin wiedererkennt, der ihm Angst macht – und der ihn deswegen dazu gebracht hat, alles Erdenkliche zu veranlassen, um Memorial aus der russischen Öffentlichkeit auszuschließen. Dass russische Gerichte Ihre Organisation zwei Monate vor dem Angriff auf die Ukraine verboten haben, ist sicherlich kein Zufall.

Aber, meine Damen und Herren: Die russische Staatsmacht kann Gebäude schließen und Organisationen verbieten, den Geist von Memorial kann sie nicht besiegen! Die Radikalisierung der russischen Politik hat Sie und Ihre Mitstreiter umso entschlossener gemacht. Und es ist gut und wichtig, dass Sie Ihre Arbeit nun außerhalb Russlands fortführen, auch hier bei uns in Deutschland! Sie zeigen, dass es ein anderes Russland gibt als jenes, das Putin verkörpert.

Natürlich: Dieser Krieg ist nicht allein Putins Krieg. Millionen Menschen in Russland tragen diesen verbrecherischen Krieg mit und unterstützen ihn – ob laut oder schweigend, ob aus Zwang oder Überzeugung, aus welchen Gründen auch immer. Aber wahr ist auch: Es gibt die Mutigen, die Aufrichtigen, die Widerspenstigen; und sie verdienen unsere Unterstützung, unsere Ermutigung und auch unseren Schutz. Sie machen uns bewusst, dass wir alle etwas tun können und müssen, um aggressiven und autoritären Kräften Einhalt zu gebieten!

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Memorial gilt heute mein herzlicher Dank. Sie machen Hoffnung, dass es gelingen kann, aggressiven Nationalismus und imperialistischen Größenwahn zu überwinden. Und Sie machen vielen Menschen Mut, selber aufzustehen und ihre Stimme zu erheben gegen Unrecht, Gewalt und Unterdrückung!

Mein Dank gilt auch dem Bundesverband Deutscher Stiftungen, der mit dieser Auszeichnung ein klares Zeichen der Solidarität für die russische Zivilgesellschaft setzt. Und ich freue mich, dass die Körber-Stiftung, die Robert-Bosch-Stiftung und die Software-AG-Stiftung einen Fonds ins Leben gerufen haben, der Memorial beim Ausbau von Exilstrukturen in der Europäischen Union unterstützen soll.

Liebe Frau Zhemkova, liebe Frau Scherbakowa, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Memorial, Ihr Engagement ist heute wichtiger denn je. Und Deutschland steht fest an Ihrer Seite. Lassen Sie uns gemeinsam streiten für Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Ich wünsche Ihnen viel Kraft für den so schweren, so wichtigen Weg, der vor Ihnen liegt.

Herzlichen Glückwunsch und großen Dank!



Irina Scherbakowa (r.) und Elena Zhemkova, Geschäftsführerinnen der Menschenrechtsorganisation Memorial International, führen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 25. Oktober 2017 durch das Archiv der Organisation in Moskau



Im Schloss Charlottenburg

„Wenn der Westen mehr sein soll als eine Himmelsrichtung, muss er prinzipienfest und gleichzeitig ein offenes Projekt sein“

Festakt zum 70-jährigen Jubiläum der Atlantik-Brücke

13. Oktober 2022, Berlin

Es ist mir eine große Freude, heute hier bei Ihnen zu sein, um den siebzigsten Geburtstag der Atlantik-Brücke gemeinsam mit Ihnen zu feiern! Ich sehe viele bekannte Gesichter aus Wirtschaft und Kultur, aus der Politik, aus den Verbänden. Aber ich sehe auch junge Menschen, die die Atlantik-Brücke mit ihren Programmen „Young Leaders“ und „New Bridges“ besonders fördert. Mit anderen Worten: Ich sehe Menschen, die in einem Interesse vereint sind – nämlich das zu tun, was Lucius D. Clay, der sich als „Vater der Luftbrücke“ im Brückenbau auskannte, mit Blick auf die Atlantik-Brücke so ausgedrückt hat: „zwischen wohlgesinnten Menschen ein Verständnis für die gegenseitigen Probleme zu entwickeln“.

Und genau das macht die Atlantik-Brücke seit nunmehr siebzig Jahren: einander wohlgesinnte Menschen für das gemeinsame transatlantische Projekt zusammenbringen, Probleme lösen, das Verständnis füreinander fördern, damit Freiheit, Sicherheit, Vertrauen und Freundschaft gestärkt werden.

Die Gründer der Atlantik-Brücke, Marion Gräfin Dönhoff, Erik Blumenfeld und Ernst Friedlaender, Eric M. Warburg und Gotthard von Falkenhausen – sie alle waren Gegner des Nationalsozialismus oder hatten als jüdische Deutsche unter der Naziherrschaft um ihr Leben fürchten müssen. Wenige Jahre nach dem Zivilisationsbruch des Holocaust wollten sie Deutschland zurückführen in die Gemeinschaft demokratischer Staaten. Sie wussten: Die enge Bindung des freien Deutschlands an die USA war notwendig, um der totalitären Gefahr durch die Sowjetunion zu begegnen. Sie war aber auch die beste Gewähr dafür, dass sich deutsche Irrwege nicht wiederholen würden und die freiheitliche Demokratie in der jungen Bundesrepublik eine sichere Zukunft haben konnte.

Die Atlantik-Brücke, über die in den vergangenen siebzig Jahren so viele Menschen in beide Richtungen gegangen sind, hat das Ankommen und das Verankern der Bundesrepublik im politischen und kulturellen Westen ganz entscheidend befördert. Heute gibt es so viele und so enge Verbindungen zwischen Deutschland und Nordamerika, so viele wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche Beziehungen, die sich über Jahrzehnte entwickelt haben, in guten wie in schlechten Zeiten, über Krisen und Konflikte hinweg, auch über Regierungswechsel auf beiden Seiten. Ich denke an die mehr als 4.500 deutschen Unternehmen, die in den USA vertreten sind, an die 700.000 Arbeitsplätze, die deutsche Firmen

in den USA geschaffen haben. Ich denke an viele Tausend deutscher Schülerinnen und Schüler, die jedes Jahr in die USA oder nach Kanada zum Austausch gehen. Ich denke auch an das letzte „Deutschlandjahr USA" 2019, als bei mehr als eintausend Veranstaltungen in allen fünfzig Bundesstaaten der USA neue Freundschaften zwischen Deutschen und Amerikanern geschlossen wurden.

Sie, liebe Mitglieder der Atlantik-Brücke, sind Teil dieser großen deutsch-amerikanischen Freundschaft. Meine Anerkennung gilt heute Ihnen allen, die sich für die Atlantik-Brücke engagieren, die dieses Forum und damit das transatlantische Projekt überparteilich als Mitglieder und Gäste lebendig halten. Danke für Ihre Arbeit! Und in diesen Dank schließe ich den Vorsitzenden – Sie, lieber Sigmar Gabriel – ausdrücklich mit ein. Herzlichen Dank Ihnen allen!

Als die Atlantik-Brücke, damals noch als Transatlantik-Brücke, vor siebzig Jahren in Hamburg gegründet wurde, war Deutschland ein Ausgestoßener der Weltgemeinschaft. Während im Ostteil unseres Landes nach der Nazidiktatur die Menschen wieder in ein System der Unfreiheit gerieten, begann im Westen Deutschlands ein politischer, kultureller und wirtschaftlicher Wiederaufbau, der nur mit maßgeblicher Hilfe der USA gelingen konnte.

Es war der Marshallplan, der dem zerstörten Deutschland den wirtschaftlichen und moralischen Neubeginn ermöglichte. Es waren amerikanische Soldatinnen und Soldaten, die, nach dem Kriegsende in Deutschland stationiert, unseren Weg zu einem demokratischen Neuanfang absicherten. Es war die Bildungsarbeit der Amerika-Institute, die eine ganze Generation junger Deutscher prägte und für Amerika einnahm.

Nachdem Deutschlands erste Demokratie so fatal gescheitert war, haben wir sie mit entscheidender Unterstützung der Vereinigten Staaten nach 1945 aufs Neue gelernt und gelebt. Die USA waren die ersten, die uns Deutschen die Demokratie wieder zugetraut haben. Und so wurde die junge Bundesrepublik an der Seite Amerikas zu einem anerkannten Akteur der Weltgemeinschaft, trat der NATO bei, schließlich den Vereinten Nationen. All das wäre ohne die USA undenkbar gewesen.

Die transatlantische Partnerschaft ist in all den Jahrzehnten, im Kalten Krieg und nach dem Zusammenbruch der totalitären Systeme des Ostblocks, immer eine Wertegemeinschaft gewesen, die wusste, wozu es sie gab: um in den internationalen Beziehungen die Stärke des Rechts an die Stelle des Rechts des Stärkeren zu setzen; um für eine Ordnung auf dem Fundament gerechter und verlässlicher Regeln einzutreten; um die Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu bewahren,

die freie Selbstbestimmung der Völker und – gerade jetzt besonders wichtig – die Unverletzlichkeit der Grenzen.

Der 24. Februar dieses Jahres markiert deshalb einen Epochenbruch. Der brutale, völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine hat die seit fünf Jahrzehnten, seit der Schlussakte von Helsinki gewachsene europäische Friedensordnung unumkehrbar zerstört. Wir sehen die schrecklichen Bilder der Luftangriffe auf Kiew, die Bilder verwundeter und toter Zivilisten. Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer erfahren seit dem 24. Februar unfassbares Leid.

Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, humanitär, wirtschaftlich, aber auch militärisch: Deutschland gehört inzwischen zu den wichtigsten Unterstützern zur Stärkung der ukrainischen Verteidigung. Nicht nur die Gepard-Flugabwehrpanzer und Munition, sondern auch Haubitzen, Mehrfachraketenwerfer und neueste Ortungstechnik haben dazu beigetragen, Angriffe der russischen Artillerie abzuwehren. Und mit dem Flugabwehrsystem IRIS-T – so modern, dass es noch nicht einmal der Bundeswehr zur Verfügung steht – tragen wir zum besseren Schutz der Menschen in geschundenen ukrainischen Städten vor neuen russischen Luftangriffen bei.

Die Ukraine braucht weiter unsere Solidarität gegen den brutalen russischen Überfall. Und diese Unterstützung

werden wir solange wie nötig leisten – damit die Ukraine ihre Freiheit und ihre Souveränität verteidigen kann, und damit die Ukrainerinnen und Ukrainer das Land behalten, das sie seit Wiedergewinnung ihrer Unabhängigkeit, seit mehr als dreißig Jahren aufbauen. Darauf kann sich die Ukraine verlassen. Wir werden auch die russischen Scheinreferenden in der Ukraine, diese völkerrechtswidrigen, mit Gewalt erzwungenen Grenzverschiebungen nicht akzeptieren!

Was ist nach dem Fall der Mauer, der friedlichen Wiedervereinigung unseres Landes und nach dem Ende der Blockkonfrontation nicht alles geschrieben worden; wie groß war die Hoffnung auf den weltweiten Durchbruch der liberalen Demokratie! Heute wissen wir: Das berühmte „Ende der Geschichte" gab es nicht. Die Balkankriege, der internationale Terrorismus und 9/11, Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, der Atomkonflikt mit dem Iran – immer neue Krisen und Konflikte bestimmten die Weltpolitik.

Für Europas Sicherheit ist nichts so schwerwiegend wie Russlands Angriff auf die Ukraine. Putin hat die letzten Elemente des Dialogs, die letzten Pfeiler unseres Friedens in Europa eingerissen. Und mit all unseren Anstrengungen haben wir diesen Krieg nicht verhindern können. Die Vorstellung von kooperativer Sicherheit in Europa, für die viele in diesem Saal in den letzten Jahrzehnten

gearbeitet haben, ist Geschichte, Gorbatschows Traum vom „gemeinsamen Haus Europa" ausgeträumt. Ein Albtraum ist an seine Stelle getreten.

Seite an Seite mit den USA und Kanada, mit unseren europäischen Partnern haben wir Russland eine deutliche Antwort gegeben. NATO, G7 und die Europäische Union stehen geschlossen und entschlossen an der Seite der Ukraine. Und wir schützen unser Bündnisgebiet.

Deutschland macht das sichtbar, indem die Bundeswehr die Ostflanke der NATO gemeinsam mit vielen anderen Verbündeten militärisch schützt. Wir verdeutlichen es, indem wir einhundert Milliarden Euro zusätzlich für die Bundeswehr mobilisieren und dauerhaft in die Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit wie in die Stärkung der NATO investieren. Die Ereignisse der vergangenen acht Monate haben das transatlantische Bündnis zusammengeschweißt, wir stehen so eng zusammen wie vielleicht nie zuvor seit dem Kalten Krieg.

Wir wünschen uns, dass das Leid und das Sterben in der Ukraine bald ein Ende haben. Und ich bin sicher, am sehnlichsten wünschen sich die Ukrainer das selbst. Aber das Ende des Krieges lässt sich nicht herbeiwünschen. Russland führt eine Invasionsarmee; die Ukraine verteidigt ihr Staatsgebiet, ihre Unabhängigkeit, Freiheit und Souveränität. Den Weg zum Ende dieses Krieges

kann Russland jeden Tag bestimmen. Aber Putin hat sich vergraben in seiner imperialen Besessenheit. Und deshalb dürfen wir uns nichts vormachen: Ein Ende des Krieges ist derzeit nicht in Sicht.

Was heißt das jenseits der ganz aktuellen Bedrohung? Ja, wir müssen wehrhafter werden. Ja, wir müssen konfliktfähiger werden. Das haben wir in Deutschland verstanden. Aber militärische Stärke allein wird nicht reichen. In dieser Welt der vielfachen Interdependenzen, einer Welt, in der die Autorität gewachsener internationaler Organisationen schwindet, die sich um alte und neue Machtzentren neu formiert, in der die Demokratien des liberalen Westens den Einflusssphären Russlands und Chinas gegenüberstehen – in einer solchen Welt ist die Gefahr des Aufschaukelns von regionalen zu globalen Konflikten deutlich gewachsen. Wir müssen uns in dieser Welt gleichzeitig neu verorten und uns noch stärker darum bemühen, dass andere uns und das, wofür wir stehen, verstehen.

Mit anderen Worten: Wenn der Westen mehr sein soll als eine Himmelsrichtung, muss er prinzipienfest und gleichzeitig ein offenes Projekt sein, anschlussfähig für Menschen in allen Teilen der Welt, Regionen mit anderer Geschichte, anderen Erfahrungen und anderen Religionen.

Wir befinden uns eben nicht in einer Auseinandersetzung, die ein einfaches „Wir gegen Die" ist, der freie Westen gegen den Rest. Viele Staaten lassen sich keiner Seite klar zuordnen, weder den liberalen Demokratien noch den autoritären Regimen. Sie wollen sich keinem Lager, keiner Konfliktpartei, keinem alten oder neuen Block anschließen.

Wir haben es anlässlich des Ukraine-Krieges im März in der UN-Generalversammlung erlebt: 141 Staaten nannten das, was in der Ukraine passiert, Krieg. Aber nicht einmal die Hälfte davon wollte Russland explizit als verantwortlichen Verursacher verurteilen. Die Frage ist: Steht die andere Hälfte deshalb schon fest im russischen Lager? Ich glaube: nein.

Das sind Länder, die sich nicht als Teil des Westens verstehen, die aber zumeist – wie wir – ein Interesse an verlässlichen Regeln, an wirtschaftlicher Entwicklung und Austausch haben, und die auch völkerrechtswidrige Annexionen nicht akzeptieren, wie die historische Mehrheit von 143 Staaten in der gestrigen Generalversammlung gezeigt hat. Aus meiner Sicht macht dieses gestrige Ergebnis deutlich: Wir dürfen nicht nachlassen, wir müssen weiter ohne Überheblichkeit, aber mit Leidenschaft für die Werte und Regeln werben, für die wir stehen. Wir brauchen als transatlantische Gemeinschaft in diesen Zeiten beides: Stärke und Geschlossenheit im

Innern – Wachsamkeit, Klugheit und Gesprächsbereitschaft mit anderen nach außen. Deshalb sind der anstehende G20-Gipfel in Bali und insbesondere Gespräche mit Indien und China von großer Bedeutung.

John F. Kennedy hat in sehr prägnanten Worten ausgedrückt, wie wir mit dieser Spannung zwischen außenpolitischen Gemeinsamkeiten und Differenzen pragmatisch umgehen können. Am 10. Juni 1963 sagte er in seiner Rede an der American University in Washington: „Let us not be blind to our differences – but let us also direct attention to our common interests and to the means by which those differences can be resolved. And if we cannot end now our differences, at least we can help make the world safe for diversity!"

Unser Zusammenstehen in der Gefahr heute zeigt, dass das Fundament der transatlantischen Beziehungen, das in den 1950er Jahren gelegt wurde, tragfähig ist. Aber der Blick zurück in die Vergangenheit erlaubt keine gelassene Trägheit in der Gegenwart und erst recht keine Sorglosigkeit für die Zukunft. Liberale Demokratien sind stark, aber sie werden auch angefochten. Die Unversöhnlichkeit politischer Gruppierungen, die Diskreditierung des politischen Gegners sehen wir nicht nur in den USA. Der Prozess der Polarisierung ist auch in den europäischen Gesellschaften voll im Gang; aber er ist in den USA – täglich befeuert von einem Teil radikalisierter

Medien – noch deutlich weiter vorangeschritten. Ich vertraue auf das amerikanische System der Checks and Balances. Aber die Gefährdungen können nur aufgehalten werden, wenn sich die Parteien auf ihre Rolle als Wettbewerber in der politischen Willensbildung zurückbesinnen. Als Feinde in einem Meinungskrieg, in dem es in jeder Schlacht immer nur ums Ganze geht, kann das auf Dauer nicht funktionieren. In solch einer vergifteten Auseinandersetzung haben die Kräfte des Autoritären immer die besseren Karten.

Ich blicke gespannt auf die amerikanischen Midterms in dreieinhalb Wochen. Sie werden uns Hinweise geben, ob die immer stärkere Polarisierung zwangsläufig ist oder ob die Wählerinnen und Wähler Stoppsignale senden. Es ist kein Ausdruck von Überheblichkeit, eher von Sorge, wenn ich sage: Eine Erschütterung der amerikanischen Demokratie bliebe nicht auf die USA beschränkt, sie träfe auch uns und hätte ein Glaubwürdigkeitsproblem für die gesamten liberalen Gesellschaften des Westens zur Folge.

Für die Älteren unter uns war das transatlantische Projekt ein Teil der vermeintlichen Selbstverständlichkeiten, in die sie hineingeboren worden sind; sie wussten um seinen entscheidenden Beitrag für den Aufstieg der liberalen Demokratie; sie wussten um dessen Bedeutung für einen jahrzehntelangen militärischen Schutz und

wirtschaftlichen Wohlstand. Den Jüngeren ist die Erinnerung an die Teilung und die Bedingungen ihrer Überwindung nicht mehr selbstverständlich.

Dasselbe gilt erst recht für die Vereinigten Staaten. Die transatlantische Wertegemeinschaft war für die Kriegsgeneration, deren Kinder und vielleicht noch Kindeskinder eine Selbstverständlichkeit; und ebenso selbstverständlich richtete sich ihr Blick nach Europa. Für hispanische oder asiatische Zuwanderer gibt es diesen wohlwollenden, selbstverständlichen Blick über den Atlantik nicht notwendigerweise. Ihre biographischen Brücken führen nicht nach Europa; sie führen nach Lateinamerika und Asien. Aber unsere Wertegemeinschaft darf nicht zur nostalgischen Angelegenheit einer einzigen Generation werden, sie darf kein rein historisch oder biographisch begründetes Projekt werden.

Ich bin fest überzeugt: Das Streben nach Menschenwürde, Freiheit und Selbstbestimmung ist auch das große Menschheitsthema des 21. Jahrhunderts. Das transatlantische Projekt verfügt, auch das ist meine Überzeugung, weiterhin über enorme Strahlkraft; und diese wird es auch in der Zukunft haben, denn unsere gemeinsamen Werte verlieren nicht an Aktualität und Bedeutung – die Selbstverständlichkeit, mit der sie in unserer Generation gelebt wurden, möglicherweise schon.

Die „New Bridges" der Atlantik-Brücke sind darauf eine kluge und notwendige Antwort. Mit diesem Programm kommt ein anderer Querschnitt der amerikanischen Gesellschaft zu uns: junge Menschen, die vielleicht nie einen Fuß nach Europa gesetzt haben oder hätten; die nie damit gerechnet hätten, ausgewählt zu werden. Die „New Bridges" sind bunter und – entsprechend der Realität der amerikanischen Gesellschaft – natürlich sehr viel diverser. Die transatlantische Partnerschaft braucht neue Gesichter, neue Identifikationspunkte und eine gemeinsame Vision, wie sich unsere Gesellschaften dies- und jenseits des Atlantiks entwickeln sollten. Auch deshalb ist die Rückbesinnung auf unsere Werte, auf all das, was uns ausmacht und wer wir sein wollen, nicht nur wichtig, sondern geradezu essenziell.

Deshalb, liebe Geburtstagsgäste, lassen Sie die Atlantik-Brücke, so wie seit siebzig Jahren, einen Ort sein, an dem die Strahlkraft des transatlantischen Projekts spürbar wird. Lassen Sie uns, bei aller Notwendigkeit der Veränderung, optimistisch in die Zukunft gehen. Lassen Sie uns zu den bestehenden Brücken weitere Brücken – „New Bridges" – bauen.

In diesem Sinne gratuliere ich Ihnen zum Geburtstag der Atlantik-Brücke. Herzlichen Glückwunsch und vielen Dank!



Mit König Felipe VI. von Spanien und Königin Letizia
in der Messe Frankfurt

„Ohne Bücher gibt es keine Aufklärung“

Eröffnung der Frankfurter Buchmesse
18. Oktober 2022, Frankfurt am Main

Die Macht und die Kraft des Buches, die große Bedeutung der Schrift, der formulierten Gedanken; die buchstäblich weltbewegenden Möglichkeiten, die in aufgeschriebenen Erfahrungen stecken, in Erzählungen und Beschreibungen, in Dramen und Gedichten; die Debatten und Diskussionen, die kritische Essays, politische Analysen, philosophische Erörterungen auslösen können – wo wird all das deutlicher als auf einer Buchmesse?

Ohne Zweifel: Die Frankfurter Buchmesse ist ein bedeutendes kulturelles, aber auch soziales und politisches Ereignis, ohne das unser Land, unsere Kulturnation Deutschland im Grunde kaum zu denken ist.

Aber diese Buchmesse ist nicht nur ein Ereignis für unser eigenes Land. Sie strahlt weit darüber hinaus und hat sich in den vielen Jahrzehnten einen großen internationalen Ruf erworben. Hier finden auch nicht nur bedeutende Geschäfte statt, werden Lizenzen vereinbart und Verträge abgeschlossen. Hier treffen sich vor allem Autorinnen und Autoren, Verleger und Agentinnen, aber auch Leserinnen und Journalisten aus allen Sprachen und allen Kulturen. Hier werden internationale Beziehungen

geknüpft; und wer öfter hier ist, weiß: auf eine sehr persönliche, individuelle Art und Weise.

Für die Besucherinnen und Besucher der Frankfurter Buchmesse sind Worte wie „Weltliteratur", „Begegnung der Kulturen" oder „interkulturelle Debatte" keine abstrakten Begriffe, sondern persönlich erlebte Wirklichkeit, verbunden hier in Frankfurt mit einzelnen Namen und Geschichten.

In jedem Jahr stellt sich auf der Buchmesse ein Gastland mit seiner Literatur besonders vor. Das ist keine Nebensächlichkeit, nicht bloß höfliche Zierde. Viele deutsche Leserinnen und Leser, aber natürlich auch Verlage und Vermittler sind jedes Jahr sehr neugierig auf die Entdeckungen, die man gerade dadurch hier machen kann.

In diesem Jahr nun ist Spanien das Gastland. Und wer weiß, was sich daraus für neue Entdeckungen, für neue Erfolge oder Überraschungen entwickeln? Ich ahne, dass mit einem solchen Auftritt auf der Buchmesse immer große Hoffnungen und Erwartungen verbunden sind. Eines kann ich all unseren Gästen aus Spanien auf jeden Fall versichern, weil das die Erfahrung lehrt: Das deutsche Publikum ist gespannt; das Leseland Deutschland ist auf die Erfahrungen neugierig, die spanische Autorinnen und Autoren in ihren Büchern vermitteln.

Wie sieht die Welt in Spanien aus, wie ist die soziale und politische, die kulturelle und geistige Stimmung, die Gemütslage? Welche Lebensformen werden probiert, welche Reflexionen auf Individuen und Gesellschaft sind in Spanien gerade lebendig? Und, das ist eine andere, nicht weniger interessante Frage: Wie wird die Welt, wie werden die globalen und internationalen Fragen von Spanien aus gesehen? Welche Sichtweisen auf die Welt, von Spanien aus betrachtet, können uns bereichern, können uns und unseren eigenen Blick auf die Welt in Frage stellen, uns eine neue Sichtweise ermöglichen?

Dass sich der Beginn der Buchmesse mit dem Staatsbesuch von König Felipe und Königin Letizia verbindet, zeigt die Bedeutung der Buchmesse als internationale kulturelle Plattform. Was hier geschieht, was man hier sehen und hören kann, was hier an Begegnung und Austausch geschieht, das hat eine so große Bedeutung, dass Ihre Majestäten uns die Ehre geben und heute dabei sind. Und dafür danken wir alle Ihnen sehr!

Mit Spanien als Gastland haben wir einerseits die reichhaltige spanische Kultur selbst zu Gast, wo neben dem kastilischen Spanisch auch großartige und selbstbewusste katalanische, baskische und galicische Literatur geschrieben wird. Aber auch die weltweite spanischsprachige Literatur rückt für uns neu in den Blick. Viele

süd- und mittelamerikanische Autorinnen und Autoren haben ja bei uns in Deutschland schon eine große und treue Lesegemeinde gefunden.

Spätestens seit Cervantes vor weit mehr als vierhundert Jahren der Welt seinen Don Quijote geschenkt hat, dieses klassische Meisterwerk, das bis heute seine Leser fasziniert, findet die spanische Literatur auf der ganzen Welt Beachtung. Ich werde jetzt keine weiteren großen Namen aus der ruhmreichen Vergangenheit aufzählen, sondern, wie es sich für die Aktualität einer gegenwärtigen Messe gehört, direkt in die Gegenwart springen.

Ich freue mich, dass ich gerade die Gelegenheit hatte, mit den beiden Autoren zu sprechen, die gleich hier für ihre Literatur das Wort ergreifen werden: Irene Vallejo und Antonio Muñoz Molina. Bei Irene Vallejo fügt es sich besonders gut, dass sie ein faszinierendes, bis jetzt schon sehr erfolgreiches Buch über die Bedeutung des Buches und gleichzeitig eine Liebeserklärung an die Bibliotheken geschrieben hat. Auf Deutsch heißt es „Papyrus: Die Geschichte der Welt in Büchern".

Es beginnt mit der Bibliothek von Alexandrien, dem Weltwunder des Weltwissens, von der wir, da sie komplett zerstört wurde, nur noch aus Erzählungen und Berichten und eben jetzt aus dem Buch von Irene Vallejo wissen. Die Bücher flüstern einander in einem ewigen

Dialog zu, wie in der berühmten Szene in der Berliner Staatsbibliothek aus Wim Wenders' Film „Der Himmel über Berlin". Sie, die Bücher, bewahren und beschützen das große Wissen von allem, wie es auch der auf Spanisch schreibende, unendlich gelehrte Autor und Bibliothekar Jorge Luis Borges immer wieder gezeigt hat. Seine Erzählung „Die Bibliothek von Babel", schreibt Irene Vallejo, „führt uns in eine wundersame Bücherwelt, das vollständige Labyrinth der Träume und Wörter". Und er wiederum, Jorge Luis Borges, war das Vorbild für den blinden Bibliothekar Jorge von Burgos in Umberto Ecos „Der Name der Rose". Eine Bibliothek, so lernen wir dort allerdings, kann nicht nur der Ort unendlichen Wissens sein, sondern manchmal auch ein Ort für Mord und Niedertracht und Unterdrückung von Wissen.

Ja, es sind gewiss die Bücher, die uns die Welt beschreiben, die uns die Welt erklären, die uns die Welt verständlich werden lassen. Und es sind die Bücher, die uns die Welt und ihren jeweiligen Zustand kritisch sehen lassen, die uns dialog- und diskutierfähig machen, die uns den immer großen Unterschied deutlich machen zwischen der Welt, wie sie ist – und der Welt, wie sie sein könnte oder sein sollte.

Aber wir wissen: Bücher befördern nicht immer nur das Gute. Es ist nicht immer so, wie ein optimistisches Motto der diesjährigen Messe verkündet: „Worte verbinden

Welten." Es gibt schlimme und verlogene Bücher; es gibt zum Bösen, zur Feindschaft, zur Unmenschlichkeit verführende Schriften. Kein Krieg, das erleben wir auch jetzt wieder, ohne Pamphlete, ohne selbstrechtfertigende Reden, ohne Kampfschriften und leider auch nicht ohne hasserfüllte Bücher und Artikel.

Und ganz bewusst möchte ich an dieser Stelle einfügen: Die Zerstörung von Bibliotheken, von Verlagen, die schweren Folgen, die der Krieg für das gesamte Buch- und Verlagswesen in der Ukraine hat, darf uns nicht nur empören, sondern muss uns alle zur Hilfe und Unterstützung motivieren. Ich bin mir sicher: Auch hier auf der Buchmesse werden sich unter den Ausstellern nicht wenige finden, denen die Hilfe für den Wiederaufbau von Buch- und Verlagswesen in der Ukraine selbstverständlich ist. Ich danke Ihnen allen, die dazu bereit sind, schon jetzt. Diese materielle Hilfe, die dort dringend gebraucht wird, ist in einem sehr tiefen Sinn auch ein Dienst an der Wahrheit: ein Akt im Kampf gegen die mörderische Lüge und im Kampf für die Aufklärung.

Auch der Schriftsteller und Musiker Serhij Zhadan, dem am Sonntag in der Paulskirche der diesjährige Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen wird, hat seit der Besetzung der Krim im Jahre 2014 auf bewundernswerte Weise soziales und kulturelles Engagement in der Ostukraine vorgelebt und dies mit Beginn des brutalen

russischen Angriffskrieges noch einmal verstärkt, auch unter großen persönlichen Risiken. Von hier aus sage ich ihm dafür meinen Dank und meinen herzlichen Glückwunsch zum Friedenspreis!

Ohne Bücher gibt es keine Aufklärung. Die Geschichte der großen europäischen Bibliotheken ist untrennbar mit der Geschichte der Aufklärung verknüpft. Gerade vor einem halben Jahr war ich in der Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel, einer der bedeutendsten deutschen Bibliotheken, die 450 Jahre alt wurde. Einer ihrer Bibliothekare war der große Aufklärer Gotthold Ephraim Lessing.

Der Philosoph Hans Blumenberg hat einen seiner geistesgeschichtlichen Problemkrimis „Die Lesbarkeit der Welt" genannt. Dieser wunderbare Titel beschreibt auch die eigentliche Verheißung der Bibliotheken, ja eigentlich jedes guten Buches: dass die Welt nämlich „lesbar" ist, dass sie verständlich und erklärbar, dass sie der Vernunft zugänglich ist. Die Bücher sind nicht bloß eine Metapher für diese „Lesbarkeit der Welt" – sie sind das unverzichtbare Mittel genau dafür, die Welt, unser Leben, unsere Gesellschaft, kurzum: uns selbst verstehen zu können.

Niemand kann alle Bücher in ihrer jeweiligen Sprache lesen. Darum ist die Arbeit der Übersetzerinnen und

Übersetzer so unersetzlich. Ich freue mich deswegen, dass die diesjährige Buchmesse auf das Übersetzen, auf seine große Kunst und sein Handwerk auf eine besondere Weise aufmerksam macht durch das eigens eingerichtete Internationale Zentrum für Übersetzung. Einen herzlichen Dank an alle Übersetzerinnen und Übersetzer!

Das mehrdeutige Motto, unter dem diese Aktion steht, kann für den Geist der Buchmesse insgesamt stehen: „Translate. Transfer. Transform." Indem wir nämlich übersetzen, transferieren wir andere Gedanken, andere Lebensweisen, andere Reflexionen in unser eigenes Denken und in unser eigenes Leben. Und so geschieht immer wieder Veränderung.

Ich wünsche uns und Ihnen allen, dass die Frankfurter Buchmesse 2022 ein Lichtblick ist in verdunkelter Gegenwart. Und ich freue mich auf den Stapel neuer spanischer Literatur, der in meinem Wintergarten angewachsen ist, auf das Knistern beim Umschlagen der ersten Seiten eines neuen Buches, auf das Eintauchen in die Welt des antiken Alexandria, das gemeinsame Warten auf Cecilia, auf den Flug mit Aramburus Mauersegler und auf so vieles mehr.



Beim Rundgang im Spanischen Pavillon zur Eröffnung der Frankfurter Buchmesse auf dem Messegelände: Königin Letizia von Spanien, Elke Büdenbender, König Felipe VI. von Spanien; Elvira Marco, Projektleiterin für den Ehrengastauftritt Spaniens auf der Frankfurter Buchmesse; Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Nargess Eskandari-Grünberg, Bürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main (v. l. n. r.)



Im Großen Saal

„Wir müssen alles stärken, was uns verbindet“

Veranstaltung mit der Deutschen Nationalstiftung: „Alles stärken, was uns verbindet“
28. Oktober 2022, Schloss Bellevue

Jeder Mensch in unserem Land, der am 24. Februar aufwachte und die Bilder sah von Raketeneinschlägen in Kiew, von Panzerkolonnen auf ukrainischen Straßen, von der russischen Invasion auf breitester Front – jeder, der mit diesen Bildern erwachte, wusste: An diesem Morgen war die Welt eine andere geworden.

Für niemanden ist der Schrecken dieses Morgens so entsetzlich wie für die Menschen in der Ukraine selbst. Mit einigen von ihnen saß ich am Dienstag in Korjukiwka, einer kleinen Stadt nahe der weißrussischen Grenze, zusammen in einem Luftschutzkeller. Diese Menschen erzählten mir ihre Geschichten. Sie erzählten mir, wie dieser 24. Februar, wie der Schrecken des Krieges in ihr ganz normales Leben brach: der ungeheure Lärm der Einschläge, der Rauch, das Feuer, ihre pure Angst – diese Frauen und Männer zitterten, als sie mir davon berichteten. Eine ältere Frau erzählte, wie sie mit ihrem Enkel die schier endlose Kette von russischen Panzern, Lastern und Kriegsgerät vorbeirollen sah und der Enkel sie ansah und fragte: „Oma, müssen wir jetzt sterben?“ Die Großmutter konnte ihm die Frage nicht

beantworten – und das treibt ihr noch heute die Tränen in die Augen.

Meine Damen und Herren, jede und jeder von Ihnen erinnert sich an diesen 24. Februar. Auch ich. Das Sirenengeheul, der dunkle Rauch über Kiew, die schrecklichen Bilder dieses Morgens, sie gingen und gehen mir unter die Haut. Und sie markieren das endgültige, bittere Scheitern jahrelanger politischer Bemühungen, auch meiner, genau diesen schrecklichen Moment zu verhindern.

Der 24. Februar war ein Epochenbruch. Er hat auch uns in Deutschland in eine andere Zeit, in eine überwunden geglaubte Unsicherheit gestürzt: eine Zeit, gezeichnet von Krieg, Gewalt und Flucht, von Sorge vor der Ausbreitung des Krieges zum Flächenbrand in Europa. Eine Zeit schwerer wirtschaftlicher Verwerfungen, der Energiekrise und explodierender Preise. Eine Zeit, in der unser Erfolgsmodell der weltweit vernetzten Volkswirtschaft unter Druck geraten ist. Eine Zeit, in der gesellschaftlicher Zusammenhalt, das Vertrauen in Demokratie, mehr noch: das Vertrauen in uns selbst Schaden genommen haben.

Politik kann keine Wunder vollbringen. Niemand, auch kein Bundespräsident, kann in dieser zutiefst unsicheren Zeit alle Sorgen nehmen. Im Gegenteil: Ich glaube,

dass viele der Sorgen berechtigt sind. Wir erfahren die tiefste Krise, die unser wiedervereintes Deutschland erlebt.

Aber ich bin überzeugt: Wenn wir uns diesen Moment, diesen Epochenbruch bewusst machen, wenn wir uns einen Begriff machen von dem Zeitalter, das zu Ende gegangen ist, und dem neuen Zeitalter, das begonnen hat – dann, und nur dann, schärfen wir unseren Blick für das, was jetzt von uns verlangt wird. Und ich bin sicher: Dann müssen wir dieser neuen Zeit nicht angstvoll oder gar wehrlos entgegensehen.

Die Jahre vor dem 24. Februar waren für Deutschland eine Epoche im Rückenwind. Es waren Jahre, geprägt vom Glücksmoment der Deutschen Einheit, vom friedlichen Abzug der sowjetischen Truppen, vom Ende der Blockkonfrontation und dem Zusammenwachsen Europas. Es waren Jahre der Friedensdividende, von der wir Deutsche in der Mitte des vereinten Europas reichlich profitiert haben.

Und vielleicht auch das: Unser eigenes deutsches Glück prägte unseren Blick auf die Welt. Wir setzten darauf, dass wir von Freunden umgeben und der Krieg in Europa jedenfalls unvorstellbar geworden sei. Freiheit und Demokratie schienen überall auf dem Vormarsch, Handel und Wohlstand in alle Richtungen möglich.

Trotz aller Krisen jener Zeit und obwohl natürlich nicht alles gelungen ist, was wir uns erhofft haben: Diese Jahre waren gute Jahre! Deutschland, ein Land mit dieser dunklen Geschichte, war hineingewachsen in die Gemeinschaft der Staaten, respektiert, sogar beliebt bei den Partnern, mit wachsenden Gestaltungsspielräumen, auch wachsender Verantwortung in der Welt.

Und: Deutschland, ein Land so klein im Weltmaßstab und praktisch ohne eigene Ressourcen und Bodenschätze, war eine starke, moderne, global vernetzte Volkswirtschaft geworden – dank guter Bildung und Ausbildung, der Bereitschaft zu Reformen und Handelsbeziehungen in die ganze Welt.

Deshalb sage ich: Diese Jahre mit Rückenwind, sie waren gute Jahre. Nichts ist uns in den Schoß gefallen. Wir haben gearbeitet für Frieden und Wohlstand. Wir haben auf internationale Kooperation gesetzt und nach Regeln gespielt.

Dann kam der 24. Februar. Am 24. Februar hat Putin nicht nur Regeln gebrochen und das Spiel beendet. Nein, er hat das ganze Schachbrett umgeworfen!

Russlands brutaler Angriffskrieg in der Ukraine hat die europäische Sicherheitsordnung in Schutt und Asche gelegt. In seiner imperialen Besessenheit hat der russische

Präsident das Völkerrecht gebrochen, Grenzen in Frage gestellt, Landraub begangen. Der russische Angriff ist ein Angriff auf alle Lehren, die die Welt aus zwei Weltkriegen im vergangenen Jahrhundert gezogen hatte.

Heute sind diese gemeinsamen friedenswahrenden Lehren verblasst. An die Stelle des Austausches, der Suche nach dem Verbindenden tritt mehr und mehr das Ringen um Dominanz. Chinas wirtschaftlicher und politischer Machtanspruch ist darin ein zentraler Faktor. Dieses Ringen wird die Zukunft der internationalen Beziehungen auf lange Sicht prägen. Die traurige Wahrheit ist leider: Die Welt ist auf dem Weg in eine Phase der Konfrontation, obwohl sie doch dringender denn je auf Kooperation angewiesen wäre. Klimawandel, Artensterben, Pandemien, Hunger, Migration, nichts davon lässt sich lösen ohne die Bereitschaft und den Willen zu internationaler Zusammenarbeit. Und deshalb darf das Bemühen darum – trotz Krise und Krieg – nicht aufgegeben werden!

Was bedeutet das für uns in Deutschland? Meine Antwort ist: Es kommen härtere Jahre, raue Jahre auf uns zu. Die Friedensdividende ist aufgezehrt. Es beginnt für Deutschland eine Epoche im Gegenwind.

Um in dieser Zeit zu bestehen, können wir auf die Kraft und Stärke bauen, die wir uns in den vergangenen Jahren erarbeitet haben. Und helfen werden uns Erfahrungen,

die wir bei der Überwindung anderer schwerer Krisen gemacht haben. Vergessen wir – bei allen Sorgen – gerade jetzt nicht: Wir sind wirtschaftlich stark, stärker als viele andere. Wir haben gute Forschung, starke Unternehmen und einen leistungsfähigen Staat. Wir haben eine große und starke Mitte in unserer Gesellschaft.

Aber zu den Stärken, die uns bislang geholfen haben, muss etwas hinzukommen: Wir müssen konfliktfähig werden, nach innen wie nach außen. Wir brauchen den Willen zur Selbstbehauptung; und wir brauchen auch die Kraft zur Selbstbeschränkung. Wir brauchen keine Kriegsmentalität – aber wir brauchen Widerstandsgeist und Widerstandskraft!

Dazu gehört zuallererst eine starke und gut ausgestattete Bundeswehr. Diese Erwartung haben unsere Bürger, und die haben auch unsere Nachbarn und Partner. Wir sind das starke Land in der Mitte Europas. Wir sind in der Pflicht, unseren Beitrag zur Bündnisverteidigung zu leisten – heute viel mehr als in einer Zeit, in der andere, vor allem die USA, die schützende Hand über uns gehalten haben. Wir konnten uns lange auf andere verlassen und können das auch weiterhin. Aber jetzt müssen sich andere auch auf uns verlassen können.

Ich versichere unseren Partnern: Deutschland nimmt seine Verantwortung an, in der NATO und in Europa. Das

zeigen die sicherheitspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung seit der Zeitenwende vom 24. Februar. Das zeigt vor allem aber auch die breite öffentliche Zustimmung, mit der diese Entscheidungen getragen werden.

Und – das ist mir besonders wichtig – das zeigt vielleicht auch die wachsende Aufmerksamkeit und der wachsende Respekt für die Bundeswehr in der Breite der Gesellschaft. Endlich, sage ich. Das ist höchste Zeit. Diese Gesellschaft braucht eine starke Bundeswehr – aber die Bundeswehr braucht auch eine Gesellschaft, die ihr den Rücken stärkt. Dafür werde ich als Bundespräsident weiter einstehen.

Konfliktfähigkeit und Widerstandskraft erfordern noch mehr als das. In dem Maße, in dem die Erwartungen an uns wachsen, wird auch die Kritik an uns zunehmen. Damit müssen wir erwachsen umgehen und nicht jede Kritik von außen umgehend als Munition in der innenpolitischen Auseinandersetzung missbrauchen.

Dass ein Land wie unseres in der Kritik steht, daran werden wir uns gewöhnen müssen. Schauen wir auf die USA, die haben viel Übung darin. Die USA sind globale Führungsmacht. Sie werden kritisiert für das, was sie tun, und für das, was sie nicht tun. Sie können nicht auf

andere zeigen oder höhere Instanzen anrufen. Sie müssen wissen, was sie tun und warum.

Und Deutschland? Nein, Deutschland ist keine globale Führungsmacht. Aber wir sind einer der Großen in Europa. Von uns wird Führung erwartet, Führung im Interesse Europas. Entscheidend ist nicht der Applaus des Publikums. Entscheidend ist die Stärkung Europas. Je unsicherer die Welt um uns herum, desto sicherer müssen wir uns über diesen gemeinsamen Weg sein.

Zu einem offenen Blick in die neue Zeit gehören auch schwierige Fragen an uns selbst. Die Welt seit dem Epochenbruch ist eine andere – und das bedeutet, dass wir von alten Denkmustern und Hoffnungen Abschied nehmen müssen.

Das gilt ganz besonders für unseren Blick auf Russland. Ich weiß, dass sich viele Menschen in unserem Land Russland und seinen Menschen verbunden fühlen, russische Musik und Literatur lieben. In Ostdeutschland kommen ganz unterschiedliche, höchst kontroverse Erinnerungen an vierzig Jahre Geschichte hinzu, die bis heute nachwirken. Im Osten und im Westen sind wir dankbar für das Wunder der Wiedervereinigung und vergessen nicht, dass wir Michail Gorbatschow verdanken, dass sie friedlich blieb.

Dass die sowjetischen Truppen ohne einen Schuss abzugeben nach Hause zurückgekehrt sind, das hat viel Hoffnung auf eine friedliche Zukunft gemacht. Und diese Hoffnung hatte auch ich, und sie war Antrieb für meine Arbeit in vielen Jahren.

Aber wenn wir auf das Russland von heute schauen, dann ist eben kein Platz für alte Träume. Unsere Länder stehen heute gegeneinander. Putin führt eine Invasionsarmee, und die Ukrainer verteidigen ihr Land, das sie seit ihrer Unabhängigkeit, seit dreißig Jahren aufbauen. Russlands Angriffskrieg hat Gorbatschows Traum vom „gemeinsamen Haus Europa“ zertrümmert. Er ist ein Angriff auf das Recht, auf die Prinzipien von Gewaltverzicht und unverletzlicher Grenzen. Er ist ein Angriff auf alles, wofür auch wir Deutsche stehen. Wer also schulterzuckend fragt „Was geht denn dieser Krieg uns hier in Deutschland an?“, redet, wie ich finde, unverantwortlich, aber vor allem geschichtsvergessen. Mit dieser Haltung können wir als Deutsche in Europa nicht bestehen – diese Haltung ist falsch!

Und deshalb, lieber Herr Botschafter Makeiev, unterstützen wir die Ukraine, solange es nötig sein wird. Wir unterstützen sie militärisch – Ihr Präsident hat mir gerade berichtet, wie lebensrettend die deutschen Luftverteidigungssysteme sind. Wir unterstützen sie auch finanziell und politisch. Wir unterstützen sie ganz akut

beim schnellen Wiederaufbau nach Russlands wirklich niederträchtigen Angriffen auf Strom, Heizung, warmes Wasser, auf alle lebenswichtigen Infrastrukturen vor dem nahenden Winter.

Und ich rede nicht nur, Herr Botschafter, über Unterstützung durch Politik. Es gibt so viele Menschen in Deutschland, die mithelfen, die Flüchtlinge aufgenommen haben oder ihnen auf dem Weg in unsere Schulen, Ämter und Betriebe zur Seite stehen. Es gibt unzählige zivilgesellschaftliche Initiativen, Städtepartnerschaften, kommunale Netzwerke, die ganz konkret in der Ukraine Hilfe leisten. Dafür möchte ich Ihnen allen in unserem Land heute danken, Ihnen allen, die diese lebenswichtige Hilfe leisten und dafür sorgen, dass sie weitergeht – meinen aufrichtigen Dank für das, was Sie tun!

Und weil dieser Krieg auch uns betrifft, führt auch an wirtschaftlichem Druck auf Russland kein Weg vorbei. Das sage ich denen, die mich fragen, warum wir denn Lasten tragen sollen für den Krieg in einem anderen Land. „Schaden die Sanktionen nicht vielmehr uns selbst? Können wir sie nicht einfach sein lassen?“ Solche Fragen höre ich häufig in diesen Tagen, und ich will sie gar nicht abtun, denn die Ängste, die dahinterstehen, sind real. Was ich sagen will: Wir müssen diese Fragen beantworten.

Sanktionen, Abbruch von Kontakten, Waffenlieferungen in einen tobenden Krieg: Nichts davon ist Alltag, nichts davon verträgt sich mit unseren bisherigen Vorstellungen von einem friedlichen Miteinander. Aber wir leben eben nicht in einer idealen Welt, wir leben im Konflikt. Und dafür brauchen wir Konfliktinstrumente. Und ja, Sanktionen haben Kosten, auch für uns. Was wäre denn die Alternative? Tatenlos diesem verbrecherischen Angriff zuschauen? Einfach weitermachen, als wäre nichts geschehen? Es ist doch unser Interesse, dass wir uns mit unseren Partnern Russlands Rechtsbruch entgegenstemmen. Es ist unser Interesse, dass wir uns aus Abhängigkeiten von einem Regime lösen, das Panzer rollen lässt gegen ein Nachbarland und Energie als Waffe benutzt. Es ist unser Interesse, uns selbst zu schützen und unsere Verwundbarkeit zu reduzieren. Niemand hat das klarer und kürzer gesagt als die estnische Ministerpräsidentin vor Kurzem: „Energie mag teurer werden, aber die Freiheit ist unbezahlbar.“

Ich habe gesagt: Wir leben im Konflikt, und dieser Krieg geht uns etwas an. Aber ebenso wichtig ist mir: Unser Land ist nicht im Krieg. Und wir wollen auch nicht, dass sich das ändert. Eine Ausweitung des Krieges, gar eine nukleare Eskalation, die muss verhindert werden.

Und ich weiß: Viele Menschen in unserem Land sehnen sich nach Frieden. Einige glauben, es fehle an ernsthaften

Bemühungen unsererseits, ja gar an Bereitschaft zum Verhandeln. Ich kann Ihnen versichern: Niemandem, der bei Sinnen ist, fehlt der Wille. Aber die Wahrheit ist: Im Angesicht des Bösen reicht eben guter Wille nicht aus.

Denn nichts anderes sind Russlands brutale Attacken in den letzten acht Monaten: niederträchtig und menschenverachtend. Ein vermeintlicher Friede, der solches Handeln belohnt, ein Friede, der Putins Landraub besiegelt, ist kein Friede. Er würde für viele Menschen in der Ukraine eine Schreckensherrschaft bedeuten, würde sie der Willkür und Gewalt der russischen Besatzer überlassen. Schlimmer noch: Ein solcher Scheinfriede würde Putins Hunger noch vergrößern. Moldawien und Georgien, auch unsere Partner im Baltikum leben in Angst.

Auch die Menschen in der Ukraine, die Frauen und Männer und Kinder, die täglich vor den russischen Raketenangriffen in die Keller flüchten, auch die wünschen sich Frieden, dringlicher noch als wir. Aber sie haben doch recht, wenn sie sagen: Der Friede, den wir uns ersehnen, muss ein gerechter Friede sein. Ein Friede, der die Unabhängigkeit und Freiheit der Ukraine bewahrt. Ein ungerechter Friede ist keine Lösung, weil er den Keim neuer Gewalt in sich trägt. Mehr noch, ein ungerechter Friede würde all jene auf der Welt bestärken, deren Machthunger

kein Recht und keine Regeln kennt. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

Den Frieden wollen, aber Waffen ins Kampfgebiet liefern; eine Kriegspartei unterstützen, aber selbst nicht im Krieg sein; Sanktionen gegen andere beschließen, aber auch selbst darunter leiden – ja, das sind Widersprüche. Und ich höre jeden Tag, wie viele Deutsche daran zweifeln, manche sogar verzweifeln.

Es ist für uns Deutsche eine Zerreißprobe. Der Gegenwind bläst tief hinein in unser Land. Die neue Zeit fordert uns heraus wie lange nicht mehr. Es ist eine Zerreißprobe, die uns auch keiner abnimmt und für die es keinen einfachen Ausweg gibt. Wie können wir das bestehen als Land, das selbst verunsichert ist? Woher nehmen wir die Stärke, Widersprüche auszuhalten, wenn wir selbst von Zweifeln geplagt sind?

Ich glaube: Dieser Moment der Krise muss für uns zunächst ein Moment der Selbstvergewisserung sein. Machen wir uns klar: Das, was uns im Kern ausmacht, das hat Bestand. Auch in Zeiten des Gegenwinds bleiben wir, wer wir sind: eine starke Demokratie in der Mitte Europas. Eine freie, vielfältige Republik von selbstbestimmten Bürgerinnen und Bürgern.

Was der Epochenbruch, von dem ich spreche, verändert, sind nicht die Werte, für die wir stehen. Aber die Ziele müssen wir schärfen und anpassen an die neuen Herausforderungen. Wir wollen in zwei Jahren sagen können: Wir haben die wirtschaftliche Talsohle durchschritten. Wir wollen in fünf Jahren sagen können: Nicht nur die Ukraine hat ihre Souveränität behauptet, auch wir selbst müssen keine Angst vor neuen Kriegen in Europa haben. Wir wollen in zehn Jahren sagen können: Wir haben diese Gesellschaft zusammengehalten, die Schwächeren untergehakt und mitgenommen; und die Mehrheit hat ihr Vertrauen in die Demokratie bewahrt. Wir wollen in fünfzehn Jahren sagen können: Trotz Krieg und Krise haben wir sichergestellt, dass auch den nachfolgenden Generationen ein gutes Leben auf unserer Erde möglich ist.

Ja, wahrscheinlich können wir die Erfolgsgeschichte unseres Landes nicht in derselben Taktzahl fortschreiben wie in den letzten drei Jahrzehnten. Aber das Wesentliche wird wieder wichtig, und das verdient unsere ganze Kraft.

Ich sage „unsere“ Kraft, und ich sage das ganz bewusst. Liebe Landsleute, diese neue Zeit, sie fordert jeden Einzelnen. Vielleicht konnte man in den Zeiten mit Rückenwind noch durchkommen, ohne sich selbst großartig einzusetzen. Vielleicht konnte man es sich erlauben,

Politik einfach anderen zu überlassen. Das gilt heute nicht mehr. Deutschland, unser Land, braucht Ihren Willen zur Veränderung, braucht Ihren Einsatz für das Gemeinwesen, damit wir dort ankommen, wo wir hinwollen!

Was also verlangt das Wesentliche? Und was sind wir bereit, uns abzuverlangen? Klar ist: Wir müssen in den nächsten Jahren Einschränkungen hinnehmen. Das spüren die meisten längst. Jeder muss beitragen, was er kann. Und diese Krise verlangt, dass wir wieder lernen, uns zu bescheiden.

Das mag nun wie Hohn klingen in den Ohren derer, die schon heute nicht über die Runden kommen. Ich weiß, dass auch in unserem reichen Land viele nicht verzichten können, weil ihr gesamter Alltag bereits aus Verzicht besteht. Diese Krise trifft Menschen, die schon vor dem Kriegsausbruch jeden Tag für ihr Auskommen zu kämpfen hatten, für ihre Wohnung oder für ein gutes Leben ihrer Kinder. Diese Krise trifft Betriebe, Selbständige, Läden, die gut liefen, die aber jetzt wegen unterbrochener Lieferketten und hoher Energiepreise in die Schieflage geraten.

Deshalb muss am Beginn jeder Debatte die Versicherung stehen: Unser Staat lässt Sie auch in dieser Zeit nicht allein! Er setzt seine Kraft ein, um denen zu helfen, die

es allein nicht schaffen. Entlastungspakete, Abwehrschirm, Gaspreisbremse, Wohngeld und Unterstützungsleistungen für Unternehmen, die großen wie die kleinen, zeugen von diesem Willen. Wichtig ist: Diese Unterstützung muss jetzt rasch bei den Betroffenen ankommen. Kein Staat in Europa, auch das gehört zur Wahrheit, kann so viel für seine Bürger tun wie unser Land. Aber auch unser Staat wird nicht jede Belastung auffangen können. Und er muss es nicht! Denn die Krise trifft auch auf die Vielen, denen es – zum Glück! – gut geht, die stark sind, die in den Jahren des Rückenwinds zu Wohlstand und Sicherheit gekommen sind. Sie können sich einschränken, ohne dass existenzielle Not entsteht. Und es gibt auch Bereitschaft dazu, wie mir manche sogar schreiben. Vertrauen wir auf diese starke Mitte unserer Gesellschaft!

Und schließlich trifft diese Krise auch auf viele wohlhabende, reiche Menschen in unserem Land. Menschen, die viel haben und mehr tragen können. Sie müssen jetzt helfen, um die immensen Kosten der notwendigen Entlastungen überhaupt stemmen zu können. Sie müssen jetzt dazu beitragen, neue Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Beeindruckende Entlastungspakete sind wichtig. Aber nicht weniger wichtig ist Gerechtigkeit bei der Verteilung der Lasten! Davon wird viel abhängen, glaube ich.

Liebe Landsleute, mir ist völlig klar: Niemand schränkt sich gern ein. Aber ich wünsche mir, dass wir unsere Perspektive verändern. Dass wir nicht als Erstes fragen: „Wer kann mir die Last abnehmen?“ Sondern eher: „Hilft das, um gemeinsam durch die Krise zu kommen?“ Das ist die Haltung, mit der wir jetzt, so hoffe ich, gemeinsam durch den Winter gehen.

Doch zur Wahrheit gehört auch: Mit diesem Winter ist es nicht getan. So sehr uns die Sorgen vor Inflation, Energiepreisen und dem Krieg gerade umtreiben: Es wird auch nach diesem Winter, auch nach dieser wirtschaftlichen Talsohle kein einfaches Zurück zum Davor geben können. Denn auch wenn der Krieg die politische Tagesordnung verschoben hat: Der Klimawandel fordert ebenfalls unser entschiedenes Handeln, gerade jetzt! Ich mache mir ehrlich gesagt Sorgen, dass diese Menschheitsaufgabe zu sehr in den Hintergrund gerät. Der Klimawandel macht keine Ukraine-Pause!

Klar ist: Wenn wir Emissionen drastisch reduzieren und uns von fossilen Energien lösen wollen, müssen wir manche lieb gewordene Gewohnheit aufgeben, im Kleinen wie im Großen. Von der Frage, wie – und wie schnell – wir uns fortbewegen, was wir essen, bis hin zur Frage, wie wir bauen und wohnen. Auch hier kann jeder Einzelne seinen Beitrag leisten. Beginnen wir sofort damit! Jeder noch so kleine Schritt ist besser als keiner.

Aber trotzdem werden diese individuellen Anstrengungen natürlich nicht ausreichen. Unser Land, unser erfolgreiches Wirtschaftsmodell steht vor einem historischen Umbau. Wir verlassen gerade die Ära der fossilen Industrialisierung, eine Ära, die Deutschlands Aufstieg als Exportnation begründet und begleitet hat. Und wir treten ein in ein Zeitalter zunehmend ohne Kohle, Öl und Gas, in dem sich Deutschland neu beweisen muss und neu beweisen wird. Darin liegen, bei aller Herausforderung, über die ich spreche, auch wirklich große Chancen für unser Land! Dass wir diese Chancen tatsächlich nutzen, dass neuer Wohlstand auf neuen, besseren Grundlagen möglich wird, das ist jetzt die vordringliche Aufgabe von Ingenieurinnen und Entwicklern, von Wirtschaft und Politik. Und dafür, dass diese Aufgabe gelingt, sind unsere Chancen, wie ich finde, gut.

Und weil der Klimawandel in der Welt nur gemeinsam abgewendet werden kann, müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass es in Zukunft weiterhin Institutionen und Kooperationen geben wird, die über die wachsenden geopolitischen Gräben hinweg eine neue Blockkonfrontation vermeiden. Eine Zweiteilung der Welt in „Wir gegen Die“ ist, so bin ich überzeugt, nicht in unserem Interesse. Ja, wir müssen unsere Verwundbarkeit reduzieren, wir müssen einseitige Abhängigkeiten verringern. Aber das bedeutet eben nicht weniger Vernetzung mit der Welt, sondern, das wird Sie überraschen, mehr.

Nicht binden an wenige, sondern Chancen und Risiken streuen. Deshalb rate ich uns: Verlernen wir nach dem Epochenbruch, über den wir sprechen, nicht all das, was deutsche Außenpolitik stark gemacht hat: die europäische Verankerung, das Bemühen um internationale Zusammenarbeit, um gemeinsame Regeln, den Dialog zwischen den Verschiedenen, das Werben um Partner, die anders sind als wir. Das ist keine Stilfrage, sondern eine Überlebensfrage.

Ohne den Kampf gegen den Klimawandel ist alles nichts. Er braucht unsere ganze Kraft. Beweisen wir jetzt unsere Stärke in der Veränderung! Ermöglichen wir unseren Kindern und Kindeskindern ein gutes Leben auf unserem Planeten! Wir haben das in der Hand!

Meine Damen und Herren, wir schränken uns ein, um durch die Krise zu kommen. Wir verändern uns, um unsere Erde zu erhalten. Noch ein Drittes wird uns abverlangt in dieser Epoche: Wir brauchen aktive, widerstandskräftige Bürgerinnen und Bürger.

Denn in diesen Zeiten des Gegenwinds nehmen die Angriffe auf unsere freie Gesellschaft zu. Putin versucht, Europa zu spalten; und er trägt dieses Gift auch ins Innere unserer Gesellschaft. Wir sind verletzlich, weil wir offen sind und weil wir auch offen bleiben wollen. Das Netz der Bahn, das freie Internet, die Software auf

unseren Handys, unsere Energieversorgung – all das, das wissen Sie, ist bereits Ziel von Angriffen geworden. Wir werden uns besser schützen müssen.

Aber auch unsere Demokratie gehört zur kritischen Infrastruktur. Und sie steht unter Druck. Sie schützen können nur wir selbst. Das verlangt von uns Demokraten mehr als Bekenntnisse. Es verlangt Engagement und – auch hier wieder – Widerstandsgeist und Widerstandskraft.

Widerstandskräftige Bürger treten ein für ihre Meinungen, äußern ihre Sorgen – aber sie lassen sich nicht vereinnahmen von denen, die unsere Demokratie attackieren. Widerstandskräftige Bürger unterscheiden zwischen der notwendigen Kritik an politischen Entscheidungen – und dem Generalangriff auf unser politisches System. Widerstandskräftige Bürger halten Unsicherheit aus und lassen sich nicht verführen von denen, die einfache Lösungen versprechen. Sie erwarten mit Recht, dass Politik sich in dieser schwierigen Zeit auf das Wichtigste konzentriert, dass Pragmatismus über ritualisierte Schaukämpfe siegt. Widerstandskräftige Bürger fordern Freiraum für ihre eigene Art zu leben – aber sie vergessen nicht, wie sehr wir alle auf andere angewiesen sind. Widerstandskräftige Bürger verlangen sich etwas ab: Respekt und Vernunft zum Beispiel. Das ist schwer, richtig schwer! Aber nur so können wir dem Gift des Populismus, der Gefahr des Auseinanderdriftens wirksam etwas entgegensetzen.

Und am Ende kommt es auch darauf an, wenn wir im Gegenwind stehen: Anstatt uns weiter auseinandertreiben zu lassen, müssen wir alles stärken, was uns verbindet.

Alles stärken, was uns verbindet – zum Beispiel zwischen Jung und Alt. Viele jüngere Menschen sind ungeduldig und werfen den Älteren vor, dass sie zu sorglos mit unserem Planeten umgegangen sind, zu zögerlich umgesteuert haben. Die Jüngeren fühlen sich betrogen; die Älteren fühlen sich abgewertet in dem, was sie für ihre Kinder und ihr Land getan haben. Spielen wir die Generationen nicht gegeneinander aus! Daraus kann nichts Gemeinsames entstehen. Und wir alle haben doch hoffentlich das gleiche Ziel! Wir wollen unser Land verändern, wir wollen es zu einem besseren machen – und das geht eben nur gemeinsam. Und so kommt auf uns Ältere, auf meine Generation jetzt die Aufgabe zu, selbst spät im Leben das Gewohnte noch einmal zu überdenken und mitzuhelfen, dass Veränderung gelingt. Und den Jüngeren, auch den vielen hier im Saal, sage ich: Es ist jetzt an Euch, in die Verantwortung zu gehen, Euch einzubringen, gerne kritisch, nicht destruktiv, und unser Land zu verändern, es vielleicht sogar besser zu machen als die Generationen davor. Meine Unterstützung habt Ihr, haben Sie!

Oder schauen wir auf manches Unverständnis zwischen Ost und West. Auch hier ist zu stärken, was uns verbindet. Viele Menschen in Ostdeutschland erleben gerade gefühlt die Rückkehr in die 1990er Jahre, als schon einmal Sicherheiten einstürzten und Existenzen zusammenbrachen. Wie viel von dieser Erfahrung, von dieser Angst ist im Westen wirklich angekommen? Wir müssen es diesmal besser machen, im Angesicht einer Krise, die den Osten erneut härter trifft, weil auch 32 Jahre nach der Wiedervereinigung die Energieversorgung schwieriger, die Einkommen niedriger und die Ersparnisse geringer sind bei den Menschen. Zu stärken, was uns verbindet, bedeutet heute dafür zu sorgen, dass der Osten nicht hinten herunterfällt. Ich weiß, dass dort die Sorgen groß sind. Aber ich weiß auch, wie viel Licht am Horizont ist, wie viele Gründer, wie viel innovative Technologien auf Weltniveau aus Ostdeutschland kommen dank bester Universitäten und Forschungsinstitute. Ein Unternehmen aus Thüringen ist gerade zum zweiten Mal mit dem Deutschen Zukunftspreis ausgezeichnet worden. Ersehnte Ansiedlungen von Halbleiterproduktion finden in Sachsen und demnächst auch in Sachsen-Anhalt statt. Führende Unternehmen der Elektromobilität finden auch in Brandenburg ihren Platz. Das alles sind mehr als ermutigende Einzelfälle. Arbeiten wir an dieser neuen und nachhaltigen Stärke Ostdeutschlands. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe!

Und das Verbindende zu stärken, diese Aufgabe stellt sich auch zwischen Stadt und Land. Viele Menschen, die in ländlichen Regionen leben – und das ist die Mehrheit in unserem Land –, finden sich nicht wieder in den Debatten, die wir in der Hauptstadt führen, Debatten, die häufig noch viel weiter von ihren tatsächlichen Problemen entfernt sind als der nächste Facharzt oder die Poststelle. Umgekehrt blicken viele Menschen in der Großstadt manchmal in einer Mischung aus Verklärung und Überheblichkeit auf die ländlichen Räume, sehnen sich nach Ruhe und Abgeschiedenheit – die man aber nur am Wochenende genießen will. Woran es häufig fehlt, ist die ehrliche Anerkennung von unterschiedlichen Lebensbedingungen von Stadt und Land; woran es fehlt, ist die Bereitschaft, die Bedürfnisse von Menschen im ländlichen Raum ernst zu nehmen, die Lebensqualität in den Dörfern und kleinen Städten zu erhalten. Und dazu braucht es mehr als eine stabile Internetverbindung. Es verlangt Aufmerksamkeit, und es verlangt Respekt für ein anderes Leben. Wagen wir doch ruhig häufiger einmal den Blick über den eigenen Tellerrand, über die eigene Wirklichkeit hinweg! Ich glaube, das können, das müssen wir uns abverlangen in einem gemeinsamen Land.

Reich und Arm, Jung und Alt, Stadt und Land: Verbindungen stärken, über Generationen und vor allen Dingen Lebenswelten hinweg – darum geht es mir jetzt. Ich bin

jedem dankbar, der an mehr denkt als nur sich selbst. Viele Menschen in unserem Land tun es. Diese Menschen sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Aber dieses Lob aufs Ehrenamt, das darf nicht mehr nur Sache von Sonntagsreden sein. Fakt ist: Das klassische Ehrenamt altert, Verantwortung verteilt sich auf weniger Schultern. Dabei ist der Einsatz für andere – gerade in den Zeiten des Gegenwinds – unverzichtbar! Oder ich könnte sagen: systemrelevant! Deshalb müssen wir neue Wege finden, wie wir Entfremdung entgegenwirken, unsere Gesellschaft, unseren Gemeinsinn stärken.

Dazu habe ich einen Vorschlag gemacht. Und ich sage es offen, ich habe nicht erwartet, dass die Idee einer sozialen Pflichtzeit nur Begeisterung hervorruft. Was ich will, ist eine ehrliche Debatte über unser Engagement für das gemeinsame Ganze. Eine Debatte, die hoffentlich nicht wieder im Nichts enden wird! Ich bin und bleibe überzeugt, dass es keine Zumutung ist, wenn wir die Menschen fragen, was sie für den Zusammenhalt in diesem Lande zu tun bereit sind.

Denn, und das ist meine wirklich tiefe Überzeugung: Demokratie geht nicht ohne Zusammenhalt. Zusammenhalt entsteht nicht von selbst. Er muss auch eingeübt werden. Er ist das Ergebnis von Menschen, von Empathie, von Verantwortung, von Nächstenliebe. Die Idee der sozialen Pflichtzeit einfach nur abzulehnen, das ist

keine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Vielleicht gibt es andere überzeugende Konzepte. Aber soll das ewige Plädoyer für Zusammenhalt nicht folgenlos bleiben, dann brauchen wir mehr: mehr Ideen und mehr Menschen, die – mindestens einmal im Leben – für eine gewisse Zeit sich den Sorgen ganz anderer, zuvor fremder Menschen widmen, für diese Menschen schlicht und einfach da sind. So stärken wir, was uns verbindet; und darauf kommt es jetzt an – mehr als je zuvor!

Liebe Gäste, zum Schluss: Staatsbürger und Staatsbürgerin zu sein in Zeiten der Krise, Widerstandskraft beweisen im Gegenwind, das verlangt uns etwas ab. Wir stehen heute zum ersten Mal in der Geschichte des vereinten Deutschlands gemeinsam an einem Scheidepunkt. Trauen wir uns zu, aufzubrechen in diese neue Zeit mit ihren neuen Herausforderungen? Sind wir gewappnet für das, was von uns gefordert wird?

Ich bin überzeugt: Aus dieser Herausforderung heraus kann neue Stärke, kann auch neue Einheit wachsen. Es wird nicht einfach sein, und es wird anstrengend sein. Ja, wir werden durch eine Zeit der Belastungen und der Unsicherheiten gehen, bevor wir neue Sicherheiten und wieder ganz festen Grund unter den Füßen haben. Ich wünsche mir, dass wir uns bei all den Mühen nicht aus den Augen verlieren, dass wir unsere Kraft jetzt nicht im täglichen Gegeneinander vergeuden. Wenn wir

zusammenhalten, wenn wir Mut und Ehrgeiz beweisen, dann bin ich mir sicher: Wir werden dieser Aufgabe gewachsen sein.

Wir bewahren unsere Freiheit, unsere Demokratie. Wir machen Deutschland zu einer neuen Industrienation: technologisch führend, klimaverantwortlich, in der Mitte Europas. Vernetzt, aber weniger verwundbar. Wehrhaft, aber nicht kriegerisch. Ein offenes, freundliches Land mit mehr und neuen internationalen Partnern.

Ich bin überzeugt: Unser Land hat die Kraft, Krisen zu überwinden. Es hat die Menschen, die immer wieder dafür arbeiten, die Unternehmerinnen, die Forscher, die Ingenieure, die Facharbeiterinnen. Unser Land hat das Wissen und die Ideen, die Erfahrung von Generationen und den Ehrgeiz der Jugend.

Vertrauen wir einander – und vertrauen wir uns selbst! Und lassen wir uns nicht entmutigen vom Gegenwind, der uns in dieser neuen Zeit entgegenweht. Es kommt nicht darauf an, dass alle dasselbe tun – aber dass wir eines gemeinsam im Sinn haben: alles zu stärken, was uns verbindet! Das ist die Aufgabe. Tun wir's.



Selfie mit Jugendlichen beim Empfang im Langhanssaal



Preisverleihung im Maritim-Hotel

„Sie führen uns vor Augen, was alles in unserem Land steckt“

Verleihung des Deutschen Umweltpreises 2022
30. Oktober 2022, Magdeburg

In meinem Terminkalender ist die Verleihung des Deutschen Umweltpreises fest etabliert. Jahr für Jahr sehen wir uns aus diesem Anlass. Aber die Verleihung selbst ist alles andere als ein Routinetermin, ganz im Gegenteil: Diese Preisverleihung gewinnt von Jahr zu Jahr an politischer und gesellschaftlicher Bedeutung. Und das hat Gründe. Artensterben und Klimawandel, wir alle wissen es, schreiten mit zunehmender Geschwindigkeit voran.

Extreme Wetterereignisse begleiten auch uns mittlerweile durch das Jahr. Ich denke nicht nur an die todbringenden Wasserfluten an Erft und Ahr. Nicht minder gefährlich sind die langen Dürreperioden, die wir hier im norddeutschen Raum, in Brandenburg und Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren hatten. Mehr denn je brauchen wir Menschen, die uns Wege aufzeigen, um Tiere und Pflanzen zu erhalten und die Erderwärmung zu stoppen. Mehr denn je brauchen wir Menschen, die es möglich machen, dass wir in Zukunft besser im Einklang mit der Natur leben und wirtschaften.

In diesem Herbst geht von der Verleihung des Deutschen Umweltpreises ein ganz besonderes Signal aus. Russlands brutaler Angriffskrieg bringt Tod, Leid und Zerstörung über die Menschen in der Ukraine; er beeinträchtigt europaweit die Energieversorgung, treibt die Preise in die Höhe, belastet Unternehmen und Bürger; er verschlechtert die Ernährungslage vor allen Dingen in den ärmeren Ländern dieser Welt.

Und dieser Krieg, auch das gehört zur Wahrheit, hat katastrophale Folgen für Umwelt und Klima. Und ich meine nicht nur die in der Ukraine in Brand geschossenen Raffinerien, Chemiewerke, Kohlegruben und Tanklager: Der Krieg wirft uns in der dringend notwendigen Klimadebatte wieder zurück. Er kostet Geld und politische Energie; und beides brauchen wir so dringend im Kampf gegen das Artensterben und die Erderwärmung heute. Er führt vor allen Dingen – das sage ich jetzt in den Tagen vor Sharm El Sheikh – zu neuen Frontbildungen weltweit und verschlechtert damit die Chancen für gemeinsames globales Handeln, das doch nie dringender war als gerade jetzt in diesen Zeiten!

Und wir wissen doch: Der Klimawandel macht wegen des Krieges keine Pause.

Dieser Krieg ist ein Verbrechen, das Russland an den Ukrainerinnen und Ukrainern begeht. Er ist ein Angriff auf

ihr Recht auf Selbstbestimmung, auf ihre Demokratie, auch auf die Freiheit in ganz Europa. Und er ist auch ein Anschlag auf Wirtschaft, Umwelt und Klima. Dieser Krieg stellt unser Land und unsere Gesellschaft vor wirklich gewaltige Herausforderungen; und es muss uns gelingen, mehrere Dinge gleichzeitig zu tun – und möglichst nichts davon halbherzig.

Wir müssen die Ukraine weiter unterstützen, militärisch, politisch, finanziell und humanitär. Wir müssen auch unsere Demokratie verteidigen, alles stärken, was uns verbindet. Wir müssen unsere Energieversorgung, unsere Wirtschaft krisenfest machen, die weltweite Vernetzung ausbauen und einseitige Abhängigkeiten von rohstoffreichen Staaten überwinden, wo immer das möglich ist. Und wir müssen den ökologischen Umbau unseres Landes noch entschlossener voranbringen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass der Kampf gegen den Klimawandel auf der politischen Tagesordnung nach unten rutscht, dass der Umwelt- und Klimaschutz angesichts des Krieges vielleicht sogar auf unbestimmte Zeit verschoben wird. Unsere Handlungsmaxime darf jetzt nicht „Dann eben später." lauten, sondern vielmehr: „Jetzt erst recht!"

Wir müssen noch schneller ins postfossile Zeitalter aufbrechen; wir müssen unsere Energieversorgung, unsere

Industrie, unsere Mobilität noch schneller klimaneutral machen. Als ressourcenarmes Land müssen wir noch schneller neue Partner gewinnen, um Abhängigkeiten von einzelnen zu reduzieren. Das ist nicht einfach, ich weiß das. Lagerstätten für Seltene Erden und andere seltene Metalle gibt es nicht überall. Aber die Maxime muss lauten: Nicht nur auf die günstigsten Lieferanten schauen, sondern Chancen und Risiken weltweit streuen! Und vor allen Dingen: Effiziente Materialverwendung und so viel wie möglich wiederverwertbar machen!

Das alles ist schwierig in einer Zeit, in der sich viele Menschen um ihr Unternehmen oder ihren Arbeitsplatz sorgen oder sich fragen, wie sie ihre Strom- oder Gasrechnung bezahlen sollen. Und ja, der Umbau unseres Landes wird zu Kosten und Belastungen führen. Wir dürfen niemanden im Stich lassen, der in dieser Zeit des Übergangs in Existenznot gerät. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, die Chancen sichtbar zu machen, die der ökologische Umbau mit sich bringt, gerade für unser Land.

Wir können Deutschland jetzt zu einer Industrie- und Exportnation neuen Typs machen, klimaneutral und technologisch führend, vernetzt und weniger verwundbar. Wenn wir den Schwung beim ökologischen Umbau nicht verlieren, dann bereiten wir den Boden für den Aufschwung, die Arbeitsplätze und den Wohlstand von

morgen. Wir schaffen die Grundlagen für ein selbstbestimmtes, gutes, gesundes Leben, nicht nur für uns, sondern vor allen Dingen für künftige Generationen. Und wir können mit unserem Wissen, unseren Ideen, unseren Produkten auch anderen Ländern dabei helfen, ressourcenschonend zu arbeiten und klimaneutral zu werden.

Ja, es sind düstere Monate, die wir erleben, düstere Monate auch für den Umwelt- und Klimaschutz. Aber die Verleihung des Deutschen Umweltpreises ist ein Lichtblick in dieser Zeit. Denn Sie, die Preisträgerinnen und Preisträger, führen uns vor Augen, was alles in unserem Land steckt, was gerade wir in Deutschland alles tun können, um in eine bessere Zukunft aufzubrechen.

Gerade wir können etwas tun, weil wir in einer lebendigen Demokratie leben, in der sich viele Bürgerinnen und Bürger an ganz unterschiedlichen Orten in unserem Land für eine klimaneutrale Zukunft einsetzen, Konflikte friedlich austragen, Interessen ausgleichen, dabei den Kurs unseres Landes immer wieder neu justieren.

Gerade wir können etwas tun, weil wir ein Wissenschaftsland mit brillanten Forscherinnen und Forschern sind, ein Erfinderland mit herausragenden Ingenieurinnen und Ingenieuren, ein Industrieland mit weltoffenen Unternehmerinnen und Unternehmern, die schon oft

bewiesen haben, wie wandlungsfähig sie sind, wenn es darauf ankommt.

Gerade wir in Deutschland können etwas tun, weil es bei uns immer wieder gelingt, Wissen und Ideen in Maschinen und Produkte zu verwandeln, nicht zuletzt, weil es Unternehmer und Stifter gibt, die das Kapital und den Mut haben, in neue Erfindungen zu investieren, die den ökologischen Umbau einfacher, schneller und kostengünstiger machen.

Engagierte Menschen wie Sie alle hier im Saal sind der größte Schatz unseres Landes! Mit Ihrem Erfindergeist, Ihrem Unternehmermut, Ihrer Leidenschaft und Ihrer Tatkraft bahnen Sie uns und Menschen auf der ganzen Welt immer neue Wege in ein lebenswertes Morgen. Allen, die sich in unserem Land für den Natur-, Umwelt- und Klimaschutz einsetzen, gilt heute mein ganz, ganz herzlicher Dank.

Drei Männer und zwei Frauen, die Herausragendes geleistet haben – fünf Gesichter des Fortschritts, wenn Sie so wollen –, zeichnen wir heute Vormittag hier in Magdeburg aus.

Der Deutsche Umweltpreis 2022 geht an Friedrich Mewis und Dirk Lehmann, zwei Ingenieure, die schon seit vielen Jahren ein perfektes Team bilden. Während Sie, lieber

Herr Mewis, unermüdlich experimentieren und tüfteln, sorgen Sie, lieber Herr Lehmann, dafür, dass eine neue Erfindung aus der Werkstatt auf den Weltmarkt gelangt, indem Sie als Unternehmer ins Risiko gehen, Zweifler überzeugen und auf diesem Weg Mitstreiter gewinnen.

Gemeinsam haben Sie eine Düse entwickelt und marktreif gemacht, die dafür sorgt, dass große Frachtschiffe bis zu zehn Prozent weniger Schweröl verbrauchen. Das nützt den Reedern, weil sie Energiekosten sparen. Es nützt dem Klima, weil es den Ausstoß von Kohlendioxid senkt. Und es nützt auch den Walen und anderen Meerestieren, weil Ihre Düse die Schiffe leiser macht. All diese Effekte lassen sich auch dann nutzen, wenn Schweröl in der Schifffahrt hoffentlich bald durch umweltfreundlichere Treibstoffe ersetzt wird.

Lieber Herr Mewis, lieber Herr Lehmann, Sie bringen die Schifffahrt auf Zukunftskurs, auch weil sie Bewusstsein wecken für den Schadstoffausstoß auf den Weltmeeren. Ich danke Ihnen für Ihren Einsatz und gratuliere Ihnen von Herzen zum Deutschen Umweltpreis 2022!

Der Deutsche Umweltpreis 2022 geht außerdem an den Geschäftsführer der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt, den Biologen Christof Schenck. Er setzt sich dafür ein, die tropischen Regenwälder in Amazonien, im Kongobecken und in Südostasien zu schützen – und leistet

damit einen wichtigen Beitrag, um das Artensterben und den Klimawandel einzudämmen und das Weltnaturerbe zu bewahren.

In keinem anderen Lebensraum gibt es so viele Tier- und Pflanzenarten wie in den tropischen Regenwäldern. Und es sind ganz besonders die Regenwälder, die einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, indem sie Milliarden Tonnen Kohlendioxid binden. Viele dieser Wälder werden aus ökonomischen Gründen brandgerodet oder abgeholzt, mit katastrophalen Folgen für Tiere, Pflanzen, Menschen und Klima.

Sie, lieber Herr Schenck, sorgen dafür, dass große Wildnisgebiete vom Raubbau verschont bleiben und die Menschen vor Ort im Einklang mit der Natur wirtschaften können. Sie gewinnen Geldgeber, arbeiten eng mit der Bevölkerung zusammen und helfen mit, Ökosysteme, aber auch Gesellschaften in südlichen Ländern zu stabilisieren. Das tun Sie mit großer Beharrlichkeit und Ausdauer. Kein Wunder, dass sich unsere Wege schon vor Jahren erstmals gekreuzt haben. Damals war ich noch Außenminister, habe Sie in Tansania getroffen und war begeistert von der Arbeit, die Sie dort vor Ort leisten.

„Im Raumschiff Erde", haben Sie einmal gesagt, „gibt es eigentlich gar keine Passagiere, sondern wir alle gehören zur Mannschaft. Wir können es nur gemeinsam schaffen."

Lieber Herr Schenck, dass wir es gemeinsam schaffen können, das verdanken wir Menschen wie Ihnen. Auch Ihnen meinen herzlichen Glückwunsch zum Deutschen Umweltpreis!

Der Ehrenpreis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geht in diesem Jahr an Myriam Rapior und Kathrin Muus – zwei junge Frauen, die mitgeholfen haben, die verhärteten Fronten zwischen Naturschützern und Landwirten aufzulösen und festgefahrene Konflikte zu überwinden.

Die beiden wurden 2020 als jüngste Mitglieder in die Zukunftskommission Landwirtschaft berufen, wobei Myriam Rapior den Bund für Umwelt und Naturschutz vertrat, Kathrin Muus den Bund der Deutschen Landjugend. Sie hörten einander zu, suchten nach Gemeinsamkeiten und Kompromissen, schufen ein neues Gesprächsklima und sorgten dafür, dass Vertrauen zwischen den Interessengruppen wachsen konnte.

Es ist auch ihrer beider Engagement zu verdanken, dass Naturschützer und Landwirte heute häufiger gemeinsame Ziele in den Vordergrund stellen, weil sie erkannt haben: Die Produktionsstätte der Landwirtschaft ist unser aller Lebensraum. Es ist auch ihrem Engagement zu verdanken, dass Naturschützer und Landwirte sich heute vielerorts gemeinsam für den Umbau der Agrarwirtschaft

einsetzen, dass sie zusammen nach Wegen suchen, um Tiere, Pflanzen und Böden zu schonen, das Klima zu schützen, Landschaften zu bewahren, gesunde Lebensmittel zu produzieren, neue Ertragsquellen zu erschließen, gute Arbeitsplätze zu schaffen und ländliche Räume neu zu beleben.

Liebe Frau Rapior, liebe Frau Muus, in dieser Zeit der Krisen und Veränderungen sind Sie Vorbilder für eine ganze Gesellschaft. Denn wenn wir gemeinsam in eine klimaneutrale Zukunft aufbrechen wollen, dann brauchen wir mehr Austausch über die Milieus, über politische, gesellschaftliche und nationale Grenzen hinweg, mehr Aufmerksamkeit für die unterschiedlichen Lebensbedingungen und Lebensbedürfnisse in Stadt und Land, dann brauchen wir mehr vernünftigen und respektvollen Wettstreit um die besten Ideen, um zu tragfähigen Lösungen zu kommen.

Ich kann mich noch gut an das Videogespräch erinnern, das wir im vergangenen Jahr während der Woche der Umwelt geführt haben. Es beeindruckt mich, wie Sie beide das Bild einer Zukunft entwerfen, in der wir im besseren Einklang mit der Natur leben – und wie Sie uns auch Wege in diese Zukunft aufzeigen.

Als Ehrenpreisträgerinnen stehen Sie nun in einer Reihe mit Persönlichkeiten wie Heinz Sielmann oder

Loki Schmidt – und Sie stehen vor allem für eine neue Generation von pragmatischen Umweltschützern und Landwirten. Liebe Frau Rapior, liebe Frau Muus, ich gratuliere Ihnen von Herzen zum Ehrenpreis der Deutschen Umweltstiftung!

Unsere Preisträgerinnen und Preisträger leben uns vor, dass Veränderungen selbst da möglich sind, wo manche sie nie für möglich gehalten hätten. Sie führen uns vor Augen, welch riesiges Potenzial in diesem unserem Land steckt. Sie zeigen uns, was möglich wird, wenn wir mit Leidenschaft und guten Argumenten streiten statt mit Kartoffelbrei und Schnellkleber. Und sie machen uns bewusst, welche Chancen der ökologische Umbau bietet – für unsere Exportwirtschaft, unsere Gesellschaft, für Gesundheit und Lebensqualität jedes und jeder Einzelnen.

Ich wünsche mir, dass diese Preisverleihung auch in diesem Jahr wieder viele Menschen zum Mitmachen bewegt. Jeder kann etwas tun, um Umwelt und Klima zu schützen – allein oder mit anderen, im Alltag, im Ehrenamt oder im Beruf.

Und Sie alle hier im Saal sind das beste Beispiel dafür, dass Umwelt- und Klimaschutz keine moralinsaure, schwermütige, freudlose Angelegenheit sein muss. Ganz im Gegenteil: Ökologisches Engagement stiftet Sinn und

Zusammenhalt; es macht Freude und gute Laune, gerade weil es Engagement für eine bessere Zukunft ist.

Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg für Ihre Arbeit. Und ich freue mich, den Deutschen Umweltpreis gleich persönlich an die Preisträger überreichen zu können.



Gruppenbild mit den Preisträgerinnen und Preisträgern des Deutschen Umweltpreises 2022 der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU): Kathrin Muus, Vertreterin der Landwirtschaft; Myriam Rapior, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND; Christoph Schenk, Biologe; Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier; Friedrich Mewis und Dirk Lehmann, Ingenieure (1. Reihe v. l. n. r.); Reiner Haseloff, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt; Alexander Bonde, Generalsekretär der DBU; Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzrings und Vorsitzender der DBU; Steffi Lemke, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (2. Reihe v. l. n. r.)



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit
Charlotte Knobloch in der Ohel-Jakob-Synagoge

„Sie sind ein Glück für unser Land!“

Festakt zum 90. Geburtstag von Charlotte Knobloch

30. Oktober 2022, München

„Ich stehe vor Ihnen – als stolze Deutsche.“ Liebe, verehrte Charlotte Knobloch, es war still, sehr still im Plenarsaal des Deutschen Bundestages, als Sie diese Worte sagten. Diese Worte, die Sie an den Beginn Ihrer Rede am 27. Januar vergangenen Jahres in der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus stellten. Worte, die bis heute nachhallen. Welches Bekenntnis einer Frau, die als Kind verfolgt, gedemütigt, terrorisiert wurde, die unendliches Leid erlebt hat. „Ich stehe vor Ihnen – als stolze Deutsche.“ Welche Kraft liegt in diesem Satz. Welcher Mut. Und wieviel Kraft, wieviel Mut gehört dazu, verehrte Frau Knobloch, vor den Abgeordneten des Deutschen Bundestages an die dunkelsten Jahre des eigenen Lebens, Ihres Lebens zu erinnern, sich selbst und uns alle!

Ihre Worte damals haben mich zutiefst bewegt. Und es bewegt mich nicht weniger, heute an diesem Festakt teilnehmen zu dürfen. Es erfüllt mich mit Dankbarkeit und Freude, heute an diesem ganz besonderen Tag, an diesem Festtag zu sprechen, an dem wir zusammengekommen sind, um Sie zu Ihrem 90. Geburtstag zu ehren.

Haben Sie ganz herzlichen Dank für die Einladung! Neunzig Jahre! Welche Lebensspanne, welch ein Lebensweg!

Liebe Frau Knobloch, wir kennen uns seit vielen Jahren. Jahre, in denen sich unsere Wege immer wieder gekreuzt haben. Ich erinnere mich an viele Begegnungen: an die eher fröhlichen wie beim Besuch des wunderschönen Zentrums der Israelitischen Kultusgemeinde hier in München; aber es waren wohl zumeist ernste Gedanken und Sorgen, die uns zusammengebracht haben. Häufig zu Jahrestagen, an denen wir gemeinsam erinnerten: in Yad Vashem, zur Befreiung von Auschwitz, am Holocaust-Gedenktag. Beunruhigend oft ging es in den letzten Jahren um den wachsenden Antisemitismus in unserem Land, ging es um Übergriffe gegenüber Juden und antisemitische Hetze. Und es ging leider auch um perfide Angriffe, um abscheuliche Drohungen gegen Sie persönlich.

Tief in mein Gedächtnis hat sich unser gemeinsamer Besuch in Breslau im Jahr 2014 eingegraben: die berührende Zeremonie in der Synagoge Zum Weißen Storch bei der ersten Ordinierung von vier in Deutschland ausgebildeten Rabbinern in Polen seit 1945. Zuletzt haben wir gemeinsam bei einem Gedenkakt der Opfer des furchtbaren Attentats bei den Olympischen Spielen 1972 gedacht. Und ich glaube, wir waren beide gleichermaßen dankbar und erleichtert, dass kurz vor diesem Gedenken

eine Verständigung mit den Hinterbliebenen der Opfer gefunden wurde und wir gemeinsam mit den Angehörigen und dem israelischen Staatspräsidenten Isaac Herzog an die elf ermordeten israelischen Sportler erinnern konnten. Bund, Land und der Stadt München gilt mein aufrichtiger Dank!

Danken möchte ich Ihnen, liebe Frau Knobloch, heute für all diese Begegnungen und Gespräche, für Briefe zur rechten Zeit, für gemeinsame Reisen und vieles mehr. Sie, liebe Charlotte Knobloch, zeichnet eine Gabe aus, die ich immer wieder erleben und bewundern durfte: Sie sind eine feinfühlige und geduldige Zuhörerin – und zugleich eine kluge Analytikerin und Ratgeberin. Rat, den ich oft gesucht und bei Ihnen gefunden habe. Ich habe es vor einem Jahr bei der Verleihung der Leo-Baeck-Medaille in New York gesagt, und ich möchte es heute hier noch einmal direkt zu Ihnen sagen: Ich bin zutiefst dankbar für das Geschenk Ihrer Freundschaft, die Sie so vielen von uns, auch mir persönlich gewährt haben! Es ist ein kostbares Geschenk. Ohne Menschen wie Sie wäre auch ich heute ein anderer.

Wir sind heute hier zusammengekommen, um eine Frau zu ehren und zu feiern, die wir alle schätzen und bewundern – wegen ihrer Kraft, ihrer Stärke, ihrer Energie, ihrer Beharrlichkeit, und ja, auch wegen ihres Charmes. Sie ist uns allen ein Vorbild wegen ihres nie nachlassenden

Engagements für die Versöhnung zwischen Juden und Nichtjuden – und wegen ihres so selbstverständlichen Einsatzes für unsere Demokratie. Sie, liebe Frau Knobloch, sind eine Versöhnerin und eine leidenschaftliche, streitbare Demokratin; und das schließt sich nicht aus, im Gegenteil: Sie zeigen in Ihrem täglichen Wirken seit Jahrzehnten, wie sehr beides zusammengehört.

Sie stehen für etwas, das nicht weniger als ein Wunder ist: dass in unserem Land jüdisches Leben wieder aufgeblüht ist, dass neue Synagogen und neue Lehrstätten entstanden sind, dass jüdisches Leben heute wieder vielfältig und in die Zukunft orientiert ist. Jüdisches Leben, das es seit 1.700 Jahren in unserem Land gab und wieder gibt, daran haben wir 2021 in einem wunderbaren Festjahr erinnert.

Sie, liebe Frau Knobloch, haben das Menschheitsverbrechen der Shoah überlebt – und sich als Deutsche jüdischen Glaubens mit Ihrer ganzen Kraft dafür eingesetzt, dass hier in Ihrer Heimatstadt München, dass in ganz Deutschland wieder erstehen konnte, was ein für alle Mal beendet schien.

Sie alle kennen das zutiefst resignierte Fazit des großen Leo Baeck, der nach seiner Befreiung aus dem KZ Theresienstadt 1945 feststellte, dass „die Epoche der Juden in Deutschland ein für alle Mal vorbei“ sei. Nichts lag näher

nach dem Mai 1945, nach der Ermordung von sechs Millionen Juden, ermordet im deutschen Rassenwahn. Welch unendliches Glück für unser Land, dass es anders kam! Zu verdanken haben wir das auch Ihnen, liebe Frau Knobloch.

Ja, auch Sie hätten allen Grund gehabt zu Bitterkeit, zu Resignation. Ja, auch Sie hätten allen Grund gehabt, diesem Land – Ihrem Land – den Rücken zu kehren. Und das hatten Sie ja eine Zeit lang auch vor, als junge Frau. Zusammen mit Ihrem Mann, ebenfalls ein Überlebender des Holocaust, zusammen mit Samuel Knobloch, Ihrer großen, ein Leben lang dauernden Liebe, wollten Sie erst nach Australien, später nach Amerika auswandern.

Und doch: Sie sind geblieben, haben hier eine Familie gegründet, hier in München, trotz all des Furchtbaren, das Sie hier als Kind erlebt haben. In Ihrem geliebten München, das Sie wieder als Ihre Heimat ansehen – Heimat, noch so ein großes Bekenntnis.

Ich kann kaum ermessen, welch ein unendlich weiter, schmerzhafter Weg es für Sie war bis zu diesen Bekenntnissen. Bis zu Ihrem Satz „Ich bin eine stolze Deutsche". Für Sie, die Sie erlebt haben, als Kind plötzlich ausgestoßen zu sein, plötzlich „anders" zu sein, weil Sie jüdischen Glaubens waren. Für Sie, die Sie erlebt haben, dass

die eigene Mutter die Familie verließ, weil sie dem Druck des NS-Terrors nicht gewachsen war.

Für Sie, die Sie erlebt haben, wie sich das Leben immer mehr verdunkelte, von Tag zu Tag, wie die Bedrohung, die Angst, der Terror immer größer wurden; wie Ihr Vater Fritz Neuland, ein angesehener und bekannter Münchner Rechtsanwalt und dekorierter Weltkriegsteilnehmer, wie dieser „deutsche Patriot" die Zulassung verlor, wie er schikaniert, bedroht, immer wieder verhaftet wurde.

Für Sie, die Sie erlebt haben, erleben mussten, wie Ihre über alles geliebte Großmutter Albertine Neuland Sie verließ, verlassen musste, angeblich um auf Kur zu gehen. Aber Sie waren zu klug. Sie wussten schon in jenem Augenblick, was das bedeutete. Ein Abschied für immer. Albertine Neuland wurde deportiert, deportiert nach Theresienstadt. Sie sollte nicht zurückkehren. Jener Tag im Juni 1942 war das Ende Ihrer Kindheit, so haben Sie es immer wieder geschildert.

Einen Tag später mussten Sie auch noch die letzten Bindungen hinter sich lassen, um als Zehnjährige unter falschem Namen in einer fränkischen Bauernfamilie zu leben. Als Lotte Hummel, das angebliche uneheliche Kind, der „Bankert", wie man in Bayern sagt, von Kreszentia Hummel. Und das ohne Hoffnung, den Vater jemals wiederzusehen. Sie haben immer wieder erzählt,

wie hart und wie einsam diese drei Jahre für Sie waren. Aber auch, wieviel Sie dieser Zenzi Hummel verdanken, die Sie aufnahm und damit ihr eigenes Leben und das Leben ihrer Familie aufs Spiel setzte. Ihre Rettung, so sagen Sie es selbst, war eine Aneinanderreihung von Wundern.

Ja, Sie und auch Ihr Vater, gezeichnet nach Jahren der Zwangsarbeit, hatten wie durch ein Wunder überlebt. Aber auch danach kamen schwere Jahre. Als junges Mädchen haben Sie die Wahrheit über den Völkermord der Nationalsozialisten erfahren. „Ich bin" – ich darf Sie zitieren – „mit Geschichten von Tod und Vernichtung, aber auch mit den Geschichten derer, die überlebt hatten, groß geworden." Vor der Machtergreifung gab es in München eine große, blühende jüdische Gemeinde. Die US-Truppen fanden bei der Befreiung weniger als einhundert jüdische Überlebende in der Stadt vor. Die große Hauptsynagoge war bereits im Sommer 1938 auf Befehl Hitlers zerstört worden – als eine der ersten in Deutschland. Nach dem Krieg wurde die frühere Synagoge in der Reichenbachstraße Anlaufpunkt für die Jüdinnen und Juden Münchens. „Wir lebten in einem selbstgewählten Ghetto", im „Land der Mörder", so haben Sie einmal gesagt. Kein Zusammenleben, sondern ein schweigsames Nebeneinander war es mit dem nichtjüdischen Umfeld.

Ja, wir Deutsche sind am 8. Mai 1945 von den Alliierten befreit worden. Es war eine Befreiung von außen. Bis zu unserer inneren Befreiung, bis das große Schweigen durchbrochen wurde, wie es Esther Bejarano bezeichnet hat, sollten viele Jahre vergehen. Erst ganz allmählich konnte aus dem Nebeneinander ein neues Miteinander entstehen.

Sie, liebe Frau Knobloch, haben trotzdem nicht resigniert. Trauer, Schmerz, Verzweiflung, Einsamkeit, die haben Sie immer begleitet. Aber was Sie uns geschenkt haben, ist unvorstellbar groß: Darauf durften die Deutschen nicht hoffen, nach allem, was Ihnen und Ihrer Familie angetan wurde. Sie haben sich für dieses, für unser, für Ihr Land entschieden. Sie begannen, sich zu engagieren für dieses Land. Erst in der Gemeinde hier in München, dann in Ämtern, die vor Ihnen noch keine Frau innehatte, an der Spitze der Israelitischen Kultusgemeinde München, später im Zentralrat der Juden. Sie wirkten nicht nur in unsere Gesellschaft hinein, sondern auch international, im Jüdischen Weltkongress, im Europäischen Jüdischen Kongress. Sie haben Brücken gebaut über die Abgründe unserer Geschichte hinweg. Immer haben Sie das Gespräch, den Dialog gesucht für Versöhnung, für ein friedliches, aufgeklärtes Miteinander der Religionen.

Könnte es ein schöneres Sinnbild dafür geben als diesen Ort? Sie, liebe Frau Knobloch, hatten davon geträumt, dass die jüdische Gemeinde von München wieder erblüht – und das ist sie. Aber Sie hatten noch einen Traum. Die Jüdinnen und Juden Münchens sollten wieder einen schönen, einen würdigen Ort bekommen, an dem sie zusammenkommen können, und das im Herzen der Stadt. Einen Ort, der ausstrahlt, der zum Ort der Begegnung wird für alle Münchnerinnen und Münchner und für Besucherinnen und Besucher aus aller Welt. „Wie schön sind Deine Zelte, Jakob", dieses Bibelwort hat Sie geleitet, so habe ich gelesen.

Dass der Traum Wirklichkeit wurde, dass dieses wunderbare Ensemble hier auf dem Sankt-Jakobs-Platz 2006 eingeweiht werden konnte, das haben wir Ihnen zu verdanken. Dafür haben Sie jahrelang gekämpft, mit Entschlossenheit und Überzeugung, gegen alle Hindernisse. Und wir alle wissen, wie entschlossen Sie sein können, nicht nur beim Synagogenbau. Ja, die jüdische Gemeinde ist wieder im Herzen der Stadt, im Herzen der Gesellschaft angekommen. Welches Glück ist Ohel Jakob für die Stadt München! Welches Glück für unser Land!

Sie, liebe Frau Knobloch, haben diesem Land so viel gegeben. Sie sind ein Füllhorn der Mitmenschlichkeit, eine, die sich aufreibt für ihre Aufgabe, eine aufgeklärte Patriotin und eine Freundin des Landes, in das so viele

Juden aus Europa fliehen mussten, in dem viele Überlebende aus Europa Schutz gefunden hatten: Israel. Und Sie sind im Herzen und im Kopf eine überzeugte Demokratin. Sie wissen, wie gefährdet eine Demokratie ist, wenn ihre Bürgerinnen und Bürger sich nicht zu ihr bekennen, wenn sie nicht für sie eintreten oder gar ihre Institutionen und Repräsentanten bekämpfen. Sie wissen, was es bedeutet, wenn eine Demokratie von innen geschwächt wird und wenn die Werte, auf denen sie gründet, missachtet und schließlich zerstört werden. Was es heißt, gedemütigt, verfolgt, entrechtet, entmenschlicht zu werden. All das haben Sie selbst erfahren.

Weil Sie das wissen, teilen Sie Ihre Erinnerung mit uns, in Reden wie der im Bundestag, in Ihrer bewegenden Autobiographie, in Gesprächen und Auftritten, bei ungezählten Besuchen in Schulen. Als eine der noch lebenden Zeitzeuginnen geben Sie den „Stab der Erinnerung" weiter an die, die Ihnen so besonders wichtig sind: die jungen Menschen. Oder um es in Ihren eigenen Worten zu sagen: „Damit Geschichte Geschichte bleibt und sich nicht wiederholt. Damit ‚Nie wieder!' nicht ‚Jetzt wieder' wird."

Sie mahnen uns: Die Erinnerung darf kein Ende haben! Das ist es, was Sie den Nachgeborenen auftragen.

Sie sind eine gewichtige, wichtige, eine hochgeschätzte Stimme in unserem Land. Sie scheuen nicht klare, deutliche Worte. Sie sind kritisch und, wenn es sein muss, auch unbequem. Zu mahnen, das begreifen Sie als eine der Aufgaben derer, die überlebt haben und die wissen, was Menschen Menschen antun können. Und gerade in einer Zeit wie der jetzigen, in der die Demokratie in vielen westlichen Demokratien, auch bei uns, stärker angefochten wird, brauchen wir Sie, braucht unser Land Ihre Stimme.

Ja, jüdisches Leben ist in Deutschland wieder aufgeblüht, und darüber freuen wir uns. Aber zugleich zeigt sich der Antisemitismus in den letzten Jahren wieder unverhohlener und offener, auf der Straße, auf Schulhöfen und vor allem grölend und pöbelnd im Netz. Wie sehr hat es mich erschüttert, dass ausgerechnet in unserem Land ein Rechtsextremer am höchsten jüdischen Feiertag einen Anschlag auf eine vollbesetzte Synagoge verübt hat. Wenige Stunden nach dem Attentat war ich gemeinsam mit Dr. Schuster in dieser Synagoge in Halle, und wir haben mit den Angehörigen der Gemeinde gesprochen. Uns war klar: Es war nur eine alte Holztür, die eine noch größere Katastrophe verhindert hatte. Es macht mich zornig, wenn Jüdinnen und Juden in Deutschland wieder verhöhnt, herabgewürdigt, gewaltsam angegriffen werden. Es ist deprimierend, dass jüdische Einrichtungen eines immer noch höheren Schutzes bedürfen.

Es kann darauf nur eine Antwort geben: Wir dürfen keinerlei Antisemitismus in unserem Land dulden – den offenen nicht und auch nicht den, der sich unter anderen Überschriften versteckt. Und nie wieder dürfen wir die jüdische Gemeinschaft im Stich lassen. Die Stimme gegen Judenhass zu erheben, das ist nicht allein Sache der Jüdinnen und Juden in unserem Land. Das ist Sache aller Menschen, die hier leben. Wir alle gemeinsam müssen diesen Kampf führen!

Unsere Demokratie muss wehrhaft sein. Das hat uns der 24. Februar sehr bewusst gemacht. Dieser 24. Februar, an dem eine atomar bewaffnete Macht mit dem Angriff auf ein unabhängiges Nachbarland den brutalsten Eroberungskrieg seit 1945 in Europa entfesselt hat, markiert einen Epochenbruch. Wir alle sind erschüttert von diesem Krieg, der so viel Leid, so viel Zerstörung für die Menschen in der Ukraine bringt. Aber der russische Angriff gilt nicht nur der Ukraine. Es ist auch ein Angriff auf alle liberalen Demokratien, auf alles, wofür auch wir Deutsche stehen. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Wir müssen unsere Demokratie schützen und verteidigen, wir müssen wehrhafter werden, nach außen ebenso wie nach innen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Demokratie und ihre Institutionen geschwächt und ausgehöhlt werden von den Feinden der Demokratie!

Eine wehrhafte Demokratie, genau das ist es, was Sie sich wünschen, liebe Frau Knobloch. Weil Sie wissen, wie stark die Feinde der Demokratie werden, wie schnell sich Hass und Intoleranz ausbreiten können. Weil Sie wissen, wohin Antisemitismus und jede Form von Menschenverachtung führen. Weil es gilt – wie Sie immer wieder sagen –, den Anfängen zu wehren.

„Passen Sie auf unser Land auf" – das war Ihre Bitte damals an Ihre Zuhörerinnen und Zuhörer im Bundestag, an alle Bürgerinnen und Bürger. Es ist Ihr Auftrag, der Auftrag einer stolzen Deutschen an uns. Mögen wir ihm gerecht werden!

Liebe, verehrte Frau Knobloch, „ich werde nicht schweigen, solange ich fähig sein werde, ein Wort zu sagen", haben Sie einmal gesagt. Ich betrachte das als ein Versprechen. Als Bundespräsident und ganz persönlich möchte ich Ihnen heute von Herzen danken für alles, was Sie für unser Land getan haben. Sie sind ein Glück für unser Land! Meine herzlichsten Glückwünsche zu Ihrem 90. Geburtstag!



Empfang im Langhanssaal

„Demokratie geht nicht ohne Zusammenhalt“

Diskussionsveranstaltung
„Wie stärken wir, was uns verbindet?“
zur Idee einer sozialen Pflichtzeit
8. November 2022, Schloss Bellevue

Vor gut einer Woche habe ich genau an dieser Stelle, hier in diesem Saal eine Rede zur gegenwärtigen Lage gehalten. Ich habe mich an die Menschen in unserem Land gewandt, weil wir ganz offenbar auf härtere Zeiten zusteuern und weil ich überzeugt bin, dass wir in dieser Krisenzeit mehr tun müssen, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, auch die Widerstandskraft in unserer Demokratie zu stärken.

Die Jahre der Pandemie, jetzt der brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, Inflation und steigende Energiepreise, nicht zuletzt die Veränderungen, die der Klimawandel uns abverlangt – all das führt auch in unserer Gesellschaft zu Verunsicherung, zu Spannungen, die spürbar sind, und zu Konflikten, wie wir hin und wieder sehen.

Wir erleben immer wieder Proteste von Menschen, die sich nicht gesehen, nicht gehört oder verstanden fühlen. Wir hören, dass der Ton in öffentlichen Debatten schärfer wird. Und vor allen Dingen erfahren wir, wie Populisten

Sorgen und Ängste von Menschen ausnutzen, um Teile unserer Gesellschaft zunächst gegeneinander- und dann auseinanderzutreiben.

In dieser Zeit des Gegenwinds und der Veränderungen müssen wir alles stärken, was uns verbindet! Denn nur gemeinsam können und werden wir unsere Freiheit und unsere Demokratie verteidigen. Nur gemeinsam wird uns der Übergang ins postfossile Zeitalter gelingen. Und nur gemeinsam werden wir es schaffen, unseren Kindern und Enkeln ein gutes Leben auf unserem Planeten zu ermöglichen.

Deshalb wünsche ich mir, dass noch mehr Menschen in unserem Land sich fragen, was sie für das gemeinsame Ganze, was sie für das Gemeinwesen tun können und tun wollen. Und deshalb wünsche ich mir eine breite und ernsthafte Debatte darüber, welche neuen Wege wir einschlagen können, um den Gemeinsinn und das Miteinander der Verschiedenen zu fördern, nicht nur in der Krise, sondern hoffentlich auf Dauer.

Wie stärken wir also, was uns verbindet? Das ist die Frage, die wir heute hier in Bellevue – zunächst auf dem Podium, dann mit Ihnen allen – diskutieren wollen. Hier im Saal sind Frauen und Männer unterschiedlichen Alters, verschiedener Generationen, die ihre Erfahrungen, Gedanken und Vorschläge mitgebracht haben: junge

Erwachsene, die einen Freiwilligendienst absolvieren; schon etwas ältere Herren, die, so wie ich, Wehr- oder Zivildienst leisten mussten; Vertreter von Verbänden und Organisationen; Schüler der Ernst-Litfaß-Schule in Wittenau und nicht zuletzt Teilnehmer des Wettbewerbs „Jugend debattiert", die sich mit der Frage beschäftigt haben, ob in Deutschland eine allgemeine Dienstpflicht eingeführt werden soll oder eher nicht. Die Journalistin Anja Maier wird gleich die Moderation übernehmen und uns durch die Diskussion führen.

Ich freue mich sehr, dass Sie heute Vormittag mit dabei sind, entweder hier im Saal oder an den Bildschirmen. Seien Sie uns alle ganz herzlich willkommen hier im Schloss Bellevue!

Millionen Menschen in unserem Land kümmern sich täglich um ihre Kinder, um alte oder kranke Verwandte, um Freunde oder Kollegen. Millionen sind im Ehrenamt oder als freiwillige Helferinnen und Helfer für andere da, und das zumeist neben dem Beruf und der Familie. Wie viel Verantwortungsgefühl, Hilfsbereitschaft und Tatkraft tatsächlich in unserer Gesellschaft stecken, das haben wir zuletzt in der Corona-Krise und nach der Flutkatastrophe im Ahrtal erfahren; und wir erleben es seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine in unserem Land auch im fürsorglichen Umgang mit Flüchtlingen aus der Ukraine.

Das ist gut. Aber es gibt eben auch Anzeichen dafür, dass das bürgerschaftliche Engagement, das Rückgrat unseres Gemeinwesens, mancherorts schwächer wird. In unserer alternden Gesellschaft altert eben auch das klassische Ehrenamt, vor allen Dingen das in Vereinen und Organisationen; die Verantwortung verteilt sich auf weniger Schultern. Und in unserer vielfältigen Gesellschaft ziehen sich nicht wenige Menschen in ihre Lebenswelt oder in ihre digitale Social Bubble zurück, so dass sie kaum noch mit denen ins Gespräch kommen, die anders leben oder mit anderen Augen auf die Welt schauen als sie selbst.

Mein Eindruck ist, dass es in unserem Land an Begegnung und Austausch zwischen den Verschiedenen mangelt – zwischen Jungen und Alten, Armen und Reichen, Ost- und Westdeutschen, zwischen Städtern und Landbewohnern, zwischen hier Geborenen und Zugewanderten.

Man bleibt gerne und oft unter sich – im Wohnviertel, in den digitalen Netzwerken, in der Schule, am Arbeitsplatz, auch im Urlaub. Man umgibt sich mit Menschen, die einen ähnlichen Lebensstil pflegen, ähnliche politische oder religiöse Überzeugungen haben, die gleichen Kulturveranstaltungen besuchen, die gleichen Medien nutzen, ähnlichen Inhalten oder gleichen Influencern folgen.

Diese Feststellung mag nicht ganz neu sein, das ist wahr. Aber die Entwicklung verschärft sich, wenn es immer weniger milieuüberschreitende Begegnungen und Begegnungsmöglichkeiten gibt. Ich rede gar nicht von den Mauern der so genannten Gated Communities; ich rede von den gläsernen Wänden, die um die relativ geschlossenen Gruppen, um die Lebenswelten gezogen sind. Lebenswelten, die kaum noch miteinander verbunden sind. Meine Sorge: Wenn wir das einfach nur noch zur Kenntnis nehmen, schulterzuckend gar, dann wird die Entfremdung innerhalb ein und derselben Gesellschaft, in der wir leben, zunehmen.

Denn wir wissen doch: Je weniger wir mit Menschen zu tun haben, die anders leben als wir, desto mehr schwinden Aufmerksamkeit, Verständnis und Respekt, desto mehr wachsen Misstrauen, Ängste, Vorurteile, Ressentiments, desto anfälliger werden wir für das Gift des Populismus. Je weniger wir mit Menschen zu tun haben, die anders denken als wir, desto mehr leidet unsere Fähigkeit zur vernünftigen Diskussion, vielleicht auch die Bereitschaft zum Kompromiss. Und je mehr wir uns in unseren Lebenswelten abschotten, desto mehr schwindet auch die Bereitschaft, sich für die *res publica,* für das gemeinsame Ganze, für das Gemeinwesen einzusetzen.

Ja, wir wollen, wir brauchen Freiraum für unsere jeweils eigene Art zu leben; und es ist unsere liberale Demokratie,

die gerade diesen Freiraum schützt. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass wir alle aufeinander angewiesen sind, nicht zuletzt als Bürgerinnen und Bürger. Demokratie geht nicht ohne Zusammenhalt, und sie geht nicht ohne unser aller Einsatz für dieses Gemeinwesen, in dem wir leben.

Und das Wichtige ist: Zusammenhalt und Gemeinsinn entstehen nicht einfach von selbst, sondern sie müssen im Miteinander der vielen Verschiedenen tatsächlich eingeübt werden. Deshalb haben wir allen Grund, Brücken zwischen den ganz unterschiedlichen einzelnen Gruppen unserer Gesellschaft zu bauen. Es muss uns vor allem gelingen, auch diejenigen zu erreichen, die ihr engeres soziales Umfeld nicht von sich aus verlassen würden. Menschen, die es schwer haben, ihren Alltag zu bewältigen, die mit manchem in unserer Gesellschaft hadern, die sich einen persönlichen Vorteil davon erhoffen oder es einfach bequemer finden, innerhalb der Grenzen ihres eigenen Milieus zu verbleiben.

Es ist ja auch nicht immer nur ein Vergnügen, aus der eigenen Lebenswelt, aus dem eigenen Milieu herauszutreten, eine Lebenswelt, in der man sich irgendwie eingerichtet hat. Es ist auch eine Zumutung, sich auf Menschen einzulassen, die anders sind als man selbst. Es kostet Überwindung. Es ist zuweilen anstrengend. Es verlangt uns ab, Konflikte auszutragen, Widersprüche

auszuhalten, uns vielleicht sogar auch selbst in Frage zu stellen. Aber wer die Schwelle einmal überschritten hat, merkt eben auch, dass Begegnungen und Beziehungen uns bereichern und beleben, dass andere Geschichten, Erfahrungen, Blickwinkel uns auch persönlich weiterbringen. Und er lernt vor allem, dass wir in der Demokratie „Wir" sagen können, ohne dabei unser Ich aufgeben zu müssen.

Deshalb bin ich überzeugt: Wir müssen öffentliche Räume verteidigen, Spiel- und Sportplätze, Museen, Bibliotheken, Theater und Konzertsäle, Orte der Allgemeinheit, nicht nur in den Städten, auch auf dem Land, an denen sich die Verschiedenen mischen, an denen sie sich im täglichen Miteinander oder im gemeinsamen Tun als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger unserer Republik erfahren.

Wir müssen Institutionen und Einrichtungen stärken, die Menschen aus verschiedenen sozialen Gruppen zusammenbringen: Kitas und Schulen, Hochschulen und Ausbildungsbetriebe, Vereine und Parteien, sozial gemischte Stadtteile oder Baugemeinschaften, in denen Respekt und Gemeinsinn eingeübt werden können.

Und wir müssen neue Wege finden, um Entfremdung entgegenzuwirken. Wir brauchen Ideen, wie es gelingen kann, dass mehr Frauen und Männer mindestens einmal

in ihrem Leben eine Zeit lang aus ihrem gewohnten Umfeld herauskommen und sich den Sorgen ganz anderer Menschen widmen.

Vor einigen Monaten, Sie wissen das, habe ich eine Debatte über eine soziale Pflichtzeit angeregt. Eine solche Pflichtzeit braucht kein ganzes Jahr zu dauern, sie kann auch kürzer sein oder auf mehrere Lebensabschnitte verteilt werden. Man könnte den Dienst in sozialen Einrichtungen, in der Flüchtlingshilfe, in der Umwelt- und Klimaarbeit, im Katastrophenschutz oder auch bei der Bundeswehr leisten.

Mir war von vornherein sehr klar, dass dieser Vorschlag nicht nur Begeisterung hervorrufen würde. Aber mir ist wichtig, dass wir die Debatte über unser Engagement für das gemeinsame Ganze nicht nur beginnen, sondern fortsetzen. Und mir ist vor allen Dingen wichtig, dass diese Debatte jetzt nicht wieder im Nichts endet.

Deshalb wollen wir heute hier in Bellevue diskutieren, was für und was gegen eine soziale Pflichtzeit spricht. Wir wollen aber auch über andere Vorschläge zur Stärkung des Gemeinsinns in unserem Land sprechen. Wie können wir zum Beispiel mehr Unternehmen dazu bewegen, mit gemeinnützigen Organisationen zu kooperieren und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hin und wieder ein soziales Sabbatical, eine Auszeit zu

ermöglichen? Wie können wir junge Menschen für das klassische Ehrenamt – das wir brauchen! – gewinnen, für das Engagement in Vereinen, Parteien und Verbänden, auch auf der kommunalen Ebene, in Stadt- und Gemeindeparlamenten?

Ich bin überzeugt: Wir können an vielen Stellen ansetzen, um zu stärken, was uns verbindet. Und wir müssen dabei nicht bei null anfangen, weil es in unserem Land so viele Ideen und Erfahrungen gibt, so viele Menschen, die für andere da sind – und ich weiß, die meisten von Ihnen sind dies bereits.

Ich freue mich darüber, dass Sie hier sind, herzlich willkommen Ihnen allen, und vor allen Dingen freue ich mich auf das Gespräch, das Frau Maier jetzt übernimmt. Danke schön!



Tagung im Großen Saal

„Die Ambivalenz auszuhalten, das gehört dazu“

Tagung „Wie erinnern wir den 9. November? Ein Tag zwischen Pogrom und demokratischen Aufbrüchen“

9. November 2022, Schloss Bellevue

Ich darf Sie alle ganz herzlich willkommen heißen hier in Schloss Bellevue zu einer Diskussion über den 9. November, zu der ich gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland eingeladen habe. Und deshalb vielen Dank stellvertretend an Sie, lieber Herr Dr. Schuster, für diese Kooperation. Ich danke allen, die sich bereitgefunden haben, nachher auf dem Podium mit dabei zu sein und uns an ihrem Wissen, ihren Erfahrungen und ihren Einschätzungen teilhaben zu lassen. Und danke Ihnen allen, liebe Gäste, die Sie nicht nur gekommen sind, um heute Morgen und im weiteren Verlauf des Tages zuzuhören, sondern die sich entschlossen haben, sich auch kräftig einzumischen in diese Debatte.

Der 9. November stellt uns in jedem Jahr neu vor die Aufgabe: Wie können wir der unterschiedlichen historischen Ereignisse, derer von 1918, 1938 und 1989, so gedenken, dass nicht eines dem historischen Vergessen anheimfällt? Das ist keine nebensächliche Frage, sondern sie gehört in das Zentrum unseres Selbstverständnisses,

wie ich im letzten Jahr gesagt habe. An der Art und Weise, wie wir Deutsche unseren 9. November – oder unsere verschiedenen 9. November – in Erinnerung halten, wie wir ihrer würdig und angemessen gedenken, entscheidet sich unsere Identität.

An diesem Tag wird uns, wenn wir uns alle seine Aspekte wirklich, wahrhaftig vor Augen führen, immer wieder deutlich, zu welch großartigen Möglichkeiten und demokratischen Aufbrüchen einerseits und zu welchen Abgründen, zu welchen entsetzlichen Verbrechen andererseits wir hier in Deutschland fähig waren. Und es wird uns immer wieder neu an diesem Tag die Frage danach gestellt, wie wir heute und morgen, jetzt und in Zukunft gemeinsam leben wollen, worauf wir uns in diesem Land gemeinsam verpflichten, wonach wir in diesem unseren gemeinsamen Land miteinander streben wollen.

Wenn man so will, fragt uns der 9. November wie kein anderer Tag, ob wir die drei großen Ziele aus unserer Nationalhymne wirklich ernst nehmen: Freiheit, Recht, Einigkeit.

Der 9. November 1918 stellt uns die Frage: Wollen wir in Freiheit leben, wollen wir unser Leben und unser Gemeinwesen selbstbestimmt und demokratisch in die eigenen Hände nehmen? Wollen wir die Institutionen unserer

Demokratie respektieren, wollen wir uns autoritären Versuchungen, medialen Manipulationen entschieden verweigern?

Der 9. November 1938 fragt uns eindringlich: Wollen wir die Herrschaft des Rechts immer und für alle in unserem Land anerkennen? Das Recht auf Leben, auf Freiheit, auf Gleichheit, das Recht auf die eigenen Überzeugungen, Lebensweisen und Glaubensbekenntnisse? Wollen wir uns dem Unrecht, der Diskriminierung, der Missachtung jedes Andersseins; und wollen wir uns vor allem dem Antisemitismus entschieden entgegenstellen?

Und der 9. November 1989 schließlich stellt uns die Frage: Wollen wir in unserem Land Einigkeit leben? Keine Mauern akzeptieren, weder physische noch mentale? Nicht als genormte Einheitstypen, sondern in der Einigkeit der Verschiedenen in ihrer jeweiligen Besonderheit: Einigkeit von West und Ost, von Stadt und Land, von Frau und Mann, von Jung und Alt, von hier Geborenen und später Dazugekommenen?

Genau vor einem Jahr – viele erinnern sich – haben wir es genau an dieser Stelle hier unternommen, den 9. November in all seinen Facetten, den dunklen wie den hellen, den freudigen und den traurigen und den noch immer belastenden zu erinnern.

Vor einem Jahr waren hier im Schloss Bellevue die Spitzen der Verfassungsorgane, die Bundeskanzlerin, die Bundestagspräsidentin, der Bundesratspräsident, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, dazu der Präsident des Europäischen Rates, eine ganze Reihe von Abgeordneten und Vertretern der Religionsgemeinschaften zu Gast. Mit Texten und Liedern haben wir erinnert an die Ausrufung der ersten deutschen Republik nach dem Ersten Weltkrieg 1918, an die Pogromnacht von 1938 und auch an den Freiheitsjubel der Nacht des 9. November 1989.

Zu uns hat vor einem Jahr Margot Friedländer gesprochen, die gerade einhundert Jahre alt geworden war, Augenzeugin und Überlebende der Shoah. Zu uns gesprochen hat auch die jüngste Abgeordnete des 20. Deutschen Bundestages, Emilia Fester, über Erinnerung und Verpflichtung aus 1918. Und schließlich hat der Bürgerrechtler und ehemalige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, unseren Blick auf die Ereignisse und die Folgen des November 1989 gelenkt. Den Beteiligten und den Gästen der Veranstaltung vor einem Jahr war klar, dass das ein Experiment war; ein längst fälliges, wie einige meinten, ein zu gewagtes, wie andere befürchtet haben. Ja, es war ein Experiment, in einer knapp zweistündigen Zusammenkunft das zusammenzuführen und dessen gemeinsam zu gedenken, was doch so schwer miteinander zu verbinden ist.

Diese Veranstaltung vor einem Jahr hat Zuspruch gefunden. Der 9. November – oder die verschiedenen 9. November – wurden in ihrer jeweiligen Besonderheit, aber auch in ihrem historischen Bezug aufeinander deutlich. Wir konnten zeigen: Es ist möglich, der hellsten und der dunkelsten Stunden deutscher Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, so sperrig sie sich auch gegeneinander stellen, gemeinsam zu gedenken und sie in ihrer jeweiligen Bedeutung für die Gegenwart ins Gedächtnis zu rufen und vor allen Dingen zu behalten.

Eine solche Gedenkstunde in Berlin mit den Spitzen des Staates und vor den Augen von Kameras ist wichtig. Aber, und deshalb sind wir heute hier, es reicht natürlich nicht aus. Meine Frage ist deshalb: Wie gelingt es, ein solches Nachdenken am und über den 9. November in all seinen Facetten noch stärker in unserem ganzen Land zu verankern? In der ganzen Gesellschaft? In Schulen und Kommunen, in Ost und West?

Um eines ganz deutlich zu sagen: Es geht mir nicht darum, die alte Debatte über unseren Nationalfeiertag und das richtige Datum dafür aufzuwärmen; das bringt uns nicht weiter, glaube ich. Aber es gibt andere Formen und Formate, mit denen wir Gedenktage und Erinnerungstage lebendig und für die Gegenwart bedeutsam machen können. Und nach solchen müssen wir immer neu suchen.

Viel mehr möchte ich von hier aus auf dem Podium selbst gar nicht sagen. Denn wir sind ja hier, um aus unterschiedlichsten Perspektiven zu erfahren, wie der 9. November in unserem Land schon begangen wird oder was er für die Gegenwart und für die Zukunft bedeuten könnte. Es ist gut und sinnvoll, dass wir uns heute, an dem Tag selbst, die Gelegenheit nehmen, gemeinsam darüber nachzudenken und Anregungen aus den verschiedensten Blickwinkeln zu bekommen. Und ich bleibe bei dem, was ich im letzten Jahr schon gesagt habe: Die Ambivalenz auszuhalten, das gehört wohl dazu, wenn man Deutscher ist.

Ich freue mich, und sage es noch einmal, besonders darüber, dass ich diese Veranstaltung heute gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden ausrichten kann. Das war mir sehr wichtig. Es kann keinen Zweifel darüber geben, dass der 9. November für immer ein schmerzlicher Gedenktag bleiben wird, der uns mit der jüdischen Gemeinschaft unseres Landes besonders verbindet. Der 9. November 1938 – nein, er war nicht der Beginn der Verfolgung. Aber was an diesem Tag der offenen Gewalt geschah, war der für alle sichtbare Vorschein der dann folgenden, genau geplanten und mit brutaler Konsequenz durchgeführten Entrechtung, Verschleppung und schließlich Vernichtung der Juden Deutschlands und Europas.

Eines ist gewiss: In unserem Land wird niemals wahrhaftig des 9. Novembers gedacht werden können, ohne den Zivilisationsbruch des Holocausts zu erinnern. Immer wird uns der 9. November zum Kampf gegen den Antisemitismus auffordern. Dass wir heute in einer gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden konzipierten Veranstaltung überlegen, wie wir in Zukunft der so verschiedenen 9. November unserer Geschichte gedenken können, ist mir und war mir besonders wichtig.

Ich wünsche uns allen, dass wir heute viel Stoff zum Nachdenken bekommen, viele Anregungen und Hinweise für ein zukünftiges und angemessenes Gedenken des 9. November. Nochmals: Ich danke Ihnen allen, dass Sie hier sind. Ein herzliches Willkommen Ihnen allen.



Übergabe des Henry-A.-Kissinger-Preises durch Emily Carey, Vizepräsidentin der American Academy Berlin im Metropolitan Club in New York

„Wir müssen uns schützen. Wir müssen verhindern, politisch und wirtschaftlich verwundbar zu sein."

Verleihung des Henry-A.-Kissinger-Preises

16. November 2022, New York / USA

Ich freue mich sehr, heute hier bei Ihnen in New York zu sein. Und ich bin sehr dankbar und fühle mich außerordentlich geehrt, mit dem Henry-A.-Kissinger-Preis, diesem sehr besonderen Preis, ausgezeichnet zu werden.

Er ist besonders durch die Institution, die ihn verleiht: die American Academy in Berlin, die wie nur wenige andere Einrichtungen für die amerikanisch-deutsche Freundschaft steht, für die gemeinsamen demokratischen Werte, die uns verbinden, und für den Geist der transatlantischen Kooperation.

Besonders ist der Preis auch durch all die Persönlichkeiten, die vor mir damit ausgezeichnet worden sind. Jede einzelne von ihnen hat einen Abschnitt der Zeitgeschichte geprägt, jede einzelne von ihnen suchte nach Sicherheit und Frieden, nach Stabilität und Gerechtigkeit, nach Verständigung und Zusammenarbeit. Und ich kann nicht bestreiten, ein bisschen Stolz zu empfinden, mich nun mit ihnen in eine Reihe gestellt zu sehen.

Besonders ist diese Preisverleihung, wie ich finde, durch die Laudatorin des heutigen Tages. Sie, liebe Condoleezza Rice, sind nicht nur eine der bekanntesten und klügsten Persönlichkeiten in der Weltpolitik der vergangenen Jahrzehnte. Sie stehen auch für das Amerika, das wir Europäer, besonders wir Deutsche, bewundern. Ihnen war die große Karriere nicht in die Wiege gelegt. Sie haben in Ihrer Jugend selber Diskriminierung erleben müssen, und Ihr Aufstieg steht beispielhaft für die Möglichkeiten, die eine freiheitliche, demokratische Gesellschaft jeder und jedem Einzelnen geben kann.

Wir beide, liebe Condoleezza, haben während unserer Zeit als Außenminister durchaus aus unterschiedlichen Blickwinkeln auf Konflikte geschaut – Sie aus der Perspektive einer amerikanischen Großmacht, ich aus der Perspektive eines größeren EU-Mitgliedstaates, dem die Geschichte gerade das Glück der Wiedervereinigung geschenkt hatte. Was uns verbunden hat, war Aufrichtigkeit im Umgang miteinander, die Bereitschaft, einander zuzuhören, und der gemeinschaftliche Wille und das Ziel, die uns berührenden Konflikte auf der Welt mit unseren jeweiligen Beiträgen zu lösen. Und unser Kontakt endete nicht mit dem Ende Ihrer Amtszeit: Wir sind uns danach immer wieder begegnet, in Berlin oder zuletzt bei meinem Besuch in Stanford.

Ganz herzlichen Dank für Ihre wunderbaren Worte heute. Am liebsten würde ich gar nicht weiterreden, sondern diese Worte in mir nachklingen lassen! Ich bin wirklich sehr bewegt.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ganz besonders ist der Henry-A.-Kissinger-Preis aber vor allem durch den, nach dem er benannt ist: Henry Kissinger.

Vor vier Jahren haben wir in Berlin, im Schloss Bellevue, zu seinem 95. Geburtstag ein Fest zu seinen Ehren veranstalten dürfen. Es war das Fest für den Jungen aus Fürth in Franken, der gerade noch rechtzeitig vor der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und deren antisemitischem Vernichtungswahn fliehen konnte – und der viele Jahre später in Berlin, nur wenige Meter von der ehemaligen Zentrale des Terrors entfernt, vom Staatsoberhaupt eines demokratischen, liberalen, eines ganz anderen Deutschlands geehrt wurde. Für den Mann, der jahrzehntelang jenem Land diente, dessen Politiker, Generäle und Soldaten den Grundstein dafür gelegt haben, dass dieses Deutschland frei und geeint in der Familie der freien Völker seinen Platz finden konnte.

Diese Preisverleihung findet in schweren, ja in gefährlichen Zeiten statt. Und vielleicht hat Henry Kissinger in den vergangenen Monaten auch gelegentlich an die Zeile des sehr existenziellen Gedichtes „Die gestundete Zeit“

der großen österreichischen Dichterin Ingeborg Bachmann gedacht, mit der er befreundet war: „Es kommen härtere Tage."

Ja, es kommen härtere Tage, Tage, wie wir sie nicht mehr für möglich gehalten haben; Tage, in denen auch andere Zeilen dieser Dichterin wieder aktuell scheinen, auch wenn sie in gänzlich anderem Zusammenhang geschrieben worden sind:

„Der Krieg wird nicht mehr erklärt, / sondern fortgesetzt. Das Unerhörte / ist alltäglich geworden."

Ingeborg Bachmann selbst hatte als elfjähriges Kind die brutale Besetzung ihres Landes erlebt. Sie beschrieb das so: „Es hat einen bestimmten Moment gegeben, der hat meine Kindheit zertrümmert. Der Einmarsch von Hitlers Truppen in Klagenfurt. Es war etwas so Entsetzliches, dass mit diesem Tag meine Erinnerung anfängt […] Diese ungeheure Brutalität […] das Aufkommen meiner ersten Todesangst."

Von dieser „ersten Todesangst" haben mir vor zwei Wochen auch die Bewohner einer kleinen Stadt im Norden der Ukraine, nahe der belarusischen Grenze erzählt. Dort in Korjukiwka erzählten sie mir, wie am 24. Februar der Schrecken des Krieges in ihr Leben brach: der ungeheure Lärm der Einschläge, der Rauch, das Feuer, pure

Angst – diese Frauen und Männer zitterten, als sie mir davon berichteten.

Der 24. Februar war ein Epochenbruch. Er hat uns in eine andere Zeit, in eine überwunden geglaubte Unsicherheit gestürzt: eine Zeit, gezeichnet von Krieg, Gewalt und Flucht, von Sorge vor der Ausbreitung des Krieges zum Flächenbrand in Europa. In seiner imperialen Besessenheit hat der russische Präsident das Völkerrecht gebrochen, Grenzen in Frage gestellt, Landraub begangen.

Wie brutal und gefährlich dieser Krieg ist, dessen wurden wir alle gestern Zeugen, als Dutzende russischer Raketen auf die Ukraine niedergingen, mit einem fatalen Zwischenfall auf polnischem Boden. Wir wissen noch nicht mit Gewissheit, woher diese Rakete kam, aber wir wissen genau: Dies wäre nicht geschehen ohne Russlands fortgesetzten und rücksichtslosen Krieg.

Die Welt seit dem 24. Februar ist eine andere – und der Blick meines Landes in die Welt ist ein anderer. Der 24. Februar markiert den Einbruch des Krieges nach Europa – und damit auch das Scheitern jahrzehntelanger politischer Bemühungen, auch meiner eigenen Bemühungen, genau diesen Krieg zu verhindern und Russland fester einzubinden in eine europäische Sicherheitsarchitektur. Und nicht nur das. Der 24. Februar markiert das Ende einer Epoche im Rückenwind, einer Epoche, in der wir

Deutsche, beflügelt vom Glück unserer friedlichen Wiedervereinigung, voller Optimismus und Hoffnungen auf unsere Nachbarn geschaut haben. Jahrelang setzten wir darauf, dass wir von Freunden umgeben und Krieg jedenfalls in Europa unvorstellbar geworden sei. Freiheit und Demokratie schienen überall auf dem Vormarsch, Handel und Wohlstand in alle Richtungen möglich.

Und dieser Optimismus, diese Suche nach Verständigung, Zusammenarbeit, Vernetzung in gegenseitigem Interesse prägte über viele Jahre unseren Blick in die Welt und ließ die Hoffnung reifen, dass die Lösung von Konflikten mehr und mehr politisch gelingt und seltener militärisch ausgefochten wird. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat diese Hoffnung einer zunehmend friedlicheren Welt auf lange Zeit zerstört.

Der 24. Februar markiert auch einen entscheidenden Moment für das transatlantische Bündnis, einen Moment der Rückbesinnung auf die existenzielle Bedeutung einer starken und geschlossenen NATO. Die Ereignisse der vergangenen neun Monate haben das transatlantische Bündnis zusammengeschweißt. Wir stehen so eng zusammen wie vielleicht nie zuvor seit dem Kalten Krieg. In Deutschland wurden gewaltige Steigerungen unserer Verteidigungsausgaben beschlossen. Russlands Angriffskrieg und Putins schändliche und unverantwortliche Drohungen nuklearer Eskalation haben vielen

meiner Landsleute, vielen Jüngeren vermutlich zum ersten Mal, die existenzielle Bedeutung der NATO für unsere Sicherheit in Europa bewusst gemacht. Nicht ohne Grund habe ich im Sommer dieses Jahres, als erster Bundespräsident seit fast dreißig Jahren, die US-Truppen in Deutschland besucht mit einer klaren und sehr einfachen Botschaft: Danke! Und das sage ich auch hier und heute, das sage ich den Generationen von *servicemen and women* – den Großvätern, die Europa vom Naziterror befreit haben, und ihren Kindern und Enkeln, die Freiheit und Demokratie in Europa bis heute schützen: Thank you, America! Thank you for your service!

Die NATO, die Staaten der G7 und die Europäische Union stehen geschlossen und entschlossen an der Seite der Ukraine. Wir helfen politisch, humanitär, wirtschaftlich, aber auch militärisch. Mein Land zählt heute, gemeinsam mit den USA, zu den größten Unterstützern der ukrainischen Verteidigung, besonders im Bereich der Luftverteidigung, die unter den aktuellen perfiden Raketen- und Drohnenangriffen Russlands besonders wichtig ist. Und diese Hilfe werden wir leisten, solange es nötig ist, damit die Ukraine ihre Freiheit und ihre Souveränität verteidigen kann.

Ich weiß, wie viele Menschen sich in Europa, in Deutschland nach Frieden sehnen. Aber eine erzwungene Waffenruhe, die nur Putins Landraub besiegeln würde, wäre

kein Friede. Sie würde viele Menschen in der Ukraine der Willkür und Gewalt ihrer russischen Besatzer überlassen. Und: Ein solcher Scheinfriede, ein ungerechter Friede würde Putins Hunger nur vergrößern. Er würde all jene auf der Welt bestärken, deren Machtstreben kein Recht und keine Regeln kennt. Ein ungerechter Frieden würde den Keim neuer Kriege in sich tragen!

Die Welt ist seit dem 24. Februar eine andere; und das bedeutet, dass wir uns von alten Denkmustern und Hoffnungen verabschieden müssen. Die Geschichte der europäisch-russischen, auch der deutsch-russischen Beziehungen ist ein Beleg dafür, dass es keine Garantie gibt, keine Sicherheit dafür, dass wirtschaftlicher Austausch auch politische Annäherung hervorruft. Für die Zukunft heißt das: Wir müssen Lehren ziehen, wir müssen einseitige Abhängigkeiten verringern, und das gilt nicht nur für Russland, sondern auch – und erst recht – gegenüber China.

Es war Henry Kissingers Geheimreise nach Peking, es waren zwei Tage im Juli 1971, mit denen die Öffnung Chinas gegenüber dem Westen, insbesondere gegenüber den USA, begann. Es ging ihm, wie er später in seinem Buch „On China" schrieb, nicht um Freundschaft, sondern um etwas viel Pragmatischeres: das Ermöglichen einer Koexistenz. Diese Koexistenz ermöglicht zu haben, die Öffnung Chinas entscheidend vorangetrieben zu

haben, das gehört zu seinen unbestreitbaren, zu seinen großen Leistungen.

Aber heute müssen wir eben auch feststellen: China hat sich verändert. Auf die Zeit der Öffnung ist eine Zeit der Verhärtung gefolgt. Nicht nur innenpolitisch durch eine autoritäre Politik, die jegliche Abweichung unterdrückt. Nicht nur wegen Chinas hegemonialer Ansprüche in der südpazifischen Region. Nein, China folgt neuerdings einer veränderten, einer bedrohlichen Philosophie: China unabhängig zu machen von der Welt und die Welt abhängig zu machen von China, so formuliert Präsident Xi Jinping das strategische Ziel der chinesischen Rolle in der Weltwirtschaft. Das sind Regeln für ein Spiel, das wir nicht spielen wollen – und können! Darauf müssen wir reagieren.

Reagieren heißt nicht das Ende des Austausches und des Dialogs oder der wirtschaftlichen Beziehungen. China wird schon wegen seiner schieren Größe ein Faktor der Weltwirtschaft bleiben; und wir brauchen Chinas Kooperation im Kampf gegen den Klimawandel. China ist ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Deshalb finde ich es richtig, dass Präsident Biden das Gespräch mit dem chinesischen Präsidenten sucht.

Aber wir müssen uns schützen. Wir müssen verhindern, politisch und wirtschaftlich verwundbar zu sein. Wir

müssen unsere Abhängigkeiten reduzieren, von chinesischen Zulieferungen ebenso wie von chinesischen Rohstoffen. Wir müssen unsere Volkswirtschaften widerstandsfähiger machen. Nicht durch Protektionismus, Deglobalisierung oder gar naive Bestrebungen von Autarkie. Im Gegenteil! Wir müssen unsere Vernetzung mit der Welt ausbauen, die Chancen, aber erst recht die wirtschaftlichen Risiken nicht in einem Land konzentrieren, sondern auf viele Länder der Welt verteilen.

Ich komme gerade aus Japan und Südkorea zurück, zwei Länder, von denen wir Deutsche etwas lernen können, auch im Umgang mit der chinesischen Herausforderung. Davor war ich in Singapur und Indonesien, der Bundeskanzler war gerade in Vietnam. Fünf Länder von vielen, mit denen wir noch intensiver zusammenarbeiten müssen und zusammenarbeiten wollen, um gemeinsam die Herausforderungen des Epochenbruchs zu bewältigen.

Ja, es stimmt: Viele Staaten lassen sich keiner Seite klar zuordnen, weder den liberalen Demokratien noch den autoritären Regimen. Einige dieser Staaten wollen sich keinem Lager, keiner Konfliktpartei, keinem alten oder neuen Block anschließen. Das sind Länder, die sich nicht als Teil des Westens verstehen, die aber – wie wir – ein Interesse an verlässlichen Regeln, an wirtschaftlicher Entwicklung und Austausch haben. Um jene Länder müssen wir werben! Eine Zweiteilung der Welt in „Wir

gegen Die", eine Neudefinition zweier antagonistischer Blöcke ist, davon bin ich überzeugt, nicht in unserem Interesse. Ich meine: Das Bemühen um internationale Zusammenarbeit, um gemeinsame Regeln, der Dialog zwischen Verschiedenen und das Werben um Partner, das sind keine Stilfragen. Es sind Überlebensfragen.

Wenn der Westen mehr sein soll als eine Himmelsrichtung, muss er prinzipienfest, aber gleichzeitig offen sein, also anschlussfähig für Menschen in allen Teilen der Welt; für Kulturen mit anderer Geschichte, anderen Erfahrungen, anderen Traditionen. Er muss attraktiv sein und die besseren Lösungsmöglichkeiten für das friedliche, gerechte Zusammenleben der Menschen anzubieten haben. Für mich ist „der Westen" kein exklusiver Club und kein Kampfbegriff der geopolitischen Konfrontation. Sondern das, wofür wir stehen, wofür unser Bündnis steht: eine Idee, mehr noch, ein Versprechen.

Und dieses Versprechen müssen wir zuallererst im Innern unserer eigenen Gesellschaften erfüllen. Wir selbst müssen beweisen, dass Freiheit und Demokratie den Menschen nützen, in ihren alltäglichen Sorgen und Bedürfnissen. Wir müssen zeigen, dass wir den Krisen und Angriffen dieser Zeit gewachsen sind – den äußeren und den inneren. Die fortschreitende Polarisierung in unseren Gesellschaften, die Unversöhnlichkeit politischer Gruppierungen, die Diskreditierung des politischen

Gegners, der tägliche Hass und die täglichen Lügen im Netz, all das ist auch in den europäischen Gesellschaften voll im Gange, aber ganz sicher in den USA – von einem Teil radikalisierter Medien täglich befeuert – deutlich weiter vorangeschritten.

Ich vertraue auf das amerikanische System der Checks and Balances. Aber – wenn Sie mir diesen Blick von außen erlauben – die Gefährdungen können nur aufgehalten werden, wenn sich die Parteien auf ihre Rolle als Wettbewerber in der politischen Willensbildung zurückbesinnen. Als Feinde in einem Meinungskrieg, in dem es in jeder Schlacht immer nur ums Ganze geht, kann das auf Dauer nicht funktionieren. Und es ist kein Ausdruck von europäischer Überheblichkeit, eher von Sorge, wenn ich sage: Eine Erschütterung der amerikanischen Demokratie bliebe nicht auf die USA beschränkt, sie träfe auch Deutschland, auch Europa und hätte ein Glaubwürdigkeitsproblem für alle liberalen Gesellschaften des Westens zur Folge.

Wir haben die gemeinsame Verantwortung von Regierung und Opposition für ihr Land in der amerikanischen Demokratie immer bewundert. Und vielleicht schafft das Ergebnis der Midterms ja die Voraussetzungen dafür, diese zwischenzeitlich bedrohte Tugend neu zu beleben. Denn dass die amerikanische Demokratie stark bleibt, dass die Legitimität und Fairness von Wahlen erhalten

bleiben und das Vertrauen wieder wächst, darauf sind nicht nur die USA, sondern auch ihre befreundeten Demokratien angewiesen.

Die Zeitgeschichte mit all ihren Lehren, die sich in Henry Kissingers Leben, seiner schon jetzt historisch gewordenen Biographie spiegelt, sollte uns allen tiefe Verpflichtung sein. Und sie sollte uns ermutigen, dass auch in unserer Zeit, in diesem 21. Jahrhundert, das sehr viel dunkler geworden ist, als wir zu seinem Beginn erhofft hatten, die Ideen von Freiheit und Demokratie weiter leuchten werden.

Ich danke Ihnen, lieber Henry, für Ihre Freundschaft. Und ich danke der American Academy für die Auszeichnung mit dem Henry-A.-Kissinger-Preis. Ich bin bewegt, gerührt, und ich bin stolz. Glauben Sie mir, dies ist wirklich ein besonderer Abend in meinem Leben.



In der Bertelsmann-Repräsentanz

„Bleiben Sie neugierig, bleiben Sie kritisch – und bleiben Sie dran!“

Festakt „30 Jahre Nachrichtensender ntv“

23. November 2022, Berlin

„Bundespräsident gratuliert *ntv* zum dreißigsten Geburtstag“ – Sie kennen sich besser aus als ich, aber ich vermute: Das ist keine Nachricht, für die man das laufende Programm unbedingt unterbrechen müsste.

Dass der älteste private Nachrichtensender Deutschlands seit drei Jahrzehnten ein breites Publikum umfassend informiert, Tag für Tag und rund um die Uhr; dass Journalistinnen und Journalisten auf *ntv* unabhängig, verlässlich und kritisch über das aktuelle Geschehen berichten, dass es in unserem Land auch andere Fernsehkanäle gibt, private wie öffentlich-rechtliche, die mit großer journalistischer Leidenschaft senden, was ist – auch das sind vielleicht nicht unbedingt Breaking News. Aber: Es sind gute Nachrichten!

Ich danke Ihnen für die Einladung; und ich will mich an die wohl älteste Regel des Nachrichtengeschäfts halten und das Wichtigste zuerst sagen: Meinen herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag Ihres Senders – und ein großes Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter für dreißig Jahre Nachrichtenjournalismus! Ganz herzlichen Dank Ihnen allen!

Seit der Aufklärung gehört es zum journalistischen Berufsethos, eine breite Öffentlichkeit über tatsächliche Geschehnisse zu informieren, die für den Einzelnen oder die ganze Gesellschaft von Belang sind. Journalistinnen und Journalisten, die in diesem Sinn Nachrichtendienst leisten, machen Demokratie überhaupt erst möglich. Sie liefern die Informationen, die Bürgerinnen und Bürger brauchen, um sich in der Welt zu orientieren, um sich ein eigenes Urteil zu bilden, vernünftige Debatten zu führen und Entscheidungen zu treffen. Zu einem Leadsatz verkürzt: Ohne Journalismus gibt es keine informierten Bürger, ohne informierte Bürger gibt es keine Demokratie.

Ich finde, diese Arbeit verdient viel mehr Anerkennung. Viele Menschen machen sich heute kaum noch bewusst, dass Informationen nicht aus der Kabelbuchse, dem WLAN-Router oder der Suchmaschine kommen, sondern von Journalisten zutage gefördert und aufbereitet werden müssen, Tag und Nacht, an Wochenenden und Feiertagen.

Reporterinnen und Reporter, die aus Kriegs- und Krisengebieten berichten, riskieren Tag für Tag ihr Leben, um Verbrechen ans Licht zu bringen, von denen wir ohne sie

nie erfahren würden; ich denke nur an die Gräueltaten, die Russland in der Ukraine begeht und über die uns auch mehrere Korrespondenten Ihres Senders informiert haben. Wer aus Regionen berichtet, die unter Beschuss stehen, die von Terroranschlägen oder Naturkatastrophen heimgesucht werden; wer in autoritären Staaten nach Wahrheit sucht, dort, wo Journalisten überwacht, bedroht, eingesperrt oder sogar ermordet werden, beweist nicht nur seinen Mut, sondern auch seine Leidenschaft für die Freiheit.

Und wir wissen: Auch in demokratischen Gesellschaften werden Journalisten angefeindet, wenn sie auf Straßen und Plätzen ihrer Arbeit nachgehen. Auch in unserem Land werden Reporter beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen. Viele Sender, auch *ntv*, müssen ihre Teams von Personenschützern begleiten lassen, wenn sie etwa von Protestzügen gegen die Corona-Politik berichten.

Ich danke heute allen unabhängigen Journalistinnen und Journalisten, allen kritischen Reporterinnen und Reportern für ihre unermüdliche Arbeit im Dienst der Information. Ohne mutige Menschen wie Sie kann es keine Freiheit, keine Gerechtigkeit, keine Demokratie geben. Meinen herzlichen Dank für Ihren täglichen Einsatz!

Ich will heute aber auch ganz klar sagen: Es ist die Aufgabe unseres Rechtsstaates, Reporter, Kameraleute und Fotografen vor Hass und Gewalt zu schützen. Wer Journalistinnen und Journalisten attackiert, attackiert die Pressefreiheit und unterhöhlt unsere Demokratie. Das haben auch Ihre Leute in Washington erlebt. Das dürfen, das werden wir in unserem Land nicht zulassen!

Wir leben in einer nie dagewesenen Zeit. Die politische Welt ist in einer Art permanentem Ausnahmezustand: Die Ereignisse überschlagen sich, viele Themen überlagern sich. Die Pandemie, der Klimawandel und die Folgen des Klimawandels, der brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die weltweit spürbaren Folgen des Krieges – alles verlangt nach Erklärung, nach Einordnung, auch wenn dafür immer weniger Zeit bleibt. Und das bedeutet: Mehr denn je brauchen wir Journalisten, die sorgfältig recherchieren, sorgfältig abwägen, die offenlegen, wenn sie unter Unsicherheit berichten, und die immer wieder deutlich machen, was sie schon wissen und was nicht.

Ich will Sie kurz an die vergangene Woche erinnern, genauer: an den Dienstagabend der vergangenen Woche, als eine Eilmeldung sehr viele Menschen in unserem Land aufschreckte, entsetzte, ja verängstigte. Sie wissen, wovon ich spreche: Es war die Nachricht vom Einschlag von Raketen in einem kleinen Ort in Polen, ganz in der

Nähe der ukrainischen Grenze. Zwei Menschen starben. Lassen Sie es mich sehr deutlich sagen: Ich halte es für verantwortungslos, wie schnell nach diesem Vorfall bei einigen vom Bündnisfall der NATO die Rede war, von einem bewaffneten Angriff auf das NATO-Mitgliedsland Polen. Die Lage an diesem Dienstagabend war alles andere als klar; die wichtige Frage, woher die Raketen gekommen waren, wer sie abgefeuert hatte, war alles andere als leicht zu beantworten. Aber trotz dieser unklaren Lage, obwohl man auch als Journalist noch gar nichts wissen konnte, hatten sich manche Ihrer Kolleginnen und Kollegen schon festgelegt; und nicht nur die.

Ich habe vorhin von der schwierigen Abwägung gesprochen, die Journalisten in einem solchen Moment treffen müssen: Wann wartet man besser noch, bevor man eine Nachricht kommentiert? Wie legt man offen, was man weiß und was nicht? Guter Journalismus heißt für mich: Erst beobachten. Dann erklären. Dann bewerten. Und wenn man ein Ereignis nicht erklären kann, weil die Faktenlage unsicher ist, weil sich die Quellen widersprechen, weil man es einfach noch nicht wissen kann, dann halten sich gute Journalistinnen und Journalisten mit der Bewertung zurück.

Journalisten tragen eine besondere Verantwortung. Denn auch wenn die rasende Beschleunigung der Ereignisse dazu führt, dass Ihre Arbeit schwerer geworden ist,

auch wenn die Komplexität vieler Themen bedeutet, dass es wirklich schwierig geworden ist, sie zu durchdringen und zu verstehen: Ihre Arbeit besteht darin, Geschichten zu entdecken, ihnen nachzugehen, Fakten zu überprüfen, Ereignisse, Bilder und Aussagen einzuordnen, zu gewichten, zu erläutern und zu kommentieren – und zwar in dieser Reihenfolge.

Erst beobachten, dann erklären, dann bewerten: So dürfen wir es von Journalisten erwarten. Das ist ihre demokratische Aufgabe; und es sollte die Regel sein. Aber Sie wissen wie ich: Es gibt auch die, die es anders halten. Da wird kommentiert, bevor die Faktenlage klar ist. Dann wird gemeint, bevor man etwas wirklich weiß. Nur keine Zeit verlieren! Die anderen könnten ja schneller sein im Kampf um das rare Gut der Aufmerksamkeit. Also Hauptsache raus mit den Zeilen, präsent sein – ganz nach dem Motto: Je unklarer die Faktenlage, desto stärker muss die Meinung sein.

Na gut, könnte man denken, Fehler passieren, und wenn man in der journalistischen Einschätzung danebenliegt, dann wird diese Einschätzung eben korrigiert, am nächsten Tag, in der nächsten Ausgabe oder nächsten Folge. Aber ich fürchte, ganz so einfach ist es nicht. Die journalistische Verantwortung ist größer. Denn auch wenn eine Fehleinschätzung im Nachhinein korrigiert wird: Sie war dann schon über Stunden, manchmal über

Tage in der Welt. Diese falsche Einschätzung hat dann schon etwas bewirkt, sie hatte bereits Folgen, weil sie Menschen verschreckt, verängstigt, vielleicht sogar aufgewiegelt oder aufgestachelt hat.

Die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten ist in unserem Land vom Grundgesetz geschützt, und die Freiheit der Presse und die Freiheit der Meinung sind für unsere freie, demokratische Gesellschaft essenziell. Umgekehrt aber haben Journalisten auch eine besondere Verantwortung für die Demokratie. Und diese Verantwortung bedeutet heute, in diesen schwierigen, komplizierten und anstrengenden Zeiten, sich der Folgen der eigenen Worte, der eigenen journalistischen Arbeit immer sehr bewusst zu sein. Immer im Hinterkopf zu haben, was man mit einer vorschnellen Nachricht, einer vorschnellen Meinung, einer vorschnellen Vorverurteilung auslösen kann.

Sie können davon ausgehen: Mir ist schon bewusst, dass wir nicht mehr in den gemütlichen Zeiten des Schwarz-Weiß-Fernsehens mit nur zwei Programmen leben. Ich weiß, wie sehr die Konkurrenz gewachsen und dass sie härter geworden ist, insbesondere durch die elektronischen Medien, und erst recht, seitdem die sozialen Netzwerke den Meinungsmarkt aufgemischt haben. Aber *Twitter* und *Facebook* sind nicht die Welt; und dennoch übernehmen die klassischen Medien oft

genug die auf *Twitter* ausgetragenen Kämpfe und überhöhen sie dadurch noch.

Es bereitet mir Sorgen, wenn Journalistinnen und Journalisten auf jede Empörungswelle in den sozialen Netzwerken aufspringen, wenn sie zuspitzen, dramatisieren, skandalisieren; wenn sie – um aufzufallen – schneller, schriller und greller sein wollen als ihre Konkurrenz.

Es bereitet mir Sorgen, wenn Journalistinnen und Journalisten ihre Zuschauer, Hörer oder Leser bevormunden oder erziehen wollen; wenn sie versuchen, ihr Publikum für ein politisches Ziel zu vereinnahmen oder es gegen die Politik insgesamt in Stellung zu bringen.

Es bereitet mir Sorgen, wenn Journalistinnen und Journalisten nicht für Aufklärung sorgen, sondern für Aufregung. Wenn sie zu einem Klima der Gereiztheit beitragen, in dem am Ende keiner mehr zuhört. Wenn sie, um überhaupt noch gehört zu werden, immer noch lauter im Ton, noch schärfer in der Kommentierung werden müssen.

Was mich sorgt, sollte auch Journalisten sorgen. Und ich würde mir eine noch sichtbarere Debatte unter Journalistinnen und Journalisten wünschen, wie man der eigenen, großen Verantwortung gerade in diesen Zeiten noch besser gerecht werden kann.

Ich weiß, dass viele Journalistinnen und Journalisten selbst unter den Mechanismen leiden, die ich beschrieben habe. Wenn Redaktionen dramatisch verkleinert werden und den verbliebenen Journalisten gleichzeitig immer mehr auferlegt wird – noch ein Video, noch einen Social-Media-Post, noch etwas für *Tiktok* oder noch einen Podcast –, dann darf sich keiner wundern, dass Gründlichkeit und Tiefe verloren gehen. Ich möchte allen Journalistinnen und Journalisten den Rücken stärken, die sich für einen verantwortungsvollen Journalismus einsetzen!

Die klassischen Medien werden sich behaupten, wenn sie unterscheidbar bleiben, wenn sie sich die Empörungskultur nicht zu eigen machen, wenn sie die Verpflichtung zur Differenzierung nicht als Nachteil empfinden, wenn sie sich der Maßlosigkeit des Urteils, wie ich sie in den sozialen Medien täglich sehe, versagen. Ich bin mir sicher: Die immer weiter nach oben getriebene Erregungshöhe, die halten die Menschen – ihr Publikum – auf Dauer nicht aus.

Noch ist nicht bewiesen, dass die Zuschauerinnen und Zuschauer, die Hörerinnen und Hörer, die Leserinnen und Leser ihr Interesse an gut informierter und differenzierter Berichterstattung verloren haben. Aber wenn die etablierten Medien das nicht mehr liefern, dann wird ihr Publikum auf die auf Speed und Krawall getrimmten

Plattformen abwandern. Und Krawall werden *Twitter* und andere immer besser können als *ntv* oder *Der Spiegel* und erst recht als *ARD* und *ZDF*.

Ich bin und bleibe überzeugt: Gerade in dieser komplexen Welt voller Krisen und Konflikte, einer Welt, in der alles mit allem zusammenhängt und die Wahrheit nicht immer so eindeutig ist, wie es behauptet oder gewünscht wird; in der wir mit Ambivalenz und Unsicherheit leben müssen – gerade in dieser Welt hat guter Journalismus seinen Platz. Er ist überlebenswichtig für die Demokratie!

Vor gut einem Monat habe ich hier in Berlin im Schloss Bellevue eine Rede zur aktuellen Lage gehalten, weil auch in unserer Gesellschaft die Verunsicherung steigt und Spannungen und Konflikte zunehmen. Der Ton in den öffentlichen Debatten wird schärfer. Populisten versuchen, die Sorgen und Ängste der Menschen für sich zu nutzen und Teile unserer Gesellschaft auseinanderzutreiben. Unsere Demokratie ist eine sensible Infrastruktur; und wir müssen sie schützen! Verteidigen wir unsere liberale Demokratie gegen Angriffe von innen und außen, gegen politisch motivierte Lügen und grassierende Unvernunft! Stärken wir alles, was uns verbindet! Dafür brauchen wir nicht weniger, sondern mehr guten Journalismus; und wir brauchen ihn lokal und überregional, in Print und online, im Fernsehen wie

im Radio, im privaten und im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Guter Journalismus, wie ich ihn verstehe, pflegt eine offene Kultur der Debatte und belebt den zivilisierten Streit. Er trägt dazu bei, dass wir in unserer Gesellschaft miteinander im Gespräch bleiben, gerade auch über die Grenzen von Lebenswelten und Milieus hinweg. Ein solcher Journalismus berichtet nicht nur hier aus der Hauptstadt, sondern aus vielen Orten in unserem Land und auf der ganzen Welt. Er ist nah dran am Geschehen, sieht und hört genau hin, lässt Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen, weltanschaulichen und politischen Gruppen zu Wort kommen, bietet auch immer denen ein Forum, die sich nicht gesehen, gehört oder verstanden fühlen, belebt auch das Dorf- und das Stadtgespräch.

Ein solcher Journalismus zeigt die nahe und die ferne Welt aus unterschiedlichen Blickwinkeln, bildet Schattierungen und Grautöne ab, rückt Kontroversen und Widersprüche ins Bild. Und ich finde es wichtig, dass gerade auch private Nachrichtensender, die zu großen Medienunternehmen gehören, ein breites Publikum umfassend und differenziert informieren, wie Sie das tun, und die Voraussetzungen dafür haben.

Eine gute Ausstattung der Redaktionen ist und bleibt die Grundbedingung für guten Journalismus. Wenn

talentierte junge Frauen und Männer heute nicht mehr in den Journalismus gehen, weil sie darin keinen Beruf mit Zukunft sehen, dann ist das ein Problem nicht nur für die Medien, sondern auch für die Demokratie! Ich bin und bleibe überzeugt: Investitionen in guten Journalismus zahlen sich aus, für die Medienhäuser und für uns alle. Je verlässlicher, vielfältiger, klarer das Informationsangebot ist, desto erfolgreicher wird es sein.

In dieser Zeit des Krieges, der Krisen und Veränderungen ist das Jubiläum Ihres Senders ein hervorragender Anlass, um sich die Bedeutung des Journalismus für unsere Demokratie noch einmal sehr bewusst zu machen. Und ich freue mich, dass Sie heute Abend auch über die Bedingungen und Voraussetzungen für guten Journalismus und über den enormen Wert der Pressefreiheit diskutieren werden.

„Wir bleiben dran", das ist das Versprechen, das Sie von *ntv* Ihren Zuschauern machen. Ich wünsche unserem Land, dass auch in Zukunft viele verschiedene Medien „dranbleiben", dass sie das aktuelle Geschehen beobachten, erklären, diskutieren, dass sie ihrem demokratischen Auftrag gerecht werden, mündige Bürger zu informieren.

Deshalb zum Schluss meine Bitte an Sie: Bleiben Sie neugierig, bleiben Sie kritisch – und bleiben Sie dran!



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Elke Büdenbender (M.) mit Sonja Schwetje, Chefredakteurin von ntv (r.); Liz Mohn, Präsidentin des Liz Mohn Centers (4. v. r.), und Mitarbeiterinnen sowie Mitarbeitern von ntv, am Rande der Jubiläumsfeier in der Bertelsmann-Repräsentanz



Begrüßung von Emine Sevgi Özdamar
im Atrium der Kunsthalle Mannheim

„Ich bleibe überzeugt, dass ein Mensch mehrere Heimaten haben kann“

Verleihung des Schillerpreises der Stadt Mannheim an Emine Sevgi Özdamar

27. November 2022, Mannheim

„Eine Wand sagte: ‚Ich werde das Land verlassen. Wie Mari und Diana nach Europa wandern.‘ Die andere Wand sagte: ‚Gut, zieh nur hin. Wohlan, hetz dich ab, wie ein schneller Hund, renn hin zu diesem Europa.‘ Die dritte Wand, vor der ich im Bett lag, sagte: ‚Ach mein Kind, wie jung ist dein Blut, so gastfreundlich für verrückte Taten.‘ Dann schlägt die Wanduhr des Nachbarn zweimal und die Erzählerin spricht es laut aus: ‚Ich werde gehen.‘“

Welche erzählerische Kraft, welche Fantasie entfalten sich in diesen wenigen Sätzen. Welches Panorama öffnen Sie, liebe Emine Sevgi Özdamar, schon gleich zu Anfang Ihres jüngsten Romans „Ein von Schatten begrenzter Raum“. Eine Kirche, Krähen, Moskitos, die alle sprechen können. Ein Anfang und ein Ende wie in einer griechischen Tragödie, auf einer kleinen türkischen Insel gegenüber von Lesbos: Die Türkei und Europa, dieser Spannungsbogen ist hier schon weit geöffnet. Und es geht hier schon um große Fragen, die die Menschen immer umgetrieben haben: Gehen oder Bleiben, Vertrautes und Fremdes, Vertreibung und Verlust. Schon

diese ersten Seiten haben mich tief berührt, haben mich hineingezogen in diese Geschichte voller Geschichten. Sicher ist es vielen von Ihnen hier im Saal genauso gegangen, die dieses wunderbare Buch gelesen haben.

Liebe Gäste, es ist mir eine ganz besondere Ehre und eine große Freude, heute die Laudatio zur Verleihung des Schillerpreises der Stadt Mannheim zu halten. Haben Sie ganz herzlichen Dank für die Einladung! Und das Wichtigste vorneweg: Schon an dieser Stelle meinen herzlichen Glückwunsch an Sie, die Trägerin des Schillerpreises von Mannheim! Herzlichen Glückwunsch, liebe, verehrte Emine Sevgi Özdamar!

Liebe Emine Sevgi Özdamar, ich erinnere mich gut an unsere letzte Begegnung im Februar 2020. Damals waren Sie zu Gast bei einer Veranstaltung in Schloss Bellevue. Zu einem „Heimatabend" hatte ich eingeladen. Und natürlich war es ein Heimatabend der etwas anderen Art: Es ging um die Literatur, Kunst, Musik von Menschen, deren Familien nicht schon seit Generationen in Deutschland leben; Menschen, die in unser Land gekommen sind – und um die Frage, was Heimat bedeutet. Heimat, dieses so deutsche Wort.

Sie, liebe Emine Sevgi Özdamar, haben damals aus Ihrer Erzählung „Berlin, Stadt der Vögel" gelesen. Die Erzählerin schildert darin, wie sie vor Jahrzehnten zum ersten

Mal nach Berlin kam, eine Stadt, die ihr wie ein Bühnenbild erschien, wie ein begrenzter Raum – ein Bild, das Sie offenbar schon lange begleitet. Berlin, das war eine graue, müde Stadt, mit Lücken in den Häuserreihen, Einschusslöchern in den Wänden und einsamen alten Frauen in den Parks. Die wenigen Ausländer saßen dort wie bunte Vögel auf den Bäumen, schreiben Sie.

Welche poetische Kraft auch hier, liebe Emine Sevgi Özdamar. Eine Kraft, die an jenem Abend alle in ihren Bann gezogen hat. Es war still, sehr still, als Sie lasen. Denn es ging ja um Ihr Lebensthema und das der meisten Gäste: Grenzen zu überschreiten und zu überwinden, die Heimat zu verlassen, eine neue Heimat zu finden, vielleicht auch mehrere Heimaten im Herzen zu tragen.

Dass man Grenzen akzeptieren muss, dass man sie aber auch überschreiten, überwinden, sich von ihnen befreien und sich über sie hinwegsetzen und dann sehr frei sein kann, das gehört zu den existenziellen Erfahrungen im Leben und ganz besonders auch zu Ihrem Leben. Und vielleicht liegt darin ja eine Annäherung an Ihr Werk, liebe Emine Sevgi Özdamar. Denn um Grenzen geht es in Ihrem Leben – und in Ihrem künstlerischen Schaffen. Sie haben viele Grenzen überschritten und überwunden: geographische, politische, aber auch kulturelle, ästhetische, sprachliche. Räume sind von Schatten begrenzt; und die Menschen darin werden von diesen Schatten

bedrängt. Aber ihre Konturen, ihre Identitäten werden dadurch umso deutlicher. In diesen Räumen, mit diesen Räumen eröffnen sich auch ganz neue Möglichkeiten, neue Freiheiten.

Mitte der 1970er Jahre verließen Sie als junge Schauspielerin die Türkei und gingen wieder nach Deutschland, wieder nach Berlin, in das geteilte und vom Krieg gezeichnete Berlin, wo Sie schon einmal als sehr junge Frau gelebt hatten. Nach dem Militärputsch verdunkelten Gewalt, Unfreiheit und Willkür den Alltag bis in den letzten Winkel hinein. Die Türkei war jetzt wieder ein Land, in dem das Töten erlaubt war. „Ich werde gehen", sagt die Erzählerin in ihrem neuesten Roman – trotz all der widerstreitenden Gefühle, die sie hat. Und gegangen sind auch Sie, liebe Emine Sevgi Özdamar. Gehen, das hieß damals, Ihre Familie, Ihr Land, Ihre Sprache zu verlassen. Dass Sie sehr viel später im Leben, zumindest teilweise, wieder in der Türkei leben würden, auf ebenjener Insel im Mittelmeer, das wussten Sie damals noch nicht.

Erlauben Sie mir einen kleinen Sprung zurück in die Geschichte: in das Deutschland der Kleinstaaten und Fürsten. Die „völlige Trennung von Vaterland und Familie" beschrieb auch ein junger Mann fast 200 Jahre bevor Sie damals die Türkei verließen, liebe Emine Sevgi Özdamar. Dieser junge Mann floh hierher nach Mannheim, um Unfreiheit, Willkür und Haft zu entkommen – erstaunliche

Parallelen. Auch der noch vollkommen unbekannte Friedrich Schiller überwand damals Grenzen, geographische, in einem Deutschland der Kleinstaaten, aber auch ästhetische und sprachliche – mit seinem hier uraufgeführten Erstlingswerk „Die Räuber". Es wurde zur Sensation.

Und es gibt noch eine Linie, die sich zu Friedrich Schiller ziehen lässt: die Leidenschaft für das Theater. „Der Mensch spielt nur, wo er in voller Bedeutung des Wortes Mensch ist, und er ist nur da ganz Mensch, wo er spielt", heißt es in Schillers Schriften über die ästhetische Erziehung des Menschen.

Zu spielen und ganz Mensch zu sein, erst am Theater, später in Filmen, das hat Ihr Leben und Ihr künstlerisches Werk geprägt, liebe Emine Sevgi Özdamar. In der Türkei, wo Sie mit zwölf Jahren zum ersten Mal auf einer großen Bühne standen und später die Schauspielschule in Istanbul besucht haben. In Berlin, wo Sie mit Benno Besson und Matthias Langhoff an der Volksbühne arbeiteten, im damaligen Ostberlin. Auch da überwanden Sie eine Grenze, eine, die besonders schwer zu überwinden war: die Mauer. Sie lebten in Westberlin und arbeiteten in Ostberlin, gingen in der geteilten Stadt hin und her mit großer Selbstverständlichkeit. Und: Selbstverständlich wurde dort auf Deutsch inszeniert. Jener Sprache also, von der Sie kein Wort verstanden, als Sie 1965, mit

18 Jahren, zum ersten Mal nach Deutschland gekommen waren.

Es war das Deutschland, in das nach dem Anwerbeabkommen zwischen der Türkei und Deutschland aus dem Jahr 1961 Zehntausende von Menschen in überfüllten Zügen ankamen, um hier zu arbeiten. Gastarbeiter nannten wir Deutsche sie damals, bevor Max Frisch uns aufklärte: „Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen."

Sie, liebe Emine Sevgi Özdamar, haben dieses zusammengesetzte Wort wunderbar ironisch und lakonisch zugleich in seine Bestandteile zerlegt: Bei einem Gastarbeiter denken Sie an zwei Personen, an einen Gast und einen, der arbeitet. Eine Erfahrung, die Sie auch selbst gemacht und später literarisch umgesetzt haben. Ein paar Monate lang verdienten Sie Ihr Geld in einer Fabrik in Westberlin. Ihr Weg führte Sie dann noch einmal zurück in die Türkei und dann eben wieder nach Berlin. Denn Sie träumten von etwas anderem: zu spielen und ganz Mensch zu sein.

Es folgten Aufenthalte in Paris, in Avignon, in Bochum, Frankfurt, Düsseldorf, wo Sie als Schauspielerin, Regisseurin und Autorin arbeiteten. Und all diesen Orten und all den Menschen, denen Sie dort begegnet sind,

begegnen auch wir, zuerst in Ihren Theaterstücken und später in Ihren Romanen.

In „Ein von Schatten begrenzter Raum" begegnen wir ihnen noch einmal neu. Welch fulminantes Erinnerungswerk! Wenn ich von einem Roman spreche, ist auch das nur eine Annäherung. Denn Sie sprengen in diesem Buch das Genre Roman virtuos. Sie spielen mit eigener Erinnerung und literarischer Erzählung und lassen mit der Sprache etwas ganz Neues entstehen: mit Ihrer sehr eigenen, funkelnden, poetischen, traurigen und sehr komischen, kurzum Ihrer überbordenden Sprache.

Dieses Werk nimmt uns mit auf eine Reise zwischen der Türkei, Deutschland und Frankreich; es entführt uns in so viele Welten und ist bevölkert von so vielen Menschen, dass einem manchmal fast schwindelig werden kann. Immer sind Sie den Menschen, Ihren Figuren zutiefst zugewandt. Und immer sehen wir als Leserinnen und Leser all diese Welten und Menschen mit einem fremden und vertrauten Blick zugleich, der sich die Welt anverwandelt. Einem Blick, wie man ihn wohl nur haben kann, wenn man sich wie Sie zwischen all diesen Welten ständig hin- und herbewegt und in mehreren Ländern, an vielen Orten gewohnt, ja vielleicht sogar seine Heimat hat.

Heimat, dieser in der deutschen Geschichte so oft missbrauchte Begriff, lässt sich nicht leicht fassen und schon gar nicht verordnen. Es ist ein schillernder Begriff, einer, der sich mit Gefühlen, Erinnerung und Vertrautheit verbindet, mit Orten und Menschen, mit Gerüchen, Essen, der Sprache. Menschen sind in der Geschichte immer gewandert. Und auch in unser Land wandern seit Jahrhunderten – und vor allem in den letzten Jahrzehnten – Menschen zu. Sie suchen hier eine neue Heimat. Und sie alle bringen ihre Heimat mit. Ich bleibe überzeugt, dass ein Mensch mehrere Heimaten haben kann, die er im Herzen trägt. Heimat gibt es auch im Plural!

Und so habe ich auch Ihr Buch gelesen, liebe Emine Sevgi Özdamar. Dieses Buch ist auch eine Suche nach einer längst vergangenen, einer für Sie – oder die Erzählerin – auch sehr glücklichen Zeit. Sie entführen uns darin in das graue Berlin der Mauerjahre – und in die im Gegensatz dazu für Sie flirrende Bohème im Paris der Siebziger und Achtziger. Ein Paris, das noch nicht erschüttert wurde von islamistischen Terroranschlägen. Sie entführen uns in ein Nachkriegseuropa, das zumindest westlich des Eisernen Vorhangs geprägt war vom Glauben an Utopien und an die Kraft der Kunst. In diesem Teil Europas machte im Rückblick von heute aus „die Hölle eine Pause“, so beschreiben Sie es. Aber es ist auch ein Europa der Exilanten und der Fremdheit. Eines der Toten und der Trauer.

Mit Sprache etwas Neues schaffen, das ist der Kunst vorbehalten. Aber was bedeutet es, sich eine fremde Sprache so anzueignen, dass man sich in ihr nicht nur verständigen kann, sondern dass man in dieser Sprache lebt, träumt, arbeitet, schreibt? Dass man in dieser neuen Sprache zur Künstlerin wird?

In Ihrem Roman „Die Brücke vom Goldenen Horn" schildert die Ich-Erzählerin, was ihre ersten deutschen Wörter waren, um in Berlin Zucker, Salz und Eier zu kaufen: „Schak Schak, eee, gak gak gak." Ich, der ich in Deutschland aufgewachsen bin und immer Deutsch gesprochen, gelesen, gedacht habe, kann kaum ermessen, welch weiter Weg es war bis zu Ihren so kunstvollen Büchern, liebe Emine Sevgi Özdamar, bis zu einer mit bedeutenden Literaturpreisen gekrönten Schriftstellerin.

Deutsch, das ist für Sie, liebe Emine Sevgi Özdamar, die Sprache, in der, wie Sie es so wunderbar beschreiben, die Wörter keine Kindheit haben. Das gilt nicht nur für Sie, sondern für alle, die mit einer anderen Sprache aufgewachsen sind. Und doch entschieden Sie sich für diese Sprache, mit einer Radikalität, die wir alle nur bewundern können.

Sie verschlangen deutsche Theaterstücke, die deutsche Literatur. Sie wohnen, so haben Sie es immer wieder gesagt, in deutschen Schriftstellerinnen und

Dramatikern: in Heinrich Heine, Bertolt Brecht, Heinrich Böll, Herbert Achternbusch, Franz Xaver Kroetz, Thomas Brasch, Hannah Arendt und vielen anderen mehr. Sie wurden Ihnen zur Heimat. „Ich liebte es, in einem Land zu leben, das lebensfähig war", schreiben Sie. „Ich hatte ja kein lebensfähiges Land. Deswegen wohnte ich jetzt in deutschen Schriftstellern." Eine schönere und zugleich traurigere Liebeserklärung kann ich mir nur schwer vorstellen.

Die Sprache, die Muttersprache, die Mutterzunge zu verlieren, das ist eine existenzielle Erfahrung für jeden Menschen, der sein Land verlassen muss; und das gilt erst recht für Schriftstellerinnen und Schriftsteller. „In meiner Sprache heißt Zunge: Sprache. Zunge hat keine Knochen, wohin man sie dreht, dreht sie sich dorthin", heißt es in Ihrem ersten Erzählband „Mutterzunge".

Wie verzweifelt waren deutsche Schriftstellerinnen und Schriftsteller wie Lion Feuchtwanger, Klaus und Thomas Mann, Nelly Sachs, Mascha Kaléko, Hilde Domin, Stefan Zweig und viele andere, die vor dem Nationalsozialimus fliehen mussten, weil sie ihre Sprache, ihre Muttersprache, in der sie dachten, sprachen, schrieben, verloren hatten. „Das Vaterland kann man verlieren, aber die Muttersprache ist der unverlierbare Besitz, die Heimat der Heimatlosen", schrieb Klaus Mann im Exil.

Heute, in einer globalisierten Welt, ist es selbstverständlicher als damals, dass Menschen mehrere Sprachen sprechen. Aber die Sprache und damit ein Stück der eigenen Identität zu verlieren, ist und bleibt eine existenzielle Erfahrung, die in vielen Werken unserer neueren Literatur eine Rolle spielt. Sie, liebe Emine Sevgi Özdamar, haben eine neue Sprache gefunden – und das im doppelten Sinne. Sie waren eine der ersten Schriftstellerinnen aus der Türkei, die auf Deutsch schreiben. Schreiben? Auch das ist nur eine Annäherung.

Wenn ich mir dieses Bild zu eigen machen darf: Sie wohnen in der deutschen Sprache und das so meisterhaft wie nur wenige, deren Muttersprache Deutsch ist. Und auch wenn Sie sich selbst nicht in dieser Rolle sehen: Sie haben damit viele Schriftstellerinnen und Schriftsteller in unserem Land inspiriert und ihnen Mut gemacht, deren Mutterzunge ebenfalls nicht Deutsch ist und deren Werke heute unsere Literatur bereichern. Und das zu einer Zeit, als der Begriff migrantisch oder migrantische Literatur noch längst nicht gebräuchlich war. „Die Entscheidung für die Literatur habe ich auch Emine Sevgi Özdamar zu verdanken", schrieb erst kürzlich der in diesem Jahr mit dem Peter-Huchel-Preis ausgezeichnete Dichter Dinçer Güçyeter.

Aber: Ihre Kunst mit dem Stempel migrantische Literatur zu versehen, auch damit würde man Ihnen in keiner

Weise gerecht – und auch nicht den vielen anderen Künstlerinnen und Künstlern, die aus unserer Literatur gar nicht mehr wegzudenken sind. Solche Stereotypen und Denkmuster haben viel zu lange unsere Wahrnehmung geprägt. So ironisch wie scharfsinnig haben Sie, liebe Emine Sevgi Özdamar, mit dem Bild gespielt, das sich viele Deutsche von Ihnen gemacht haben. Und wenn ich sage „gespielt", ist das nicht nur literarisch, sondern auch ganz wörtlich zu verstehen: Als türkische Frau in Deutschland waren Sie immer sofort die türkische Putzfrau – anders konnte es ja gar nicht sein, selbst als Schauspielerin auf der Bühne. Und Sie haben sie gespielt, diese türkische Putzfrau, und uns, den Deutschen, mit Ironie und Witz den Spiegel vorgehalten!

Mit Stereotypen belegt zu werden, auf Ablehnung als „Fremde" zu stoßen, diskriminiert, diffamiert, ausgegrenzt oder gar Opfer von Hass und Gewalt zu werden: Das ist eine Erfahrung, die viele Menschen, die zu uns nach Deutschland gekommen sind, teilen. „In der Fremde wird der Mensch auf sich selbst zurückgeworfen, weil er andauernd daran erinnert wird, dass er fremd ist", warnt auch der Chor der Krähen in „Ein von Schatten begrenzter Raum".

Auch Menschen, die schon in der zweiten, dritten oder vierten Generation hier leben, berichten mir immer wieder, wie sehr sie darunter leiden, als „Fremde"

betrachtet, nicht als Teil unserer Gesellschaft anerkannt zu werden.

Die Menschen, die zu uns gekommen sind, haben nicht nur sich verändert. Das mussten sie. Sie haben auch unser Land, sie haben uns verändert. Ohne sie wäre Deutschland nach dem Krieg nicht zu Wohlstand gekommen. Sie alle haben auch unsere Kultur, unsere Musik und Literatur, unsere Küche, unsere Lebensgewohnheiten verändert und bereichert. Sie haben Deutschland zu einem offeneren und vielfältigeren Land gemacht. Heute sind wir nicht ein Land, in dem Menschen mit Migrationshintergrund leben. Nein, wir sind ein Land mit Migrationshintergrund! Eine Realität, zu der sich die Deutschen erst spät bekennen sollten.

Alle, die zu uns gekommen sind, haben ihre Geschichte und ihre Geschichten mitgebracht. Aber sie werden noch immer viel zu wenig gehört. Ich bin überzeugt, dass ihre Geschichten viel stärker Teil unseres gemeinsamen Wir werden müssen. Ihre Geschichten sind ein Teil von uns. Sie sind Teil unserer Geschichte, unserer gemeinsamen Geschichte.

Literatur ist Gedächtnis, hat es Franco Biondi, der ebenfalls in Deutschland lebende und aus Italien stammende Schriftsteller, einmal formuliert. Liebe Emine Sevgi Özdamar, Sie haben uns Ihre Geschichte und so viele

wunderbare Geschichten geschenkt. Und Sie schenken uns noch etwas: Gedächtnis und eine ganz eigene Geschichte unserer Geschichte. Eine, die unsere Literatur und damit uns alle so viel reicher macht. Dafür möchte ich Ihnen heute von ganzem Herzen danken. Ich gratuliere Ihnen zum Schillerpreis. Und wenn ich mir noch etwas wünschen darf: Schenken Sie uns bitte noch viele funkelnde, poetische, traurige und komische, überbordende Geschichten! Lassen Sie uns als Leserinnen und Leser noch in vielen Ihrer Geschichten wohnen, liebe Emine Sevgi Özdamar.



Schriftstellerin und Preisträgerin des Schillerpreises der Stadt Mannheim, Emine Sevgi Özdamar (M.), mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim (l.), im Atrium der Kunsthalle Mannheim



Im Langhanssaal von Schloss Bellevue

„Unsere Großherzigkeit im Umgang miteinander, die kann uns niemand nehmen“

Weihnachtsansprache 2022

25. Dezember 2022, Schloss Bellevue

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, ich möchte Ihnen heute Abend von Kindern erzählen, die ich vor einigen Tagen getroffen habe: fünfzig Mädchen und Jungen, die mit ihren Müttern vor dem Krieg in der Ukraine zu uns nach Deutschland geflohen sind. Sie haben ihre Heimat und sie haben ihr Zuhause verloren, viele von ihnen haben Schreckliches erlebt. Sie sind so verängstigt, dass schon der Knall einer zufallenden Tür sie zittern lässt.

Ich traf diese Kinder in Freiberg in Sachsen, wo sie in die Grundschule gehen. Ihre Lehrerin erzählte, wie oft sie die Kinder trösten muss. „Manchmal möchte ich mitweinen“, sagte sie, „aber ich kann nicht, denn ich muss ja stark bleiben.“ Eine andere Lehrerin kam selbst erst im Mai aus der Ukraine zu uns. Damals sprach sie kein Wort Deutsch; heute kann sie es so gut, dass sie ukrainische Kinder auf Deutsch unterrichtet. Wie schafft man das alles? Die Schulleiterin sagte mir: „Da waren so viele, die unsere Hilfe brauchten – also haben wir es einfach gemacht.“

Ich erzähle Ihnen diese Geschichte nicht nur, weil ich dankbar bin für die Mitmenschlichkeit und Liebe, die diese Kinder erlebt haben. Sondern weil ich heute Abend allen danken will, die sich in diesem Jahr für andere eingesetzt haben.

Ich weiß, wie viel diese Krise Ihnen allen abverlangt; dass viele sich einschränken müssen. Aber unsere Großherzigkeit im Umgang miteinander, die kann uns niemand nehmen. Ein freundliches Wort, eine kleine Geste der Aufmerksamkeit, Verständnis für andere, Offenheit gegenüber Fremden: Sie selbst, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Sie alle, die in unserem Land leben, helfen mit, das Leben für andere ein wenig heller zu machen.

Meine Frau und ich wünschen Ihnen ein schönes Weihnachtsfest! Ein Weihnachten, an dem Sie für einen Moment Abstand gewinnen können zu dem, was Sie in diesem Jahr erschreckt, geängstigt, aufgewühlt hat. Ein Weihnachten, an dem Sie sich freuen können über Begegnungen, das Zusammensein mit der Familie, über die Ruhe nach einem anstrengenden Jahr.

An Weihnachten feiern wir Christen die Ankunft des Kindes, das Hoffnung bringt in eine düstere Gegenwart. Und auch viele Nichtchristen feiern mit und lassen sich berühren von den Verheißungen der Weihnachtsgeschichte:

Wärme und Schutz, Nähe und Eintracht, Zuversicht und Frieden.

Ja, in diesem Jahr ist wohl unser sehnlichster Wunsch, dass wieder Friede herrscht. Der brutale russische Überfall auf die Ukraine, die Rückkehr des Krieges nach Europa, das entsetzliche Leid der Ukrainerinnen und Ukrainer, auch die Furcht vor einer Ausweitung der Kämpfe, all das verstört und verängstigt viele Menschen in unserem Land.

Auch die Grundschulkinder aus Freiberg und ihre Familien in der Ukraine wünschen sich Frieden, viel dringlicher noch als wir. Aber dieser Friede ist noch nicht greifbar. Und es muss ein gerechter Friede sein, der weder den Landraub belohnt noch die Menschen in der Ukraine der Willkür und Gewalt ihrer Besatzer überlässt. Bis Friede einkehren kann, ist es ein Gebot der Menschlichkeit, dass wir den Angegriffenen, den Bedrohten und Bedrückten beistehen. Auch damit setzen wir im Dunkel des Unrechts ein Licht der Hoffnung.

Liebe Landsleute, auch Sie spüren die Folgen dieses Krieges, vor allem die wirtschaftlichen Folgen. Aber Sie tragen die Lasten, weil Ihnen das Schicksal der Ukrainerinnen und Ukrainer nicht gleichgültig ist; weil Ihnen ihr Kampf für die Freiheit nicht egal ist; weil Sie solidarisch und mitmenschlich sind.

Ja, dies sind raue Zeiten. Wir stehen im Gegenwind. Und dennoch: Gerade Weihnachten ist der richtige Moment, auf das zu schauen, was uns Zuversicht gibt. Und das gibt es! Die Ukraine behauptet sich mit großem Mut. Europa steht zusammen. Und unser Land wächst in der Herausforderung wieder einmal über sich hinaus. Wir sind nicht in Panik verfallen, wir haben uns nicht auseinandertreiben lassen. Unser demokratischer Staat mildert die härtesten Belastungen. In den Unternehmen arbeiten viele daran, gestärkt aus der Krise zu kommen. Und Sie alle haben mitgeholfen.

Wenn dieses Jahr ein Gutes hatte, dann doch die Erfahrung: Gemeinsam kommen wir durch diese Zeit. Und deshalb ist es mein Weihnachtswunsch, dass wir diese Zuversicht mitnehmen ins neue Jahr. Dass wir alles stärken, was uns verbindet.

So sehr uns andere Sorgen augenblicklich beschäftigen mögen: Auch der Kampf gegen den Klimawandel hat nichts an Dringlichkeit verloren. Er kann nicht warten, er braucht uns alle. Ich wünsche mir, dass die Älteren auch spät im Leben noch einmal bereit sind, sich zu verändern. Und dass die Jüngeren sich engagieren, dass sie kritisch sind – ohne der Sache des Klimaschutzes zu schaden, indem sie andere gegen sich aufbringen. Wir brauchen doch beides: den Ehrgeiz der Jungen und die Erfahrung der Alten. Denn wir alle haben doch ein

gemeinsames Ziel: dass die Jüngeren nicht die „letzte Generation“ sind, sondern die erste Generation einer klimafreundlichen Welt.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir waren in diesem Jahr zu so viel mehr fähig, als wir uns womöglich selbst zugetraut hatten. Wir haben beherzt gehandelt, als unsere Hilfe erforderlich war. Wir sind füreinander eingestanden. Ich bin stolz auf unser Land, in dem so viele Menschen anpacken – nicht weil sie müssen, sondern weil sie Verantwortung empfinden für andere und für die Gemeinschaft. Was uns im Kern ausmacht, was uns immer stark gemacht hat, das hat Bestand: Wir sind kreativ, fleißig und solidarisch. Und daraus können wir die Kraft und die Hoffnung schöpfen für das neue Jahr.

Ich möchte ganz besonders all jenen danken, die auch heute und über die Feiertage arbeiten, in den Krankenhäusern und Altenheimen, auf den Polizeiwachen und bei den Feuerwehren, überall dort, wo es im Dienst für andere keine Pause gibt. Ich danke Ihnen sehr dafür!

Ihnen allen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, frohe Weihnachten!

Interviews



Interview mit Melanie Amann (nicht im Bild), Chefredakteurin und Leiterin des Hauptstadtbüros des Nachrichtenmagazins Der Spiegel (l.), und Veit Medick, Redakteur im Hauptstadtbüro (r.), im Amtszimmer in Schloss Bellevue

„Der Umgang von Demokratien und autokratischen Staaten wird auf Dauer ein Balanceakt zwischen Distanzierung und Kooperation bleiben“

Interview mit dem Nachrichtenmagazin Der Spiegel

8. April 2022

Herr Bundespräsident, wir haben mal nachgezählt: Sie haben Wladimir Putin in Ihrem politischen Leben allein in Moskau mindestens sieben Mal persönlich getroffen. War irgendeine Begegnung dabei, welche hilft, die heutige Lage zu erklären?

Meine erste Begegnung mit Putin war im Jahr 2001. Putin hielt eine Rede im Bundestag. Er hat sie auf Deutsch gehalten, in der Sprache Goethes, Schillers und Kants, wie er bei seinem Auftritt sagte. Seine Kernbotschaft lautete, er wolle sich an der Seite Deutschlands und Europas auf den Weg von Freiheit und Demokratie begeben. Diese Rede hat mir damals auch Hoffnung gegeben und für die Bundesregierung Verantwortung mit sich gebracht, zur Verbesserung der Beziehungen beizutragen.

Aber dieser Auftritt ist mehr als zwanzig Jahre her.

Eben. Dieser Putin des Jahres 2001 hat nichts mehr mit dem Putin des Jahres 2022 zu tun, den wir jetzt als brutalen, eingebunkerten Kriegstreiber erleben.

Haben Sie im Verlauf der Jahre eine charakterliche Veränderung beim russischen Präsidenten festgestellt?

Mir geht es nicht um den persönlichen Charakter. Mir geht es um die Wahrnehmung der russischen Politik. Die hat sich natürlich auch bei mir verändert im Laufe der Jahre. Ich erinnere mich an meinen letzten Besuch in Moskau, zugleich mein einziger als Bundespräsident. Eigentlich ein schöner Anlass: Ich habe teilgenommen an der Zeremonie zur Rückgabe der Kathedrale St. Peter und Paul an die lutherische Kirche. Das war im Oktober 2017. Ich habe anlässlich dieses Besuches auch noch einmal Putin getroffen. Es war ein kühles Gespräch. Die Feindschaft zum Westen, insbesondere zu den USA, war zu seiner dominierenden Ideologie geworden. Das war eine sehr bittere Erkenntnis.

Die sich aber nicht sichtbar in Ihrer Politik niedergeschlagen hat. Oder warum haben Sie bis zuletzt an Ihrem Kurs festgehalten, die Nähe Moskaus zu suchen?

Welche Nähe meinen Sie? Seit 2017 war ich nicht mehr in Moskau, habe weder Putin noch Lawrow gesprochen. Meine Politik gegenüber Russland hat sich spätestens mit der Annexion der Krim geändert.

Putin führt Krieg in der Ukraine, lässt offenbar Zivilisten ermorden, droht mit Nuklearwaffen. Das alles haben Sie kommen sehen?

Nein. Ich bin Zeuge gewesen der Veränderung der russischen Politik, aber ehrlich gesagt: Ich habe noch auf einen Rest Rationalität von Wladimir Putin gehofft. Ich bin nicht davon ausgegangen, dass der russische Präsident den totalen politischen, wirtschaftlichen, moralischen Ruin seines Landes riskiert in einem imperialen Wahn. Der Überfall erschüttert mich.

Was hat Sie daran gehindert, Putins wahres Gesicht zu erkennen?

Das Gesicht war eben nicht immer dasselbe. Aber wir können uns unser Gegenüber eben auch nicht aussuchen. Ich zähle mich zu denjenigen, die ein politisches Leben lang dafür gearbeitet haben, dass der Krieg nie mehr nach Europa zurückkehrt. Das ist nicht gelungen. Waren deshalb die Ziele falsch? War es falsch, dafür zu arbeiten? Das ist die Debatte, die ich, die wir jetzt führen müssen.

Wo hat die deutsche Politik unter Ihrer aktiven Beteiligung sichtbar Härte gegenüber Moskaus aggressiver Politik gezeigt? Wann wurde versucht, Putin klare Grenzen aufzuzeigen?

Die Annexion der Krim und die anhaltende Aggression in der Ostukraine waren eine Zäsur. Und diese Zäsur hatte tiefgehende Konsequenzen. Als NATO-Außenminister haben wir nach 2014 das Zwei-Prozent-Ziel für Verteidigungsausgaben beschlossen sowie Abschreckungs- und Rückversicherungsmaßnahmen verabredet. Dazu zählten das *Air Policing* über den baltischen Staaten und später NATO-Manöver in Osteuropa. Maßnahmen, die in Teilen der europäischen und deutschen Öffentlichkeit noch als überzogen beurteilt wurden und die ich auch in der eigenen Partei zu verteidigen hatte.

Zugleich haben Sie damals die NATO vor „Säbelrasseln" gegenüber Russland gewarnt. Ist Ihnen das heute unangenehm?

Das war schon damals aus dem Kontext gerissen. Ich habe die Politik der Stärkung der NATO mit vorangetrieben und geholfen, sie innenpolitisch mehrheitsfähig zu machen.

In der Ukraine sieht man Ihre Rolle etwas weniger verklärt.

Wenn das so wäre, würde es mich sehr traurig machen. Wahrscheinlich hat mich kein anderes Land in meinem politischen Leben so beschäftigt wie die Ukraine. Ich habe seinerzeit in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 die Verhandlungen über ein EU-Assoziierungsabkommen mit der ukrainischen Seite gestartet und dann erleben müssen, wie Russland es in den Jahren danach zerstören wollte. Als ich nach vier Jahren Opposition im Dezember 2013 ins Auswärtige Amt zurückkehrte, war die Empörung in der Ukraine über Präsident Janukowitsch gerade auf dem Höhepunkt.

Das war während der sogenannten Euromaidan-Revolution, als hunderttausende Menschen wegen Kiews Weigerung, das EU-Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen, auf den Straßen der Hauptstadt demonstrierten und die Moskaunahe Regierung die Proteste blutig niederschlagen ließ.

Die Lage war dramatisch. Als ich ankam, gemeinsam mit meinem polnischen und französischen Kollegen, hingen Rauchschwaden über der Stadt. Uns erreichten Berichte über immer neue Tote. Wir haben uns einen Weg durch die Barrikaden gebahnt in den Präsidentenpalast, wo die Sonderpolizei gerade massenhaft Munition und Waffen einbunkerte. Fast schon unerwartet haben wir Verhandlungen zwischen Janukowitsch und

der Maidan-Opposition in Gang gebracht. Wir vereinbarten ein Ende der Gewalt, eine Übergangsregierung, die Wiedereinsetzung der Verfassung von 2004 und vorgezogene Neuwahlen. Ein positives Ergebnis, auch wenn die politische Dynamik innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden darüber hinweggegangen ist.

Im Kreml scheint man das Signal nicht gehört zu haben. Was bleibt, ist das Bild eines übervorsichtigen Deutschlands, das immer Angst davor hatte, Moskau zu sehr zu provozieren.

Lassen Sie uns bitte bei den Fakten bleiben: Ganz Europa war froh, dass Deutschland und Frankreich Verantwortung übernommen haben für einen Verhandlungsprozess zwischen der Ukraine und Russland. Die Ukraine hatte übrigens selbst um dieses Normandie-Format gebeten. Moskau fühlte sich durch unser Tun provoziert, hat uns immer wieder vorgehalten, das Ende der Regierung Janukowitsch herbeigeführt zu haben. Aber klar ist: Unsere Abhängigkeit von russischen Energieimporten war und ist ein Problem.

Sie meinen die Pipeline Nord Stream 2, an der auch Sie persönlich bis zuletzt festgehalten haben.

Das war ein Fehler, ganz klar. Ich habe mich zu lange damit beruhigt, dass Planungen für diese Pipeline schon vor 2014 stattgefunden hatten, und ich habe auf Dialog

gesetzt. Jetzt ist nicht nur ein milliardenschweres Projekt gescheitert, unser Verhalten hat auch Glaubwürdigkeit gegenüber den osteuropäischen Partnern gekostet. Das tut weh.

Putin jedenfalls scheint diesen Wunsch nach Dialog als Zeichen der Schwäche interpretiert zu haben, nach dem Motto: Von denen habe ich nichts zu befürchten. Sonst hätte er kaum diesen Krieg riskiert.

Ich sehe nicht, dass Putin noch so rational kalkuliert. Früher habe ich tatsächlich geglaubt, Moskau könnte Angst vor der Erweiterung der NATO haben. Heute weiß ich: Angst hat Russland vor der Ausbreitung von Demokratie, vor der Sehnsucht nach Freiheit und Recht. Der Überfall auf die Ukraine, die Leugnung ihrer Staatlichkeit, das Morden und das tausendfache Leid, das ist eine endgültige Zäsur. Und eben auch eine Zeitenwende. Sie ist sichtbar geworden durch das Zusammenrücken des gesamten Westens, durch den Schulterschluss zwischen Europa und den USA, die Entschiedenheit der EU bei den Sanktionen, die deutlichen Antworten der NATO.

Es gibt dieses Bild von Ihnen und Putins Außenminister Sergej Lawrow, wo Sie einander sehr vertraut und freundschaftlich an den Arm greifen. Es ist zum Sinnbild einer problematischen Nähe geworden.

Finden Sie?

Es hat etwas sehr Harmonisches.

Ich finde den Gesichtsausdruck von mir und Lawrow überhaupt nicht freundlich und zugewandt auf diesem Bild.

Es ist also trügerisch?

Es gibt auch ganz andere Bilder. Ich erinnere mich an ein Foto von mir und Lawrow in einem Genfer Hotel in eisiger Stimmung, das damals als Beleg für gestörte Arbeitsbeziehungen herumgereicht wurde. Es gibt von den Iran-Verhandlungen, aus dem NATO-Russland-Rat oder aus den Vereinten Nationen wahrscheinlich Tausende von Fotos mit sicherlich ganz unterschiedlichen Gesten und Gesichtsausdrücken.

Fotos machen manchmal Politik.

Man könnte auch sagen: Mit Fotos wird Politik gemacht. Aber was heißt das für einen Außenminister? Sollen wir keine Gespräche mehr führen, uns nicht mehr zeigen und verhandeln? Ein Beispiel: Hätten wir Russlands Unterstützung nicht gewonnen, dann hätte China das Nuklearabkommen mit Iran nicht unterstützt. Das sind schreckliche Dilemmata. Aber wir werden ihnen auch in Zukunft

nicht entrinnen können. Da wird jede Generation Außenpolitik immer wieder neu entscheiden müssen.

Der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk hat Sie jüngst scharf kritisiert: Sie pflegten ein „Spinnennetz" von Kontakten nach Russland und hielten in Deutschland „die Stellung" für Putin. Was antworten Sie ihm?

Die Ukraine, die Opfer eines verbrecherischen, völkerrechtswidrigen Überfalls ist und deren Bevölkerung so viel Zerstörung und Leid ertragen muss, hat jedes Recht der Welt, Solidarität, Hilfsbereitschaft und Unterstützung einzuklagen.

Den ukrainischen Vorwurf, Sie hätten als Außenminister jahrelang eine naive Russlandpolitik betrieben, nehmen Sie auch im Lichte dieser brutalen Invasion Moskaus nicht an?

Wir sollten Putin nicht den Gefallen tun, die Verantwortung für seinen Angriffskrieg auf uns zu ziehen. Unabhängig davon müssen wir jetzt natürlich genau aufarbeiten, wo wir Fehler gemacht haben.

Wen meinen Sie mit „wir"?

Generationen von Politikern. Ich beziehe mich ausdrücklich mit ein.

Viele Partner blicken fassungslos auf Deutschland, weil wir so wenig für die Ukraine tun. Sind wir als stärkstes Land der EU zu passiv?

Ich habe Respekt vor den Entscheidungen der Bundesregierung. Das Wort der Zeitenwende ist ja keine rhetorische Formel geblieben. Die dauerhafte Verpflichtung auf das Zwei-Prozent-Ziel und ein 100-Milliarden-Programm für die Bundeswehr bedeuten eine Abkehr von deutschen Gewohnheiten, bedeuten Ausrüstung, Aufrüstung und Abschreckung. Dazu die Waffenlieferungen und die schärfsten Sanktionen, die die Europäer jemals gemeinsam beschlossen haben: Das ist eine Zeitenwende.

Putins Truppen haben offenbar grauenhafte Kriegsverbrechen in der Ukraine begangen. Gehören Putin und Lawrow vor das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag?

Alle, die für diese Verbrechen Verantwortung tragen, werden sich rechtfertigen müssen. Dazu gehören Soldaten. Dazu gehören militärische Befehlshaber. Und selbstverständlich auch diejenigen, die politische Verantwortung tragen.

Sind die Gräueltaten in Butscha nicht auch eine Zeitenwende, nach der Deutschland seinen Kurs bei den Sanktionen noch einmal komplett überdenken und verschärfen muss?

Die Bilder aus Butscha sind furchtbar; ich kann sie kaum ertragen, es zerreißt mir das Herz. Sie verdichten noch einmal, was der verbrecherische Überfall Russlands auf die Ukraine bedeutet, was er an Leid und Tod bringt, auch an Vertreibung. Das macht ungeheuer wütend und traurig.

Die Betroffenheit ist eine Sache. Eine andere Frage ist, ob und wie schnell Deutschland bereit ist, hart zu reagieren – etwa durch ein Embargo für Öl und Gas.

Das Ende der russischen Kohlelieferungen scheint mir mit Blick auf die jüngsten europäischen Debatten schon in Sichtweite. Die deutsche Bundesregierung unternimmt nach meinem Eindruck jede Anstrengung, um den Bezug von Öl und Gas ebenfalls deutlich zu reduzieren. Wenn es die klare, auf Expertise gestützte Auffassung der Bundesregierung ist, dass ein schlagartiges Gasembargo nicht verantwortbar ist, sollte man ihr nicht Zynismus vorwerfen, wenn sie danach handelt.

Sie haben kürzlich von Härten gesprochen, die auf die Deutschen noch zukämen.

Die sind unvermeidbar mit Blick auf die Folgen der Sanktionen, die wir jetzt schon verabschiedet haben.

Aber gehört dazu nicht auch, mit den Folgen eines Energieembargos zurechtzukommen?

Zu den Folgen gehört, sich ehrlich einzugestehen: Es geht nicht um zwei Grad weniger Heizen zu Hause, die dreißig Cent mehr beim Spritpreis. Es geht darum, ob wir einen ganzen Wirtschaftszweig wie die Chemieindustrie verlieren, die für Fertigungsprozesse und Produkte in allen Bereichen unserer Volkswirtschaft und Millionen von Arbeitsplätzen entscheidend ist. Dass eine Regierung versucht, diese Folgen zu Ende zu denken, müssen wir doch von ihr erwarten.

Umso abenteuerlicher ist die Abhängigkeit, in die wir uns in den vergangenen Jahren begeben haben.

Die jetzige Lage hat ihren Ursprung in Wahrheit in den Achtzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts, als uns mit Großbritannien ein wichtiger Lieferant von Erdgas wegbrach und Norwegen und die Niederlande die Ausfälle nur begrenzt kompensieren konnten. Die Augen der Energiewirtschaft richteten sich damals immer mehr nach Russland. Es stimmt: Den Ausbau der dazu notwendigen Infrastruktur haben wir, haben deutsche Regierungen politisch gestützt. Eine Lehre daraus ist, dass die außenpolitische Philosophie, dass der Wandel durch Handel stattfindet, im Umgang mit Autokratien nicht trägt. Das heißt nicht, dass man

keine wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen haben kann. Aber die Hoffnung, dass sich dadurch politisch die Dinge automatisch zum Besseren wenden, die trügt.

Was bedeutet das zum Beispiel für den Umgang mit China?

Es gibt Bereiche, bei denen die Abhängigkeit von China größer ist als bei den fossilen Energien von Russland. 98 Prozent der Seltenen Erden importiert Europa aus China, 93 Prozent bei Magnesium, 93 Prozent bei Wismut; ich könnte die Liste verlängern. Das sind viele Ausgangsrohstoffe für Halbleiter, die gesamte Hochtechnologie. Und die Zahl der Länder, in denen sie gefunden und gefördert werden, bleibt gering. Ein Ausweg liegt nicht leicht auf der Hand.

Appellieren Sie an die Bundesregierung, sich unabhängiger von China zu machen?

Natürlich müssen wir Abhängigkeiten reduzieren, und das geschieht auch. Es gibt keine Branche in Deutschland, in der nicht über eine Verkürzung der Lieferketten, die Verbreiterung der Lieferantenstruktur und die Neuordnung der Logistik nachgedacht wird. Aber wir bleiben ein besonderes Land: Wir sind extrem rohstoffarm auf der einen Seite, aber mit unseren Produkten eben auch in nahezu allen Märkten der Welt präsent. Zugespitzt könnte

man sagen: Eigentlich leben wir von Abhängigkeiten. Diese Abhängigkeiten werden bleiben, nicht nur mit Blick auf Rohstoffe, auch mit Blick auf die Rolle Chinas im immer dringenderen Kampf gegen den Klimawandel. Ja, wir müssen Lehren ziehen aus Fehleinschätzungen im Umgang mit Russland. Aber wir sollten uns auch nichts vormachen. Der Umgang von Demokratien und autokratischen Staaten, auch der Umgang Deutschlands mit China, wird auf Dauer ein Balanceakt zwischen Distanzierung und Kooperation bleiben.

Was können Sie in Ihrer zweiten Amtszeit tun, um die Deutschen durch die Zeitenwende zu führen?

Die Debatte über die Zukunft der Globalisierung, unsere Verantwortung und den Systemkonflikt zwischen Demokratien und autoritären Regimen steht noch am Anfang. Ich werde sie führen.

Wie ist dieser Krieg zu beenden?

Diese Frage treibt uns alle um. Ich finde es nicht hilfreich, aus der Ferne kluge Ratschläge zu geben. Klar ist: Unser Land steht an der Seite der Ukraine.

Planen Sie, in der nächsten Zeit nach Kiew zu reisen?

In kaum einer Hauptstadt war ich häufiger als in Kiew. Ich werde auch in Zukunft alles in meinen Kräften Stehende tun, um die Ukraine zu unterstützen. Selbstverständlich gehören dazu auch weitere Besuche.

Herr Bundespräsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Die Fragen stellten: Melanie Amann und Veit Medick



Amtsgeschäfte im temporären Amtszimmer im Hotel Johanniterbad während der „Ortszeit Rottweil“, wo das Interview stattfand

„Ich wünsche mir eine Debatte über eine soziale Pflichtzeit“

Interview mit der Sonntagszeitung Bild am Sonntag

12. Juni 2022

Herr Bundespräsident, Sie kommen aus bescheidenen Verhältnissen: Ihr Großvater ging als Ziegler auf Wanderschaft, Ihr Vater war Tischler. Galt bei Ihnen zu Hause der Satz: Unsere Kinder sollen es besser haben als wir?

Der galt. Meine Mutter konnte wegen ihrer Flucht aus Schlesien die Schule nicht beenden. Unsere Eltern waren sehr darauf bedacht, dass es ihren Kindern besser geht und haben alles getan, dass ich Abitur machen und studieren konnte. Ich bin ihnen sehr dankbar.

Ihre Tochter Merit ist 26, studiert Arabistik. Können Sie diesen Satz zu Ihrem Kind auch guten Gewissens sagen?

Viele Eltern sorgen sich, ob er noch gilt. Die Pandemie hat uns sehr gefordert, es gibt einen brutalen Krieg in Europa, der Klimawandel schreitet voran. Wir sehen jetzt, dass wir viel zu lange davon ausgegangen sind, dass Frieden, Freiheit und Wohlstand garantiert sind. Die Gewissheit ist erschüttert. Aber ich bin überzeugt, dass wir es schaffen, die großen Versprechen der Demokratie zu bewahren,

wenn wir gemeinsam daran arbeiten. Das zu schaffen, ist mein Ziel.

Was sagen Sie Menschen, die keinen Cent Zinsen für ihr Erspartes bekommen, aber dafür mit acht Prozent Inflation leben müssen?

Ich weiß, wie belastend das gerade für ärmere Haushalte ist, wenn der Wochenendeinkauf plötzlich zehn oder zwanzig Euro teurer wird. Wenn Menschen, die von Grundrente leben, nun jeden Euro noch einmal umdrehen. Deshalb muss alles getan werden, die Härten zu mildern.

Tut der Staat genug?

Die Bundesregierung federt mit Maßnahmen wie dem Entlastungspaket Belastungen ab. Klar ist aber auch, dass die Politik auf Dauer nicht jede Teuerung für jeden wird ausgleichen können. Auf längere Sicht müssen wir neu darüber nachdenken, wie wir eine gerechte Lastenverteilung hinbekommen. Die Debatte darüber muss geführt werden, ohne dass sich die Beteiligten vorab Denkverbote auferlegen.

Wissen Sie, was heute in Rottweil ein Liter Diesel kostet?

Um die zwei Euro. Letzte Woche in Berlin lag der Preis für ein Liter Super deutlich unter zwei Euro. Zwei Tage später ging es aber wieder nach oben.

Heute früh waren es 2,17 Euro. Kann der Staat es hinnehmen, dass die Ölmultis sich mit dem milliardenteuren Tankrabatt Extragewinne einstreichen?

Ich verstehe den Unmut der Bürger, wenn sich viele einschränken müssen und manche Extragewinne einfahren. Den Ärger müssen wir ernst nehmen. So wichtig es ist, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern sagen, dass der Staat nicht jede Teuerung wird ausgleichen können, so wichtig ist es auch, dass wir dafür sorgen, dass nicht einige ungerechtfertigt Vorteile aus der Situation ziehen können. Die Frage nach dem richtigen Instrument muss die Regierung beantworten.

Haben Sie eigentlich Gerhard Schröder am 7. April zum Geburtstag gratuliert?

In diesem Jahr nicht.

Sie waren sein wichtigster politischer Weggefährte, erst in Niedersachsen, später leiteten Sie sein Kanzleramt. Ist Schröder noch Ihr Freund?

Wir sind fünfzehn Jahre zusammen einen Weg gegangen; seit siebzehn Jahren gehe ich meinen politischen Weg ohne ihn. In dieser Zeit hat Gerhard Schröder persönliche Entscheidungen getroffen, die uns auseinandergeführt haben.

Schröder hat sich bis heute nicht von Wladimir Putin losgesagt. Was für einen Schaden richtet das an?

Vieles, was Gerhard Schröder in seiner Kanzlerschaft auf den Weg gebracht hat, gerät durch sein Verhalten nach seiner Amtszeit in den Hintergrund. Das hat aber nicht nur eine persönliche Dimension für ihn, es hat auch Folgen für ganz Deutschland: Gerhard Schröders Engagement für russische Energieunternehmen hat in Europa, insbesondere bei unseren osteuropäischen Nachbarn, viele Fragezeichen auch in Bezug auf unser Land hinterlassen. Das war nicht gut.

Hat Schröder durch seine Geschäftemacherei mit Russland auch hier im Land den Glauben bestärkt, dass es Politikern doch nur um den eigenen Geldvorteil geht?

Und genau diesem Eindruck müssen wir entgegentreten. Auch mit Blick auf Gerhard Schröders Tätigkeiten wurde inzwischen ja ein Regelwerk geschaffen, das klar benennt, was jene zu beachten haben, die nach politischen Spitzenjobs in andere Tätigkeiten wechseln wollen.

Wo Interessenkonflikte drohen, kann ein neuer Job untersagt werden. Das begrüße ich. Denn ja, auch nur der Anschein eines Interessenkonflikts oder persönlicher Vorteilsnahme schadet dem Ansehen von Politik.

Bei der Landtagswahl in NRW haben gerade noch 55 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Können wir das einfach hinnehmen?

Nein. Es darf Demokraten nicht kaltlassen, wenn so viele Bürger von dem stolzen Recht, über ihre Regierung zu bestimmen, keinen Gebrauch machen. Aber nur den moralischen Zeigefinger zu erheben, bringt uns da kaum weiter. Wir dürfen nicht lockerlassen, wir müssen wieder mehr hingehen und jeden und jede fragen: Warum gehst du nicht wählen?

Wie steht es um die Demokratie im Land?

Mein Befund: In den zwei Jahren Pandemie gab es nicht nur weniger Veranstaltungen, die Menschen sind auch viel weniger mit der Familie, mit Kollegen oder Freunden ins Gespräch gekommen. Auseinandersetzungen, die es in der Demokratie immer geben muss, sind weniger, aber zugleich schärfer und unversöhnlicher geworden. Ja, ich verstehe die Belastungen, die Pandemie und Krieg ausgelöst haben. Aber es bringt nichts, die eigene Verunsicherung hinter einer vermeintlich starken Meinung zu

verstecken. Wenn das alle machen, verschanzen wir uns und kommen nicht mehr in das notwendige Gespräch. Diese wachsende Entfremdung, nicht nur zwischen Politikern und Bürgern, auch zwischen Großstadt und Land, die will ich nicht hinnehmen.

Wen können Sie überhaupt erreichen?

Ich weiß, dass ich Menschen, die völlig festgefahren sind, mit einem Besuch vor Ort wie hier in Rottweil nicht bekehre. Aber zahlreiche Leute können wir mit Zuhören eben doch erreichen. Gerade auf dem Land haben viele das Gefühl, dass es in der politischen Debatte um Großstadtprobleme wie autofreie Zonen geht, während sie für den Weg zur Schule, zur Arbeit und zum Einkaufen eher zwei Familienautos brauchen.

Unter den heutigen Putin-Verstehern sind viele Corona-Leugner. Das ist kein Zufall, oder?

Es gibt zumindest eine Gruppe, die zunehmend gegen den Staat ist, seine Institutionen und Repräsentanten mehr und mehr ablehnt. Der Grund für die Distanz scheint mir austauschbar. Mal ist das die Pandemie, mal das Verhältnis zu Russland. Das geht dann so weiter. Der Kampf gegen den Klimawandel, der ja auch die persönliche Lebensführung betrifft, birgt die Gefahr, zum

nächsten Schauplatz der unversöhnlichen Auseinandersetzung zu werden.

Sie beschreiben düstere Aussichten.

Im Gegenteil. Ich rufe das ganze Land auf, das nicht gleichgültig hinzunehmen, sich zu engagieren. Nur so können wir Konflikte lösen. Demokratie ist nie ein fertiges Projekt.

US-Präsident John F. Kennedy hat mal gesagt: Frag nicht, was dein Land für dich tun kann – frage, was du für dein Land tun kannst. Wäre es jetzt in Zeiten des bedrohten Friedens nicht an der Zeit, die Wehrpflicht wieder einzuführen?

Ich war für die Wehrpflicht, solange es sie gab. Sie ist ausgesetzt worden; wir haben jetzt eine Bundeswehr mit ganz anderen Strukturen. Ich rate davon ab, die alte Debatte über die Wehrpflicht neu aufzulegen. Was wir aber gerade erleben, ist ein wachsendes Verständnis dafür, dass sich Menschen eine gewisse Zeit für die Gemeinschaft einsetzen, dass sie sich engagieren. Politik sollte das aufnehmen. Ich weiß, dass es nicht einfach werden wird, aber ich wünsche mir, dass wir eine Debatte über eine soziale Pflichtzeit führen.

Wie könnte die aussehen?

Das sollte ja Gegenstand der Debatte sein. Ich habe auch bewusst Pflichtzeit gesagt, denn es muss kein Jahr sein. Da kann man auch einen anderen Zeitraum wählen. Es geht um die Frage, ob es unserem Land nicht guttun würde, wenn sich Frauen und Männer für einen gewissen Zeitraum in den Dienst der Gesellschaft stellen.

Aber nicht bei der Bundeswehr?

Auch bei der Bundeswehr. Aber die soziale Pflichtzeit könnte meiner Meinung nach genauso bei der Betreuung von Senioren, in Behinderteneinrichtungen oder in Obdachlosenunterkünften geleistet werden. Gerade jetzt, in einer Zeit, in der das Verständnis für andere Lebensentwürfe und Meinungen abnimmt, kann eine soziale Pflichtzeit besonders wertvoll sein. Man kommt raus aus der eigenen Blase, trifft ganz andere Menschen, hilft Bürgern in Notlagen. Das baut Vorurteile ab und stärkt den Gemeinsinn.

Die Fragen stellten: Angelika Hellemann und Alexandra Würzbach



Der Bundespräsident im Hotel Johanniterbad
während der „Ortszeit Rottweil“



Interview mit Tina Hassel, Leiterin des ARD-Hauptstadtstudios im Großen Saal, zum Auftakt der ARD-Themenwoche „Wir gesucht – was hält uns zusammen?“

„Die Demokratie ist kein Supermarkt“

Interview mit dem Fernsehmagazin „Bericht aus Berlin“ zum Auftakt der ARD-Themenwoche „Wir gesucht – was hält uns zusammen?“

6. November 2022

Herzlich willkommen zu einem besonderen „Bericht aus Berlin“ hier aus dem Schloss Bellevue mit einem ganz besonderen Gast: dem Bundespräsidenten. Wir freuen uns, dass wir zum Auftakt der ARD-Themenwoche „Wir gesucht – was hält uns zusammen?“ mit dem Mann sprechen können, dessen Aufgabe, aber auch dessen persönliches Herzensanliegen es ist, Brücken zu schlagen über gesellschaftliche Gräben. Dabei wollen wir keine Sonntagsreden, sondern möglichst konkrete Ideen, wie der erste Mann im Staat der Spaltung entgegenwirken will: zwischen Stadt und Land, Jung und Alt oder Ost und West. Herzlich willkommen, Herr Bundespräsident.

Guten Abend, Frau Hassel.

Wir haben gefragt, Infratest dimap hat gefragt, wie die Menschen hierzulande den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewerten: eher positiv oder negativ. Bevor ich Ihnen verrate, wie es ausgegangen ist: Was glauben Sie denn?

Das hängt vom Maßstab ab. Wenn wir zurückdenken an das letzte Wochenende, da wurde in Brasilien gewählt, oder wir gucken ein paar Tage voraus, da wird in den USA gewählt: An dem Maßstab, würde ich sagen, haben wir keine in der Weise gravierende Spaltung in der deutschen Gesellschaft. Aber der Ton verändert sich in den Auseinandersetzungen ganz spürbar. Und die Sorgen werden größer mit Blick auf die Dreifach-Krise von Pandemie, Klima und Krieg in der Ukraine. Insofern müssen wir das sehr ernst nehmen und versuchen, mit unseren Möglichkeiten zu verhindern, dass aus den Haarrissen, die erkennbar sind, wirklich Spaltungen werden.

Sie haben recht, dass Sie da so etwas skeptisch reagiert haben, denn um die Zahlen aufzulösen: Nur 33 Prozent der Menschen hierzulande halten den Zusammenhalt für gut, aber 48 Prozent der Menschen in Deutschland halten ihn für eher schlecht und 16 Prozent sogar für sehr schlecht. Wie sehr besorgt Sie das?

Na, darin stecken ja eigentlich zwei Informationen, die beide wichtig sind. Erstens, wie wichtig den Menschen im Prinzip gesellschaftlicher Zusammenhalt ist. Und zweitens die Größenordnung der Aufgabe, vor der wir stehen, um diesen Zusammenhalt entweder zu bewahren oder, wenn die Zahlen die Realität wiedergeben, diesen Zusammenhalt wiederherzustellen. Die Größenordnung der Aufgabe wird in dieser Umfrage sichtbar, ja.

Kommen wir zu den möglichen konkreten Lösungen. Sie selbst haben ja im Juni eine soziale Pflichtzeit ins Gespräch gebracht. Die muss nicht ein Jahr sein, haben Sie gesagt, aber eine gewisse Zeit, die man im Dienst der Allgemeinheit arbeiten soll. Sie haben durchaus Kritik dafür bekommen, vor allem von jungen Leuten. Jona Dörr zum Beispiel, eine Schülerin aus Berlin, hat Ihnen geschrieben, und die ist immer noch wütend. Hören wir mal rein:

[Einspieler Jona Dörr: „Mein Kernanliegen ist, dass ich, wenn ich etwas Soziales tun möchte nach der Schule, nicht verpflichtet werden möchte. Ich möchte ein freiwilliges soziales Jahr machen. Ich möchte, dass wir nicht verpflichtet werden, weil wir schon in den letzten Jahren zurückstecken mussten, sei es in der Schule, in der Pandemie, im Klimawandel, dann jetzt der Krieg noch. Es kann einfach nicht sein, dass wir verpflichtet werden.“]

Was sagen Sie Jona Dörr? Die will nicht verpflichtet werden.

Erstens finde ich es toll, dass sie bereit ist, überhaupt ein soziales Jahr zu machen. Zweitens: Was die soziale Pflichtzeit angeht, war mir von vornherein klar, dass das keine Idee ist, die von selbst fliegt. Wenn es so wäre, hätte ich den Vorschlag auch gar nicht machen müssen, sondern der Vorschlag war ja eher getrieben von der Sorge, dass wir Zusammenhalt wiederherstellen müssen, befestigen müssen.

Aber warum Pflicht?

Meine Überzeugung bleibt: Das wird schwierig, wenn wir nicht Gelegenheiten schaffen, in denen wir Zusammenhalt einüben. Nun leben wir in dieser Gesellschaft, die sich verändert hat in den letzten Jahrzehnten, häufig in unseren Lebenswelten, in unseren Milieus und viel nebeneinanderher. Die Kommunikation in den sozialen Netzen tut ihr Übriges dazu, dass man selten und seltener über den eigenen Tellerrand hinausschaut. Und deshalb brauchen wir Begegnungsmöglichkeiten, wo wir uns über die Lebenswelten, auch über die Generationen hinweg begegnen. Ich habe jetzt viele Gespräche mit Jugendlichen geführt. Die meisten, die kommen und kritisch sind, die sagen: Also, wir wollen das nicht als Pflicht, wir wollen es insbesondere nicht nach der Schule, und wir finden es unfair, dass die Jugendlichen damit belastet werden, und im Übrigen, ein Jahr sowieso nicht. Und ich sage: Ich habe es bewusst nicht nur für Jugendliche vorgeschlagen. Und ich habe auch nicht gesagt, ein Jahr, sondern jeder sollte einmal im Leben etwas tun für andere Menschen, die ihm fremd sind.

Also auch ältere Menschen?

So kann Zusammenhalt eingeübt werden auch für Ältere, ja.

Haben Sie da auch Rückmeldungen?

Es gibt jetzt neueste Umfragen von der Bertelsmann-Stiftung, die sagen zum Beispiel, dass 64 oder 65 Prozent der Idee einer sozialen Pflichtzeit gegenüber offen sind. Ich sage umgekehrt: Wenn es bessere Ideen gibt als die der Pflichtzeit, bin ich gern bereit, die zu diskutieren. Was ich nur nicht möchte, ist, dass auch diese Debatte wieder im Nichts endet. Sondern ich bleibe davon überzeugt: Wir brauchen neue Modelle, in denen wir Jung und Alt miteinander ins Gespräch bringen und die Überzeugung einüben, dass wir auch für andere da sein müssen. Dass das Ich in der Demokratie immer ein Wir ist.

Also, Pflichtzeit: Dabei bleiben Sie, sind aber offen für andere Vorschläge. Gucken wir weiter, und zwar auch auf Sorgen und weitere Aspekte. Sie wollen ja, Herr Bundespräsident, ein Bundespräsident zum Anfassen sein und nicht nur mit der Berliner Blase sprechen. Deshalb verlegen Sie Ihren Amtssitz ab und an ins Land. Zuletzt waren Sie in Neustrelitz in Mecklenburg. Und wie die Menschen, die Sie da treffen, so drauf sind, das können Sie ja gar nicht vorher wissen. Ein Bericht von Moritz Rödle.

[Film-Einspieler]

Sie haben eben geschmunzelt, Herr Bundespräsident, als wir die Dame in Neustrelitz gesehen hatten, die Sie nicht über-

zeugen konnten. Aber ernst gemeint, wenn Sie bei diesen Gesprächen hören: Na, die da oben, die haben ja keine Ahnung oder die sind weit weg – wie dringen Sie dann durch?

Ich habe in der ersten Amtsperiode einige Reisen unter dem Gesichtspunkt oder Titel gemacht „Land in Sicht". Weil mir schon klar war: Viele der Hauptstadtdebatten, die wir hier führen – gar nicht nur in der Politik, sondern auch zwischen Medien und Politik –, kommen in breiten Teilen des Landes gar nicht an. Und wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen: Die Mehrheit der Menschen in Deutschland wohnt immer noch im ländlichen Raum. Ich habe das dann in dieser Amtsperiode ausgeweitet und habe gesagt: Ich gehe nicht nur dort hin, um mal diesen oder jenen Betrieb zu besichtigen oder eine Rede zu halten, sondern verlege jetzt in unregelmäßigen Abständen für drei Tage meinen Amtssitz in die Region. Wir haben angefangen in Altenburg in Thüringen. Wir waren in Quedlinburg in Sachsen-Anhalt, in Rottweil in Baden-Württemberg, zuletzt in Neustrelitz in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist schon interessant, auch für mich, gebe ich zu. Hoffentlich auch für die Menschen vor Ort, weil wir ja eines versuchen: Wissend darum, dass wir nicht alle einer Meinung sind, holen wir Menschen ganz unterschiedlicher Meinung an den Tisch. Und versuchen, in ein Gespräch zu kommen, bei dem ich nur die Bitte habe, dass wir in Respekt voreinander unsere unterschiedlichen Positionen austauschen. Und

anders, als wir eben im Bild auf der Straße gesehen haben: Wenn man das drei Stunden lang miteinander probiert, dann geht es häufig. Nicht immer so, dass wir uns einig werden, das will ich auch gar nicht …

… aber im Gespräch.

Die Demokratie braucht die Kontroverse, aber die kann in der Demokratie nur funktionieren, wenn wir das in Wahrnehmung unterschiedlicher Interessen und Respekt voreinander ausüben.

Herr Bundespräsident, wir haben es auch gerade gesehen: Auf der Rückreise aus Neustrelitz ist dieses Bild entstanden, was ja für große Empörung gesorgt hat: Sie ohne Maske im Zug. Die Wirkung war: Die Regeln gelten nicht für alle. Was sagen Sie denn da?

Das war eine Erregung, die vor allem im Netz stattgefunden hat. Ich glaube, wir haben ja von hier aus erklärt: Das war eine Reise erstens mit dem Zug, bei der ich zweitens die Maske aufgehabt habe und dann, drittens, für eine kurze Aufnahme auch mit Blick auf die Medien, weil wir ankündigen wollten, was auf dieser Reise stattfindet in Neustrelitz, kurz die Maske abgenommen habe. Das Ganze hat nicht mehr als 40 Sekunden gedauert. Aber ich muss zur Kenntnis nehmen, dass das missverstanden worden ist. Das darf nicht vorkommen.

„Wir gesucht" lautet das Thema, das wir ja hier besprechen; und das ist oft gar nicht so einfach, wenn es konkret wird und den eigenen Nahbereich betrifft. Moritz Rödle zeigt am Beispiel von Steinalben in der Pfalz, wo über eine Solaranlage gestritten wird, wie unterschiedliche Interessen – alle für sich berechtigt – das große Wir dann aber schnell in viele kleine Wirs zerbröseln lassen.

[Film-Einspieler]

Herr Bundespräsident, das ist ein Beispiel. Viele andere gibt es, wo die Menschen ja noch gutwillig sind, miteinander reden, auch berechtigte Interessen haben, aber die ergeben eben keine gemeinsame Schnittmenge mehr. Was macht man dann?

Ja, aber das ist ja erstens Realität. Übrigens bin ich auf diesen Konflikt zwischen regenerativen Energien und Landschaftsschutz oder landwirtschaftlicher Nutzung ein paarmal getroffen jetzt während meiner Ortszeiten. Aber zweitens sind diese Konflikte ja auch nicht allein repräsentativ für den Zustand unserer Gesellschaft. Wenn wir jetzt ein bisschen zurückdenken mit Blick auf die Aufnahme der etwa eine Million ukrainischer Flüchtlinge hier in unserem Land, ist es doch erstaunlich, in welch kurzer Zeit so viel Solidarität und auch Beharrlichkeit bei der Unterstützung der Menschen, der Flüchtlinge entsteht. Dass Hauseigentümer ihre Türen öffnen

und ukrainische Flüchtlinge oder Familien, meistens Frauen mit Kindern, aufnehmen und dort wohnen lassen, das ist höchst erstaunlich. Ich bin ein paarmal an der Ahr gewesen und habe mit vielen Helfern gesprochen. Natürlich mit denjenigen, die den bekannten Organisationen angehören, sei es DLRG und Feuerwehr und THW, die mit ganzen Zügen dort ankommen. Ich bin zweimal in dem Helfer-Camp gewesen, wo Tausende von Leuten jedes Wochenende oder jedes zweite Wochenende kommen und wirklich uneigennützige Hilfe leisten. Ja, wir haben solche Konflikte: Wenn sie so ausgetragen werden wie dort vor Ort, ist mir gar nicht bange. Da ist der Respekt voreinander gewahrt. Wir haben unendlich viele Beispiele, in denen Zusammenhalt in dieser Gesellschaft ja durchaus nachprüfbar und nachweisbar ist.

Ganz kurz noch zu Steinalben und dem Konflikt: Die Bürger da wünschen sich inzwischen ein Machtwort von der Politik. Sie als Bundespräsident sind ja kein Präsident, also, keiner, der ein Machtwort sprechen kann. Würden Sie sich das manchmal wünschen?

Nein, was meine Rolle ist in diesen Gesprächen, den vielen tausenden, die ich führe: dafür zu werben, dass wir am Ende auch Entscheidungen in der Politik dort auf der örtlichen Ebene, auf der Ebene der Gemeinde, dass wir solche Entscheidungen, wenn sie getroffen werden, auch

akzeptieren. Und ich glaube, da verändert sich etwas. Ich will sagen, ich habe mehrere Runden mit jungen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern hier gehabt, die mir berichtet haben: Wissen Sie, wenn wir im Gemeinderat eine Bausatzung verabschieden, da hat es immer Ärger gegeben. Es gab immer einige, die einen Vorteil davon hatten, andere, die einen Nachteil davon hatten. Was neu ist – und das ist jetzt wichtig unter dem Gesichtspunkt Zusammenhalt: dass mir von Bürgern, die unzufrieden waren, ein Galgen in den Vorgarten gestellt wird. Das ist neu, und das dürfen wir nicht zulassen. Deshalb habe ich zum Beispiel mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Plattform gegründet, „Stark im Amt", wo wir sagen wollen: Wir brauchen die Leute, die Verantwortung übernehmen vor Ort, und wir müssen, wenn Entscheidungen mit Mehrheit getroffen sind, die auch respektieren.

Herr Bundespräsident, wir kommen jetzt zu Sorgen, die die Menschen haben, die wir abgefragt haben. 54 Prozent der Menschen hierzulande haben Sorge, ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen zu können. Jetzt hatten Sie kürzlich eine große Rede gehalten, da haben Sie gesagt: Der Staat lässt Sie nicht allein. Das war sozusagen Ihr „You never walk alone". Aber Sie haben auch angemahnt, die Unterstützung müsse rasch bei den Betroffenen ankommen. Lassen die Hilfspakete also zu lange auf sich warten?

Na ja, ich habe gesagt: Auf der einen Seite brauchen wir eine Größenordnung der Hilfspakete, die der Größenordnung der Krise gerecht wird. Auf der anderen Seite hängt Akzeptanz immer davon ab, ob die Menschen den Eindruck haben, dass die Lasten gerecht verteilt werden. Darauf muss Politik achten. Wir müssen, glaube ich, in Deutschland bei allem Verständnis – und ich habe es wirklich für die Sorgen der Menschen mit Blick auf die Nebenkostenabrechnungen, die drohen – immer noch sagen, wir leben hier in einem Land, in dem der Staat die Substanz hat, helfen zu können. Wenn wir uns nur in Europa umschauen, sieht es in vielen anderen Ländern nicht so aus. Und richtig ist: Drittens hängt die Akzeptanz daran, dass die Hilfen schnell kommen.

Herr Bundespräsident, noch kurz: Sie haben aber auch gesagt, reiche Menschen müssten mehr Lasten übernehmen. Sie haben aber nicht ausbuchstabiert, was das heißt, deshalb konkret: Hatten Sie da an eine Reichensteuer gedacht oder an eine Art Krisen-Soli?

Wissen Sie, dass ist ja das Kluge an diesem Grundgesetz, dass es die Aufgaben unterschiedlich verteilt. Meine Orientierung geht dahin, dass ich sage, wo Spielräume bestehen. Mit welchen Instrumenten man solche Spielräume nutzt, das ist Aufgabe von Regierung und Parlament, und die sind mit der Frage befasst und müssen die

richtigen Instrumente für die gerechte Lastenverteilung entscheiden.

Und waren Sie ehrlich enttäuscht, dass die Regierung nicht da war, der Bundeskanzler nicht da war, auch führende Sozialdemokraten nicht dabei waren bei dieser wichtigen Rede?

Ich habe den Blick von vorne auf das Publikum gehabt und kann Ihnen versichern, dieser Blick sagte mir: Es war Politik, es war Wirtschaft, es waren Gewerkschaften, es waren Kirchen, es war Kultur breit vertreten im Publikum. Und was mich vor allen Dingen gefreut hat, ich glaube, das haben Sie auch gesehen, wie viele junge Menschen im Publikum waren.

Das stimmt.

Und es war schön, dass wir vor allen Dingen mit unterschiedlichen Gruppen der Jugendlichen anschließend noch Gespräche führen konnten.

Das war hier in diesem Saal, kann man ja auch mal sagen. Bleiben wir aber bei den Sorgen, die abgefragt wurden für unser Gespräch jetzt auch. 57 Prozent, also mehr als die Hälfte haben Sorgen, in den Krieg hereingezogen zu werden, also in den Ukraine-Krieg nach dem russischen Angriff. Können Sie das denn ausschließen? Können Sie diese Menschen beruhigen?

Erstens glaube ich, darin liegt eine Orientierungsaufgabe des Bundespräsidenten, die ich in dieser Rede vor gut einer Woche auch genutzt habe, indem ich gesagt habe: Wir können nicht teilnahmslos beiseite stehen; wir können nicht sagen, dieser Krieg geht uns nichts an. Weil der Krieg auch gegen all das geführt wird, für das wir stehen: für Freiheit und Demokratie, für Respekt vor dem Recht und gezogenen Grenzen. Aber selbstverständlich handelt die Bundesregierung richtig, wenn sie versucht zu kalkulieren, wo sich unsere Position verändert. Und die Position, die wir haben, ist keine andere als etwa die des amerikanischen Präsidenten. Wir müssen nach Kräften unterstützen; finanziell, politisch, wirtschaftlich, auch militärisch müssen wir die Ukraine unterstützen. Aber wir sind nicht Kriegspartei und werden es nicht.

Wie halten wir denn die Solidarität mit der Ukraine und mit den Menschen, die flüchten müssen aus der Ukraine, aufrecht, wenn in diesem Winter weiter die Infrastruktur zerbombt wird, die Menschen keine Heizung mehr haben, keinen Strom, dann werden vielleicht viele mehr noch flüchten müssen; was können Sie, was können wir alle tun, damit das nicht nachlässt, diese Solidarität?

Das war genau der Grund, weshalb ich in der Ukraine auch fernab der Hauptstadt unterwegs gewesen bin, weil, wir haben dort Regionen, die waren während der

Zeit des russischen Vormarsches völlig abgeschnitten von Lebensmittelzufuhr, wo heute immer noch Mangel herrscht; und wir haben dort mit den Bürgermeistern, Gouverneuren der Region gesprochen. Das, was die sich wünschen: Also, sie sind erstens zufrieden darüber, dass Deutschland wirtschaftlich, finanziell, politisch und militärisch hilft und unterstützt. Zweitens wollen sie möglichst viele direkte Verbindungen nach Deutschland. Und aus diesen Gesprächen ist auf ukrainischen Wunsch der Vorschlag entstanden, wir müssen im Grunde genommen ein Städtepartnerschaftsnetzwerk mit der Ukraine ausbauen, weil dort auf der lokalen Ebene von der Gemeinde A in Deutschland zur Gemeinde B in der Ukraine unbürokratisch Hilfe geleistet werden kann. Und da, wo solche Städtepartnerschaften bestehen, funktioniert es. Und andere möchten das auch. Sei es mit der Unterstützung von Kleidung oder Generatoren; oder in dem Ort, in dem wir waren, die rüsten gerade die Heizung um und sagen, wir leben mitten im Wald, aber wir brauchen jetzt irgendwas, mit dem wir das Holz zerkleinern können: Zerkleinerungsmaschinen. Solche praktischen Kooperationsformen müssen wir auf den Weg bringen.

Kurze Frage noch, aber die wurde auch nach Ihrer Rede von einigen gestellt: Sie haben in Bezug auf Russland ja von „dem Bösen" gesprochen und hatten gesagt, angesichts des

Bösen hilft guter Wille nicht. War das klug, denn das lässt ja eigentlich für Diplomatie irgendwann mal wenig Raum?

Ja, das heißt zumindest, dass wir im gegenwärtigen Zeitpunkt noch keinen Anfasser haben, mit dem solche Verhandlungen über einen Waffenstillstand geführt werden.

„Das Böse“ meine ich jetzt, den Begriff.

Ja, ich weiß. Und deshalb können wir nicht anstelle der Ukraine entscheiden. Sondern die Ukraine muss sagen, wann sie solche Verhandlungen will, für aussichtsreich hält. Jedenfalls, einfach nur durch Gespräche mit Russland die Verletzung der Grenzen besiegeln, den Landraub zu bestätigen – das kann nicht Sinn der diplomatischen Bemühungen sein.

Absolut. Nur noch 39 Prozent der Menschen in Ostdeutschland sind mit unserer Demokratie zufrieden. In Westdeutschland sind es auch nur noch 59, aber das ist schon eine Diskrepanz. Vielen fehlt das Vertrauen; und wenn jemand nicht mehr vertraut, dann muss man sich um ihn kümmern. Wie wollen Sie sich um die Ostdeutschen kümmern bei dieser Frage? Wieder mehr runde Tische, wie nach der Wende, oder haben Sie ganz andere Ideen?

Na ja, das war ja durchaus eine der Überlegungen, die wir bei der „Ortszeit“ entwickelt hatten oder im Kopf hatten. Will sagen, dass wir nicht nur in Ostdeutschland, aber auch in Ostdeutschland unterwegs sein müssen, um hinzuhören: Wo fühlen sich die Menschen eigentlich unverstanden? Was erwarten sie von Politik? Ich kann aus den Ortszeiten, die wir in Ostdeutschland durchgeführt haben, sagen: Ja, es gibt viel Unverständnis, aber die Erwartungen an Politik sind auch nach wie vor ungeheuer groß. Deshalb lohnt es sich, sage ich noch mal, rauszugehen, und Politik zu erklären – hinzuhören und gleichzeitig Politik zu erklären. Natürlich, Sie haben recht mit der Anmerkung von vorhin: Man gewinnt nicht jeden. Aber Sie haben auch aus der einen Äußerung der Frau hinter der – ich glaube, es war eine Metzgertheke – gehört, dass schon das Interesse, die Aufmerksamkeit für sie etwas hilft und vielleicht auch Türen öffnet, bei denen man Argumente austauschen kann. Ich will sagen: hingehen, neugierig sein, Interesse zeigen …

… zuhören …

Nicht abstempeln, nicht zu früh kategorisieren, sondern auch ein bisschen zu sortieren: Wo sind diejenigen, die einfach nur Sorgen haben, und die anderen, die rechtsradikalen Thesen hinterherlaufen? Das ist nicht immer dasselbe.

Das stimmt. Herr Bundespräsident, wir kommen zum Schlussteil. Da wollen wir nach vorne gucken. Wir wollen gucken, wie man Demokratie stärken kann. Denn im Moment befindet die sich in einem Stresstest. Das Vertrauen in die Parteien lässt nach. Die Wahlbeteiligung lässt nach. Deshalb ganz konkret: Wie gewinnt man die Menschen zurück, die an einem Wahltag lieber an den See fahren, statt an die Urnen zu gehen?

Na ja, ich würde erst mal sagen: indem wir sagen, die Demokratie ist kein Supermarkt. Da kann man nicht hingehen und sich das, was einem gefällt, aus dem Regal nehmen und im Übrigen darüber schimpfen, dass manches andere nicht vorhanden ist. Sondern die Demokratie ist eine anspruchsvolle Staatsform: Wir sind auch noch dafür zuständig, dass wir die Regale wieder auffüllen. Will sagen, Demokratie lebt vom Einsatz, vom Engagement. Und ehrlich gesagt, im Vergleich zu vielen anderen Ländern können wir uns darüber nicht mal beklagen. Wir haben dreißig Millionen Menschen, sagen die Umfragen, die sich so oder so, in ganz unterschiedlicher Weise in unterschiedlichen Bereichen im Ehrenamt und damit ja auch für andere engagieren. Ich sage immer, das ist das Rückgrat der Gesellschaft; und ich versuche so oft wie möglich bei Ordensauszeichnungen, bei Besuchen außerhalb von Berlin, bei Reden, die ich auf 100-, 150-jährigen Jubiläen halte, darauf hinzuweisen, dass wir dieses Maß an Ehrenamtlichkeit brauchen und bewahren müssen.

Ich will jetzt überhaupt nicht treiben, aber wenn man sagt: Braucht unsere Demokratie mehr direkte Beteiligung? Bräuchte es Bürgerräte, bräuchte es einen Bürgerrat im Bellevue zum Beispiel, der Sie berät?

Ich finde es ganz toll, diese Debatte über Bürgerräte, weil sie ja eine Debatte ist, die im Kern darüber geht: Wie können wir mehr Engagement für Demokratie generieren? Und die Bürgerräte können ein solches Element sein. Der Bundestag hat sich dem ja auch gegenüber geöffnet. Ich war jetzt gerade in Irland – die sogenannte „Citizens' Assembly" ist ja das Vorbild für viele andere Bürgerratsvorstellungen in ganz Europa. In Irland ist so ein bisschen Ernüchterung eingekehrt, weil nach der großen gelungenen Debatte über Abtreibung und sexuellen Missbrauch ist man da jetzt auch so ein bisschen bei der Mühsal der Ebene angekommen, aber das ist kein Gegenargument. Also ich bin sehr dafür, dass wir das bei uns auch probieren.

Auch in Bellevue?

In Bellevue haben wir jeden Tag Bürger. Ich weiß gar nicht, ob man das formalisieren sollte. Wir haben hier während der Corona-Pandemie so viel unterschiedliche Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichen Bereichen, junge und alte, immer wieder eingeladen. Ich weiß gar nicht, ob es besser wäre, wenn man einen Stab hätte

von Leuten, der sich nicht oder wenig verändert. Die Vielfalt macht das auch.

Danke, Herr Bundespräsident.

Die Fragen stellte: Tina Hassel

Anhang

Reden und Interviews im Internet

Alle Reden und Interviews des Bundespräsidenten finden Sie im Internet unter: **www.bundespräsident.de**

Reden

Wiederwahl zum Bundespräsidenten
durch die 17. Bundesversammlung
Berlin, 13. Februar 2022

Konferenz „100 Jahre Satversme“
zum Verfassungsjubiläum der Republik Lettland
Riga/Lettland, 16. Februar 2022

Videoansprache beim Festakt
zum 200. Geburtstag von Georg Weerth
Detmold, 17. Februar 2022

Empfang für die Stipendiatinnen
und Stipendiaten von „Afrika kommt!“
Schloss Bellevue, 17. Februar 2022

Grundsteinlegung für den Neubau des Goethe-Instituts Senegal
Dakar/Senegal, 21. Februar 2022

Statement zum russischen Angriff auf die Ukraine
Schloss Bellevue, 25. Februar 2022

Verabschiedung von ZDF-Intendant Thomas Bellut
Mainz, 10. März 2022

Symposium zum Forum Bellevue:
„Zur Zukunft der Demokratie – Wie stärken wir die Republik?“
Schloss Bellevue, 11. März 2022

Gesprächsveranstaltung zum Auftakt der Reise
„Ortszeit Deutschland“
Schloss Bellevue, 18. März 2022

Ordensverleihung während der „Ortszeit Altenburg“
Altenburg, 20. März 2022

Videoansprache vor dem Konzert „Für Freiheit und Frieden.
Ein Konzert der Berliner Philharmoniker in Schloss Bellevue“
Schloss Bellevue, 27. März 2022

Staatstrauerakt zu Ehren von Krzysztof Penderecki
Krakau / Polen, 29. März 2022

450 Jahre Herzog-August-Bibliothek
Wolfenbüttel, 5. April 2022

Videobotschaft zum 40. Gründungsjubiläum
des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma
Heidelberg, 7. April 2022

Verleihung des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des
Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Volker Kauder
Schloss Bellevue, 11. April 2022

Eröffnung der Moses-Mendelssohn-Ausstellung
„Wir träumten von nichts als Aufklärung“
Berlin, 13. April 2022

Entlassung und Ernennung von Bundesministerinnen:
Anne Spiegel und Elisabeth Paus
Schloss Bellevue, 25. April 2022

Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Ulrich Matthes
Schloss Bellevue, 3. Mai 2022

Eröffnung des 22. Ordentlichen Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Berlin, 8. Mai 2022

Ordensverleihung während der „Ortszeit Quedlinburg“
Quedlinburg, 12. Mai 2022

Ernennung der Mitglieder des neuen Nationalen Normenkontrollrates
Schloss Bellevue, 17. Mai 2022

Festakt zum 50-jährigen Bestehen der Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius
Hamburg, 18. Mai 2022

Eröffnung des 102. Deutschen Katholikentages
Stuttgart, 25. Mai 2022

Verleihung des Silbernen Lorbeerblattes an die Medaillengewinnerinnen und -gewinner der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2022 in Peking
Schloss Bellevue, 30. Mai 2022

Richterwechsel am Bundesverfassungsgericht – Entlassung und Ehrung von Andreas Paulus sowie Ernennung von Heinrich Amadeus Wolff
Schloss Bellevue, 3. Juni 2022

Ordensverleihung während der „Ortszeit Rottweil“
Rottweil, 9. Juni 2022

Jubiläumsveranstaltung „50 Jahre Schülerwettbewerb zur politischen Bildung“
Berlin, 10. Juni 2022

Videobotschaft beim Festakt
„30 Jahre Stiftung Semperoper – Förderstiftung“
Dresden, 11. Juni 2022

Eröffnung der Documenta Fifteen
Kassel, 18. Juni 2022

Tag der offenen Tür in der Villa Hammerschmidt
Villa Hammerschmidt, 18. Juni 2022

Abendessen für die Mitglieder des Ordens
Pour le mérite für Wissenschaften und Künste
Schloss Bellevue, 19. Juni 2022

Videobotschaft zur Eröffnung des 15. Volkshochschultages
Leipzig, 20. Juni 2022

Ökumenischer Gottesdienst zur Wiedereinweihung der St. Petrikirche
Riga / Lettland, 21. Juni 2022

Videobotschaft zum Festakt „20 Jahre ConAct“
Berlin, 22. Juni 2022

Johannisempfang der Evangelischen Kirche in Deutschland
Berlin, 22. Juni 2022

Verleihung des Philipp-Franz-von-Siebold-Preises
an den Professor für Chemie Keisuke Goda
Schloss Bellevue, 23. Juni 2022

Empfang der Stipendiatinnen und Stipendiaten
der Alexander-von-Humboldt-Stiftung
Schloss Bellevue, 23. Juni 2022

Videobotschaft zur Festveranstaltung zum 20-jährigen Bestehen
des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze
Berlin, 23. Juni 2022

Gedenkveranstaltung zum 100. Jahrestag der Ermordung von Walther Rathenau
Berlin, 24. Juni 2022

Festveranstaltung „30 Jahre Mitteldeutscher Rundfunk"
Leipzig, 29. Juni 2022

Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Osnabrück an Bundespräsident a. D. Christian Wulff
Osnabrück, 30. Juni 2022

150 Jahre Deutsche Gesellschaft für Chirurgie
Berlin, 1. Juli 2022

Festakt „100 Jahre Übersee-Club"
Hamburg, 3. Juli 2022

Verleihung des Walther-Rathenau-Preises an Margot Friedländer
Berlin, 4. Juli 2022

Jazzkonzert mit Julia Hülsmann & Friends
Schloss Bellevue, 4. Juli 2022

Begegnungsreise mit dem Diplomatischen Korps
Nürnberg, 5. Juli 2022

Verleihung der Zelter- und Pro-Musica-Plakette
Neubrandenburg, 10. Juli 2022

Videogrußwort an die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der 21. Maccabiah
Jerusalem / Israel, 11. Juli 2022

Besuch der US-Streitkräfte am Standort Grafenwöhr
Grafenwöhr, 13. Juli 2022

Gedenkgottesdienst für die Opfer am Jahrestag der Flutkatastrophe
Euskirchen, 14. Juli 2022

Libori-Mahl zum 500. Jubiläum des Libori-Festes
Paderborn, 24. Juli 2022

Gedenkveranstaltung zum 30. Jahrestag der Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen
Rostock, 25. August 2022

Festakt zum 80. Geburtstag von Bischof i. R. Wolfgang Huber
Berlin, 26. August 2022

Eröffnung der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen
Karlsruhe, 31. August 2022

Ehrung von Dirk Nowitzki beim ersten Spiel der deutschen Mannschaft bei der Basketball-Europameisterschaft der Männer
Köln, 1. September 2022

Verleihung des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an die Nobelpreisträger Klaus Hasselmann und Benjamin List sowie an die Mitglieder des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste Aleida Assmann, Jan Assmann und Sir Christopher Clark
Schloss Bellevue, 2. September 2022

Staatsbankett zu Ehren des Präsidenten des Staates Israel, Isaac Herzog, und Frau Michal Herzog
Schloss Bellevue, 4. September 2022

Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des Attentats auf die israelische Olympiamannschaft
Fürstenfeldbruck, 5. September 2022

60 Jahre Stiftung Wissenschaft und Politik
Berlin, 7. September 2022

Kondolenz an das britische Königshaus zum Tod von Königin Elizabeth II
Schloss Bellevue, 8. September 2022

Verleihung des Silbernen Lorbeerblattes an Medaillengewinnerinnen und -gewinner der Deaflympischen Winterspiele 2019, der Deaflympischen Sommerspiele 2022 und der World Games 2022
Schloss Bellevue, 9. September 2022

Gesprächsforum zum Tag der Wohnungslosen
Schloss Bellevue, 11. September 2022

Abendessen zu Ehren von Wim Wenders und der Kronberg Academy zur Verleihung des Praemium Imperiale
Schloss Bellevue, 15. September 2022

Abendessen mit den Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der G7-Staaten
Schloss Bellevue, 16. September 2022

Besuch des Senats der Vereinigten Mexikanischen Staaten
Mexiko-Stadt/Mexiko, 20. September 2022

Empfang im Nationalmuseum für Anthropologie
Mexiko-Stadt/Mexiko, 20. September 2022

Festakt zum 1.200-jährigen Gründungsjubiläum des Klosters Corvey
Höxter, 25. September 2022

Videobotschaft zur Verleihung des Sonderpreises des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen für besonderen Einsatz für die Zivilgesellschaft an Memorial International
Leipzig, 29. September 2022

Ordensverleihung zum Tag der Deutschen Einheit
Schloss Bellevue, 30. September 2022

Videobotschaft bei einem Festakt zum 100-jährigen Bestehen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer e. V.
Bremen, 6. Oktober 2022

Videobotschaft bei der Generalversammlung des Weltärztebundes und 75 Jahre Bundesärztekammer
Berlin, 8. Oktober 2022

Festakt zum 70-jährigen Jubiläum der Atlantik-Brücke
Berlin, 13. Oktober 2022

Enthüllung des Ehrenbürgerporträts des Bundespräsidenten
Berlin, 14. Oktober 2022

Aufruf zur Woche der Welthungerhilfe
Schloss Bellevue, 16. Oktober 2022

Staatsbankett zu Ehren von König Felipe VI. und Königin Letizia von Spanien
Schloss Bellevue, 17. Oktober 2022

Eröffnung des Deutsch-Spanischen Forums
Berlin, 18. Oktober 2022

Eröffnung der Frankfurter Buchmesse
Frankfurt am Main, 18. Oktober 2022

Empfang für Stipendiaten der Initiative „Afrika kommt!"
Schloss Bellevue, 21. Oktober 2022

10 Jahre Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma Europas
Berlin, 24. Oktober 2022

Videobotschaft beim Festakt 60 Jahre Kuratorium Deutsche Altershilfe
Berlin, 27. Oktober 2022

Veranstaltung mit der Deutschen Nationalstiftung: „Alles stärken, was uns verbindet"
Schloss Bellevue, 28. Oktober 2022

Verleihung des Deutschen Umweltpreises 2022
Magdeburg, 30. Oktober 2022

Festakt zum 90. Geburtstag von Charlotte Knobloch
München, 30. Oktober 2022

Podiumsdiskussion „25 Years after the Kyoto Protocol: Progress and Challenges“
Kyoto/Japan, 3. November 2022

Diskussionsveranstaltung „Wie stärken wir, was uns verbindet?“ zur Idee einer sozialen Pflichtzeit
Schloss Bellevue, 8. November 2022

Tagung „Wie erinnern wir den 9. November? Ein Tag zwischen Pogrom und demokratischen Aufbrüchen“
Schloss Bellevue, 9. November 2022

Verleihung des Henry-A.-Kissinger-Preises an den Bundespräsidenten
New York/USA, 16. November 2022

Verleihung des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Philip Murphy
New York/USA, 16. November 2022

Erste orthodoxe Rabbinerordination in Niedersachsen seit Ende des Zweiten Weltkrieges
Hannover, 21. November 2022

Neueröffnung des Hauses der Religionen
Hannover, 21. November 2022

Festakt „30 Jahre Nachrichtensender ntv“
Berlin, 23. November 2022

Verleihung des Schillerpreises der Stadt Mannheim an Emine Sevgi Özdamar
Mannheim, 27. November 2022

Besuch des Parlaments der Republik Nordmazedonien
Skopje/Nordmazedonien, 29. November 2022

Abendessen mit dem Präsidenten der Republik Nordmazedonien
Skopje/Nordmazedonien, 29. November 2022

Besuch des Parlaments der Republik Albanien
Tirana / Albanien, 1. Dezember 2022

Mittagessen mit dem Präsidenten der Republik Albanien
Tirana / Albanien, 1. Dezember 2022

Ordensverleihung zum Tag des Ehrenamtes
Schloss Bellevue, 5. Dezember 2022

Ordensverleihung während der „Ortszeit Freiberg“
Freiberg, 8. Dezember 2022

Videobotschaft beim ersten Treffen der Internationalen Gruppe herausragender Persönlichkeiten für eine kernwaffenfreie Welt
Hiroshima / Japan, 10. Dezember 2022

Adventskonzert beim Bundespräsidenten
Schloss Bellevue, 12. Dezember 2022

Festakt „60 Jahre Welthungerhilfe“
Schloss Bellevue, 14. Dezember 2022

Chanukka-Feier mit den Nachfahren der Rabbinerfamilie Posner
Schloss Bellevue, 19. Dezember 2022

Festgala „75 Jahre Komische Oper Berlin“
Berlin, 23. Dezember 2022

Weihnachtsansprache 2022
Schloss Bellevue, 25. Dezember 2022

Interviews

Interview mit dem Fernsehsender ntv
13. Februar 2022

Interview mit dem Fernsehmagazin „Bericht aus Berlin“
13. Februar 2022

Interview in der ZDF-Sendung „Was nun?“
13. Februar 2022

Interview mit der Wochenzeitung Das Parlament
21. Februar 2022

Interview mit der Nachrichtenplattform T-Online
18. März 2022

Interview mit dem ZDF-Morgenmagazin
5. April 2022

Interview mit dem Nachrichtenmagazin Der Spiegel
8. April 2022

Interview mit der rumänischen Tageszeitung Adevărul
4. Mai 2022

Interview mit der Tageszeitung Mitteldeutsche Zeitung
11. Mai 2022

Interview mit dem Fernsehsender Südwestdeutscher Rundfunk (SWR)
29. Mai 2022

Interview mit der Zeitung Bild am Sonntag
12. Juni 2022

Interview mit dem Hörfunksender Südwestdeutscher Rundfunk (SWR)
18. Juni 2022

ZDF-Sommerinterview
3. Juli 2022

Interview mit der Nachrichtenagentur dpa
29. Juli 2022

Interview mit der Tageszeitung Ostsee-Zeitung
25. August 2022

Interview mit der Nachrichtenagentur epd
9. Oktober 2022

Interview mit dem Fernsehmagazin „Bericht aus Berlin“
6. November 2022

Interview mit dem Sender Deutsche Welle
28. November 2022

Interview mit den Straßenmagazinen
30. November 2022

Interview mit dem Fernsehsender Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)
7. Dezember 2022

Interview mit der Tageszeitung Freie Presse
8. Dezember 2022

Schlagwortverzeichnis

Abgeordnete 341, 368
Afrika 101, 125, 157, 162, 169 f., 473, 480
Amerika (siehe auch: USA) 157, 169, 192 f., 276–278, 285–287, 292, 345, 373 f., 384, 463
Angriff (ohne Angriffskrieg, siehe dort) 15, 28, 31, 33, 43, 49 f., 65 f., 83 f., 86, 128, 131, 134, 139, 147 f., 179, 186, 205, 208 f., 214, 233, 252, 270 f., 279 f., 303, 307–310, 317 f., 342, 351 f., 379, 383, 389, 391, 396, 462
Angriffskrieg 27, 31–33, 44, 65, 83, 85, 100 f., 131, 139, 159, 162, 167, 169, 233, 270, 295, 302, 307, 328, 355, 378, 390, 433
Annexion 126, 280, 283, 427 f.
Anschlag (siehe auch: Attentat) 185 f., 209 f., 213, 243, 247–249, 329, 351, 389, 408
Antisemitismus 64 f., 114, 125, 178 f., 184–186, 232, 251, 342, 351–353, 367, 371, 375
Arbeit 34, 46, 51, 91, 93, 95 f., 99, 126, 148, 151, 155, 157 f., 163, 172, 204, 237, 262, 266, 276, 295, 324, 330, 336, 347, 358, 362, 406, 409, 420 f., 436, 446, 453
Armee 139, 190, 195, 281, 307
Atlantik-Brücke 275–277, 287
Atommacht 44, 65, 83, 352
Attentat (siehe auch: Anschlag) 132, 134, 243, 247, 249, 251, 342, 351
Aufarbeitung 111, 114, 207, 225, 251, 270, 433
Aufklärung 39, 57 f., 60–62, 64, 67–69, 102, 109, 133, 144, 149, 152, 253, 289, 294 f., 348 f., 388, 394, 406
Auschwitz 76, 81, 182, 342
Ausgrenzung (siehe auch: Diskriminierung) 61, 64, 111, 124, 136, 263, 412
Außenpolitik 88, 284, 317, 433, 436
Austausch 35, 49, 157, 159, 174, 229, 256, 267, 277, 283, 291, 303, 336, 358, 380–382, 456, 466
Autoritäre, das 17, 20, 24 f., 36, 38, 89, 93, 135, 139, 149, 159, 162 f., 166 f., 170, 173 f., 271, 283, 285, 367, 381 f., 389, 438

Bedrohung 16, 21, 31 f., 38, 49 f., 65, 84, 89, 91, 101, 129 f., 132 f., 147, 179, 182 f., 187, 215, 235, 237, 246, 282, 346, 381, 384, 389, 419, 447

Befreiung 76, 81, 125, 192, 244, 250, 342, 344, 347 f., 379, 403
Bernhard, Thomas 71 f., 76, 79
Bevölkerung 32, 66, 108, 163, 192, 334, 407, 433
Bibliotheken 292 f., 295
Biden, Joe 381
Bildung 39, 57, 60, 62, 235, 278, 302, 342, 361
Bundeskanzler, Bundeskanzlerin 368, 382, 462
Bundespräsident 20 f., 23, 49 f., 89 f., 107, 110, 148, 151, 180, 197, 201, 229, 247, 300, 305, 353, 379, 387, 425 f., 439, 441, 451, 455, 457–461, 467, 469
Bundesregierung 27, 199, 234, 251, 305, 425, 434 f., 437, 442, 463
Bundestag 341, 350, 353, 368, 425, 468
Bundeswehr 88, 193, 279, 281, 304 f., 362, 434, 447 f.
Bündnis 17, 27 f., 32–34, 84, 127, 191, 193, 281, 304, 378, 383, 391
Bürger, Bürgerinnen (siehe auch: Zivilgesellschaft) 17, 24, 32, 36, 38–41, 43, 45 f., 48, 51, 53, 62 f., 123, 125, 131, 133 f., 142, 151, 162, 178, 187, 210 f., 214, 233, 259, 304, 311, 314, 317 f., 328, 331, 350, 353, 358, 360 f., 368, 388, 398, 417 f., 421, 443, 445 f., 448, 459 f., 468
Bürgermeister, Bürgermeisterin (siehe auch: Kommunalpolitik) 21, 43, 46 f., 49, 53, 132, 186, 199, 460, 464

Chancen 39, 160, 238, 259, 316 f., 328, 330, 337, 382
China 157, 161, 166–168, 173, 231, 282, 284, 303, 380–382, 432, 437 f.
Corona (siehe auch: Pandemie) 21, 36, 46, 99–101, 129 f., 140, 148, 169, 186, 262, 357, 389, 446, 468

DDR 23, 141 f., 230
Debatte (siehe auch: Streit) 35, 38, 89, 95, 107, 109 f., 113 f., 127, 129 f., 148, 186 f., 207, 210, 213, 289 f., 313, 321 f., 328, 355–357, 362, 365, 369, 388, 394, 396 f., 427, 435, 438, 441 f., 446–448, 455 f., 468
Demokratie 15, 17–19, 21, 23–25, 28, 31–41, 45 f., 49, 52–54, 58 f., 65, 68, 83 f., 87–90, 92–94, 108 f., 123 f., 126 f., 129–136, 139–144, 148–152, 158–160, 170, 172 f., 177–180, 182, 184–188, 192 f., 210, 214, 246 f., 251 f., 267, 270, 272, 276, 278, 280, 282–285, 300 f., 311 f., 318, 322, 324, 329, 331, 344, 350–353, 355 f., 359–361, 365–367, 373–375, 378 f., 382–385, 388–390, 392 f., 396, 398, 420, 425, 431, 438, 441, 445, 447, 451, 455, 457, 463, 465, 467 f.
Deutsche Einheit (siehe auch: Wiedervereinigung) 301
Deutscher Gewerkschaftsbund, DGB 87, 93, 95
Diktatur 21, 24, 32, 38, 49, 233, 277
Diplomatie 33, 88, 465

Diskriminierung (siehe auch: Ausgrenzung) 367, 374, 412

Ebert, Friedrich 123, 134 f.
Ehrenamt 25, 47, 132 f., 264, 322, 337, 357 f., 363, 467
Einheit (ohne Deutsche Einheit, siehe dort) 17, 146, 218, 229, 323, 367
Einsatz 41, 47, 188, 192, 198, 203, 236, 244, 269, 313, 322, 333, 344, 360, 389, 467
Energie 90 f., 94, 159, 162–166, 168, 171, 300, 309, 313, 315, 318, 320, 328 f., 333, 355, 430, 436 f., 444, 458
Epochenbruch 83, 86, 88–90, 92, 279, 300 f., 306, 312, 317, 352, 377, 382
Erderwärmung (siehe auch: Klimawandel) 37, 327 f.
Erinnerung 24, 54, 81 f., 112 f., 118, 124 f., 130, 135 f., 177, 183–185, 197, 203, 205, 207, 211, 213, 219, 223, 229, 232, 235, 245, 248, 252, 269, 286, 300, 306, 341–344, 350, 366–369, 371, 376, 407 f., 412
Europa 15 f., 18, 20, 24, 28, 32 f., 36, 40, 44 f., 57–59, 65–67, 76, 81–84, 87 f., 92–94, 96, 100, 117 f., 120, 125, 127, 142, 158, 160, 167, 172, 180 f., 192, 200, 226, 229 f., 279–281, 284, 286 f., 295, 300–302, 304, 306 f., 311 f., 314, 317, 324, 328 f., 348, 350, 352, 368, 370, 374, 377–380, 384, 401, 408, 419 f., 425, 427 f., 430 f., 434 f., 437, 441, 444, 461, 468
Europäische Union 17, 32, 34, 36, 87, 158, 161, 168, 171, 191, 193, 261, 272, 281, 374, 379, 429, 431, 434
Exportnation 158, 163 f., 316, 330, 337

Fake News 139 f., 149
Fakten 39, 140, 149, 391 f., 430
Familie 21, 28, 36, 45, 57, 61, 64, 78, 99, 132, 145, 181 f., 193, 210, 244 f., 247, 260 f., 265, 345–348, 357, 375, 402, 404, 418 f., 445 f., 459
Flucht 32 f., 36, 43, 46–48, 52, 66, 83, 86 f., 100, 129, 158, 182, 208, 260 f., 300, 308, 310, 350, 357, 362, 375, 377, 404, 410, 441, 458 f., 463
Flut (siehe auch: Hochwasser) 47, 92, 197, 201, 327, 357
Frankreich 67, 127, 129, 407, 429 f.
Freiheit 17, 25, 28, 31, 38–41, 45, 53 f., 58, 63, 65, 68, 84 f., 87 f., 110, 113, 117, 119, 123, 127, 130 f., 134 f., 141 f., 145, 148–150, 158, 172–174, 193, 221 f., 233, 239, 251 f., 270, 272, 275–277, 280 f., 286, 301, 309 f., 324, 329, 356, 366–368, 374, 378 f., 383, 385, 389 f., 393, 398, 404, 419, 425, 431, 441, 463
Frieden 15 f., 18, 31 f., 38 f., 41, 84 f., 88, 90, 100, 125, 155 f., 174, 191, 235, 238, 272, 279 f., 294 f., 301–303, 309–311, 373, 379 f., 419, 441, 447
Friedensordnung 84, 279

Friedländer, Margot 177, 180, 184 f., 187 f., 368
Friedliche Revolution 40, 141, 269

G7 193, 281, 379
Gastarbeiter 406
Gauck, Joachim 118
Gedenken 123, 177, 180, 197, 201, 203, 211, 243 f., 247 f., 341 f., 365 f., 368–371, 376
Gegner 15, 19, 21, 34, 129, 134, 140, 148, 178, 186, 276, 284, 384
Gemeinschaft 17, 36, 48, 110–112, 115, 125, 188, 210, 231–233, 235, 276–278, 283, 286, 302, 352, 361, 368, 370, 374, 421, 447
Gemeinwesen 313, 356, 358–360, 366
Generation 22, 41, 82, 86, 93, 96, 146, 177, 188, 192, 278, 286, 312, 319, 321, 324, 331, 337, 356, 379, 402, 412, 421, 433, 454, 458
Gerechtigkeit 90, 236–239, 262, 278, 310, 314, 373, 380, 383, 389, 419, 442, 461 f.
Geschichte (siehe auch: Historische, das) 23, 38, 54, 57, 61, 65, 72, 74, 78, 82, 84 f., 87, 107, 111 f., 117, 119, 127, 135, 143, 146, 161, 174, 178, 184, 206, 212, 214, 217, 222, 232, 236, 243, 246, 251, 270, 280–282, 292, 295, 302, 306 f., 323, 348, 350, 369, 371, 373 f., 380, 383, 385, 404, 408, 413 f.
Geschichten 86, 146, 183, 219, 230, 249, 251, 261, 266, 290, 299, 312, 347, 361, 392, 402, 413 f., 418
Gesellschaft 21–23, 36–38, 40, 45, 49 f., 53, 58, 60, 62 f., 77, 89, 94 f., 99 f., 102 f., 107, 109, 113, 133, 140, 144, 149, 155–157, 166, 172, 178, 205, 207, 213–215, 220, 222, 227, 237, 246, 251, 257–259, 261, 264–267, 269, 272, 284 f., 287, 291, 295, 300, 304 f., 308, 312, 314, 317, 322, 327, 329, 333 f., 336 f., 348 f., 355–360, 369, 374, 383 f., 388 f., 393, 396 f., 413, 448, 451 f., 454, 458 f., 467
Gesundheit 95 f., 237, 261, 266, 331, 336 f.
Gewalt 21, 24, 28, 38 f., 49, 66, 81 f., 84, 111 f., 123, 127, 129–134, 141, 148, 179, 182, 186 f., 204, 210, 212–215, 229, 232 f., 238, 247, 249, 251, 261, 263, 269 f., 272, 280, 300, 307, 310, 351, 370, 375, 377, 380, 390, 404, 412, 419, 430
Gewerkschaften 87, 91, 93–95, 462
Gleichstellung 59, 63
Globalisierung 89, 92, 125, 155, 157, 160 f., 163, 166, 171, 382, 411, 438
Gorbatschow, Michail 82, 306
Grausamkeit 43, 50, 65 f., 83, 125, 131, 203
Großmacht 65, 83, 169, 374
Grundgesetz (siehe auch: Verfassung) 24, 145, 293, 461

Halle 143, 185, 212, 215, 351
Haltung 152, 169, 224, 233 f., 307, 315
Hanau 186, 212, 215
Hass 21, 49 f., 63 f., 73, 82, 84, 126, 128 –130, 132–134, 147–149, 179 f., 184, 186–188, 203–207, 211, 229, 232 f., 246 f., 249, 251, 294, 352 f., 384, 390, 412
Havel, Václav 150, 226
Heimat 85, 129, 144, 146, 183, 192, 198, 262, 344 f., 401–403, 407 f., 410, 417
Heinemann, Gustav 247
Herausforderung 19, 33, 37, 47, 77, 89, 92, 94, 99, 149, 171, 215, 312, 316, 323, 329, 382, 420
Herzog, Isaac 244, 253, 343
Hetze 129, 133, 179, 187, 207, 214 f., 233, 342
Hilfsbereitschaft 46–48, 87, 357, 433
Historische, das (siehe auch: Geschichte) 39 f., 59, 112, 125, 135, 165, 178, 220, 251, 283, 286, 316, 365, 369, 385
Hochwasser (siehe auch: Flut) 198
Hoffmann, Reiner 83, 95
Hoffnung 22, 41, 54, 58, 67, 82, 102–104, 117, 135, 174, 226, 238–240, 244, 272, 280, 290, 306 f., 346, 348, 378, 380, 418 f., 421, 425, 437
Holocaust 76, 81, 85 f., 276, 342, 345, 371
Huber, Wolfgang 317–321, 323 f., 326 f.

Identität 108, 134, 178, 236, 366, 404, 411
Ideologie 25, 64, 232, 235, 426
Indonesien 107 f., 169, 382
Inflation 91, 162, 172, 315, 355, 442
Internet 65, 129, 133, 185, 213, 317, 321, 351, 358, 384, 393 f., 457
Invasion 192 f., 281, 299, 307, 433
Israel 76, 110–113, 178, 232, 243 f., 246–248, 250–255, 342 f., 348, 350
Italien 34, 127, 200, 413

Journalismus 49, 139, 147 f., 151 f., 204, 288, 357, 387–398
Juden, Jüdinnen 57–65, 76, 82, 86, 110–113, 124–127, 178–181, 183, 185 f., 188, 230, 232, 242, 244, 246, 276, 342, 344 f., 347–352, 365, 370 f.
Jugendliche 181, 183, 185, 212, 275, 287, 325, 350, 363, 454, 462

Katastrophe 239, 248, 259, 328, 334, 351, 362
Kennedy, John F. 33, 284, 447
Kinder 21, 32, 44, 47, 76, 78, 83, 99, 194, 201, 204, 233, 237, 257, 310, 317, 356 f., 416–419, 459
Kirche 63, 99, 102 f., 117–121, 141, 196, 198, 218, 222, 224–226, 228–239, 241, 263, 426, 462
Kissinger, Henry 372 f., 375, 380, 385
Klimakrise 101, 159, 169
Klimaneutralität 94 f., 166, 168, 171, 330 f., 336

Klimaschutz 158, 167, 329, 331 f., 334, 337, 420
Klimawandel (siehe auch: Erderwärmung) 22, 44, 92, 108, 112, 171, 197, 200 f., 237, 239, 303, 315–317, 327–329, 334, 355, 381, 390, 420, 438, 441, 446, 453
Knobloch, Charlotte 340–353
Kommunalpolitik (siehe auch: Bürgermeister, Bürgermeisterin) 43, 46 f., 55, 132 f., 186, 213, 308, 363, 460
Kommunen 44–46, 263, 265, 369
Kompromiss 38, 335, 359
Konflikt 16, 23, 88, 112, 126, 130, 158, 276, 280, 282, 309, 331, 335, 355, 360, 374, 378, 396, 447, 458 f.
Kontroverse 21, 49, 52, 90, 109, 187, 213, 306, 397, 457
Kooperation 169, 173, 280, 302 f., 316, 365, 373, 381, 425, 438, 464
Krieg 16, 27, 31–36, 40, 43–45, 50 f., 66, 82 f., 84–86, 88–92, 96, 100 f., 112, 126, 129, 131, 139, 150, 156, 161, 174, 192, 230, 234 f., 237 f., 258, 260, 270–273, 278, 280–283, 294, 299–301, 303, 307–309, 311 f., 315, 328 f., 347, 352, 376–378, 380, 388, 390, 398, 404, 412, 418 f., 427, 431, 437, 441, 445, 452 f., 462 f.
Krim 280, 294, 427 f.
Krise 20, 24, 44, 46, 48, 94, 129, 144, 150, 172, 174, 258, 260, 262 f., 276, 280, 301–304, 311–313, 317, 320, 323 f., 336 f., 383, 396, 398, 418, 420, 452, 461
Kultur 34, 39, 56, 61 f., 72, 88, 100, 111, 114, 118 f., 178, 181, 211, 219, 237, 275–277, 289–291, 294, 358, 383, 395, 397, 403, 413, 462
Kunst 39, 71–74, 77, 107–111, 113–115, 177, 296, 402 f., 405, 408 f., 411 f.

Lehmann, Dirk 332 f., 339
Lessing, Gotthold Ephraim 59, 62, 295
Lettland 116, 118 f.
Levits, Egils 116 f., 121
Lieferketten 90 f., 161, 165, 171, 313, 437
Literatur 57, 290–292, 296, 306, 402, 409, 411–414

Macht 17, 40, 63, 149, 288, 352
Matthes, Ulrich 70, 73, 75 f., 79
Mauer, Berliner 142, 280, 405
Medien 19, 34, 39, 140, 147, 149, 152, 178, 213, 285, 358, 367, 385, 393, 395, 398, 456 f.
Meinung 49, 52, 90, 110, 318, 392 f., 445, 448, 456
Memorial 268–273
Mendelssohn, Moses 57–65, 67, 69
Menschenrechte 40, 65, 84, 167, 184, 270, 272
Menschenwürde 68, 84, 130, 286
Mewis, Friedrich 332 f., 339
Migration 129, 303, 413
Militär 31, 124, 131, 160, 279, 281, 307, 329, 378 f., 463 f.
Minderheit 49, 61
Missbrauch 85, 102, 135, 237, 247, 261, 305, 468

Mitmenschlichkeit 47, 264, 349, 418 f.
Mut 24, 39, 48, 78, 92, 102, 148, 169, 173, 205, 266, 269, 272, 324, 332, 341, 389, 411, 420
Muus, Kathrin 335–337, 339

Nationalismus 36, 38, 64, 84, 127, 135, 140, 149, 173 f., 233, 272
Nationalsozialismus 81, 139, 181, 192, 212, 347, 375
NATO 17, 191–193, 278, 281, 304, 378 f., 391, 428, 431 f.

Obdachlosigkeit (siehe auch: Wohnungslosigkeit) 19, 257–264, 266
Öffentlichkeit 62, 94, 144, 271, 388, 428
Opfer 26, 66, 76, 82, 125, 128–130, 136, 179, 186, 191, 194, 197, 215, 233 f., 239, 242, 244, 255, 261, 263, 240, 243 f., 412, 433
Opposition 18, 32, 384, 429 f.
Ostdeutschland 23, 142, 146, 269, 306, 320, 465 f.
Özdamar, Emine Sevgi 400–406, 408 f., 411–415

Pandemie (siehe auch: Corona) 15, 18–21, 36, 43–45, 47–51, 53, 91 f., 99, 102, 129, 140, 147 f., 158, 161, 186, 214, 303, 355, 390, 441, 445 f., 452 f., 468
Parlament 39, 118, 123, 128, 461
Parteien 210, 285, 361, 363, 384, 466
Patriotismus 134 f., 349
Pflichtzeit, soziale 322, 355, 362, 440, 447 f., 453, 455
Polen 17, 342, 377, 390 f., 429
Pressefreiheit 142, 148–150, 390, 398
Preußen 61 f., 67, 124 f., 178
Propaganda 78, 139, 149, 233 f., 246
Proteste 141, 148, 186, 214, 355, 389, 429
Putin, Wladimir 15, 17 f., 27 f., 31–33, 35, 43, 50, 66, 84 f., 100 f., 161, 235, 270 f., 280, 282, 302, 307, 310, 317, 378–380, 425–428, 431, 433 f., 444, 446

Rapior, Myriam 335–337, 339
Rassismus 114, 206
Rathenau, Walther 123–128, 130–136
Rau, Johannes 219
Recht 16 f., 28, 40, 63, 84, 131, 135, 140, 158, 307, 311, 329, 366 f., 380, 431, 433, 445, 463
Rechtsstaat 40, 127, 148, 172 f., 187, 209, 252, 278, 390
Regierung 18, 22, 36, 123, 129, 156, 384, 429 f., 436, 443, 445, 461 f.
Regime 32, 49, 89, 134, 139–141, 148, 159, 162, 170, 235, 283, 309, 382, 438
Religion 62, 65, 103, 228, 232, 235, 282, 348
Republik 31, 33, 53, 123, 126, 130, 132, 134 f., 179, 311, 361, 368
Respekt 18 f., 66, 90, 96, 100, 112, 151, 198, 211 f., 264, 305, 318, 321, 359, 361, 367, 434, 456 f., 459 f., 463

Revolution (ohne Friedliche Revolution, siehe dort) 53, 126, 429
Rice, Condoleezza 374
Risiko 92, 165, 215, 295, 317, 330, 333, 382
Rivlin, Reuven 252
Russland 16, 27 f., 33, 87, 90, 100, 139, 159, 161–163, 166–169, 173, 192 f., 233–235, 269–272, 279–283, 295, 299, 302 f., 306–310, 328, 352, 355 f., 377–380, 389 f., 419, 426–433, 435–438, 444, 446, 462, 464 f.

Sanktionen 33, 66, 87, 90, 161, 308 f., 311, 431, 434 f.
Schenck, Christof 333–335
Scherbakowa, Irina 268, 270, 272 f.
Scholz, Olaf (siehe Bundeskanzler)
Schröder, Gerhard 443 f.
Schule 21, 99, 212, 308, 350, 357 f., 361, 369, 405, 417, 441, 446, 453 f.
Schutz (siehe auch: Sicherheit) 60 f., 66, 68, 85, 87 f., 92, 100, 132 f., 147, 162, 187, 200, 203, 206, 209, 214 f., 248 f., 251, 253, 263, 271, 279, 281, 285, 293, 299, 304, 309, 318, 333, 336 f., 350–352, 373, 362, 379, 381, 390, 396, 419
Selbstbestimmung 16, 28, 40 f., 45, 173, 259, 265, 279, 286, 311, 329, 331, 366
Selensky, Wolodymyr 101
Shoah 61, 82, 113 f., 180, 185 f., 246, 344, 368
Sicherheit (siehe auch: Schutz) 79, 86, 110, 141, 155–157, 170, 172, 191 f., 209, 232 f., 246 f., 250 f., 262, 264, 275 f., 278, 280, 302, 305 f., 314, 320, 323, 339, 373, 377, 379–381
Singapur 169, 382
Soldaten, Soldatinnen 190 f., 194 f., 278, 375, 434
Solidarität 20, 28, 32 f., 46, 48 f., 66, 87, 100 f., 126, 131, 198, 201, 210, 215, 238, 272, 279, 419, 421, 433, 458, 463
Sowjetunion 40, 82, 86, 117, 126 f., 270, 276, 301, 307
Soziale Medien 109, 129, 151, 213, 393–395
Spanien 288, 290–293, 296 f., 480
Staat 22, 24, 36, 40, 48, 63, 79, 82, 84, 101, 110, 124, 127, 133, 147–149, 158, 161, 163, 170, 172 f., 187, 207–209, 214, 217, 236, 238, 243 f., 246, 252 f., 255, 263, 270 f., 276–278, 281, 283, 286, 302, 304, 313 f., 329, 343, 369, 374 f., 379, 382, 389 f., 404 f., 420, 425, 428, 431, 438, 442 f., 446, 451, 460 f., 467, 474, 478–480
Staatsbürger 40, 77, 79, 323
Streit (siehe auch: Debatte) 15, 21, 36, 38, 40, 109, 130, 144, 156, 158, 227, 272, 337, 344, 397
Süden, globaler 101, 107, 111 f., 157
System 20, 89, 111, 173, 237, 264, 277–279, 285, 307, 318, 322, 334, 384, 438

Technologie 166 f., 172, 320, 324, 330, 437
Theater 51 f., 71–75, 78, 361, 405, 407, 409
Tradition 54, 58, 119, 125, 223, 225, 227, 238, 383
Transatlantische Partnerschaft 27 f., 32–34, 191, 193, 275, 277 f., 281–287, 304, 373, 378, 383, 391
Transformation (siehe auch: Umbau, Veränderung, Wandel) 22 f.
Türkei 401, 404–407, 411 f.

Überfall (siehe auch: Angriff, Angriffskrieg) 31, 87, 130, 161 f., 270, 279, 357, 419, 427, 431, 433, 435
Überlebende 85 f., 185, 189, 247, 345, 347, 350, 368
Ukraine 15 f., 18, 27 f., 31–33, 35, 43, 46, 50 f., 66, 83–85, 87, 89, 91, 96, 100 f., 129, 131, 139, 150, 159, 161, 169, 192 f., 233–235, 241, 270 f., 279–281, 283, 294, 299, 302, 307 f., 310, 312, 315, 328 f., 352, 355, 357, 376–380, 389–391, 417, 419 f., 427–431, 433–435, 438 f., 452, 458 f., 462–465, 473
Umbau (siehe auch: Transformation, Veränderung, Wandel) 50, 53, 92–95, 171, 316, 329 f., 332, 335, 337
Umwelt 108, 157 f., 328 f., 331–333, 335–337, 339, 362
Umweltpreis 327 f., 331–333, 335, 338 f.
Unrecht 27, 33, 234, 253, 269 f., 272, 367, 419
Unterdrückung 17, 109, 111, 131, 149, 167, 269 f., 272, 293, 381
USA (siehe auch: Amerika) 20, 34, 171, 183, 191 f., 276–278, 281, 284 f., 304 f., 347, 379 f., 384 f., 426, 431, 447, 452

Van der Bellen, Alexander 30, 35 f., 41
Vējonis, Raimons 119
Veränderung (siehe auch: Transformation, Umbau, Wandel) 44, 49, 53, 66, 88 f., 146, 157, 159, 171 f., 214, 226, 258, 267, 287, 296, 312 f., 315, 317, 319, 336 f., 355 f., 381, 398, 413, 420, 426 f., 452, 454, 460, 463, 469
Verantwortung 15 f., 20, 24, 39, 44 f., 48, 65 f., 77, 82, 89, 93, 96, 99, 101, 104, 107, 113, 117, 124, 126, 136, 140, 149, 151, 164, 166, 169, 185, 188, 199, 206, 209, 213 f., 220 f., 235, 239, 246, 249, 251, 253 f., 258, 263 f., 283, 302, 304, 319, 322, 324, 357 f., 384, 391–395, 421, 425, 430, 433–435, 438, 460
Vereinte Nationen 278, 283, 381, 432
Verfassung (siehe auch: Grundgesetz) 24, 59, 93, 110, 149, 217, 368, 430, 473, 475
Vergangenheit 64, 112, 126, 270, 284, 292
Verhandlungen 33, 38, 88, 167, 171, 310, 429 f., 432, 465

Vernunft 57, 62, 65, 67, 112, 140, 162, 235, 295, 318, 336, 359, 388
Verschwörung 20, 39, 126, 129, 140, 178, 186, 270
Versöhnung 85, 113, 117 f., 180, 188, 254, 344, 348
Verteidigung 31, 33, 39, 41, 54, 68, 87 f., 92, 130 f., 145, 148, 187, 193, 279–281, 304, 307, 329, 352, 356, 361, 378 f., 396, 428
Vertrauen 15, 23 f., 27, 36 f., 52, 54, 91, 93, 102, 115, 129, 152, 157, 173, 246 f., 254, 265, 275, 285, 300, 312, 314, 324, 335, 384 f., 401, 407 f., 431, 465, 467
Verwundbarkeit 19, 155, 164, 170, 257, 279, 309, 316, 324, 330, 373, 381
Vielfalt 18, 38, 61, 118, 144 f., 171 f., 185, 211, 231, 282, 311, 344, 358, 398, 413, 469
Volk 24, 27 f., 32, 38, 50, 53, 66, 82, 108, 112, 117, 131, 133, 141, 156, 163, 180, 192, 225, 230, 279, 334, 375, 407, 433
Völkerhass 84
Völkermord 86, 125, 347
Völkerrecht 43, 65, 83, 85, 100, 131, 158 f., 193, 270, 279 f., 283, 303, 377, 433

Waffenlieferungen 66, 309, 311, 434
Wahlen 23, 53, 132, 141, 384, 430, 445, 452
Wahrheit 20, 32, 139, 147, 149 f., 234, 247, 251 f., 271, 294, 303, 310, 314 f., 328, 347, 389, 396, 436
Wandel (siehe auch: Transformation, Umbau, Veränderung) 93, 107, 149, 157, 436
Wehrhaftigkeit 33, 88, 131, 133, 160, 214 f., 246, 251, 282, 324, 352 f.
Weimarer Republik 126 f., 134 f., 149, 179
Welthandel 155, 169 f., 173, 236
Weltkrieg, Erster 126, 155, 303, 346, 368
Weltkrieg, Zweiter 47, 81 f., 84, 87, 161, 192, 230, 303, 481
Weltwirtschaft 91, 158, 160 f., 170 f., 381
Werte 37, 40, 59, 65, 68, 84, 130 f., 149, 156, 283, 286 f., 312, 350, 373
Wertegemeinschaft 278, 286
Westen, der 16, 18, 36, 45, 51, 81, 86, 108, 127, 142, 146 f., 170, 207, 275–277, 282, 285, 306, 320, 351, 358, 367, 369, 380, 382 f., 405 f., 408, 426, 431, 451, 465
Widerstandskraft 164, 304 f., 317 f., 323, 355
Wiederaufbau 126, 155, 198, 222, 277, 294, 308
Wiedervereinigung (siehe auch: Deutsche Einheit) 145 f., 191, 218, 280, 306, 320, 374, 378
Wille, Karola 138, 140, 145, 147
Wirth, Joseph 179

Wirtschaft 36, 87 f., 90–94, 96, 99, 102, 124 f., 127, 155–168, 170–173, 178, 191, 258, 275–279, 283, 286, 300, 302–304, 308, 312, 315 f., 327, 329, 334 f., 337, 339, 373, 379–382, 419, 427, 436 f., 458, 462–464
Wissenschaft 19 f., 34, 39, 44, 64 f., 127, 172, 222 f., 258, 263, 276, 331, 437, 476, 478
Wohlstand 88, 155, 158, 162 f., 173 f., 286, 301 f., 314, 316, 330, 378, 413, 441
Wohnungslosigkeit (siehe auch: Obdachlosigkeit) 257 f., 260 f., 263–266, 479

Xi Jinping 167, 381

Zeitenwende 44, 155, 305, 431, 434, 438
Zerstörung 16, 27, 31, 43, 65, 81, 83 f., 100, 102, 149, 157, 159, 198, 215, 235, 270, 278 f., 292, 294, 328, 347, 350, 352, 378, 429, 433
Zhemkova, Elena 272 f.
Zivilgesellschaft (siehe auch: Bürger, Bürgerinnen) 32, 66, 269, 272, 308, 479
Zivilisationsbruch 82, 276, 371
Zukunft 22–25, 31, 33–36, 41, 48, 52, 54, 84, 88 f., 92–94, 96, 103, 108, 115, 118, 120, 126, 145, 150, 152, 160 f., 163 f., 166, 168, 170, 184 f., 188, 200, 212, 215, 253, 259, 276, 284, 286 f., 303, 307, 316, 320, 327, 331, 333, 335 f., 338, 344, 366, 370 f., 380, 398, 432, 438 f., 474
Zusammenhalt 23, 36 f., 52, 54, 90, 210, 212, 300, 322–324, 338, 355, 360, 451–454, 459 f.
Zusammenleben 90, 211, 214 f., 347, 383
Zuversicht 24, 37, 104, 201, 211, 419 f.

Herausgeber (und v.i.S.d.P.)
Bundespräsidialamt
Spreeweg 1
10557 Berlin

Stand
Mai 2023

Redaktion
Eva Deligiannis, Bundespräsidialamt
Die Reden und Interviews des Bundespräsidenten sind redaktionell bearbeitet wiedergegeben.

Lektorat
Franziska Nauck
60439 Frankfurt am Main

Gestaltung
Scholz & Friends Berlin GmbH
10178 Berlin

Bildnachweis
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Matthias Balk (S. 340) / Guido Bergmann (S. 14, 26, 29, 42, 55 f., 69 f., 80, 97, 190, 195, 242, 255, 288, 297, 372, 386, 399) / Jesco Denzel (Titel, S. 268, 273, 416, 440, 449) / Ronny Hartmann (S. 326, 339) / Liesa Johannssen (S. 116, 121, 216, 298, 325, 354, 364, 450) / Steffen Kugler (S. 30, 400, 415) / Stefanie Loos (S. 176, 189) / Thomas Niedermüller (S. 98, 105) / Henning Schacht (S. 122, 137, 256, 274) / Jens Schlüter (S. 138, 153) / Markus Scholz (S. 154, 175) / Karsten Socher (S. 106) / Sandra Steins (S. 196, 202, 424) / Tom Weller (S. 228, 241)

© VG Bild-Kunst, Bonn 2023, für die Werke von: Gotthard Graubner, „Begegnungen“, 1988 (S. 55, 70, 256, 298)

Druck
Druck- und Verlagshaus
Zarbock GmbH & Co. KG
60386 Frankfurt am Main

Diese Broschüre wird finanziert aus Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 11044 Berlin, und des Bundespräsidialamtes. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Informationen zur Bundesregierung
finden Sie unter
www.bundesregierung.de

Informationen zum Bundespräsidenten
finden Sie unter
www.bundespräsident.de

